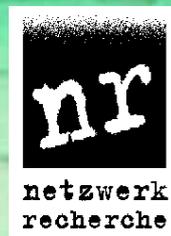


Simone Schlindwein



Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa



„Es erinnert fatal an die Jahre des Kommunismus, an das altbekannte menschenverachtende Prinzip: Soll es DORT ruhig einen Eisernen Vorhang geben, soll DORT Tyrannei herrschen, solange wir uns nur heraushalten können und davon unbeschadet bleiben, solange Erdöl und Erdgas nur schön weiter zu uns fließen“¹

Anna Politkowskaja, am 7. Oktober 2006 in Moskau ermordete Journalistin

VORWORT

Seit Beginn der 1990er Jahre befinden sich die Transformationsländer Mittelost-, Südost- und Osteuropas auf dem Weg hin zu mehr Demokratie und Medienfreiheit. Rückschläge und Fortschritte sind dabei gleichermaßen zu verzeichnen. Was heute gilt, ist oft morgen schon veraltet. Wie kompliziert es ist, diesen rasanten Prozess journalistisch zu begleiten, zeigt ein Blick auf die westeuropäische Berichterstattung.

Westliche Journalisten und Medien tun sich immer noch schwer, ihr vom Sowjet-Kommunismus geprägtes Bild der vielschichtigen Realität anzupassen. Bisweilen hat es den Anschein, als habe man den vermeintlich grauen Ostblock einfach mit einer neuen, farbigeren Tapete beklebt. An der Blockbildung selbst aber hat sich noch nichts geändert: Westlich der Oder wohnen Fortschritt, Demokratie und Meinungsfreiheit, östlich ist allenfalls eine „defekte Demokratie“ zu finden. Je weiter östlich, desto defekter.

Orientierungshilfen gibt es dabei nur wenige. Presse-Rankings westlicher Nichtregierungsorganisationen mit oft zweifelhafter Datenbasis dienen vielen Journalisten in ihrer Not als vermeintlich letzter Beleg dafür, dass es nicht weit her ist mit der Medienfreiheit in Osteuropa. Es ist ein Reden derer, die schon wissen, „wie es geht“, gerichtet an die, die fast wie kleine Kinder herangezogen werden sollen an die westlichen Maßstäbe von Demokratie und Medienfreiheit.

Das Netzwerk Recherche bemüht sich mit einem Bündel von Aktivitäten die journalistische Recherche in der Medienpraxis zu stärken. Das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost setzt sich für eine bessere Berichterstattung aus und über Mittel- und Osteuropa ein. Im n-ost e.V. sind Journalisten aus Deutschland und 20 osteuropäischen Ländern verbunden. Gemeinsam engagieren sich Netzwerk Recherche und n-ost für eine Stärkung der Medienfreiheit und gegen Begrenzungen und Einschränkungen der journalistischen Recherche – als Voraussetzung einer demokratischen Entwicklung.

Wir fordern einen differenzierten und dabei auch selbstkritischen Blick auf unsere östlichen Nachbarn und Kollegen. Diese Studie soll den Anfang dazu machen. Sie beschreibt die schwierigen Umwälzungsprozesse nach 1989 und die sehr komplexen Gründe dafür, dass zwischen dem verbrieften Recht auf Presse- und Medienfreiheit in vielen Transformationsländern und der tatsächlichen Situation von Journalisten vor Ort oftmals eine tiefe Lücke klafft.

Die bloße Adaption von Verfassungen und Medienprodukten nach westlichem Vorbild hat in einigen Ländern nicht verhindert, dass Korruption und klientelistische Netzwerke den journalistischen Alltag bestimmen. Umso größer ist das Entsetzen und die Enttäuschung westlicher Kollegen – ohne sich allerdings jemals mit den schwierigen Transformationsprozessen, den Eigenheiten der lokalen Medienentwicklungen und den tatsächlichen Behinderungen unabhängiger Recherche befasst zu haben.

¹ Politkowskaja, Anna (2006): In Putins Russland. Bonn. S. 9.

Medienfreiheit ist kein Gut, das verordnet oder nach einer Blaupause produziert werden kann. Es ist ein Grundrecht, das sich Gesellschaften aktiv aneignen und das Journalisten leben müssen. Und es ist ein Grundrecht, das auch mit einer Grundpflicht verbunden ist, der Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen zu berichten. Wenn sich nach ernstzunehmenden Umfragen aus dem Jahre 2004 75 Prozent der russischen Bevölkerung und auch fast die Hälfte der Journalisten die Wiedereinführung der Zensur wünschen (Quelle: amnesty international), so wirft das einerseits ein erschreckendes Licht auf die gegenwärtige Lage der Demokratie in Russland, stellt aber auch die Frage nach den Standards journalistischer Arbeit in den Jelzin-Jahren. Wenn Demokratie und Journalismus keine klaren Regeln kennen und nur noch mit Chaos assoziiert werden, gerät Meinungspluralismus schnell zum verzichtbaren Gut. Journalisten wie Anna Politkowskaja mussten nicht nur gegen den Staat kämpfen, sie mussten sich oft genug auch gegen das eigene Volk behaupten, das unabhängige Journalisten zunehmend als Nestbeschmutzer wahrnimmt und kritischen Journalismus gar nicht nachfragt.

In vielen Teilen Osteuropas muss Medienfreiheit nicht wiederhergestellt werden. Es hat sie faktisch nie gegeben. Die Bedeutung und Bedingungen von kritischem Journalismus zu erkennen, ist ein Prozess, der übrigens auch im Westen noch lange nicht abgeschlossen ist, wie etwa der sinkende Stellenwert des investigativen Journalismus` in Deutschland zeigt. Vielleicht hält uns der Osten da einen Spiegel unserer eigenen Zukunft vor?

Die vorliegende Studie beleuchtet die Situation der Medien in zehn Transformationsländern. Jedes Länderkapitel kann dabei nur eine Momentaufnahme und eine Einführung in das Thema sein. Vorweg geschickt werden notwendige Betrachtungen zur Transformationsdynamik, zur Begriffsgeschichte von Freiheit und der Problematik einer Berichterstattung über „Osteuropa“ per se.

Wir wollen dazu anregen, unsere Kategorien zu überdenken. Brechen wir den Ostblock endlich auf. Lassen wir uns ein auf die vielfältigen Sichtweisen unserer osteuropäischen Kollegen. Reden wir nicht länger aneinander vorbei. Vernetzen wir uns, beginnen wir den Dialog. Unterstützen wir dort, wo wirklich Hilfe und Rat gefragt sind und hören wir zu, wo andere uns wertvolle Erfahrungen voraushaben. Nur so gelingt ein Verständnis, das nicht länger von Vorurteilen, Vorbehalten und falschen Rezepten geprägt ist.

Die Dokumentation „Zwischen Propaganda und Kommerz - Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“ dient als Argumentations-Fundament für unsere ambitionierte Fachkonferenz im NDR in Hamburg. Wir bemühen uns hier um analytische Tiefenschärfe in der Bewertung der jeweils praktizierten Pressefreiheit, stets in der Gewissheit, dass die vollständige Presse- und Meinungsfreiheit die unabdingbare Voraussetzung für Demokratie-Entwicklung ist.

Wir danken der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bereitstellung von „Länderberichten“ unabhängiger Experten, die in diese Studie eingeflossen sind. Bedanken möchten wir uns auch bei der „Freiburger Kantstiftung“, die die Veröffentlichung dieser Studie unterstützt hat.

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|---|------------|
| I. Die Mauer im Kopf – „Wir und die da drüben“ | 1 |
| 1. Pressefreiheit – ein west-europäischer Traum, an den im Osten keiner glaubt?.... | 2 |
| 2. Südost-, Mittelost-, Ost - Europa: eine Frage der Abgrenzung | 3 |
| 3. Demokratie und Medienfreiheit: zwischen Anspruch und Wirklichkeit..... | 6 |
| 4. Geschichte gibt den Weg vor – wiederholt sich aber nicht..... | 7 |
| 5. Die Medien im Strudel der Transformation..... | 8 |
| 6. Die Ranking-Falle: Ist Medien(un)freiheit messbar? | 10 |
| 7. Im Osten nichts Neues? Die Problematik der Beschleunigung | 14 |
| | |
| II. Eine Analyse der Medienlandschaften | 16 |
| 1. Russland..... | 16 |
| 2. Belarus..... | 30 |
| 3. Ukraine | 37 |
| 4. Georgien..... | 45 |
| 5. Serbien | 52 |
| 6. Kroatien | 59 |
| 7. Rumänien | 65 |
| 8. Bulgarien | 73 |
| 9. Tschechien..... | 80 |
| 10. Polen..... | 88 |
| | |
| III. Fazit | 99 |
| IV. Bibliographisches Verzeichnis | 105 |

I. Die Mauer im Kopf – „Wir und die da drüben“

„Die ganze Misere unserer Geschichte beruhte immer darauf, daß wir den Osten zuwenig kannten“,² soll einmal der Schriftsteller und Übersetzer Karl Dedecius gesagt haben, der sich seines Berufs wegen zeitlebens als Mittler zwischen Ost- und Westeuropa verstand.

Die derzeitige europäische Erweiterung nach Osten kann nach Dedecius als historische Gelegenheit betrachtet werden, durch ein breiteres, gegenseitiges Verständnis zwischen West- und Osteuropa den Einigungsprozess zu vollziehen und zu einem friedlichen Europa beizutragen. Doch wir laufen Gefahr, hier unsere Chancen zu vertun.

Wie es die aktuelle Debatte um die Haltung deutscher Korrespondenten in Polen verdeutlicht, könnten auch heute im (wieder)vereinigten Europa, Medien und Journalisten zwischen Ost- und West vermitteln. Kulturübersetzer könnten sie sein, wenn sie endlich ihre Aufgabe erfüllen würden, die interkulturellen Verständigungsprobleme und Vorurteile durch Hintergrundberichte abzubauen und damit zu einem besseren Verständnis beizutragen.

Dieser Rolle liegt eine große Verantwortung zugrunde, dessen sich Journalisten und Redakteure nur wenig bewusst sind. Denn in einer Mittlerfunktion ist es nicht genug, über „die Anderen“ zu berichten, sondern man muss gleichzeitig seine eigene Haltung und Einstellung hinterfragen und überdenken. Sonst werden bewusst oder unbewusst Vorurteile bestätigt und gefestigt.

Die Wirklichkeit in der deutschen Osteuropa-Berichterstattung sieht ganz anders aus. Sobald sich der Reporter-Blick nach Osten wendet, werden gern alle Vorurteils-Register gezogen.

Die Medien-Debatte des vergangenen Jahres, die durch eine Satire der *taz* unter der Überschrift „Polens neue Kartoffel“ angetreten wurde, indem sie Präsident Lech Kaczynski mit einer Kartoffel verglich, brachte dies auf den Punkt. Der Osten ist einfach ein gefundenes Fressen für uns Journalisten. Hier gibt es alles, was Schlagzeilen macht: Kartoffeln, Krisen, Kriege, Korruption, Kriminalität. Weitere Kassenschlager sind unsere beliebten Import-Produkte: Wodka, Öl und Gazprom bzw. all die Dinge, die wir gerne aus Europa heraushalten wollen: Frauen- und Drogenhandel, Prostitution, Mafiastrukturen, Umweltzerstörung – der Osten, der ist immer für eine spannende und aufregende Geschichte zu haben. Nur eins verkauft sich in deutschen Medien eher schlecht: Positiv-Geschichten wie der wirtschaftliche Aufschwung, die Demokratieentwicklung, Erfolge in Forschung und Entwicklung neuer Technologien und Dienstleistungen, die Dynamik der neuen Märkte oder die Erfolgsgeschichten der jungen, gebildeten und international mobilen Aufsteigergeneration. Das passt einfach nicht in unser vorgefertigtes Osteuropa-Bild.

Als Konsequenz ist die deutsche Berichterstattung über Osteuropa eher defizitär. Mängellisten werden erstellt, was denen „da drüben“ nicht noch alles fehlt, um endlich zur EU – also zu „uns“ – zu gehören:

² Karl Dedecius (*1921), deutscher Schriftsteller und Übersetzer, 1990 erhielt er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

zu wenig Demokratie, kaum Rechtsstaatlichkeit, so gut wie keine Freiheit. Besonders die mangelnde Pressefreiheit wird gern kritisiert, weil uns – den „freien“ Journalisten – *diese* persönlich und beruflich am Herzen liegt. Ob nun wegen der scharfen, politisch aufgeladenen Reaktion der polnischen Medien oder des Mordes an der russischen Journalistin Anna Politkowskaja, der international eine große Öffentlichkeit erzeugt hat, – seit dem vergangenen Jahr sind sich westliche Berichtersteller grundsätzlich einig: Um die Pressefreiheit im Osten steht es ganz schlecht. Die handfesten Zahlen der ermordeten, gefangenen und missbrauchten Journalisten, die derzeit in den deutschen Medien im Umlauf sind, bestätigen scheinbar diese Aussagen. Nur wer genau hinsieht und seine eigene Haltung und Voreingenommenheit mit einkalkuliert, wird in diesem Zusammenhang zwei Fragen an den Anfang seiner Überlegung und Berichterstattung stellen müssen: Erstens: *Was ist eigentlich Pressefreiheit?* Und zweitens: *Was gehört überhaupt zu Osteuropa?*

1. Pressefreiheit – ein west-europäischer Traum, an den im Osten keiner glaubt?

Pressefreiheit ist eine europäische Wertvorstellung, die von hier aus in die Welt exportiert wurde. Die Geschichte der Medien beweist, dass Freiheit historisch unmittelbar mit der Presse in Westeuropa verknüpft ist: *Press-Freiheit* als Freiheit der Meinungsäußerung und -veröffentlichung in Druckerzeugnissen war im Europa des 17. Jahrhunderts mindestens genauso wichtig wie die Freiheit des Presseunternehmers, mit dem Verkauf von Druckwerken Geld zu verdienen.³

So hatte Presse- bzw. Medienfreiheit schon immer zwei Dimensionen: die inhaltliche und die wirtschaftlich-unternehmerische Unabhängigkeit. Umgekehrt muss also auch die Pressezensur auf beiden Ebenen betrachtet werden. Medienfreiheit kann demnach nicht nur durch offizielle Zensurbehörden oder inhaltliche Kontrolle eingeschränkt werden, wie es in totalitär durchherrschten Gesellschaften der Fall ist. Medienunfreiheit zeigt sich auch dort, wo die unternehmerische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit durch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen begrenzt oder nicht gewährleistet wird.

Ausgehend von diesem zweidimensionalen Verständnis soll „Medienfreiheit“ – bestehend aus Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit – in dieser Studie als *„Unabhängigkeit der Massenmedien von allen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwängen“* verstanden werden: *„Die Medienfreiheit ist das Recht jedes Individuums gegenüber dem Staat, Äußerungen in Wort, Schrift und Bild frei von Behinderungen durch die Hoheitsgewalt abzugeben, zu verbreiten und zu empfangen. Sie ist ein individuelles Abwehrrecht gegenüber staatlichen und wirtschaftlichen Machtgruppen. Die Medienfreiheit gewährt gleichzeitig die institutionelle Eigenständigkeit der Presse, des Rundfunks und anderer Massenmedien und ist somit ein Grundrecht der Massenkommunikation.“*⁴

³ Vgl. Wunden, Wolfgang (Hg.): Freiheit und Medien. Einleitung. Münster 2005, S. 13.

⁴ Mit „Medien“ ist im Folgenden also nicht nur das Medium als Vermittlungsträger von Informationen gemeint, sondern unter dem Begriff werden vielmehr auch die Akteure, also die Medienmacher zusammengefasst, die das Medium als Produkt entwerfen. Im Sinne Hartmut Winklers sind Medien „Mittler und bilden eine Sphäre der Vermittlung“. Hier werden gleichsam die verschiedenen Medienberufe zusammengefasst, die durch ihren reflexiven Charakter eine Instanz der Selbstbeobachtung der Gesellschaft bilden vgl. Breunig, Christian: Kommunikationsfreiheiten. Ein internationaler Vergleich. Konstanz 1994, S. 106.

Trotz internationaler Konventionen und der Übereinkunft, Medien- und Meinungsfreiheit als grundlegendes Menschenrecht zu verstehen, existiert keine für alle Staaten verbindliche und auf völkerrechtlichem Konsens bestehende *Definition* der Medienfreiheit. Freiheit im Allgemeinen und Medienfreiheit im Besonderen ist jeweils im Kontext der verschiedenen regionalen, traditionellen, kulturellen und historischen Bedingungen und Deutungshorizonte zu interpretieren. Neben dem Freiheitsverständnis europäischer und westlicher Demokratien gibt es auch in totalitären Systemen den Begriff „Freiheit“. In der Sowjetunion wurde dieser sogar inflationär gebraucht und hat dadurch in seiner Interpretation eine ganz eigene Bedeutung erlangt.⁵

„Freiheit“ ist im Kontext der Transformation des Mediensektors in den post-sozialistischen Ländern als Begriff demnach denkbar ungeeignet, denn in den meisten Transformationsländern des Ostens herrscht nach wie vor die Überzeugung vor, dass die Medien immer und überall instrumentalisiert werden. Diese Auffassung hat unter anderem Wurzeln in der sowjetischen Kommunikationstheorie sowie in der Theorie der Frankfurter Schule, die zumindest im heutigen Russland sehr verbreitet ist. Hinzu kommt, dass man in Südost-, Mittelost- und Osteuropa bis in die 1990er Jahre hinein eigentlich keine Erfahrung mit einer funktionierenden Pressefreiheit hatte. Als unter Jelzin die so genannte „freie Presse“ entstand, war sie ökonomisch zu schwach oder anders gesagt, war der Werbemarkt zu unterentwickelt, so dass sie sich nicht von der Werbung finanzieren konnte. Insbesondere die kostenintensiven audiovisuellen Medien wurden so notgedrungen von den finanzstarken Oligarchen oder erneut vom Staat abhängig.

Als Konsequenz entwickelte sich unter den Journalisten ein gewisser Zynismus gegenüber dem Begriff „Pressefreiheit“. Ein bekanntes Sprichwort in Russland beispielsweise besagt: „Ein unabhängiger Journalist ist ein arbeitsloser Journalist“. Dieser Zynismus und diese Resignation lassen sich schon unter den jungen Journalistik-Studenten beobachten, so Anna Litwinenko, Dozentin für Journalismus an der St. Petersburger Staatsuniversität und Redakteurin der *St. Petersburgischen Zeitung*: „Die jungen Journalisten in Russland glauben nicht an Pressefreiheit. Für sie sind die Medien a priori abhängig, sei es von den Oligarchen, vom Kreml oder von den Werbeträgern.“⁶

2. Südost-, Mittelost-, Ost - Europa: eine Frage der Abgrenzung

„Die Grenzen dieser europäischen Regionen verschieben sich zwar im Laufe ihrer langen Geschichte, doch ob nun mehr nach Osten oder nach Westen verlagert, immer bleiben diese drei Welten bestehen, behaupten sich, kommen sich näher, entfernen sich voneinander und definieren sich in jedem Augenblick ihrer Geschichte gegenseitig.“⁷

Siehe auch: Breunig, Christian: Kommunikationsfreiheiten in Osteuropa. Ein aktueller Verfassungsvergleich, in: Osteuropa-Recht, 40 (1994) 2, S. 123–137.

⁵ Vgl. Breunig (1994): Kommunikationsfreiheiten in Osteuropa. S. 123–137.

⁶ Diese Aussage ist einem persönlichen Gespräch der Autorin mit n-ost-Korrespondentin Anna Litwinenko entnommen.

⁷ Zitat: Fernand Braudel, französischer Historiker (1902-1985), in: Szűcs, Jenő (1990): Die drei historischen Regionen Europas. Eine Studie. Vorwort von Fernand Braudel. Frankfurt a.M.: Neue Kritik.

Im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union rückt Deutschland ins Zentrum eines neuen Europas. Seitdem verschiebt sich nicht nur die geographische Mitte der EU, sondern auch die Perspektive nach Osten. Beginnt also Osteuropa östlich von Deutschland? Oder liegen nicht auch Polen und Tschechien mehr in der geographischen *Mitte* Europas, auch wenn sie die östliche Grenze der EU darstellen? Ist mit Osteuropa dann der Osten jenseits der EU-Grenzen gemeint?

Der gängige Begriff *Osteuropa* wirft regelmäßig richtungsweisende Fragen auf. Doch kaum einer stellt sie. Dabei sind diese Begriffe, die die Wahrnehmung dieser Region(en) prägen, im Zuge der EU-Osterweiterung einem ständigen Wandel unterzogen. Die Begriffsverwirrung entsteht durch die unterschiedlichen wissenschaftlichen Schulen, die sich mit dem „Osten“ beschäftigen. Hier bringen besonders Journalisten unbewusst und unabsichtlich die geographischen, politischen und kulturhistorischen Definitionen durcheinander.

Die allgemeine Bezeichnung *Osteuropa* ist in erster Linie eine Fremdzuschreibung von außen. Sie kam in den frühen 1990er Jahren im Westen (wieder) auf, als die Sowjetunion zusammenbrach und die Staaten des Warschauer Paktes ihre endgültige Unabhängigkeit erhielten.⁸ Osteuropa lag für West-Europäer geographisch gesehen einfach *östlich* der damaligen EU und verdeutlichte gleichzeitig die politische Abgrenzung hin nach Osten. Der ungarische Historiker Jenő Szűcs hat hingegen zu Beginn der 1990er Jahre in einer kulturhistorischen Betrachtung auf die *mittlere* Region hingewiesen, die in der Geschichte wechselnden Einflüssen aus Ost- und Westeuropa ausgesetzt war und nach wie vor ist. Seine Studie „Die drei historischen Regionen Europas“⁹ prägte die Bezeichnung Ost-Mitteuropa bzw. Mittel-Osteuropa, wozu in erster Linie die Länder Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei und Ungarn zählen.¹⁰ Die historische Region Osteuropa liegt demnach jenseits von Ost-Mitteuropa und deckt sich heute wieder mit den Ländern östlich der erweiterten EU-Grenze: Ukraine, Belarus, Russland. Diese Republiken der ehemaligen Sowjetunion werden mitunter in einer politischen Definition als Neue Unabhängige Staaten (NUS) bezeichnet, wozu auch die kaukasischen wie Georgien oder die zentralasiatischen Länder zählen. Endet Osteuropa demnach am Hindukusch? Wo sind die Grenzen von Osteuropa? Wo grenzt sich Europa dann von Asien ab? Was ist dann „Eurasien“? Das Puzzlespiel der Begriffe lässt sich bis zum Pazifik hin fortsetzen.

Die Kaukasusrepublik Georgien zeigt hier exemplarisch, wie dehnbar die Begriffe der regionalen Beschreibung sind: Die Ankündigung des georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, langfristig den EU-Beitritt Georgiens anzustreben, verdeutlicht, dass die Präfixe rund um „Europa“ das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen der eigenen Selbstbeschreibung und der Zuschreibung von außen sind. Die Ebenen der kulturhistorischen, politischen und geographischen Betrachtungen werden in den Argumentationen bunt gemischt. Wie schnell sich diese Begriffe und die Zuordnung der

⁸ Vgl. Wolff, Larry: Die Erfindung Osteuropas. Von Voltaire zu Voldemort, in: Karl Kaser u.a. (Hg.): Europa und die Grenzen im Kopf. Klagenfurt 2003; S. 21-34, hier S. 22. Er begründet die These, dass die französische Aufklärung der historische Ort ist, an dem die Ost-West-Teilung Europas (anstelle der bis dahin üblicheren Nord-West-Spaltung) erfunden wurde.

⁹ Vgl. Szűcs: Die drei historischen Regionen Europas; Zernack, Klaus: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977.

¹⁰ Vgl. Bahlcke, Joachim: Ostmitteleuropa, in: Harald Roth (Hg.): Studienhandbuch Östliches Europa, Bd. 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Köln u. a. 1999, S. 59-72; Jaworski, Rudolf: Ostmitteleuropa. Zur Tauglichkeit und Akzeptanz eines historischen Hilfsbegriffs, in: Eberhard, Winfried u. a. (Hg.): Westmitteleuropa, Ostmitteleuropa. Vergleiche und Beziehungen. München 1992, S. 37-45; Hadler, Frank: Mitteleuropa – „Zwischeneuropa“ – Ostmitteleuropa. Reflexionen über eine europäische Geschichtsregion im 19. und 20. Jahrhundert, in: GWZO, Berichte und Beiträge, 1 (1996), S. 34-41; Schlögel, Karl: Die Mitte liegt Ostwärts. Bonn 2002.

Länder ändern, demonstriert die Diskussion um die regionale Zugehörigkeit der jüngsten EU-Beitrittsländer Rumänien und Bulgarien. Historisch betrachtet gehören sie zum regionalen Kulturraum Süd-Osteuropas.¹¹ Um die EU jedoch von ihren unmittelbaren südlichen Nachbarn im Balkanraum abzugrenzen, werden Rumänien und Bulgarien in politikwissenschaftlichen Studien heute zu Ost-Mitteuropa gezählt. Süd-Osteuropa umfasst demnach den erweiterten Balkanraum jenseits der EU.

Der Knackpunkt einer jeden wissenschaftlichen Studie und auch jeder journalistischen Berichterstattung bleibt demnach die Frage: Wie benennt man das, was man beschreibt? Doch diese Überlegung steht nur selten am Beginn eines journalistischen Berichts über die Länder des Ostens. Offensichtlich wird dies zumeist bei der Wahlkampfberichterstattung oder in politischen Berichten über die Parteienlandschaft: Von „liberal“ oder „konservativ“ ist hier nicht selten die Rede. Doch genau diese Zuordnungen treffen in den Transformationsländern nicht zu. Prüft man also die Berichterstattung über die Länder Südost-, Mittelost- und Osteuropas auf diese Begrifflichkeiten hin, kann man sie schnell ausfindig machen: die Journalisten, die sich fatalerweise mit einem west-europäischen Politikverständnis an den Osten heranwagen. Hier ist es dringend an der Zeit, sich etwas Theorie anzueignen. Selbst wenn die selbsternannte Osteuropaforschung noch in den Kinderschuhen steckt und viele Transformationstheorien erst rückblickend die Ereignisse im Osten erklärbar machen, so liefern sie dennoch wichtige Ansätze, die Entwicklungen des gesellschaftlichen Wandels auch mit journalistischem Handwerk zu bearbeiten.

Die vorliegende Studie soll in erster Linie deutschen Journalisten und Medienmachern einen differenzierteren Blick auf unsere östlichen Nachbarn und Kollegen ermöglichen. Für die folgenden Länderanalysen sind zehn Länder exemplarisch ausgewählt worden, die sowohl den geographischen als auch den politischen und kulturhistorischen Raum östlich von Deutschland repräsentieren. Ein einheitliches Konzept fokussiert länderspezifisch die verschiedenen Ebenen der Medientransformation in ihren wesentlichen Punkten. In einer vergleichenden Schlussbetrachtung sollen so die regionalen Unterschiede und Gemeinsamkeiten hervorgehoben werden. Aufgrund des umfassenden Themas kann und soll hier kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Die Analysen des Mediensektors der zehn südost-, mittelost- und osteuropäischen Länder sind jeweils Überblicksstudien, die nur die wesentlichen Konfliktlinien herausarbeiten können und aufgrund des beschränkten Umfangs keine tiefgründigen Details untersuchen. Die im Folgenden dargestellten Länder sind so gewählt, dass sie die beschriebenen Regionen des Ostens in ihrer Bandbreite repräsentieren, um deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Hinblick auf die Entwicklung der Medienfreiheit herauszuarbeiten. Gemeinsam ist den zehn ausgewählten Ländern die Transformation, die sie seit den frühen 1990er Jahren vollziehen, und so sollen sie im Folgenden auch genannt werden: Transformationsländer.

¹¹ Szücs (1990): Die drei historischen Regionen Europas.

3. **Demokratie und Medienfreiheit: zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

Unter Transformation wird in den Politik- und Sozialwissenschaften der vielschichtige Wandel verstanden, der sich seit dem Zusammenbruch des Kommunismus vollzieht.

Transformation bedeutet den Abbau alter Spielregeln sowie den gleichzeitigen Aufbau von neuen Institutionen.¹² Es ist ein Prozess, der – trotz des Kollaps' des Sowjetsystems – keine wirkliche Stunde Null kennt. Vielmehr verläuft **im Idealfall** die Demontage des alten, kommunistischen Systems parallel zur Einführung rechtsstaatlicher, demokratischer und marktwirtschaftlicher Regeln.

Auf den Zerfall der Sowjetunion und der kommunistischen Staaten in Südost-, Mittelost- und Osteuropa hat die Politik- und Sozialwissenschaft mit neuen theoretischen Ansätzen reagiert.¹³ Hier hat die Forschung schnell erkannt: Das Bedeutende des Systemwechsels in Transformationsländern ist der Wandel auf wirtschaftlicher Ebene. Die Einführung neuer Eigentumsverhältnisse sowie der Übergang zur Marktwirtschaft vollziehen sich gleichzeitig mit dem Aufbau eines neuen Rechtssystems, einer neuen Verfassung, der Einführung demokratischer Spielregeln sowie dem Aufbau einer Zivilgesellschaft.¹⁴ Der Sozialwissenschaftler Claus Offe lenkte die Aufmerksamkeit bei der Analyse der verschiedenen Ebenen auf das viel zitierte „**Dilemma der Gleichzeitigkeit**“.¹⁵ In diesem komplexen Verlauf bedingen und blockieren sich die parallelen Wandlungsprozesse in rechtlicher, politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht gegenseitig. Die Folge: Stillstand auf allen Ebenen. Die Staaten verharren in reformresistenten Mischsystemen zwischen Autokratie und Demokratie.¹⁶

Das zweite Problem, mit welchem sich die Transformationsforschung konfrontiert sieht, ist das der Periodisierung. Die meisten Theorien gehen von einem Drei-Phasen-Modell aus, in welchem auf die Phase der Liberalisierung die zunehmende Demokratisierung und anschließend die demokratische Konsolidierung folgen *sollte*.¹⁷

Die Transformationsforschung betrachtet demnach den Übergang von autoritären oder totalitären Systemen zu einer Demokratie mit normativem Anspruch. Das Problem ist jedoch, dass es in der Politikwissenschaft keinen einheitlichen Demokratie-Begriff gibt. Genau hier liegt das Dilemma, wenn es darum geht, die Transformationsländer des Ostens zu beschreiben: Welches System nach

¹² Vgl. Beyme, Klaus von: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder, in: Merkel, W. (Hg.): Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformation. Opladen 1995, S. 141-173.

¹³ Zu nennen sind hier exemplarisch: Von Beyme, Klaus: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder, in: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformation. Opladen 1995, S. 141-173; Merkel, Wolfgang/ Sandschneider, Eberhardt/ Segert, Dieter (Hg.): Systemwechsel II. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen 1996; Przeworski, Adam: Democracy and the Market, Kapitel II. Democratisation. Cambridge 1991; Segbers, Klaus: Sowjetsystem, Perestrojka und Systemwechsel: Eine Krise und ihre Existenzformen. Die Postsowjetische Transformation in Rußland. Ebenhausen 1992.

¹⁴ Vgl. Przeworski, Adam: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge 1991.

¹⁵ Vgl. Offe, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, in: ders., Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/M. 1994.

¹⁶ Vgl. Schmidt, Siegmund: Demokratien mit Adjektiven. Die Entwicklungschancen defekter Demokratien, in: E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit, 7/8 (2001), S. 219-223.

¹⁷ Vgl. Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformation. Opladen 1995; Merkel, Wolfgang/ Sandschneider, Eberhardt/ Segert, Dieter (Hg.): Systemwechsel II. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen 1996.

welchen Kriterien als „demokratisch“ bezeichnet wird, hängt stets von der jeweiligen Messlatte ab, die als Demokratie-Kriterium angelegt wird. Diese Ungenauigkeit in der Definition stellt den Nährboden für einen Wildwuchs an Adjektiven, die dem Demokratie-Begriff vorangestellt werden. Im Gegensatz zu Gerhard Schröders „lupenreiner“ Demokratie, ist in der Forschung von „gelenkter“ oder „defekter“ Demokratie die Rede, um die politischen Systeme in Südost-, Mittelost- und Osteuropa zu klassifizieren. In vergleichenden Arbeiten sprießen „instrumentelle“, „gelenkte“, „kontrollierte“, „gesteuerte“, „delegative“ oder „autoritäre“ Demokratien aus dem Boden der Osteuropaforschung. Diese defizitären Beschreibungen grenzen die neuen Staaten Südost-, Mittelost- und Osteuropas nicht nur von westeuropäischen Demokratie-Normen ab, sondern drücken gleichermaßen die Unterschiede in den Transformationsprozessen der Länder bzw. im Fokus der Analyse aus.

Besonders deutlich wird dies am Beispiel der jüngsten politischen Prozesse in Russland: Nach einem kurzen Augenblick der Euphorie über die so genannten farbigen Revolutionen in der Ukraine und in Georgien, rückt man derzeit von der Prophezeiung ab, dass der Weg der Transformation zwangsläufig zur Demokratie führe. Die politische Realität in Putins Russland lässt eher Befürchtungen der so genannten *Re-Sowjetisierung* aufkommen.¹⁸ Die *Re-Verstaatlichung* des russischen Energiesektors durch den Energieriesen Gazprom, der restriktive Umgang mit Kreml-Kritikern wie dem ehemaligen Jukos-Chef Michail Chodorkowskij bzw. die voranschreitende Demontage der Pressefreiheit sind zweifellos Indikatoren eines Fortbestehens oder Wiedererwachens autoritärer Strukturen in Russland. Doch ist das gleich ein Beweis für einen *Rückwärtstrend* in der Geschichte?

4. Geschichte gibt den Weg vor – wiederholt sich aber nicht

„History matters“ – war die Erkenntnis des Nobelpreisträgers Douglas C. North, der in den 1990er Jahren als Wirtschaftswissenschaftler die Transformation der Systeme Südost-, Mittelost- und Osteuropas untersuchte.¹⁹ Seine Erkenntnisse über die Relevanz der Geschichte für derzeitige und zukünftige Transformationsprozesse wurden in einem Konzept der so genannten **Pfadabhängigkeit** zusammengefasst und finden seitdem Anwendung in der Transformationswissenschaft.

Pfadabhängigkeit bedeutet, dass sich in allen Gesellschaften in der Vergangenheit gewisse, meist informelle Spielregeln verfestigt haben, die während der Transformationsprozesse fortbestehen und den Verlauf sowie die Ergebnisse beeinflussen. Als Beispiele können unter anderem Korruption oder Strukturen und Mechanismen von klientelistischen Netzwerken genannt werden. Als erlernte und somit tief in der Gesellschaft verankerte Spielregeln haben diese Institutionen den Kollaps des kommunistischen Systems überlebt und wirken weiter fort. Sie sind es, die auch in postkommunistischer Zeit das Verhalten der Akteure prägen. In der Phase des Wandels auf allen Ebenen bieten diese Spielregeln ihnen gewisse Sicherheiten, machen gesellschaftliche

¹⁸ Vgl. Vogel, Heinrich: Umweg oder Rückfall? Rußlands Politik ist kein Vermittlungsproblem, in: Osteuropa 54 (2004) 8, S. 42-49.

¹⁹ Vgl. North, Douglass C.: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen 1992; North, Douglass C.: Big-Bang Transformation of Economic Systems. An Introductory Note, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, 156 (2000) 1, S. 3-8.

Aushandlungsprozesse berechenbar. Es ist der Pfad der Vergangenheit, der stets seinen Schatten in die Zukunft wirft.

Die Pfadabhängigkeit liefert die Erklärung, warum nach dem Import eines auf demokratischen Werten basierenden Verfassungstextes in Südost-, Mittelost- und Osteuropa (noch) keine „lupenreine“ demokratische Verfassungswirklichkeit erwuchs. Mit der Medien(un)freiheit verhält es sich ähnlich. Selbst wenn das Recht auf freie Meinungsäußerung in Gesetzestexten als Grundrecht formuliert ist, entspricht dies im Arbeitsalltag von Journalisten nicht unbedingt der Realität. Diese Kluft zwischen verfassungsrechtlich formulierten Ansprüchen der Medien- und Pressefreiheit und ihrer Wirklichkeit aufzuzeigen, ist ein weiteres Ziel dieser Studie. Denn die Ambivalenz zwischen Text und Wirklichkeit ist deutschen Journalisten meist zu komplex, um sie in ihrem Urteil über die Pressefreiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa überhaupt ins Gewicht zu nehmen. Nur allzu leicht fallen die meisten auf die Schaufensterfunktion herein, die die eher liberal gestalteten Verfassungen und Gesetzestexte der östlichen Länder innehaben. Umso mehr sind sie erschrocken, wenn sie feststellen, dass es im journalistischen Arbeitsalltag der östlichen Kollegen ganz anders zugeht.

5. Die Medien im Strudel der Transformation

Das Verhältnis zwischen Medien und Demokratie fand in den theoretischen Ansätzen der deutschsprachigen Transformationsforschung bislang kaum Beachtung. Erst die Studie von Barbara Thomaß und Michaela Tzankoff lieferte unter dem Titel „Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel in Osteuropa“ erste Grundlagen, die Theorien der Politikwissenschaft mit Ansätzen der Kommunikationswissenschaft zu kombinieren.²⁰ Sie stellen die Frage nach den Zusammenhängen von Medien und Transformation, indem sie das Mediensystem als Resultat eines Ausdifferenzierungsprozesses einer Gesellschaft betrachten: Waren Medien in (real)sozialistischen Gesellschaften Teil des politischen Systems, bedeutet Transformation für sie, dass sie eine Umplatzierung in das gesellschaftliche System erfahren.²¹ Dieser Prozess vollzieht sich laut der Kommunikationswissenschaft ebenso wie die Transformation in drei Stufen:²² Auf die Phase der Demonopolisierung und Dezentralisierung der Medien, die mit der Lockerung der Zensur einhergeht, folgt die Phase der Aushandlung einer neuen Mediengesetzgebung und die Verankerung der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit in den Grundrechten und Gesetzestexten. Danach wird ein Prozess einer erneuten Medienkonzentration eingeleitet, da die wirtschaftlichen Faktoren der Medienlandschaft in den Vordergrund rücken.²³

²⁰ Vgl. Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela: Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel in Osteuropa, in: Behmer, Markus/Krotz, Friedrich/Stöber, Rudolf/Winter, Carsten (Hg.): Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel. Wiesbaden 2003, S. 183- 197; Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden 2001.

²¹ Vgl. Thomaß/Tzankoff (2001): Medien und Transformation in Osteuropa. S. 43.

²² Vgl. Downing, John D.H.: Internationalizing Media Theory. Transition, Power, Culture. London 1996; Bennett, W. Lance: The Media and Democratic Development: The Social Basis of Political Communication, in: O'Neil, Patrick (Hg.): Communicating Democracy: The Media and Political Transitions. Colorado/London 1998b, S. 201ff.

²³ Vgl. Thomaß/Tzankoff (2003): Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel, S. 183-197.

Die Ergebnisse der Thomaß/Tzankoff-Studie zeigen weiter auf, dass die so genannte Umplatzierung und Ausdifferenzierung mit Umbrüchen im Mediensektor einhergeht, die sich auf verschiedenen Ebenen vollziehen:²⁴

- 1.) In *struktureller* Hinsicht wandeln sich die Medien von einem Anhängsel des Staatsapparates zu einem eigenen Subsystem innerhalb der Gesellschaft, mit eigenen Funktionslogiken.
- 2.) Auf *rechtlicher* Ebene werden neue Gesetzesgrundlagen verabschiedet und die Medien erhalten auf dem Papier neue Freiheiten und Richtlinien, die sich in der Praxis durchsetzen müssen.
- 3.) In *wirtschaftlicher* Hinsicht entstehen kommerzielle Medien und damit neue Wirtschaftsunternehmen bzw. werden die audiovisuellen Medien mitunter in öffentlich-rechtliche Trägerschaften überführt.
- 4.) In *funktionaler* Hinsicht ändert sich die Rolle der Medien sowie deren Konsumenten: Statt als Propagandasprachrohr der Partei zu agieren, entwickeln Journalisten in diesem Prozess ein neues Selbstverständnis. Sie werden im Idealfall zu Kritikern, Aufklärern und Korrektiven und müssen nun Leser, Zuhörer oder Zuschauer als „Kunden“ bedienen, die neue Ansprüche erheben.

Auch wenn das lediglich theoretische Idealvorstellungen von Medientransformation sind, so helfen sie dennoch, sich der Komplexität der Veränderungen im Mediensektor zumindest anzunähern. Ein Problem stellt aber erneut die normative Betrachtung der Medienentwicklung dar. Die kommunikationswissenschaftlichen Überlegungen gehen dabei vom westlich geprägten, demokratischen und freiheitlichen Medienmodell aus, in welchem die unabhängigen und freien Medien nicht nur informieren, sondern bei der Meinungsbildung mitwirken und für Kritik und Kontrolle in Politik und Wirtschaft sorgen. Damit werden zwar wertvolle Vorgaben gemacht, um Abweichungen vom Idealzustand freier und demokratischer Mediensysteme aufzuzeigen und anzumahnen. Über die tatsächliche Demokratieentwicklungen und Freiheit der Medien in Transformationsländern sagen sie jedoch wenig aus.

Eine weitere Problematik, die sich bei der Betrachtung dieser Umwälzungsprozesse im Mediensektor ergibt, ist die der Gleichzeitigkeit. Da sich auch hier politische, juristische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen in den Transformationsländern parallel abspielen und sich dabei wechselseitig bedingen oder sich sogar gegenseitig blockieren, sind die Prozesse meist zu komplex, um sie zu entschlüsseln. Im Kern verhält es sich hier wie mit der Frage nach der Henne und dem Ei: Kommunikationstheoretiker der verschiedenen Schulen sind sich nicht einig, ob nun die Medien zuerst ihre neuen Funktionen einnehmen müssen, um zur Konsolidierung der Demokratie beizutragen, oder ob umgekehrt die demokratischen Voraussetzungen erst gegeben sein müssen, damit die Medien ihre neuen Funktionen ausfüllen können.²⁵ Ebenso verhält es sich mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Medien und Politik: Ist die Politik in die Abhängigkeit der Massenmedien geraten oder sind

²⁴ Vgl. Thomaß, Barbara: Kommunikationswissenschaftliche Überlegungen zur Rolle der Medien in Transformationsgesellschaften, in: Thomaß/Tzankoff (2003): Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel, S. 183-197.

²⁵ Vgl. Thomaß (2001): Kommunikationswissenschaftliche Überlegungen zur Rolle der Medien in Transformationsgesellschaften, S. 39-64.

die Medien von der Politik abhängig?²⁶ Dieses Dilemma der Gleichzeitigkeit bleibt das Kernproblem der Analyse und muss als solches anerkannt werden.

Der „Schleier der Unsicherheit“²⁷ liegt also über den Transformationsprozessen der Länder Südost-, Mittelost- und Osteuropas, deren Ergebnisse somit nur schwer vorherzusagen sind. Nur in einer Hinsicht sind sich die Transformationswissenschaftler einig: Die Komplexität und das wechselseitige Zusammenspiel der Veränderungen auf den verschiedenen Ebenen führen dazu, dass jedes der Transformationsländer seinen *eigenen* Weg beschreitet.

6. Die Ranking-Falle: Ist Medien(un)freiheit messbar?

Wer sich mit Medienfreiheit beschäftigt, kommt zunächst an den Rankings internationaler Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) nicht vorbei: *Reporter ohne Grenzen (ROG)*, Bertelsmann (*BTI*), *Freedom House*, *International Research and Exchanges Board (IREX)* und das *Committee to Protect Journalists* – sie alle erstellen Ranglisten der Pressefreiheit, in welchen die Länder systematisch katalogisiert und mit einem Wert versehen sind: handlich, gut verpackt, unkompliziert und medienwirksam – so wie es Journalisten mögen, die diese Zahlenwerte gerne ungefragt übernehmen. Hier müssen keine komplexen Sachverhalte erklärt oder Gesetzestexte mit Gesetzespraktiken verglichen werden. Gleichzeitig schaffen sich internationale NGOs mit diesen Rankings ein PR-wirksames aber bedenkliches Alleinstellungsmerkmal, denn wer beim Stichwort „Medienfreiheit“ sofort an *Freedom House* oder *ROG* denkt, der ist schon darauf reingefallen. Das Wissen über Medienfreiheit als solche muss dringend hinterfragt und neu überdacht werden.

Gemeinsam ist diesen Ranglisten, dass sie die Reform des Mediensystems als Voraussetzung einer unabhängigen und freien Medienlandschaft betrachten. Die Medienfreiheit ist in diesen Listen der unmissverständliche Indikator für die Demokratie-Entwicklung.²⁸ Der Zustand der Demokratie in den einzelnen Ländern wird damit *scheinbar* international vergleichbar. Doch aus welchen Faktoren setzt sich dieser Indikator zusammen und wo ergibt sich in diesen Ranglisten die Schwelle zwischen „Freiheit“ und „Unfreiheit“? Was liegt zwischen einem freien und unfreien Mediensystem? Wie viel Reform muss sein, um frei zu werden? Ist Freiheit überhaupt mess- und vergleichbar? Das sind die Fragen, die wir hier zuerst stellen müssen.

Die Indizes von *Freedom House* und *ROG* basieren auf ähnlichen Konzepten, wie dem Vorhandensein von rechtlicher Unabhängigkeit und politischer Autonomie. Der *IREX*-Index schließt hingegen die Meinungsfreiheit mit in seine Fünf-Punkte-Erhebung mit ein. Der *CPJ*-Index wiederum untersucht ausschließlich Repressions-Methoden gegen Journalisten und klammert finanzielle oder

²⁶ Forscherstreit der Dependenzthese und der Instrumentalisierungsthese vgl. Löffelholz, Martin: Von der Simplifikation zur Interpenetration. Einfluss- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit in der Politik, in: Volker J. Kreyher (Hg.): Handbuch Politisches Marketing Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden 2004, S. 365-376; Thomaß (2001): Kommunikationswissenschaftliche Überlegungen zur Rolle der Medien in Transformationsgesellschaften, S. 48f.

²⁷ Vgl. Offe, (1994): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, S. 57-80.

²⁸ Vgl. Matischok, Jana/ Pleines, Heiko: Politikbezogene Länderratings im Überblick 5, in: Russland-Analysen Nr. 131, 24.03.2007, S. 5-18.

politische Abhängigkeiten der Medien von Einfluss nehmenden Institutionen oder Akteuren gänzlich aus.²⁹ Demnach basieren die Rankings der Medienfreiheit im weltweiten Vergleich nicht nur auf unterschiedlichen Datenanalysen, sondern werden durch verschiedene Filter hindurch betrachtet und deren Durchschnittswerte jeweils nach eigenen Kriterien ausgewertet.

Der Großteil dieser Datengrundlagen wird über Fragebögen erhoben, die Medienmacher oder in- und ausländische Akteure aus dem Medien- bzw. NGO-Sektor des jeweiligen Landes ausfüllen.

Ausgewertet werden diese Bögen wiederum von wenigen Mitarbeitern, die die Länder auf verschiedenen Skalen einordnen. In der Regel ist es der Durchschnittswert der einzelnen Skala-Zuordnungen, die den Gesamtwert ergeben, nach welchem die Länder auf der Weltrangliste platziert werden.³⁰ Doch ein Durchschnittswert sagt noch nichts über ein Land aus. Wertvorstellungen wie Demokratie und Medienfreiheit lassen sich nicht in Zahlen ausdrücken.

Den unterschiedlichen Skalen liegen jeweils verschiedene Definitionen von Pressefreiheit zugrunde. Was Freiheit aber generell und in den verschiedenen Kulturen dieser Welt überhaupt bedeutet, das steht hier nicht zur Debatte. Dabei haben wir es schon in unserem eigenen, west-europäischen Kulturraum und besonders in der europäischen Geschichte mit vielen Freiheitsdefinitionen zu tun gehabt. Dafür gilt es, die Bedeutung von Freiheit und die Veränderung dieses Begriffes und des Verständnisses innerhalb der Transformationsgesellschaften zu hinterfragen.

Die Autoren der aktuellen Studie „An Evaluation of Press Freedom Indicators“³¹ hinterfragen kritisch, nach welchen diese internationalen Rankings erstellt werden. Dabei legen sie einen wichtigen Schwerpunkt auf die konzeptionelle Definition von Medien*freiheit*, indem sie die Entwicklung dieses demokratischen Grundwertes in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg und dessen normative Betrachtungsweise hinterfragen. Dem gegenüber stellt die Studie die Frage nach der empirischen Messbarkeit von Freiheit, analysiert dessen Faktoren und vergleicht die verschiedenen Ansätze, wie Medien(un)freiheit in der Praxis gemessen werden kann. In diesem Zusammenhang wird zu Recht darauf hingewiesen, dass die derzeitigen, empirischen Analysen die Medienlandschaften als Subsysteme des Gesamtsystems betrachten, in welches die Medien in einem Land oder einer Region eingebettet sind.³² Ein Trend wird hier schnell sichtbar: Früher lag der Fokus in erster Linie auf den politischen und sozialen Faktoren, welche die Verfasstheit der Medien jeweils bedingen. In den jüngeren Untersuchungen werden hingegen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen untersucht. Medienfreiheit wird als Ergebnis wirtschaftlichen Wohlstandes und niedriger Marktkonzentration gewertet. Sind also im Umkehrschluss alle Medien der wirtschaftlich „armen“ Regionen unfrei?³³ Und wie bewerten wir dann die medienökonomischen Entwicklungen in unseren eigenen Ländern, wo große Verlagshäuser wie *Axel Springer* oder die Mediengruppe der *Westdeutschen Allgemeinen*

²⁹ Vgl. Pleines, Heiko: Russland in politikbezogenen Länderratings. Demokratie, Rechtsstaat und Bürgerrechte im internationalen Vergleich 2, in: Russland-Analysen Nr. 131, 24.03.2007. S. 2-21.

³⁰ Vgl. Becker, Lee B. / Vlad, Tudor/ Nusser, Nancy: An Evaluation of Press Freedom Indicators, in: The International Communication Gazette. Vol. 69, (2007) No. 1, S. 5-28. Siehe auch: Matischok/ Pleines (2007): Politikbezogene Länderratings, S. 5-18.

³¹ Vgl. Becker/ Vlad / Nusser (2007): An Evaluation of Press Freedom Indicators. S. 5-28.

³² Ebd.

³³ Vgl. Behmer, Markus: Pressefreiheit in der Dritten Welt, in: Michael Haller (Hg.): Das freie Wort und seine Feinde. Zur Pressefreiheit in den Zeiten der Globalisierung. Konstanz 2003, S. 147-162.

Zeitung (WAZ) strategisch konsequent beherrschende Marktstellungen ausbauen?³⁴ Welche Auswirkungen haben diese finanzstarken Akteure auf die südost-, mittelost- und osteuropäischen Medien, wenn sie deren Märkte monopolisieren?

Um Sinn und Unsinn dieser internationalen Ranglisten der Medienfreiheit einordnen zu können, ist es notwendig, die Methoden, Motive und Ansätze, sowie die Organisationen selbst zu hinterfragen, die diese Rankings erstellen. Dabei wird auf den ersten Blick ersichtlich: Die wesentlichen Ranglisten-Ersteller sind ausschließlich NGOs mit (Haupt)Sitz in westlichen, demokratischen und „freien“ Staaten. Ihre Idealvorstellung von Freiheit und Demokratie ist vom westlichen bzw. jeweiligen kulturhistorischen Demokratie- und Freiheitsverständnis geprägt. Die Einordnung der weltweiten Medien in „frei“ oder „unfrei“ ist somit eine Zuschreibung von außen, die über die Auswertung bestimmter Daten erfolgt, die diese Organisationen erheben und auswerten. Die Ranglisten sind faktisch vielmehr Mängellisten, die den Ländern ausgestellt werden, als hätten sie ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

In diesem Zusammenhang ist auf den Sammelband „Freiheit und Medien“³⁵ zu verweisen, den Wolfgang Wunden herausgegeben hat. In den gesammelten Aufsätzen über Freiheit und Verantwortung der Medien im west-europäischen Kontext wird explizit deutlich, dass sich hier Journalisten und NGOs erst einmal selbstkritisch betrachten müssen, bevor sie die Zustände der Pressefreiheit in anderen Ländern kritisieren. Besonders in einem Punkt: Im selben Atemzug wie die fehlende Medienfreiheit wird die mit der so genannten Boulevardisierung einhergehende Entpolitisierung der Zeitungen in Südost-, Mittelost- und Osteuropa kritisiert. Doch steht dieses Phänomen tatsächlich im Zusammenhang mit der journalistischen Freiheit?

Auch dieser Zusammenhang wird im genannten Sammelband diskutiert: „Wie frei macht Fernseh-Unterhaltung?“ Diese Leitfrage eines Aufsatzes demonstriert plastisch, dass auch der „freie“ Mensch in Deutschland sich abends lediglich vor seinen „freien“ Fernsehapparat setzen möchte und von soviel Freiheit im Alltag ganz angestrengt einfach nur sich stumpfsinnig berieseln lässt. Das Fazit: „Fernsehunterhaltung befreit den Menschen individuell von seinen eigenen Überlastungen in einer kühlen und diffusen Gesellschaft. Wie eine weiche Droge tut sie ihm wohl, lindert sie die Schmerzen, die diese Gesellschaft ihm zufügt, und pflegt die Wunden, die ihm sein persönliches Leben geschlagen hat“.³⁶ Diese Freiheit sollten wir unseren östlichen Nachbarn in Anbetracht der mitunter harten Konsequenzen des gesellschaftlichen Wandels gönnen, denn die Freiheit des Wortes, der Meinung, der Information spielen in einem solchen, unterhaltungsorientierten Medienkonsum-Verhalten auch in Westeuropa nur eine untergeordnete Rolle. Was also macht die Medien in den Transformationsländern in unseren Augen unfrei?

Europäische und US-amerikanische NGOs und Journalisten vermissen in anderen Ländern die Freiheit, ohne sich selbst bewusst zu werden, dass das Maß der Freiheit stets mit Verantwortung der

³⁴ Vgl. Röper, Horst: Expansion in Osteuropa, in: Menschen Machen Medien, 7/8 (2006), S. 8-13, URL: http://mmm.verdi.de/archiv/2006/07-08/titelthema_marktaufteilung/expansion_in_osteuropa, [Zugriff: 10.03.2007]; Röper, Horst: Formationen deutscher Medienmultis Teil 1: ProSiebenSat.1 Media AG und Axel Springer AG, in: Media Perspektiven 3 (2006), 114-124. URL: http://www.ard-werbung.de/showfile.phtml/03-2006_roeper.pdf?foid=16698, [Zugriff: 22.4.2007].

³⁵ Wunden (2005): Freiheit und Medien.

³⁶ Klottloz, Peter: Wie frei macht Fernseh-Unterhaltung?, in: Wunden (2005): Freiheit und Medien, S. 131-144.

Medien zusammenhängt. „Mit der Erweiterung der Freiheitsräume und Gestaltungsmöglichkeiten steigt zugleich die Anforderung zum verantwortlichen Gebrauch der Freiheit“³⁷, konstatiert der Autor Bernhard Debatin in seinem Aufsatz „Verantwortung im Medienhandeln“ im genannten Sammelband. Die rasche Veränderung der Medien stelle eine enorme Erweiterung der Spielräume für menschliches Handeln dar, so die Essenz der medienethischen Überlegungen. Freiheit sei mit Verantwortung verbunden und deswegen nicht immer nur positiv zu werten: Sie eröffne zugleich bisher unbekannte Möglichkeiten des Missbrauchs und radikalisiere das Verantwortungsproblem.³⁸ Ob nun „Killerspiele“ im Internet, Gewaltfilme im Fernsehen, Paparazzi, die Lady Diana in den Tod jagen, oder umstrittene Mohammed-Karikaturen, die das muslimische Abbildungsverbot missachten – ist das die Freiheit, die wir im Osten vermissen? Oder tun wir solche Phänomene auch wieder als Folge der Einschränkung der Medienfreiheit ab? Wäre es hier nicht an der Zeit, internationale Ranglisten der Medienverantwortung zu erstellen?

Diese Überlegungen wollen die Medienunfreiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa nicht relativieren, sondern den Fokus auf folgende Frage lenken: Ist der *Ist*-Zustand von Freiheit überhaupt mess- und damit vergleichbar oder ist Freiheit nicht einfach ein *Soll*-Wert, den Medienmacher in „freien“ Ländern erwägen, um Kollegen in anderen Ländern die Unfreiheit zu bescheinigen?

Diese Studie erstellt keine Freiheitskategorien und Messlatten. Sie vergleicht die Länder Südost-, Mittelost- und Osteuropas auch nicht anhand von absoluten Zahlen, arbeitet also nicht mit Rankings und Messwerten. Ziel ist es eben nicht, den Zustand von *Freiheit* und *Unfreiheit* in Südost-, Mittelost- und Osteuropa aus einem west-europäischen Norm-Verständnis heraus zu bewerten. Anstelle des Begriffs Medienfreiheit soll mit Kategorien der Medien-Unabhängigkeit operiert werden. Der Fokus der Länderanalysen liegt auf den objektiven Abhängigkeits-Faktoren der Medien in struktureller, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht. Diese sind im Vergleich zu subjektiven Freiheitsverständnissen wesentlich greifbarer. Im Grunde genommen wird davon ausgegangen, dass zu Beginn der Transformation alle Medien sich in der Umklammerung des Staates befunden haben und sich daraus nur langsam und schrittweise lösen konnten bzw. nach wie vor in dieser Umklammerung sind. Demnach gab es bislang keine Stunde Null – auch nicht in der Phase der Glasnost – in der Medienfreiheit plötzlich da war und sich von heute auf morgen entfalten konnte, im Gegenteil. Unabhängigkeit von staatlicher Zensur, Kontrolle, Infrastruktur und Finanzierung muss jede Redaktion, jede Zeitung, jeder Sender, jeder Journalist erst mühsam einfordern, aushandeln, erkämpfen. Dieser Aushandlungsprozess gestaltet sich in jedem Land anders, erstreckte sich zumeist entlang jeweiliger landeseigener Konfliktlinien und entwickelte sich der politischen Kultur des Landes bzw. dem Selbstverständnis der Journalisten nach entsprechend unterschiedlich schnell oder langsam. Auf all diesen Wegen sind wiederum finanzielle wie rechtliche Hürden zu überwinden und die Medien Gefahren neuer Abhängigkeiten ausgeliefert. Doch erst wenn sie sich ein gewisses Maß an Unabhängigkeit in rechtlicher, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht erkämpft haben, verfügen sie über einen Gestaltungsfreiraum, den sie für sich ausbauen und strukturieren können. Dieser selbstregulierte Gestaltungsfreiraum ist dann Medienfreiheit zu nennen.

³⁷ Debatin, Bernhard: Verantwortung im Medienhandeln, in: Wunden (2005): Freiheit und Medien, S. 113-130.

³⁸ Vgl. Debatin (2005): Verantwortung im Medienhandeln, S. 113-130.

7. Im Osten nichts Neues? Die Problematik der Beschleunigung

Transformationsprozesse sind Beschleunigungsprozesse. Und der Wandel der Länder Südost-, Mittelost- und Osteuropas vollzieht sich so schnell, dass die Medien der einzelnen Länder hier unweigerlich mit in den Strudel der Veränderungen hineingeraten sind. Sprich, in einem extrem beschleunigten Verfahren haben sich auch für die Medien sämtliche Spielregeln während des laufenden Spiels verändert.

Bei der Untersuchung der geltenden Regeln ergibt sich nun das Problem, dass nur die auf dem Papier festgeschriebenen Regelungen tatsächlich recherchierbar und damit analysierbar sind. Doch für Transformationsländer wie die des Ostens ist es zumeist typisch, dass sich die Akteure nur langsam an neue Spielregeln gewöhnen oder diese in neuen Macht-Konstellationen informell immer wieder neu ausgehandelt werden – vor allem auf der wirtschaftlichen Ebene, denn die ökonomischen Veränderungen haben die politischen in ihrer Geschwindigkeit überholt. Gleich mit den ersten Privatisierungsverfahren entstanden kleine, mittelständische und große Medien-Unternehmen, die nach den neuen Regeln der Marktwirtschaft handeln und gleichzeitig mit alten Methoden wie Korruption sowie der schlechten Infrastruktur umzugehen haben. Gleichzeitig sind neue Geschäftsfelder entstanden wie der Werbe- und Anzeigenmarkt oder das Börsengeschäft, über das sich ausländische Firmen in nationale Märkte einkaufen können. Kurz gesagt: Im post-kommunistischen, wirtschaftlichen Spielmodus haben sich nicht nur die Regeln verändert. Zugleich ist auch die Zahl der Figuren schier unüberschaubar geworden. Wo will man da anfangen zu recherchieren?

Wer also im klassischen Sinne Studien über Transformationsländer entwirft, muss seinen Fokus auf wenige, spezifische Faktoren richten. Es sind Strukturen und Prozesse und weniger einzelne Ereignisse, die hier im Vordergrund stehen. Komplexität kann zwar der Nachvollziehbarkeit wegen verringert, darf aber nicht verneint werden. Gleichzeitig muss man immer damit rechnen, dass Ergebnisse, die gestern erzielt, oder Kompromisse, die heute beschlossen wurden, morgen schon wieder hinfällig sind. Länderanalysen wie die Folgenden sind immer nur der Versuch einer Momentaufnahme. Mehr können sie nicht darstellen.

Eine weitere Problematik ist, dass sich mit absoluten Zahlen bei Transformationsländern nur schwer objektiv und zuverlässig arbeiten lässt, sofern es sie überhaupt gibt. Wer statistische und offizielle Daten von Behörden, Institutionen oder Unternehmen quellenkritisch hinterfragt, der kommt schnell zum Schluss: Sie sind alle wenig brauch- und noch weniger vergleichbar. Der Zeitungsmarkt in Südost-, Mittelost- und Osteuropa unterliegt keinen klaren, einheitlichen Regeln, nach denen Auflagenzahlen oder Einschaltquoten erhoben werden. Es herrscht nur wenig, zum Teil gar keine Transparenz, was die finanzielle Beteiligung an Aktienpaketen betrifft oder nach welchen Kriterien im Privatisierungsprozess den Unternehmen der Zuschlag erteilt wurde. Weder die alte Macht- noch die junge Unternehmerelite lässt sich hier gerne in die Karten gucken. Noch dazu sind Korruption oder klientelistische Verhältnisse nur schwer wissenschaftlich analysierbar. Dennoch lassen sich in einer

vergleichenden Betrachtung unterschiedliche Konfliktlinien aufzeichnen, die den Kampf der Medien in Südost-, Mittelost- und Osteuropa um mehr Unabhängigkeit prägen.

Folgende Fragen stehen dabei im Vordergrund: Wie hat sich der rechtliche Rahmen für die Medien verändert? Welche wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich nach der Privatisierung bzw. Entstaatlichung der Medien ergeben? Wie wirken sich die infrastrukturellen Bedingungen, wie der Zugang zu Druckereien, Vertrieb, Sendelizenzen und Kabelempfang auf die Medienlandschaft aus? Welche Rolle spielen hier deutsche Investoren? In welcher Hinsicht veränderte sich das Berufsbild des Journalisten, dessen Ausbildung, finanzielle und rechtliche Sicherheiten, bzw. dessen Selbstverständnis seiner beruflichen Funktion innerhalb der Gesellschaft?

Die beiden Leitfragen der Länderanalysen lauten demnach: Wo haben sich alte Abhängigkeitsverhältnisse aufgelöst, sind neue entstanden? In welchem Bereich haben sich Journalisten und Medienmacher Unabhängigkeiten erkämpft und sie auch behalten?

Das Fazit dieser Studie zeigt die verschiedenen Konfliktlinien und -typen auf, welche die Medienlandschaften des Ostens durchziehen. Herausgearbeitet werden schließlich die greifbaren Faktoren, die den Gestaltungsfreiraum innerhalb der Medienlandschaften einschränken. Über den Zustand der Presse- bzw. Medienfreiheit als Sollwert kann diese Studie kein Urteil abgeben. Vielmehr zeigt sie, in welcher Hinsicht der Handlungsspielraum von Journalisten und Medienmachern in Südost-, Mittelost- und Osteuropa begrenzt ist und welche Hebel angesetzt werden könnten, diesen zu erweitern, damit Journalisten in Südost-, Mittelost- und Osteuropa einen aktiven Beitrag zur Demokratieentwicklung leisten können.

II. Eine Analyse der Medienlandschaften

1. Russland

„Der Tod von Anna Politkowskaja war ein trauriger Vorfall in einer Reihe von vielen. Dass man dieses Ereignis auswählt, um die russische Pressefreiheit für tot zu erklären, halte ich für eine Übertreibung. Es gibt natürlich nichts Schlimmeres als den Tod eines Menschen, aber schon vorher gab es strukturelle Veränderungen bei den russischen Medien, die viel mehr Besorgnis hätten erregen müssen.“³⁹

Dies ist die traurige Bilanz der Medienfreiheit in Russland – ausgesprochen von der Petersburger Medienwissenschaftlerin Olessja Koltsova im Gespräch mit *Message*, der internationalen Zeitschrift für Journalismus. Was viele Journalisten im Westen in der Debatte um den Zustand der Medienfreiheit in Russland derzeit nicht wahr haben wollen, bringt sie auf den Punkt. Auf die Frage, *wann* die Pressefreiheit gestorben ist, antwortet sie schlichtweg: Sie möchte gar nicht behaupten, dass sie früher da war und dann irgendwann gestorben sei. Es sei ein bloßer Mythos, dass unter Jelzin alles in Ordnung gewesen sei und dass es in seiner Regierungszeit Pressefreiheit gab. Unter Putin sei lediglich der Staat stärker geworden und könne nun das Vakuum wieder kontrollieren, das der schwache Staat unter Jelzin hinterlassen hatte.⁴⁰

Das, was wir im Westen also für eine systematische Demontage der Medienfreiheit in Russland halten – also die Quasi-Verstaatlichung der populären Massenmedien durch die Übernahme durch die *Gazprom Media Holding* nach der gezielten Ausschaltung der Medienimperien von Boris Beresowskij und Wladimir Gusinskij – das sind alles nur erneute Verteilungskämpfe um die politische Macht im russländischen Staat. Zu diesem Schluss kommt ebenfalls die Internetzeitung *Russland-Aktuell*: „Es gab und gibt in Russland kein von Staat oder Kapital unabhängiges Massenmedium. Instrumentalisiert werden sie alle. Die Frage ist nur – von wem?“⁴¹

Macht und Medien gehen in Russland traditionell schon immer eine enge Symbiose ein. Schon Stalin hat in den frühen 1930er Jahren das Medium Film für sich und seinen Personenkult entdeckt.⁴² Bis in die hintersten Winkel des sowjetischen Riesenreiches vereinte zuerst der Film, später das Fernsehen die Sowjetbürger unter der bolschewistischen Ideologie.⁴³ Die machtpolitische Bedeutung des Fernsehens hat sich auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht wirklich verändert. Bis heute sind landesweite Fernsehkanäle, die Programme über elf Zeitzonen hinweg ausstrahlen, die machtpolitische Klammer in Russland. Sie senden auch dort – im sibirischen Hinterland – wo keine

³⁹ Interview mit Olessja Koltsova: Das Medienecho im Westen ist überhöht, in: *Message – internationale Zeitschrift für Journalismus*, 3 (2007), S. 12.

⁴⁰ Interview mit Olessja Koltsova (2007): Das Medienecho im Westen ist überhöht, S. 13.

⁴¹ In: Internetzeitung *Russland-Aktuell*, o.V.: Es sah aus wie Pressefreiheit, war aber Auftragsarbeit, Freitag, 14.04.2006. URL: http://www.aktuell.ru/russland/kommentar/es_sah_aus_wie_pressefreiheit_war_aber_auftragsarbeit_278print.html [Zugriff: 08.03.2007].

⁴² Vgl. Nembach, Eberhard: *Stalins Filmpolitik: Der Umbau der sowjetischen Filmindustrie 1929 bis 1938*. St. Augustin 2001.

⁴³ Vgl. Hülbusch, Nikolas: *Im Spiegelkabinett des Diktators. Stalin als Filmheld im sowjetischen Spielfilm (1937-1953)*. Alfeld 2001.

Zeitungen ausgeliefert und keine Post zugestellt werden und die staatliche Kontrolle schon längst nicht mehr hinreicht.

Seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems hat es viele Umstrukturierungsphasen im russischen Mediensektor gegeben. Staatlich initiierte wie unkontrollierte Reformen haben zwar den Medienmarkt zu Beginn der 1990er Jahre privatisiert. Doch die Kontrolle über die audiovisuellen Medien ist und bleibt das Rückgrat der staatlichen Herrschaft in Russland. Diese Grundkonstante zeigt sich in den Wahlkampfperioden besonders deutlich, wenn neue Präsidentschaftskandidaten bis nach Wladiwostok bekannt gemacht werden müssen. Über die verschärfte Medienpräsenz ist bereits Wladimir Putin ins Präsidentenamt gehievt worden. Es ist wahrscheinlich, dass die Medien im nun anstehenden Wahlkampf auch seinen Nachfolger an die Macht tragen werden. So haben sich bereits zwei potenzielle Präsidentschafts-Nachfolger mit einem eigenen, treu ergebenen und landesweit empfangbaren Sender ausgestattet.⁴⁴ Vom Petersburger Sender *TV5*, heißt es, er stünde dem Stellvertretenden Premierminister und potenziellem Putin-Nachfolger Dmitrij Medwedew nahe. Der frühere Verteidigungsminister Sergej Iwanow, der inzwischen ebenfalls zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt wurde, verfügt über den Armeesender *Swezda*. Laut der Informationen der Agentur *RIA-Novosti* sollen 51 Prozent der *Swezda*-Aktien der föderalen staatlichen Organisation „Zentrale Fernseh- und Rundfunkstudio des Verteidigungsministeriums“ (*ZTRS*) gehören, demnach wird der Armee-Fernsehsender zum größten Teil aus dem Staatshaushalt finanziert.⁴⁵

Mediengesetzgebung

Die russische Mediengesetzgebung weist klassische Merkmale von Pfadabhängigkeiten auf und bezeugt dadurch die These von den Medien als Herrschafts-Instrument. Das erste sowjetische „Gesetz über die Presse und andere Masseninformationen“ von 1990 lieferte die Grundlage für das russische Mediengesetz von 1991.⁴⁶ Neben dem Titel sind ebenso die Autoren dieselben geblieben. Nur eine Änderung zeigte den Beginn einer neuen Ära: Laut dem neuen Gesetz ist Zensur ebenso unzulässig wie die Einrichtung und Finanzierung von Institutionen und Organisationen, welche die Massenmedien zensieren könnten.⁴⁷

Im Verlauf der 1990er Jahre folgten eine Reihe von Gesetzen und Dekreten, die neben dem Presserecht auch private Radio- und Fernsehsender legalisierten sowie das Werberecht und Copyright regulierten. Von 1994 bis 2001 wurde auf föderaler Ebene eine Reihe von Regelungen getroffen.⁴⁸ Darüber hinaus legt die russische Verfassung von Dezember 1993 das Recht fest, Informationen mit legalen Mitteln frei zu sammeln, sie zu erhalten und zu verbreiten.⁴⁹

Das Fehlen des Gesetzes über den freien Zugang der Bürger zur Information bezeugt die traditionelle Tendenz zur Intransparenz der staatlichen Behörden und verdeutlicht, dass keine mehr oder weniger

⁴⁴ Vgl. Ortung, Robert: Die Lage der Massenmedien in Russland, in: Russland-Analysen Nr. 118 (2006) November, S. 3.

⁴⁵ Vgl. Internet-Zeitung Russland Aktuell, o.V.: Erster militärischer TV-Sender Russlands startet Versuchssendungen, 03-02-2005 Medien & Netzwerk, URL: <http://russland.ru/rumed0010/morenews.php?iditem=282>, [Zugriff: 21.4.2007].

⁴⁶ Gesetz der UdSSR „Über die Presse und andere Mittel der Masseninformation“, No. 1552-I vom 12.06.1990. Vgl. Krüger, Uwe: Gekaufte Presse in Russland. Politische und wirtschaftliche Schleichwerbung am Beispiel der Medien in Rostov-na-Donu. Münster (u.a.) 2006, S. 33.

⁴⁷ Vgl. Fedotow, Michail (Hg.): *Zakonodatel'stvo Rossijskoj Federacii o sredstvah massovoj Informacii*. Nautčno-prakticeskij Kommentarij. Moskva 1999.

⁴⁸ Vgl. Kharina-Welke, Nathalie: Das Mediensystem Russlands, in: Hans-Bredow-Institut (Hg.): *Internationales Handbuch Medien 2004/2005*. S. 566-581.

⁴⁹ Fedotow, Michail (1999): *Zakonodatel'stvo Rossijskoj Federacii*, S. 8.

klare Konzeption der Informationspolitik in Russland vorherrscht. Es gab mehrfach Versuche dieses Gesetz zu verabschieden. Das Gesetz wurde aber vom Parlament bereits in der ersten Lesung blockiert, und seine Erfolgchancen sind weiter fraglich.

Auch wenn auf den ersten Blick die russische Mediengesetzgebung im Allgemeinen liberal erscheint, hat der autoritäre Staat jedoch wirksame Hebel gefunden, auf Umwegen der Strafgesetzgebung Journalisten an investigativer Recherche und unabhängiger und kritischer Berichterstattung zu (be)hindern. So stellt bereits das Gesetz von 1993 die journalistische Aufdeckung von Staatsgeheimnissen unter Strafe, ohne jedoch festzulegen, was konkret darunter fällt.⁵⁰

Präsident Putin hat im vergangenen Jahr dem Gesetz zur Ausweitung von Befugnissen gegen „Extremismus“ zugestimmt, nach dem jegliche Opposition gegen die Regierung und die Verleumdung von Staatsbeamten als „extremistische“ Aktivität eingestuft werden kann.⁵¹ Das erlaubt, dass kritische Journalisten in Russland auf eine Stufe mit Verbrechern gestellt werden.

Gesetze dieser Art, die den einzelnen Journalisten in persönlicher, strafrechtlicher Hinsicht belangen und in ihrer Formulierung so unpräzise sind, dass sie der Willkür Tür und Tor öffnen, gibt es unzählige in Russland. Auch hier haben die sowjetischen Spielregeln den Kollaps des Systems überlebt und rufen Befürchtungen der so genannten Re-Sowjetisierung hervor. Manche Formulierungen erinnern tatsächlich an stalinsche Zeiten, als Jagd auf ominöse „Volksfeinde“ gemacht wurde. Nur werden sie heute „Extremisten“ oder „Terroristen“ genannt – sind von Beruf wegen aber Journalisten.

Die regierungskritische, russische Journalistin Olga Kitowa, die nach einem kritischen Artikel zu einer Gefängnisstrafe wegen angeblicher Verleumdung und Verletzung der Miliz verurteilt wurde, formulierte als Reaktion auf das Gesetz die Frage: „Jetzt muss ich also darüber nachdenken, ob ich als eine Verbrecherin abgestempelt werden möchte oder einen Artikel verfassen soll?“⁵²

Mediensystem

Das Mediensystem in Russland hat sich seit Glasnost und Perestroika mehrfach umstrukturiert und macht auch derzeit wieder starke Veränderungen durch. Geprägt werden die Medienstruktur sowie deren Einbettung in Gesellschaft und Wirtschaft nicht in erster Linie durch rechtliche, sondern vor allem durch wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Die Privatisierung und Kommerzialisierung der ehemals staatlichen Medienmonopole erfolgte zu Beginn der 1990er Jahre. Ausländisches Kapital und Investitionen von (west)europäischen oder amerikanischen Medienunternehmen spielten in dieser Liberalisierungsphase jedoch nur eine geringe Rolle. Mehrheitlich im staatlichen Besitz blieb die Media-Holding *VGTRK*, zu der neben dem Fernsehsender *RTR* die Hörfunkprogramme *1. Programm* und *Majak* sowie der TV-Kanal *Kultura* gehören. Die einflussreichsten Instrumente der Regierung sind jedoch die Nachrichtenagenturen *Ria-Nowosti* und *Itar-Tass*. Letztere zählte bereits zu Sowjetzeiten zu den größten Nachrichtenlieferanten der Welt und gilt auch heute noch als PR-Agentur des Kremls.⁵³

⁵⁰ Zakon „o gosudarstvennoj tajne“, Gesetz „Über das Staatsgeheimnis“, No. 5485-1 vom 21.07.1993, in: Rossijskaja Gazeta 1993, 21. September No. 182; Änderungsgesetz No. 131-FZ vom 06.10.1997 (SZRF No. 41, St. 4673).

⁵¹ Vgl. Kitowa, Olga: „Demokratie ohne Demokraten“, in: Berliner Journalisten, 3 (2001) 4, S. 48-49.

⁵² Kitowa (2001): Demokratie ohne Demokraten, S. 49.

⁵³ Kharina-Welke (2004/2005): Das Mediensystem Russlands, S. 566-581.

Wer sich auf privatwirtschaftlicher Seite in den Zeiten des so genannten Raubtierkapitalismus die besten Stücke des Medien-Kuchens gesichert hatte, kristallisierte sich erst Mitte der 1990er Jahre heraus. Die neuen Oligarchen, die große Marktanteile der ehemals staatlichen TV-Sender, Rundfunkstationen und Zeitungen erworben hatten, trugen dazu bei, dass der Staat den massenmedialen Einfluss vorerst verlor. So erlangte der Journalismus in Russland erstmals überhaupt die Chance zur Emanzipation von staatlicher Aufsicht und geriet jedoch gleich in neue Abhängigkeiten.

Bis zum Frühsommer 2000 war die Entwicklung der privaten Massenmedien eng mit den beiden Medienmogulen Gusinskij und Beresowskij verbunden. Ihre Firmen- und Bankenimperien boten den jungen Privatmedien, in erster Linie den kostenintensiven audiovisuellen Programmen, bis zu einem gewissen Grad finanziellen Rückhalt und sicherten ihnen nach dem Kollaps des Finanzsystems 1993 und 1998 das Überleben.⁵⁴

Als Flaggschiff der privatisierten Fernsehprogramme und Aushängeschild für einen neuen, angeblich aufklärerischen und kritischen Journalismus galt im Westen lange Zeit das landesweit empfangbare Programm von *NTW*. Es erreichte mit seinen professionell gemachten Nachrichtenprogrammen und politischen Analysen landesweit die höchste Popularität. Zentraler Akteur hinter der modernen Aufmachung von *NTW* war die *Media Most* Gruppe des Unternehmers Gusinskij.

Den Ruf eines freien und unabhängigen Senders hat *NTW* schnell nach der Zerschlagung des Firmenimperiums Gusinskis verloren. Nicht nur, weil am Ende die *Most Media* Aktien an die *Gazprom Media Holding* übertragen wurden, sondern weil rückblickend klar wurde, dass auch die Oligarchen ihre Medien als politische Machtmittel eingesetzt und sie im Prinzip im selben Maße instrumentalisiert hatten. Die Internetzeitung *Russland-Aktuell* schrieb in ihrem Nachruf an den letzten kritischen Fernsehsender *NTW*: „Es sah wie Pressefreiheit und mutiger Enthüllungsjournalismus aus, war aber doch nichts anderes als Auftragsarbeit und eine Abbildung der Grabenkriege verschiedener Cliquen im gnadenlosen Kampf um die permanente Umverteilung des Staatsvermögens“.⁵⁵

Die russische Medienwissenschaftlerin Olessja Koltsova bestätigt dieses Trugbild: „Zu sagen, dass es früher unabhängige Medien gab, wäre naiv.“⁵⁶ Da auch die Imperien der Oligarchen untereinander rivalisierten und ihre Medien als Instrument ihrer Propaganda einsetzten, habe es zwar eine gewisse Vielfalt in den Medienaussagen gegeben. Was aber nicht bedeute, dass Meinungsvielfalt innerhalb der Bevölkerung vermittelt worden wäre.⁵⁷

Heute jedoch, so lassen es die Zahlen von 2006 vermuten, steht es um die Meinungspluralität im russischen Fernsehen noch viel schlechter: Der russische Staat besitzt oder kontrolliert über *Gazprom Media* derzeit die fünf wichtigsten Fernsehsender *Kanal Eins*, *RTR*, *TV-Zenter*, *NTV* und *Ren-TV* und dominiert damit die politische Medien-Öffentlichkeit in Russland. Bis auf *Ren-TV* widmen alle

⁵⁴ Kharina-Welke (2004/2005): Das Mediensystem Russlands, S. 566-581.

⁵⁵ Vgl. *Russland-Aktuell* (2006): Es sah aus wie Pressefreiheit, war aber Auftragsarbeit, [Zugriff: 08.03.2007].

⁵⁶ Interview mit Olessja Koltsova: Das Medienecho im Westen ist überhöht, S. 13.

⁵⁷ Interview mit Olessja Koltsova: Das Medienecho im Westen ist überhöht, S. 13, Vgl. Künzel, Tino: Nachrichten als Dauerwerbung. Russlands staatliche Fernsehkanäle sind nach einer Studie massiv parteiisch, in: *Moskauer Deutsche Zeitung*, 2006-05-19.

genannten Kanäle ca. 90 Prozent ihrer politischen und dabei äußerst positiven Berichterstattung der Politik von Regierung und Behörden, wie es eine Untersuchung des russischen Journalistenverbandes im März 2006 zeigte. Laut dieser Analyse wendeten die Sender nur ungefähr vier Prozent ihrer politischen Berichterstattung für die Opposition auf – diese Berichte waren im Allgemeinen negativ.⁵⁸

Über seinen Aktienanteil bei Gazprom kontrolliert der Staat nach Schätzungen des Moskauer Journalistenverbandes direkt und indirekt zwei Drittel der russischen Medien.⁵⁹ Ähnlich wie den Fernsehmedien erging es in den vergangenen Jahren auch den russischen Zeitungen. Neben der *Iswestija*, einer früher sehr angesehenen russischen Tageszeitung, wurden 14 weitere Zeitungs-Redaktionen unter der *Gazprom Media Holding* gebündelt und somit auf Linie gebracht. Zeitungen, die in den letzten Jahren übernommen wurden, sind unter anderem die *Nesawisimaja Gazeta*, die *Nowye Iswestija* und die *Moskowskie Nowostij*. Die beliebteste Zeitung in Russland, die *Komsomolskaja Prawda* mit einer Leserschaft von 8,4 Millionen, wurde erst im November vergangenen Jahres von ihrem ehemaligen Eigentümer Wladimir Potanin an Gazprom übergeben. Die *Segodnja* und die *Obschtschaja Gazeta* wurden nach der Übernahme durch Gazprom eingestellt.⁶⁰

Eine der letzten Nischen der freien Presse, die Redaktion der *Nowaja Gazeta*, für die auch Anna Politkowskaja schrieb, hat mit enormen Finanzierungsproblemen fertig zu werden: Kaum ein Unternehmen wagt es mehr Anzeigen zu schalten. So geriet auch dieses Blatt in die Fänge politischer Akteure. Der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und der Milliardär und Duma-Abgeordnete Alexander Lebedew haben im Juni 2006 zusammen 49 Prozent der Anteile an der Zeitung gekauft, um ihre politische Linie zu unterstützen.⁶¹

Auch die während der Perestrojka gegründete Zeitung *Kommersant* gehörte viele Jahre lang zu den wenigen führenden russischen Medien, die direkt und offen ihre Meinung sagten. Was mit *Kommersant* derzeit geschieht, ist schwer einzuschätzen. Neuer Besitzer des Verlagshauses ist der Chef der Holding *Metalloinvest*, der kremlnahe Oligarch Alischer Usmanow. Der Geschäftsmann zahlte den bisherigen Besitzern von *Kommersant*, Badri Patarkazischwili und Beresowskij, umgerechnet insgesamt 300 Millionen Dollar für das Unternehmen.⁶² Medienbeobachter vermuten, dass Usmanow *Kommersant* im Kreml-Auftrag erworben hat und an Gazprom Media weiterverkaufen könnte. Der Generalsekretär des Journalistenverbandes Russlands, Igor Jakowenko, bewertet den Verkauf der Zeitung *Kommersant* an Alischer Usmanow so: „Es ist die Fortsetzung, wenn nicht sogar der Abschluss der ‚Säuberungen‘ in der Informationslandschaft hier in Russland, die mit der

⁵⁸ Vgl. Orttung (2006): Die Lage der Massenmedien in Russland, S. 2-6.

⁵⁹ Diese Angaben sind dem Artikel „Der Staat Gazprom. Putins Energie-Ministerium“ entnommen, in: SPIEGEL 10 (2007), S. 120-137.

⁶⁰ Vgl. Orttung (2006): Die Lage der Massenmedien in Russland, S. 2-6.

⁶¹ Ebd.

⁶² Vgl. Internetzeitung Russland-Aktuell, o.V.: Verlag Kommersant an Großindustriellen verkauft, 31.08.2006, URL: http://www.aktuell.ru/russland/medien_internet/verlag_kommersant_an_grossindustriellen_verkauft_401.html, [Zugriff: 25.4.2007].

Vernichtung des Fernsehsenders *NTW* ihren Anfang nahmen. So wird ein ziemlich konsequentes, in sich geschlossenes System aus Medien, Information und Politik geschaffen.“⁶³

In diesem Fall wären neben der *Nowaja Gazeta* nur noch diejenigen Blätter in Russland vom Staat unabhängig, die zumindest teilweise in ausländischem Besitz sind: die *Russkij Newsweek* von Axel Springer und das mit dem Spiegel kooperierende Magazin *Profil*. Diese ebenfalls immer montags erscheinende Zeitschrift aus dem Moskauer Verlagshaus *Rodionow* druckt in jeder Ausgabe bis zu 14 Seiten aus dem deutschen Nachrichtenmagazin in russischer Übersetzung.⁶⁴

Medienlandschaft

Russland ist flächenmäßig das größte Land der Erde. Zwischen Ost und West erstrecken sich elf Zeitzonen und diese Unterschiede zwischen dem Zentrum in Moskau und der Peripherie Sibiriens sind in Russland schon immer maßgebend. So prägen diese Variablen auch die Medienlandschaft gewaltig: Der Vertrieb von Zeitungen, die Ausstrahlung von Nachrichtensendungen, überhaupt der ganze Konsum von Medien – das funktioniert in Russland nur zeitversetzt. Die meisten Printmedien in Russland konzentrieren sich aus diesem Grund auf die Regionen um Moskau und St. Petersburg.

Aufgrund des staatlichen Postmonopols herrschen in den weitab gelegenen Regionen zudem widrige infrastrukturelle Bedingungen: Mit der allgemeinen Preisliberalisierung und der Finanzkrise 1998 stiegen die Kosten für Druck und Papier. Die staatlichen Subventionen fielen in den frühen 1990er Jahren ebenso weg wie der Großteil der Abonnenten.⁶⁵ Dadurch ist Russland eines der Länder mit den weltweit höchsten Vertriebskosten⁶⁶, was Zeitungen und Zeitschriften, die die Regionen erreichen wollen, automatisch vor große Herausforderungen stellt. Heute kontrolliert der wichtigste landesweite Pressevertrieb *Rosspetschat'* in den russischen Regionen bis zu 60 Prozent der Printproduktionen. Der ehemals staatliche Vertrieb wurde im Jahr 2002 an den Aluminium-Oligarchen Oleg Deripaska verkauft.⁶⁷

Viele der im Westen bekannten und in Moskau herausgegebenen russischen Printmedien erreichen die Regionen somit gar nicht oder nur unregelmäßig. Außerhalb der Moskauer Region erwerben lediglich rund drei Prozent der Bevölkerung überregionale Zeitungen, da sie aufgrund der Transportkosten teurer sind als die lokale Konkurrenz. Dies führte in der Mitte der 1990er Jahre zu einer starken Ausdünnung des Zeitungsmarktes in den abgelegenen Regionen sowie zu einer Regionalisierung der Printmedien.

Die aktuelle Studie „Gekaufte Presse in Russland. Politische und wirtschaftliche Schleichwerbung am Beispiel der Medien in Rostov-na-Donu“⁶⁸ zeigt deutlich, dass es dennoch in den entlegenen Regionen Russlands eine überaus differenzierte und vielfältige Medienlandschaft gibt. Doch das Fazit

⁶³ Vgl. O.V.: Medien in Osteuropa: Wenig Vielfalt und neue Wege, in: Belarusnews, 08-09-2006, URL: <http://www.belarusnews.de/print.php?id=1979&archiv=>, [Zugriff: 25.4.2007].

⁶⁴ Vgl. Ritzmann, Dana: Scharf auch in der Übersetzung. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zeigt neuerdings in Russland „Profil“, in: Moskauer Deutsche Zeitung, 2006-02-08, URL: <http://62.5.183.114/index.php?date=1139400252&gid=0>, [Zugriff: 25.4.2007].

⁶⁵ Krüger, Uwe: Gekaufte Presse in Russland. Politische und wirtschaftliche Schleichwerbung am Beispiel der Medien in Rostov-na-Donu. Münster (u.a.) 2006, S. 39f.

⁶⁶ Vgl. Kharina-Welke (2004/2005): Das Mediensystem Russlands, S. 566-581.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Vgl. Krüger (2006): Gekaufte Presse in Russland, S. 73.

über den Grad der Unabhängigkeit dieser regionalen Presse ist ernüchternd: Der Werbemarkt sei in den Regionen zu klein, um alle Medien ernähren zu können. Auch die Leser als zweite Einnahmequelle eines Mediums würden den Finanzbedarf nicht decken. „Doch wie finanzieren sich dann die regionalen Medien überhaupt?“, fragt der Autor der Studie. Die Antwort lautet letztendlich: „Alles deutet auf Unterstützung von dritten Akteuren hin: Bei staatlichen Medien werden es Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten sein, bei privaten kommen nur schwarze, inoffizielle Einnahmen in Frage, die den Mangel an Werbe- und Vertriebs Erlösen ausgleichen. Weit weg von Moskau, dort wo die zentralstaatliche Kontrolle allmählich in der ausgedünnten Medienlandschaft versickert, befinden sich die lokalen Medien demnach unter der Kontrolle privater Unternehmer, die eng mit den lokalen Verwaltungschefs oder der Wirtschaftselite vernetzt sind.“

In diesem Zusammenhang erscheint es nicht weiter erstaunlich, dass sich journalistische Berichte – vor allem in regionalen Zeitungen – nur schwer von PR-Texten und Werbeanzeigen unterscheiden lassen. Diese unlauteren Mittel der Finanzierung oder Honorar-Aufstockung werden in Russland unter dem Begriff der „schwarzen PR“ (*Tschjornij-PR*) zusammengefasst.⁶⁹

Ausländische Medieninvestoren haben sich in Russland – im Vergleich zu anderen Ländern Südost-, Mittelost- und Osteuropas – erst spät eine Nische gesucht. *Axel Springer* hat neben *Newsweek Russia* 2004 auch die russische Ausgabe des Magazins *Forbes* gestartet. Erst 2006 startete *Axel Springer* auch russischsprachige Ausgaben von *Computer Bild* und *Auto Bild*. Chefredakteur von *Newsweek Russia* ist mit Leonid Parfjonow eine Ikone des freien Journalismus in Russland. Bis 2004 war dieser der politische Kommentator des russischen Fernsehens schlechthin, bis er kurz nach dem Antritt Putins seine populäre Sendung auf *NTW* verlor, nachdem er die Zensur kritisiert hatte. Um das Magazin *Forbes* gab es seit Gründung immer wieder Schlagzeilen: Der Chefredakteur Paul Chlebnikow, der in Artikeln und Büchern über die Machenschaften russischer Oligarchen berichtet hatte, wurde 2004 in Moskau auf offener Straße erschossen. Im Spätherbst 2006 wurde eine Ausgabe von *Forbes* gestoppt und erschien erst einen Tag später am Kiosk, nachdem die Ehefrau des Moskauer Bürgermeisters Jurij Luschkow gegen ein Zitat von ihr protestiert hatte, das auf der Titelseite abgedruckt war.⁷⁰

Neben *Axel Springer* haben sich andere deutsche Verlage vor allem auf dem russischen Markt für Unterhaltungs- und Glamour-Zeitschriften eine starke Position erwirtschaftet. Dabei spielt *Gruner + Jahr* bisher eine eher bescheidene Nebenrolle. Der europaweite Marktführer ist hier nur die Nummer sieben. Dagegen dominieren *Independent Media*, eine Tochter des finnischen Konzerns *Sanoma*, und der deutsche Medienkonzern *Burda* sowie sein französischer Konkurrent *Hachette*. *Burda* war in Russland der erste ausländische Medienverlag, der sogar noch zu Gorbatschows Zeiten in den Markt eingetreten ist. Auch heute noch verlegt *Burda* mit Frauentiteln wie *Liza* u.a. einige der auflagenstärksten russischen Unterhaltungs-Zeitschriften. Auf dem elektronischen Medienmarkt Russlands hat sich die *RTL Group* im vorvergangenen Jahr mit fünf Prozent bei *REN-TV* eingekauft.⁷¹

⁶⁹ Vgl. Krüger (2006): Gekaufte Presse in Russland, S. 22ff.

⁷⁰ Vgl. Western Companies fight for Press Freedom in Moscow, in: SPIEGEL-ONLINE, 14.12.2006, URL: <http://www.spiegel.de/international/spiegel/0,1518,454459,00.html>, [Zugriff: 30.3.2007].

⁷¹ Vgl. Röper (2006): Expansion in Osteuropa, S. 8-13; Röper, Horst: Formationen deutscher Medienmultis Teil 1: ProSiebenSat.1 Media AG und Axel Springer AG, in: Media Perspektiven 3 (2006), 114-124. URL: http://www.ard-werbung.de/showfile.phtml/03-2006_roeper.pdf?foid=16698, [Zugriff: 22.4.2007].

Der Krieg und die Medien – Russland ist das Geburtsland des medienorientierten Terrorismus

In der Theorie des asymmetrischen Krieges sind die Medien das zentrale Ziel eines terroristischen Selbstmordanschlags.⁷² Sie sind der zu adressierende „Dritte“, auf deren Publikationskriterien die terroristische Strategie gezielt zugeschnitten ist. Dieser Logik folgten schon die terroristischen Attentate unter Zar Alexander II., der im 19. Jahrhundert durch einen Bombenanschlag ums Leben kam. Die verantwortliche Bewegung *Narodnaja Wolja* verfolgte bereits damals eine medienorientierte Strategie und versuchte den Mord als Fanal zum Aufstand zu nutzen.⁷³ Eine ähnliche Strategie lässt sich über hundert Jahre später auch während des Tschetschenienkrieges beobachten. Im Sommer 2000 „bombte“ sich die erste – noch minderjährige – tschetschenische Selbstmordattentäterin in die internationalen Schlagzeilen: Die 17-jährige riss bei ihrem tödlichen Anschlag in einem tschetschenischen Dorf Angehörige berüchtigten Militäreinheiten des russischen Innenministeriums, OMON, mit in den Tod.⁷⁴ Vom Alter über das Geschlecht bis hin zur Ausführung des Terroranschlages – sämtliche Variablen sind so gewählt, dass nicht nur die russischen, sondern auch die internationalen Medien der Tat Beachtung schenken. Nicht erst seit dem tödlichen Anschlag auf Anna Politkowskaja liegt es auf der Hand, dass der staatliche Zugriff auf die Medien in Russland mit dem anhaltenden Tschetschenien-Konflikt einhergeht. Hier hat schon vor dem 11. September 2001 die Mediatisierung⁷⁵ des so genannten *Krieges gegen den Terrorismus* stattgefunden.

Bereits die Wahl der Medien im Informationskrieg sei asymmetrisch, stellt Alexander Proskurjakow in seinem Aufsatz „Die Mediatisierung im Tschetschenien-Krieg“ fest.⁷⁶ Der medialen, staatlichen Übermacht im Fernsehen und bei den Printmedien stehen seiner Meinung nach die Versuche der tschetschenischen Kämpfer gegenüber, das Internet als Ressource zu nutzen. Welche Wirkung die professionellen Multimediaplattformen der Rebellen im russischsprachigen Web erziele, sei jedoch nicht einzuschätzen.⁷⁷

Fest steht: Die Zahl der Internet-Nutzer in Russland steigt immer noch rasant. Lag sie im Jahr 2002 noch bei 8,8 Millionen, so gehen nach dem Stand vom Herbst 2006 24,3 Millionen Russen regelmäßig online.⁷⁸ Das russländische Ministerium für Informationstechnologien rechnet mit 50 Millionen Internet-Nutzern bis zum Jahr 2010, meist junge Erwachsene mit Hochschulabschluss.⁷⁹ Die analytische

⁷² Vgl. Münkler, Herfried: Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion. Weilerswist 2002. S. 263; Kümmel, Gerhard: Das Lächeln der Freunde. Selbstmordattentate als Selbstopfer, in: *Information für die Truppe*, (2004) 1, S. 14

⁷³ Vgl. Wurr, Tim Lorenz: Der Russische Terrorismus im ausgehenden Zarenreich. Berlin 2006; Hirschmann, Kai: Internationaler Terrorismus gestern und heute: Entwicklungen, Ausrichtung, Ziele, in: Frank, Hans/ Hirschmann, Kai (Hg.): *Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung*. Berlin 2002, S. 27-66.

⁷⁴ Vgl. Proskurjakow, Alexandr: Tschetschenien: Krieg ohne Ende? Strategien des asymmetrischer Kampfes, in: *Osteuropa* 53 (2003) 4, S. 454-455; Die Mediatisierung im Tschetschenien-Krieg, in: *Osteuropa* 54 (2004) 8, S. 50-61.

⁷⁵ Der Begriff „Mediatisierung“ hat seine Ursprünge in der Kommunikationswissenschaft. Hans Mathias Kepplinger definierte ihn als „Anpassung der Verhaltensweisen von Politikern an die Bedürfnisse der Medien“, in: Kepplinger, Hans Mathias: *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. München 2000, S. 157.

⁷⁶ Die bekanntesten Internetplattformen der Tschetschenischen Rebellen sind: www.kavkazcenter.com und www.chechenpress.com, Vgl. Proskurjakow, Alexandr: Die Mediatisierung im Tschetschenien-Krieg, in: *Osteuropa* 54 (2004) 8, S. 50-61.

⁷⁷ Vgl. Proskurjakow (2003): Tschetschenien: Krieg ohne Ende?, S. 454-455.

⁷⁸ Vgl. Winogradow, Dmitrij: Das russische Internet: Insel der Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft, in: *Russland-Analysen* Nr. 118 (2006), S. 17-21.

⁷⁹ Vgl. *Izvestija online*, 15.06.04, URL: <http://news.izvestia.ru/community/news85398> [Zugriff: 10.03.2007].

Medien-Webseite *www.smi.ru* zählte 2006 insgesamt 145 Online-Zeitungen in Russland. Sie haben zum Teil über 30.000 Leser pro Tag, die die Seiten besuchen.⁸⁰

Für sie kann einerseits das Internet eine Plattform sein, auf Informationen internationaler Presse zugreifen zu können und sich frei zu informieren. Andererseits führt unter anderem die tschetschenische Webpräsenz wiederum dazu, dass der Staat bemüht ist, zumindest das russischsprachige Internet stärker zu kontrollieren. Demzufolge werden nicht nur auf tschetschenischer Seite medienorientierte Kampfaktiken bzw. asymmetrische Kriegsführungen mit geplanter Medienwirkung angewendet. Auch Putins Administration hat erkannt: Das Kampfterrain des mediatisierten Krieges ist das soziale Bewusstsein, das die Medien mitprägen.⁸¹

So können im Kampf gegen den Terrorismus über den staatlichen Zugriff auf die Medien die Verluste der russischen Armee durch Falschmeldungen überdeckt bzw. Kollateralschäden geleugnet oder herunterkorrigiert werden.⁸² Der schwelende Konflikt in Tschetschenien, Terroranschläge in Moskau wie die Geiselnahme während der Aufführung des Musicals *Nord-Ost* Ende 2002 oder Katastrophen wie der Untergang der Kursk, die Krise in Beslan – Putins Informationspolitik versucht immer wieder die Katastrophe förmlich auf staatlichen Wunsch hin auszublenden.

Selbst die Berichterstattung der „unabhängigeren“ Medien beweist in Krisenzeiten: Alternativen Zugang zu Informationen gibt es in Russland nur selten, denn aufgrund der restriktiven Akkreditierungspolitik haben Journalisten jenseits dieser offensichtlich vom Geheimdienst FSB zugespielten Meldungen keinerlei unabhängigen Zugang zu den Ereignissen in Tschetschenien oder Beslan. Der OSZE-Report über die Arbeitsbedingungen russischer Journalisten während der Beslan-Krise in Russland berichtet nicht nur von Beschlagnahmung von Videotapes, sondern auch von körperlichen Misshandlungen von Journalisten durch FSB-Einheiten: Zahlreiche russische wie internationale Korrespondenten wurden vorübergehend festgenommen, geschlagen oder sogar ermordet.⁸³

Die repressive staatliche Medienstrategie zielt auf zwei Dinge ab⁸⁴: Erstens, die freiwillige Selbstzensur der russischen Journalisten als Konsequenz der individuellen Bedrohung von Journalisten durch staatliche Organe bzw. der Gefahr, dass das Medium als Ganzes staatlichen Repressionen zum Opfer fällt. Und zweitens: Die gezielte Instrumentalisierung der Medien, die so auf staatlichen Wunsch hin Angst, Panik und Fremdenfeindlichkeit in der russländischen Bevölkerung erzeugen und verbreiten. In Zeiten der Massenpanik und Bedrohung durch innere und äußere Feinde hat sich Macht und Herrschaft in Russland schon immer erfolgreich stabilisieren und ausbauen lassen.⁸⁵ Auch diese Medienstrategie hat Putin nicht erfunden, sondern lediglich neu aufgelegt.

⁸⁰ Vgl. n-ost-Bericht: Internet-Boom in Putins Reich von Alexander Schrepfer-Proskurjakow, 20.10.2006.

⁸¹ Vgl. Lisischkin, Vladimir A./ Selepin, Leonid A.: *Tret'ja mirovaja (informacionno-psichologizeskaja) vojna*. Moskva 2000, S.22-23.

⁸² Vgl. Proskurjakow (2003): *Tschetschenien: Krieg ohne Ende?*, S. 454-455.

⁸³ Vgl. OSZE-Report: Haraszti, Miklos: *Report on Russian media coverage of the Beslan tragedy: Access to information and journalists' working conditions*, 16 September 2004, S. 9.

⁸⁴ Vgl. Simons, Greg/ Strovsky, Dmitry: *Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War against Terrorism. A Historical Perspective*, in: *European Journal of Communication*, 21(2006) 2, S. 189–211.

⁸⁵ Vgl. Eaton, Katherine Bliss (Hg.): *Enemies of the people: the destruction of Soviet literary, theatre, and film arts in the 30s*. Evanston, Ill. 2002.

Der Journalistische Beruf

Journalismus gab es auch in der Sowjetunion, nur betrieb man damals als Journalist aktiv Propaganda. Zudem war der Journalismus-Studiengang an den sowjetischen Universitäten stark philologisch ausgerichtet. Geprägt durch seine Herkunft aus der Literatur beschäftigten sich Studierende in ihrer Journalistenausbildung bislang mit der Geschichte des Journalismus, also mit dem Werk großer Publizisten der Sowjetära.⁸⁶ Erst im Verlauf der 1990er Jahre wurde der Journalismus-Studiengang an einigen russischen Universitäten reformiert und zählt nun zu den Sozialwissenschaften, wenngleich immer noch mit starken sprach- und literaturwissenschaftlichen Schwerpunkten.

Die Ausbildung zum Journalisten in Russland muss demnach dringend reformiert werden, um dem Qualitäts-Journalismus überhaupt eine Chance zu geben. Nach wie vor sind es die ehemaligen, sowjetischen Kaderschmieden wie unter anderem das Moskauer Staatliche Institut für Internationale Beziehungen (*MGIMO*) oder die Journalistikfakultät der St. Petersburger Staatlichen Universität (*SPGU*), die die meisten Journalistik-Absolventen durchlaufen.⁸⁷

Daneben gibt es auch private und alternative Bildungseinrichtungen. Doch sobald in Russland Gebühren für Privatschulen zu entrichten sind, setzen sich in diesen Instituten nicht die am meisten begabten, sondern die finanziell betuchteren Studenten durch. Eine Verbesserung der journalistischen Recherche und kritischen Berichterstattung sollte man sich von dieser Generation nicht zwangsläufig erhoffen.

Problematisch ist in Russland zudem die Verwischung von Journalismus und Public Relations, die sogenannte Schwarze PR, auf die sich Journalisten mitunter einlassen, um ihr geringes Honorar aufzustocken. Der wirtschaftlichen Lage entsprechend orientieren sich die Fakultäten zunehmend um und bilden stetig mehr Fachleute für Werbung, PR und andere Bereiche aus, die in kommerziellen Organisationen stark gefragt sind. Nach Einschätzung Dr. Dmitrij Klimows, Redakteur für Internationale Politik der Zeitung *Moskowskije Nowosti*, fällt es jungen Mitarbeitern hingegen schwer, bei großen Zeitungen Arbeit zu finden, weil es kaum freie Stellen oder ausreichendes Honorar gebe.⁸⁸

Unter diesen eher problematischen Gesichtspunkten nimmt die internationale Zusammenarbeit hinsichtlich der journalistischen Ausbildung eine entscheidende Stellung ein, um langfristig das Handwerk der Journalisten zu verbessern: Bereits 1993 beschlossen die Journalistische Fakultät der Lomonossow-Universität in Moskau und das *F.A.Z.-Institut für Medienentwicklung und Kommunikation GmbH* in Frankfurt am Main die Einrichtung eines Freien Russisch-Deutschen Instituts für Publizistik (*FRDIP*), das 1994 in Moskau eröffnet wurde.⁸⁹

Im Jahr 2002 wurde mit Hilfe der Robert Bosch Stiftung an der Fakultät für Philologie und Journalistik der Universität in Rostow am Don das zweite *FRDIP* eröffnet. Laut dem Statut des Förderungsfonds

⁸⁶ Vgl. D'Inka, Werner: Mit Bruchkanten. Russisch-Deutsche Institute in Moskau und Rostow, in: *aviso – Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft*, 43 (2006) Dez., S. 4-6.

⁸⁷ Eine Übersicht der Hochschulen mit Journalistik-Fakultäten findet sich auf Deutsch unter: URL: <http://www.mediasprut.ru/info/studium/d-inst.shtml>, [Zugriff: 10.4.2007].

⁸⁸ Vgl. Klimow, Dmitrij: *Länderbericht Russland*, 2007, S. 3.

⁸⁹ Siehe URL: <http://www.frdip.ru/>, [Zugriff: 10.4.2007].

ist das *FRDIP* eine unabhängige und nicht kommerzielle Einrichtung der Rostower Staatlichen Universität.⁹⁰ Die beiden *FRDIP* in Moskau und Rostow bieten eine weitgehend deutschsprachige journalistische Zusatzausbildung an. Dabei entspricht das sechssemestrige Curriculum beider *FRDIP* den Curricula deutscher Journalistik-Studiengänge, indem es journalistisch-praktische Ausbildungsanteile mit kommunikationswissenschaftlichen Teilen kombiniert.

In diesem Berufsfeld ein neues Selbstverständnis aufzubauen, ist demnach vor allem eine Frage von Generationen: Eine aktuelle Sozialstudie über die journalistische Berufsgruppe in Russland zeigt sehr deutlich, dass sich die russischen Journalisten grob in zwei Generationen und damit in zwei Lager teilen lassen: Die ältere Generation, die ihre journalistische Ausbildung in Sowjetzeiten absolviert hat, und die junge Generation, die durch die Transformation der 1990er Jahre sozialisiert und in dieser Zeit ausgebildet wurde.⁹¹ Die Gegenüberstellung dieser beiden „Typen“ von russischen Journalisten veranschaulicht, dass sich in Russland in Folge der post-sowjetischen Journalistik-Ausbildung das Berufsbild sowie das Selbstverständnis der Journalisten verändert haben. Sahen sich die „alten“, durch die Partei sozialisierten und selektierten Medienmacher überwiegend als „Kollaborateure mit der herrschenden Macht“⁹², also als Multiplikatoren der staatlichen Propaganda, ist die junge Generation zwischen 20 und 45 Jahren deutlich heterogener. Insgesamt verstehen sie sich selbst jedoch in erster Linie als Entertainer bzw. PR-Organ und Dienstleister einflussreicher politischer oder wirtschaftlicher Akteure.⁹³ Gemeinsam ist diesen beiden Gruppen, dass sie sich in jedem Fall ihrem politischen oder wirtschaftlichen Auftraggeber mehr ergeben fühlen und dessen Interessen berücksichtigen, als den Bedürfnissen der Leser und Zuschauer gerecht zu werden. Für die Zukunft einer unabhängigen Berichterstattung in Russland ist dies eine denkbar schlechte Ausgangssituation.

Aus diesen Gründen ist der Journalistengemeinschaft mitunter auch eine korporative Solidarität eher fremd. Der Präsident der russischen *Glasnost Defense Foundation*, Alexej Simonow, merkte dieses Problem in einer Rede im Rahmen der Jahresversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte an.⁹⁴ Die Organisationsstrukturen des kollektiven Handelns für Journalisten seien – wie die Zivilgesellschaft im Allgemeinen – schwach entwickelt und selten. Nicht einmal die „Charta über Zurückhaltung und Besonnenheit bei Berichterstattung über Probleme des Extremismus und Terrorismus“ sei eingehalten worden, obwohl sie von allen führenden Fernsehstationen nach den Terroranschlägen unterschrieben worden war. Hier sei dem Staat freie Hand gegeben worden, das über Gesetze zu regeln, was nur durch die Journalismusethik hätte geregelt werden können.⁹⁵

Die ersten Strukturen kollektiven Handelns entwickelten sich demzufolge auch in den Regionen, weit weg von Moskau. Mit Hilfe US-amerikanischer Hilfsgelder wurde der Verband unabhängiger

⁹⁰ Siehe Internetauftritt: URL: <http://www.frdip.rsu.ru/de/hist.php>, [Zugriff: 10.4.2007].

⁹¹ Vgl. Pasti, Svetlana: Two Generations of Contemporary Russian Journalists, in: *European Journal of Communication*, Vol. 20 (2005) 1, S. 89–115.

⁹² Pasti (2005): Two Generations of Contemporary Russian Journalists, S. 89–115.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Alexej Simonow, Präsident der Stiftung zur Verteidigung der Glasnost, in einer Rede im Rahmen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)-Jahresversammlung: „Meinungs- und Pressefreiheit verteidigen“. Mai 2006. URL: <http://www.igfm.de/?id=427#2290>, [Zugriff: 10.4.2007].

⁹⁵ Ebd.

Regionalpresse (*AIRP*) gegründet, der sich neben seinen Fortbildungsmaßnahmen dafür einsetzt, die strukturellen Probleme der Regionalzeitungen zu lösen und durch Fortbildungen die Qualität der Zeitungen zu verbessern.⁹⁶ Eine wichtige Institution in Russland ist in diesem Zusammenhang das „Zentrum für Journalisten in Extremsituationen“ (*CJES*). Es hat sich in den vergangenen Jahren ein Netzwerk aufgebaut, das Journalisten sämtlicher ehemaliger Sowjetrepubliken in schwierigen Situationen nutzen können, um Kontakte mit Menschenrechtsorganisationen weltweit aufzubauen. Das *CJES* bemüht sich zudem um die Aufklärung der unerklärlichen Todesfälle in Russland. Oleg Panfilow, Chef des *CJES*, hält die Aussichten auf eine Aufklärung allerdings für gering. Der Fall werde „entweder innerhalb einer Woche geklärt oder gar nicht.“ Von einem Schlag gegen die Pressefreiheit will er allerdings nicht sprechen – denn die gibt es in Russland aus seiner Sicht ohnehin nicht.⁹⁷

Nach Auskunft des russischen Journalistenverbandes kamen seit Ende 1993 in Russland 261 Journalisten auf unerklärliche Weise ums Leben – nur 21 Fälle wurden aufgeklärt. Daher ist Russland laut *ROG* weltweit das drittgefährlichste Land für Journalisten (nach dem Irak und China) und eines der wenigen Länder in Europa, in denen kritische Journalisten um ihre Freiheit und ihr Leben bangen müssen.⁹⁸ Dieser Einschätzung folgend haben die Zahlen von gewaltsamen Übergriffen auf Journalisten in Russland internationale Aufmerksamkeit nach sich gezogen. Die International Federation of Journalists (*IFJ*) hält als Konsequenz daraus im Sommer 2007 ihren Welt-Kongress in Moskau ab. Von internationalen Journalisten soll die Rolle der Nachrichten und Berichterstattung für die Demokratieentwicklung diskutiert werden. Daneben stehen auch Themen wie Terrorismus und Intoleranz sowie die Zukunft des Journalismus in Russland auf dem Programm.

Die hier bekundete Solidarität unter internationalen Journalisten ist wichtig und gut – keine Frage. Dennoch zeigt sich hier, dass sich westliche Journalisten aufgrund des für sie emotionalen Themas auch die Situation russischer Kollegen nicht anhand von ungenauem Zahlensalat übertreiben dürfen: Laut der Statistik des *CJES* wurden nämlich seit 1993 lediglich 16 Journalisten bei der Ausführung ihres Berufs getötet. Die anderen Fälle seien laut *CJES* schwer zu klassifizieren, da sie bei „Unfällen oder Vorfällen“ ums Leben kamen, die nicht zwangsläufig im Zusammenhang mit ihrem Beruf stehen müssen.⁹⁹

Die Statistik der russischen „Stiftung zur Verteidigung von Glasnost“ unterstützt diese Einschätzung. Laut dem Index von 2006 hat die Zahl der unnatürlichen Todesfälle bei russischen Journalisten in den vergangenen Jahren abgenommen. Im Vergleich zu den Wahlperioden von 1996/97 und 2002 hat sie sich sogar halbiert.¹⁰⁰ Auch die Zahl der gewaltsamen Übergriffe auf Journalisten und Redaktionsräume ging zwischen 2001 und 2006 fast um die Hälfte zurück, ebenso wie die richterlich angeordneten Durchsuchungen von Journalisten und Redaktionsräumen.¹⁰¹

⁹⁶ Siehe Internetauftritt: URL: <http://www.airp.ru/> [Zugriff: 10.4.2007].

⁹⁷ Vgl. Brössler, Daniel: Moskauer Fenstersturz, in: Süddeutsche Zeitung vom 07.03.2007, Internetauftritt des Zentrum für Journalisten in Extremsituationen: URL: <http://www.cjes.ru/>.

⁹⁸ Siehe URL: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/news-nachrichten-single/article/1/weltweit-81-getoetete-journalisten-in-2006.html>, [Zugriff: 10.4.2007].

⁹⁹ Vgl. n-ost Bericht: Seit 1993 starben in Russland 219 Journalisten, Alexander Schrepfer-Prosurjakow, Moskau, 11.10.2006.

¹⁰⁰ Siehe Internetauftritt: URL: <http://www.gdf.ru/monitor/index.shtml>, [Zugriff: 10.4.2007].

¹⁰¹ Vgl. O.V.: Dokumentation, in: Russland-Analysen Nr. 118 (2006), S. 7.

Bewertendes Zwischenfazit

Putins vermeintlich starkes Herrschaftssystem steckt derzeit in einer tiefen Krise. Der überwiegend von Geheimdienstleuten besetzte Apparat hat sich im Kampf gegen den Terrorismus in einem asymmetrischen Medienkrieg verfangen. Gleichzeitig werden in Zeiten des Wahlkampfes die Fernschirme zur Arena der Inszenierung eines Nachfolgekandidaten für das Präsidentenamt. Deswegen giert die Präsidentschaftsverwaltung Putins derzeit nach jedem Massenmedium, das sie indirekt über den Erwerb durch den Gazprom-Konzern „gleichschalten“ kann. Zuerst waren es die einflussreichen landesweiten Fernsehsender, zuletzt die auflagenstärksten Zeitungen der Moskauer und Petersburger Regionen, die in das Gazprom-Imperium einverleibt wurden. So muss auch die Zerschlagung der Medien- und Finanzimperien der Oligarchen wie Beresowskij, Gusinskij und Chodorkowskij verstanden werden. Hier zeigt sich: Die medien-politische und wirtschaftliche Oligarchie der 1990er Jahre wird aktuell zur Autokratie umgebaut. Die strukturellen Veränderungen im Mediensystem beweisen dies deutlich.

Journalisten dieser von Gazprom „aufgekauften“ Redaktionen stehen in der Regel vor der simplen Wahl: frei aber arbeitslos zu sein oder im quasi-staatlichen PR-Apparat einen gut bezahlten Job zu machen. Die Meinungsfreiheit gewinnt erst dann subjektiv an Bedeutung, wenn die sozialen und ökonomischen Probleme gelöst sind.

Anna Politkowskaja hat vor einigen Jahren gesagt: „Pressefreiheit in Russland ist die Freiheit, Putin zu lieben“¹⁰². Wer sich als Journalist gegen Putin entscheidet, dem offenbart der russische Staat seine eigene innere Schwäche, indem er unverhältnismäßig „mit den Zähnen fletscht“. Diese Überreaktion haben zuletzt Journalisten bei der gewaltsamen Auflösung der Demonstrationen in Moskau und St. Petersburg Mitte April 2007 körperlich zu spüren bekommen.¹⁰³ Dass kritische Journalisten als Verbrecher und vermeintliche „Extremisten“ strafrechtlich verurteilt oder wegen Landesverrats oder Verrats von Staatsgeheimnissen angeklagt werden, bringt es ans Tageslicht: Es gibt Zensur in Russland. Es ist eine indirekte Zensur bei empfindlichen Themen, die dem aktuellen Herrschaftsapparat gefährlich werden könnten. Themen, die seine eigene innere Schwäche ans Licht bringen: die Menschenrechtsverbrechen in Tschetschenien, die Inkompetenz des Militärapparats, das Versagen der Spezialeinheiten in Beslan. Genau diese Themen haben Journalisten wie Anna Politkowskaja das Leben gekostet. Ihr gewaltsamer Tod ist als gezielte Warnung an kritische, journalistische Einzelkämpfer zu deuten: Wer kritisiert, riskiert unter Umständen sein Leben – so lautet die Botschaft, die im post-totalitären Russland immer noch jeder versteht.

Die Wahrheit ist wieder ein gefährliches Gut. Das ist die zweite Botschaft, die an Sowjet-Zeiten zurück erinnert. Was wahr ist und was nicht, das entscheidet heute im Zweifel wieder das Russländische Informationsministerium, das eine erschreckende Politik der negativen Mobilisierung betreibt. Durch eine gezielte Informationspolitik in Zeiten des Kampfes gegen den Terrorismus werden in der Bevölkerung Zukunftsängste und Fremdenhass geschürt, unterschwellig Panik verbreitet, vor allem

¹⁰² Zitiert nach: Interview mit Olessja Koltsova: Das Medienecho im Westen ist überhört, S. 13.

¹⁰³ Vgl. O.V.: Russische Polizei prügelt Demonstranten nieder, in: ARD, 16.04.2007, URL: <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6621434,00.html>, [Zugriff: 10.4.2007].

aber Feindbilder generiert. Die Feindrhetoriken, der nicht mehr nur gegen Nicht-Slawen gerichtete Rassismus, der kollektive Zynismus gegenüber den politischen Ereignissen in der Ukraine und in Georgien, die aggressive verbale Aufrüstung gegenüber den USA und der NATO – das alles sind in Russland bewährte Methoden, auf der einen Seite gesellschaftliche Bedürfnisse nach einem schützenden Kollektiv zu wecken und auf der anderen Seite den scheinbar übermächtigen Staatsapparat als Beschützer darzustellen.¹⁰⁴

Journalismus ist das nicht, sondern eher staatliche Propaganda mit marktwirtschaftlichem Anstrich. Muss man den freien, unabhängigen Journalismus in Russland demnach für tot erklären? Nein, die Macht der wenigen unabhängigen Journalisten in Russland muss von europäischer und vor allem von deutscher Seite aus gezielt gestärkt und unterstützt werden. In Anbetracht des Wissens um die stalinistische Terror-Vergangenheit, dessen Herrschaft auf denselben Feindrhetoriken und Methoden der medialen Inszenierung von Gefahr beruhte, sowie die erschreckenden Aussichten eines zukünftigen hypochondrischen Polizeistaates in Russland, kann es nicht im Interesse der EU liegen, diese Entwicklungen in Russland hinzunehmen.

Dass es durchaus Einflussmöglichkeiten gibt, zeigt etwa die Rolle der deutschen Verlage in Russland, die – wenn auch nur in kleinen Ansätzen – zur Vielfalt des Meinungsspektrums beitragen und kritischen Journalismus unterstützen, wie das Beispiel Parfjonow und *Newsweek Russia* zeigt.

¹⁰⁴ Vgl. Gudkow, Lew: Russlands Systemkrise. Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Osteuropa, 1 (2007), S. 3-13.

2. Belarus

“No broadcasting outlets are functioning in Belarus which would match the triple criteria of independence, that is, organizational, financial, and editorial autonomy.”¹⁰⁵

Wer das derzeitige belarussische System mit dem der Sowjetunion vergleicht, der wird hinter den Begriff Transformation in Zusammenhang mit Belarus ein großes Fragezeichen setzen. Spätestens seit den Präsidentschaftswahlen von 2006 scheint die belarussische Autokratie gefestigt.¹⁰⁶ Die Hoffnung auf eine allmähliche Liberalisierung des politischen und damit wirtschaftlichen Systems hat sich weitgehend zerschlagen. Das Erstarren des Landes in autoritären Strukturen spiegelt sich stark im Transformationsprozess der Medien wider: Im Unterschied zu anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion fand in Belarus kaum ein Rückzug des Staates und somit keine folgenreiche Privatisierung der bereits existierenden Massenmedien statt.

So dienen die staatlichen Medien heute nach wie vor bloßen Propagandazwecken: Sie rühmen die wirtschaftlichen Erfolge der Regierung und zeichnen ein düsteres Bild des ökonomischen Niedergangs, der sozialen Entwurzelung und politischer Krisen in den Nachbarländern, die sich anders als Belarus auf wirtschaftliche Reformen einließen. Gerne inszeniert werden Horrorgeschichten über den demokratischen Wandel der Nachbarländer, wobei unterschwellig die Botschaft verbreitet wird, dass die belarussische Opposition genau jenes Chaos anstrebe, um an die Macht zu gelangen. Die Regierung in Belarus hat also längst verstanden, dass die öffentliche Zustimmung nicht nur davon abhängt, ob Sicherheit und Stabilität garantiert sind, sondern ob sie die Gesellschaft überzeugen kann, dass die Regierung für den Durchschnittsbürger politisch und wirtschaftlich die beste Wahl darstellt.¹⁰⁷

Mediengesetzgebung

Die Regulierung der Massenmedien findet in Belarus auf Grundlage von Präsidialdekreten statt: Gleich nach seiner Amtsübernahme veranlasste Lukaschenko die Reorganisation der Rundfunkanstalten sowie der staatlichen Verlage. Das 1995 verabschiedete Gesetz, das die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Meinungs- und Pressefreiheit ausgestaltete, erfuhr mittels Präsidentenerlass im Jahr 1996 weitgehende Änderungen.¹⁰⁸ Alexandr Lukaschenko ordnete an, dass die Chefredakteure der staatlichen Zeitungen durch Organe der Exekutive ernannt werden. Bei landesweiten staatlichen Zeitungen entscheidet seitdem der Ministerrat unter Zustimmung des Präsidenten über die Besetzung der Chefredaktion.¹⁰⁹

Durch die 1998 erfolgte Novellierung des Pressegesetzes erhielt das staatliche Pressekomitee das Recht, Zeitungsredaktionen im Falle von Gesetzesverstößen Verwarnungen zu erteilen oder ihnen

¹⁰⁵ OSZE, Haraszti, Miklos: Visit to Belarus, Observations and Recommendations, 10 March 2005, S. 8.

¹⁰⁶ Vgl. Wieck, Hans-Georg: Demokratieförderung in der Sackgasse, Europa versagt in Belarus, in: Osteuropa 9 (2006), S. 57-71.

¹⁰⁷ Vgl. Rakhlei, Maryna: Länderbericht Belarus, 2007, S. 2.

¹⁰⁸ Vgl: OSZE-MEMORANDUM: The draft Law of the Republic of Belarus “On the introduction of Amendments and Additions to the Law ‘On Press and other Mass Media’” by ARTICLE 19 Global Campaign for Free Expression London, November 2003.

¹⁰⁹ Vgl. Dorochow (2004/2005): Massenmedien in Weißrussland, S. 700-720.

gegebenenfalls für drei Monate die Lizenz zu entziehen.¹¹⁰ Auch hier funktioniert somit der direkte staatliche Zugriff auf die Medien nach sowjetischer Tradition: über die staatliche Sanktionierung auf Basis der Strafgesetzgebung. Der Beweis findet sich in drei Artikeln des Strafgesetzbuches, die den Schutz des Präsidenten vor Verleumdung garantieren.¹¹¹

Die Instrumentalisierung und Gleichschaltung der Massenmedien durch den Präsidenten erfolgt in Belarus über klientelistische Verbindungen bzw. über die direkte Unterstellung der Behörden unter die Präsidentialverwaltung. Der Vorsitzende der staatlichen Rundfunkbehörde, die auch die Lizenzvergabe der privaten Stationen regelt, ist – wie der Minister für Information – stets ein direkter Gefolgsmann des Präsidenten.¹¹² Ebenso ist das Belarussische Haus der Presse, das im Printsektor einen Marktanteil von 80 Prozent hält, der Präsidentialverwaltung direkt unterstellt. Nichtstaatliche Zeitungen dürfen in diesem seit 1995 nicht mehr verlegt werden.¹¹³ Unabhängige Zeitungen werden seitdem nur noch im Ausland gedruckt und illegal importiert bzw. erscheinen nur noch virtuell im Internet.¹¹⁴

Verfassungswirklichkeit und Verfassungstext liegen in Belarus somit weit auseinander: Die verfassungsrechtlich vermeintlich „freien“ Medien sind – spätestens seit den zweiten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 – entweder gleichgeschaltet oder durch Repressionen mundtot gemacht. Die gezielten Schikanen gegen Medien und Journalisten gehen zumeist mit Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen einher. Kritiker kann die Regierung Lukaschenkos bei ihrem Lavieren mit Verfassungsänderungen nicht dulden: Im Jahr 1999 wäre die reguläre erste Amtszeit des Präsidenten eigentlich zu Ende gegangen. Doch dank dem Referendum zur Verfassungsänderung begann mit der neuen Verfassung auch seine „neue“ Amtszeit. Im Polizeistaat Belarus wird jeglicher Kritik an den Regierungspraktiken Lukaschenkos vorgebeugt. Journalisten und Medienmachern macht es der Staat unmöglich, die Rolle des Korrektivs und des Kritikers einzunehmen, denn das politische Auftreten von Oppositionsführern und Regierungskritikern in den Medien ist staatlich reguliert und zeitlich begrenzt. Laut Gesetz müssen sämtliche Reden von Regierungsmitgliedern in voller Länge und ohne Unterbrechung ausgestrahlt werden, während politische Parteien und Fraktionen in den Staatsmedien diffamiert und verleumdet werden.¹¹⁵ Der Chef des Staatlichen Rundfunks und Fernsehens, Alexandr Simowski, erklärte während des Wahlkampfes 2006 im Gespräch mit *DW-Radio/Russisch*, warum er seiner Meinung nach der Opposition zurecht den Kampf angesagt habe: „Das Problem ist, dass die belarussische Opposition sehr oft unzufrieden damit ist, wie sie im belarussischen Fernsehen vertreten ist. Da ist von Lügen, Diffamierung und ähnlichem die Rede. [...] Es weiß doch jeder: Der Versuch, zu verleumden oder zu diffamieren, zieht eine Vorladung vor Gericht nach sich. Und ich sage Ihnen: Ich habe noch keinen einzigen Prozess verloren.“¹¹⁶

¹¹⁰ Vgl. Dorochow (2004/2005): Massenmedien in Weißrussland, S. 700-720.

¹¹¹ Artikel: 367, 368, 369 des StGB, Vgl. Dorochow (2004/2005): Massenmedien in Weißrussland, S. 700-720.

¹¹² Vgl: Belarussian Association of Journalists (BAJ): Mr. Lukashenka appointed candidacies of the Deputy Minister of Information and the Chairman of "broadcasting organization of the Union state", 02.03.2007, URL: <http://www.baj.by/en/news/?id=451&page=1> [Zugriff: 14.3.2007].

Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrusslands (Belarus), in: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2004, S. 429-468.

¹¹³ Vgl. Steinsdorff (2004): Das politische System Weißrusslands, S. 429-468.

¹¹⁴ Vgl. Markus, Ustina: Belarussian Media Struggle under Authoritarian Control, in: Transition 2 (1996) 21, S. 57-59.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Vgl: O.V.: Interview mit Aleksandr Simowskij, Chef des Staatlichen Rundfunks Belarus: Streit um Sendezeit für Opposition, DW-RADIO/Russisch, 31.8.2006, Fokus Ost-Südost, URL: <http://www.belarusnews.de/politik1977-1.html> [Zugriff: 14.3.2007].

Kontrolle über die Tätigkeit von Massenmedien und Journalisten üben auch Mitarbeiter des Komitees für Staatssicherheit (KGB) und andere polizeiliche Strukturen aus. So sind die Behörden des Innenministeriums, des KGB und des Sicherheitsdienstes des Präsidenten gemäß Artikel elf des Gesetzes „Über die operative Ermittlungstätigkeit“ berechtigt, Räume, Gebäude, Anlagen, Grundstücke und Verkehrsmittel zu durchsuchen sowie Telefongespräche abzuhören und Postsendungen zu beschlagnahmen.¹¹⁷

Mediensystem

Bis 1996 ist eine bedeutende Zahl an Neugründungen von nicht-staatlichen Zeitungen zu verzeichnen, doch auch diese Tendenz hat unter Lukaschenko drastisch nachgelassen. Im Februar 2007 sind offiziell 1.223 periodische Druckschriften registriert (718 Zeitungen, 337 Zeitschriften, 45 andere), wovon 391 staatlich sind.¹¹⁸ Aber die überwältigende Mehrheit der nicht-staatlichen Massenmedien wird entweder gar nicht oder nur ein- bis zweimal im Jahr herausgegeben, damit sie ihre Lizenz nicht verlieren.¹¹⁹ Die meisten Zeitungen sind zudem bunte Blätter: Von Boulevard-Zeitungen über Rätselmagazine und Kleinanzeigen. Der Anteil der Zeitungen mit Informationswert ist marginal. Obwohl zwei Drittel davon nicht-staatliche Publikationen sind, reicht die Summe ihrer Gesamtauflagen nicht an die der staatlichen Presse heran.¹²⁰ Der Staat nutzt außerdem seine Druckereien, um die privaten Zeitungen und Zeitschriften finanziell gegenüber den staatlich subventionierten zu benachteiligen. Der Preis für Abonnement der Zeitung *Belpotschta* wuchs beispielsweise vom Jahr 2002 bis 2004 um über 60 Prozent.¹²¹ Die nicht-staatlichen Druckereien hingegen weigern sich Verträge mit unabhängigen Zeitungen zu schließen, obwohl sie es dürfen. Diese beinahe ausweglose Situation bedeutet für alle nicht-staatlichen Druckerzeugnisse langfristig das Aus.

Das Ausbleiben der wirtschaftlichen Transformation hat in Belarus zur Folge, dass es im Mediensektor keine alternativen Finanzierungsmöglichkeiten für unabhängige Medien gibt. Die einzige unabhängige Tageszeitung, die *Narodnaja Wolja*, gehörte dem Gründer und Chefredakteur Josef Seredritsch. Seine Finanzierungsquellen waren die wenigen Anzeigen, die Abonnements und der Kioskverkauf. Doch im vergangenen Jahr wurde das Abonnieren von Zeitungen mit politischem Inhalt verboten. Die Zeitungskioske, allesamt im Staatsbesitz, mussten die *Narodnaja Wolja* aus ihrer Auslage räumen. Derzeit erscheint die Zeitung zweimal pro Woche auf Umwegen über Russland: Sie wird in der russischen Stadt Smolensk gedruckt und von Volontären aus Minsk per Post an die belarussischen Leser verschickt.¹²²

So wenig die Liberalisierung des Zeitungsmarktes auch fortgeschritten ist, im Vergleich zu den audiovisuellen Medien weckt er zunächst wenigstens den Anschein der post-sowjetischen Transformation. Im TV- und Rundfunksektor sind nach wie vor die meisten Sender entweder im staatlichen Besitz oder zumindest staatlich kontrolliert. Sämtliche landesweiten elektronischen

¹¹⁷ Vgl. Bastunets (2007): Länderbericht Belarus, S. 13.

¹¹⁸ Vgl. Bastunets (2007): Länderbericht Belarus, S. 1.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Vgl. Dorochow (2004/2005): Massenmedien in Weißrussland, S. 700-720.

¹²¹ Ebd.

¹²² Vgl. Rakhlei, Maryna: Länderbericht Belarus, 2007, S. 2.

Medienprogramme wie *BT1*, *ONT*, *STV* oder *Radio BR1* sind der Präsidentialadministration, dem Informationsministerium oder der Minsker Stadtverwaltung direkt unterstellt und fungieren als deren Sprachrohr.¹²³ Die Sender finanzieren sich zu einem gewissen Grad aus Werbeeinnahmen. Der Großteil kommt jedoch direkt aus dem Staatshaushalt.¹²⁴ Im Haushalt 2007 sind für die Finanzierung der staatlichen Massenmedien etwa 64 Millionen US-Dollar vorgesehen. Davon werden über 47 Millionen US-Dollar für die Finanzierung des Fernsehens und des Rundfunks verwendet.¹²⁵

Medienlandschaft

Die wenigen nicht-staatlichen TV- und Radiosender konzentrieren sich hingegen völlig auf Unterhaltungsthemen und meiden politische Berichterstattung, um ihr eigenes Fortbestehen zu gewährleisten. Sie werden von den staatlichen Lizenzbehörden genauestens kontrolliert und somit indirekt auf Linie gebracht. Die regionalen nicht-staatlichen Sendeanstalten sind in der Gesellschaft *TWS* zusammengefasst, die 1995 als Alternative zum staatlichen Fernsehen gegründet wurde. Sie werden meist nur auf regionalen Dezimeter-Frequenzen oder als Fensterprogramme ausgestrahlt.¹²⁶ In Belarus gibt es zwar eine Vielzahl verschiedener Kabelbetreiber, doch die überwiegende Mehrzahl der Haushalte sind an staatliche Kabelbetreiber angeschlossen, da diese die meisten Frequenzen besitzen und somit die Zahl der Programme deutlich größer ist.

Die russischen Radio- und Fernsehsender, die aus dem Nachbarland weit nach Belarus hineinstrahlen, sind die einzigen Informationsquellen, die nicht der versuchten Gleichschaltung durch den belarussischen Apparat unterliegen. Seit dem Gazprom-Skandal 2002 sowie der jüngsten Eskalation um die russischen Gaslieferungen nach Belarus zu Beginn 2007 versucht die Regierung jedoch, den Einfluss der russischen Medien in Belarus systematisch zu reduzieren. Um dies zu erreichen, wurde im Jahr 2003 eine Neuregistrierung sämtlicher elektronischer Medien durchgeführt. Eine der Vorgaben des Informationsministeriums war, dass nicht weniger als 50 Prozent der Sendungen belarussische Produktionen sein müssen. Auf den Frequenzen der russischen Sender werden heute belarussische Programme ausgestrahlt.¹²⁷

Der Staat nutzt in Belarus demnach sämtliche Filter gleichzeitig, um die Verbreitung von unabhängigen Informationen in der Öffentlichkeit zu unterbinden. Dass jede Information in Belarus irgendwann einmal durch das staatliche „Nadelöhr“ muss, wird besonders im Hinblick auf das Internet deutlich. Im Jahr 2005 besaßen mehr als 30 Internetdienste eine Lizenz.¹²⁸ Sie sind aber alle gleichermaßen gesetzlich gezwungen, bei dem einzigen Provider *Beltelekom* ihren Datenverkehr abzuwickeln. Ihr Zugang ins weltweite Netz wird zudem erschwert, indem sie ihr Portal bei *Beltelekom* zu horrenden Preisen pachten müssen, während der staatliche Monopolist seiner Tochterfirma dieselben Dienste weitaus günstiger ermöglicht.¹²⁹ So kontrolliert das Informationsministerium nicht

¹²³ Vgl. OSZE, Haraszi, Miklos: Visit to Belarus, Observations and Recommendations, 10 March 2005, S. 8.

¹²⁴ Vgl. Rakhlei (2007): Länderbericht Belarus, S. 2.

¹²⁵ Vgl. Bastunets (2007): Länderbericht Belarus, S. 2.

¹²⁶ Vgl. Dorochow (2004/2005): Massenmedien in Weißrussland, S. 700-720.

¹²⁷ Erstmals wurde in den Umfragen auf die Frage „Welchen Sender sehen Sie?“ im Jahr 2002 nicht ein russischer, sondern der belarussische Sender ONT genannt, Vgl. Dorochow (2004/2005): Massenmedien in Weißrussland, Tabelle 7, S. 714.

¹²⁸ Vgl. Dorochow (2004/2005): Massenmedien in Weißrussland, S. 700-720.

¹²⁹ Ebd.

nur sämtliche Internetzugänge im Land, sondern macht damit auch viel Profit, denn die Preise können relativ willkürlich festgelegt werden.¹³⁰

Dennoch ist das Internet die letzte freie Nische für die verbotenen oder aus finanziellen Gründen eingestellten Zeitungen, da deren Online-Ausgaben mitunter auch vom Ausland aus ins Netz gestellt werden. Internetinformationsdienste wie *BelaPAN* gelten als die letzte Bastion der unabhängigen Berichterstattung in Belarus und bleiben somit ein kleiner Hoffnungsschimmer.

Der Journalistische Beruf in der Praxis

Scheinbar willkürlich wurde im vergangenen Jahr die älteste, nicht-staatliche belarussische Zeitung *Nascha Niwa* aus dem staatlichen Vertriebskatalog verbannt – ein gängige Methode, privaten Zeitungsbetreibern den Zugang zum Markt zu verweigern. Später erreichte die Redaktion der seit 100 Jahren bestehenden Zeitung einen Brief von den Minsker Behörden, in dem als Erklärung die Festnahme des Chefredakteurs während einer Protestkundgebung gegen die dritte Amtszeit des Präsidenten angemahnt wurde.¹³¹

Es sieht zwar aus wie staatliche Willkür – ist aber ein System, das kritische Journalisten dazu zwingt, sich *selbst* zu zensieren. Die vom Staat diktierten, rechtlichen und wirtschaftlichen Spielregeln lassen Journalisten in Belarus in der Regel keine Wahl: Wer einen sicheren Arbeitsplatz sucht, eine Familie ernähren muss und nicht zur Zielscheibe der staatlichen Repression werden will, der passt sich an und versucht zu überleben. Journalisten, die ihre Kritiker-Haltung freiwillig aufgeben, leben und arbeiten gut in Belarus. So sind viele Journalisten, die früher für unabhängige Zeitungen berichteten, in der Redaktion der *Sowjetskaja Belorussija* (heute *Belarus Segodnja*) gewechselt. Gegründet und subventioniert hat die auflagenstärkste, landesweit vertriebene Tageszeitung die Administration des Präsidenten.¹³² Im Jahr 2002 erschien sie als erste Zeitung in Farbe; Aufmachung und Druckqualität sind im Vergleich zu den unabhängigen Zeitungen, die in finanziellen Krisen stecken, sehr professionell. Doch nicht nur der Titel der Zeitung verrät, dass in Belarus die Sowjetunion nach ihrem Zerfall weiter lebt: Der Inhalt der Zeitung ist hundertprozentige Staatspropaganda in der Tradition der sowjetischen *Prawda* – nur in einer farbigen Verpackung.

Eine relativ unbedeutende Anzahl der Zeitungsmitarbeiter verfügt in Belarus über eine Journalistenausbildung. So hat im Gebiet Gomel nur jeder zehnte Mitarbeiter der Zeitungsredaktionen eine journalistische Berufsausbildung.¹³³

Die meisten Journalisten mit entsprechendem Studium sind Absolventen der Journalistikfakultät an der Belarussischen Staatlichen Universität (BSU).¹³⁴ Sie ist nach wie vor die wichtigste „Schmiede“ der Journalistenkader in Belarus, an der in fünf Berufen ausgebildet wird: Journalismus (gedruckte Massenmedien), Journalismus (Audio- und Videomassenmedien), Information und Kommunikation, Internationaler Journalismus, literarische Arbeit. Auf der Fakultäts-Homepage wird betont, dass neben Print- und audiovisueller Berichterstattung „die Studenten einen vertieften Unterricht in Russisch,

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Vgl: RFE/RL Reports: Sindelar, Daisy: Belarus, Election Season ends, but Press Crackdown continues, 21 April 2006, Volume 6, Number 6, URL: <http://www.rferl.org/reports/mm/2006/04/6-210406.asp>, 19.2.2007 [Zugriff: 13.03.2007].

¹³² Vgl: OSZE (2005): Visit to Belarus, S. 3.

¹³³ Vgl. Bastunets (2007): Länderbericht Belarus, S. 16.

¹³⁴ Vgl. in: Respublika Nr. 226 vom 08.12.2006.

Belarussisch, in Fremdsprachen und in der Stilistik genießen“. Zudem absolvieren die meisten Studenten dieser Fakultät im vierten und fünften Studienjahr ein Praktikum in Medienredaktionen.¹³⁵

An den belarussischen privaten Hochschulen gibt es keine Journalistikfakultäten. Die entsprechende Fakultät an der Hochschule für Modernes Wissen wurde geschlossen. Seit 2006 können belarussische Staatsangehörige eine journalistische Ausbildung an der Europäischen Humanistischen Universität (*EHU*) in Vilnius (Litauen) absolvieren, wo die *EHU* ihre Tätigkeit nach der Schließung in Belarus wieder aufgenommen hat.¹³⁶ Die Nachbarländer sind demnach, wie dieses Beispiel erneut beweist, ein entscheidender Rückzugsraum für regierungskritische Medien, Journalisten oder Hochschulen. Außerdem laufen zurzeit von der deutschen und polnischen Regierung sowie von der EU geförderte Medienprojekte: Sendungen, wie die *Belarus Chronik* im Programm der *Deutschen Welle* oder *Okno w Ewropu* („Fenster nach Europa“) bei *RTVi*. Verschiedene Auslandssender wie *European Radio for Belarus* aus Warschau oder *Radio Razija* aus Bialystok strahlen über die Grenze nach Belarus hinein. Ihre Auswirkungen sind aber fraglich und eher gering, weil die Sendungen oft das Zielpublikum nicht erreichen. Radiobeiträge werden über die unpopuläre Kurzwelle, Fernsehsendungen über Satelliten ausgestrahlt. Die Empfangsgeräte dafür sind in Belarus jedoch nur schwer zu erwerben.¹³⁷

Bewertendes Zwischenfazit

Die Privatisierung der Medien hatte in Belarus zwar Mitte der 1990er Jahre zaghafte begonnen, war aber nach 1996 unter Lukaschenko schnell ins Stocken geraten. Da es bis heute im Land keine funktionierende Marktwirtschaft gibt, können sich private Medien durch Abonnements, Anzeigenkunden oder ausländische Investoren kaum finanzieren. Die Abhängigkeit von staatlichen Geldern ist groß. Dies zeigt, dass die Entwicklung eines pluralistischen und demokratischen Mediensystems eng mit der Einführung marktwirtschaftlicher Spielregeln verknüpft ist, die zur Liberalisierung des gesamten Systems beitragen.

Eine Transformation im Sinne des einleitend genannten Drei-Phasen-Modells – von der Liberalisierung über die Demokratisierung zur Konsolidierung – hat in Belarus nicht stattgefunden. Nach wie vor ist die Kontrolle der Medien eine wichtige, wenn nicht *die* tragende Säule des Systems. Wie in der Sowjetunion sind die Medien instrumentalisiert, abhängig, zur Propaganda genötigt, gleichgeschaltet. Sie sind sie es, die das Regime Lukaschenko mit am Leben erhalten, indem sie vermeintliche Horrorgeschichten von farbigen Revolutionen in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken dramatisieren. Lukaschenkos Reformvermeidungspolitik wird in den Himmel gelobt, da sie scheinbar Stabilität, Sicherheit und relativen Wohlstand garantiert.

Realistische Chancen aus dem regierungstreuen Medienkanon auszubrechen, haben die Journalisten in Belarus derzeit nicht. Der Präsidialapparat umklammert die Medienlandschaft wie ein Krake und lässt kaum Handlungsspielräume zu.

¹³⁵ Vgl. Internetauftritt: URL: http://bsu.by/main.asp?id1=31&id2=3502#_Toc154909085, [Zugriff: 10.4.2007].

¹³⁶ Vgl. Bastunets (2007): Länderbericht Belarus, S. 9.

¹³⁷ Vgl. Bastunets (2007): Länderbericht Belarus, S. 16.

Dennoch gibt es sie, die wenigen unabhängigen und kritischen, belarussischen Journalisten. Sie sind in der Regel isolierte aber leidenschaftliche Einzelkämpfer, denn die Redaktionen der nicht-staatlichen Presse sind in sich mindestens genauso gespalten wie die Opposition.¹³⁸ Unabhängige Journalisten leben weitgehend im Ausland oder im belarussischen Untergrund. Doch leider betreiben sie allzu oft nichts anderes als Gegenpropaganda. So werden oft die Teilnehmerzahlen bei regierungskritischen Demonstrationen übertrieben und Geschichten über Maßnahmen staatlicher Institutionen gefälscht. Hier verspielen die unabhängigen Journalisten ihre einzige und wichtigste Ressource im Kampf um die Unabhängigkeit: ihre eigene Glaubwürdigkeit.

In dieser Hinsicht hat der internationale Ansatz der Demokratieförderung in Belarus versagt.¹³⁹ Die ausländischen Finanzhilfen setzen hauptsächlich an der jeweiligen Spitze der zersplitterten Oppositionsgruppierungen an und zielen auf den bloßen Regimewechsel ab. Wie bereits der frühere OSZE-Beobachter in Minsk Hans-Georg Wieck in seinem Aufsatz „Demokratieförderung in der Sackgasse“ gefordert hat, muss die EU einen durchdachten Ansatz entwickeln, um die letzten verbleibenden Nischen der unabhängigen Medien gezielt zu stärken. Auf diesem Weg sind zwar in der Vergangenheit durch die *Deutsche Welle* und anderer Sender, die aus den Nachbarländern nach Belarus hineinstrahlen, erste Schritte gemacht worden. Doch sie gehen nicht weit genug und erreichen nur einen relativ geringen Teil der belarussischen Bevölkerung.

Generell können Veränderungen in Belarus nur von innen heraus bewirkt und nicht von außen finanziert werden. Dies ist spätestens seit dem Scheitern der von der EU erhofften farbigen Revolution in Minsk im Zuge der Präsidentenwahl 2006 sicher. Dazu müsste zunächst die Opposition das Vertrauen der regierungskritischen Journalisten gewinnen. Nur gemeinsam haben die Gegner Lukaschenkos überhaupt eine Chance, das Meinungsmonopol der staatlichen Medien zu durchbrechen und dem Staat die alleinige Deutungshoheit zu entziehen. Die EU könnte insbesondere die junge Generation journalistisch fördern, die teilweise in den Nachbarländern oder sogar in der EU studiert. Wie es der Berliner Journalist Ingo Petz in seinem Aufsatz „Aufbruch durch Musik“ exemplarisch zeigt, formiert sich unter den jüngeren Belarussen eine kulturelle Gegenelite, der ein Belarus ohne Lukaschenko vor Augen schwebt.¹⁴⁰ Generationswechsel statt Regimewechsel ist demnach der passende internationale Ansatz, die Demokratie in Belarus voranzubringen.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die Begegnungsstätte „Johannes Rau“ des *Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB)*, die sich in Minsk im Bereich der Fort- und Weiterbildung belarussischer Journalisten engagiert.¹⁴¹ Auch nach Einschätzung einer regimekritischen Redakteurin der unabhängigen Internetagentur *BelaPAN* ist die Professionalisierung junger Journalisten die einzige Chance auf Demokratieentwicklung: „So wie es aussieht, hängt das Überleben der demokratischen Medien angesichts des von Repression und Angst geprägten Klimas allein von der professionellen Arbeit der Journalisten, ihrem persönlichen Mut und ihrer Entschlossenheit ab.“¹⁴²

¹³⁸ Kunter, Björn: Belarus: Do No Harm. Forderungen an externe Demokratieförderung, in: Osteuropa, 1 (2007), S. 35-47.

¹³⁹ Vgl. Wieck (2006): Demokratieförderung in der Sackgasse, S. 57-72.

¹⁴⁰ Vgl. Petz, Ingo: Aufbruch durch Musik. Kulturelle Gegenelite in Belarus, in: Osteuropa, 1 (2007), S. 49-56.

¹⁴¹ Vgl. Internetauftritt der IBB, URL: <http://www.ibb-d.de/minsk.html>, [Zugriff: 25.4.2007].

¹⁴² Rakhlei (2007): Länderbericht Belarus, S. 5.

3. Ukraine

“I felt the total freedom working for a state medium just three days after the revolution. There is no direct pressure on the journalists, but our managers don't welcome the criticism of the new government. They work to make sure our assumptions of the Orange power are favorable.”¹⁴³

Wie es um die Unabhängigkeit der Medien in der Ukraine nach der so genannten Orangen Revolution steht, darum entbrennen immer wieder Debatten. Die einen sagen, es habe sich Grundlegendes verändert, die anderen behaupten das Gegenteil: Die Unabhängigkeit der Medien von staatlichen Einflüssen ist seitdem zum ersten Mal gegeben. Hier zeigt sich, dass die Ereignisse vom Winter 2004, die übereifrig als „Revolution“ bezeichnet wurden, die Veränderungen angestoßen haben, die in der Ukraine nach wie vor in Gange sind. Besonders im Bereich der Medien wurde eine unübersehbare Dynamik in Gang gesetzt.

Als Viktor Juschtschenko in der so genannten Orangen Revolution um die Macht kämpfte, schrieb er sich die Meinungs- und Pressefreiheit auf die Fahnen und der neue Präsident halte sein Versprechen, bezeugt Olena Pritula in einem Interview. Sie ist Redakteurin der unabhängigen Internet-Zeitung *Ukrainska Prawda*, die auch gegenüber der neuen politischen Führung neutral und kritisch bleibt: „In der Medienpolitik hat unser Staat große Fortschritte gemacht. Früher bekamen die Redaktionen aus der Präsidentialadministration direkte Anweisungen, was sie wie zu beleuchten und was sie zu unterlassen hatten. Heute gehört all das zur Geschichte. Vieles muss natürlich noch gemacht werden, zum Beispiel neue Gesetze über Medien. (...) Deshalb bringen wir unseren Politikern bei, unsere Fragen zu beantworten. Wir Journalisten erziehen unsere Staatsleute zur Demokratie.“¹⁴⁴ Demzufolge hat sich laut der *n-ost*-Korrespondentin in Kiew, Tatjana Montik, seit der Revolution die tendenziöse Berichterstattung der Massenmedien verringert, und die Medien seien in ihrer politischen Haltung neutraler geworden: „Es gibt mehr Freiheit der Berichterstattung, auch wenn man dies nicht mit der westlichen Vorstellung von Pressefreiheit vergleichen kann. Unabhängiger sind die Medien dadurch aber noch nicht geworden.“¹⁴⁵

Mediengesetzgebung

Die rechtlichen Grundlagen der Medienfreiheit sind in der Ukraine im Vergleich zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken umfassend in der Verfassung verankert. Die Rede- und Meinungsfreiheit wird im Verfassungstext, der 1996 verabschiedet wurde, ebenso garantiert wie das Recht darauf, frei Informationen zu sammeln, zu verwenden und zu verbreiten. Zudem gibt die Verfassung jedem Bürger das Recht, unwahre Informationen über sich zu dementieren sowie eine

¹⁴³ Zitat: Oksana Denysowa, Korrespondentin einer Nachrichtensendung in der National Radio Company der Ukraine, Kipiani, Vakhtang: Media Take on Color in Orange Ukraine, in: Global Journalist, 2 (2005), URL: <http://www.globaljournalist.org/magazine/2005-2/orange.html>, [Zugriff: 12.4.2007].

¹⁴⁴ Zitat von Olena Pritula, Redakteurin der unabhängigen Internet-Zeitung *Ukrainska Prawda* in einem persönlichen Interview mit Tatjana Montik, *n-ost*-Korrespondentin in Kiew.

¹⁴⁵ Das Gespräch führte die Autorin mit Tatjana Montik, *n-ost*-Korrespondentin in Kiew.

Verleumdungsklage zu erheben. Zensur wird in Artikel 15 ausdrücklich verboten.¹⁴⁶ In den 1990er Jahren wurde ergänzend eine Reihe an Mediengesetzen verabschiedet, die die Tätigkeiten der Medien umfassend regeln.¹⁴⁷

Im Rahmen der ukrainischen Mitgliedschaft im Europarat fand 2006 aus diesem Grund eine Anhörung des Parlamentskomitees für Presse- und Informationsfreiheit „Über die Reformierung der staatlichen sowie kommunalen Presse“ statt, in welcher Empfehlungen sowie ein Fünf-Punkte-Plan zur systematischen Entstaatlichung der Presselandschaft erarbeitet und formuliert wurden.¹⁴⁸

Wie aus dem Protokoll dieser Anhörung deutlich hervorgeht, garantieren die umfangreichen Regelungen in Verfassungs- und Gesetzestexten den ukrainischen Medien in der Praxis noch keine tatsächliche Unabhängigkeit. Die erste Einschränkung erfahren die Medien bereits durch die in Artikel 34 der Verfassung festgehaltene Bestimmung, dass das Grundrecht auf freien Informationszugang und -verwertung im „Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen Integrität oder der öffentlichen Ordnung“ eingeschränkt werden kann.¹⁴⁹ Hinzu kommen Dekrete der Regierung und des Präsidenten, die im Verlauf der 1990er Jahre verabschiedet wurden. Diese manipulieren die gesetzlich festgelegten Regeln und verändern sie in ihrem eigenen Interesse. Ein typisches Instrument ist hierfür die Registrierungsmethode: Nach einem Erlass von 1999 erhöhten sich die Gebühren für die Nutzung von Radiofrequenzen um das Zehnfache, was dazu führte, dass mehrere regionale Sender aus finanziellen Gründen eingestellt werden mussten.¹⁵⁰

Die Empfehlungen der Anhörung des Parlamentskomitees für Presse- und Informationsfreiheit sprechen sich für ein generelles Verbot der Registrierung neuer staatlicher sowie kommunaler Printmedien und der Beteiligung staatlicher sowie kommunaler Organe an bereits existierenden Medien aus. Zudem sollen staatliche Organe und kommunale Behörden Verträge zur Definition ihrer Aufgaben schließen und ein terminlich abgegrenztes Pilotprojekt über die Entstaatlichung der Massenmedien anregen.¹⁵¹

Mediensystem

„Geld + Medien = Macht“. Diesen Trend der ukrainischen Medienentwicklung fasste die renommierte ukrainische Wochenzeitung *Serkalo Nedeli* bereits Mitte der 1990er Jahre in dieser mathematischen Formel zusammen.¹⁵² So sind es in der Ukraine nicht in erster Linie der Staat, sondern die Privatunternehmen, die den Mediensektor dominieren. Nach offiziellen Angaben befanden sich im

¹⁴⁶ Vgl. Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine, in: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2004, S. 469-514.

¹⁴⁷ Das Informationsgesetz (1992), das Pressegesetz (1992), das Fernseh- und Hörfunkgesetz (1993), das Gesetz über den nationale Fernseh- und Hörfunkrat (1997), das Gesetz über Nachrichtenagenturen (1995), das Gesetz über Verfahren der Medienberichterstattung über Tätigkeiten der Regierung und lokalen Behörden (1997), das Gesetz zum sozialen Schutz von Journalisten (1997), das Gesetz über Werbung (1996) sowie über intellektuelles Eigentum (1993) und das Gesetz über Staatsgeheimnisse (1999); Vgl. OSCE-Representative of Freedom of the Media: Current Media Situation in Ukraine, in: Freedom and Responsibility. Jahrbuch, Wien 1999/2000, S. 249-274.

¹⁴⁸ O.V.: Protokoll der Anhörung des Parlamentskomitees für Presse- und Informationsfreiheit: Über die Reformierung der staatlichen sowie kommunalen Presse, 29. November 2006, URL:

http://www.telekritika.kiev.ua/articles/134/0/8160/sluhannia_comitet/, übersetzt aus dem Ukrainischen in: Lukyanowa, Maria: Massenmedien in der Ukraine 2, in: Forschungsstelle Osteuropa (Hg.): Ukraine-Analysen. Bremen, Nr. 17, 12.12.2006, S. 7-8.

¹⁴⁹ Vgl. Bos (2004): Das politische System der Ukraine, S. 469-514.

¹⁵⁰ Vgl. OSCE-Representative of Freedom of the Media: Current Media Situation in Ukraine, in: Freedom and Responsibility. Jahrbuch, Wien 1999/2000, S. 249-274.

¹⁵¹ Protokoll der Anhörung des Parlamentskomitees für Presse- und Informationsfreiheit: „Über die Reformierung der staatlichen sowie kommunalen Presse“, 29. November 2006, in: Lukyanowa (2006): Massenmedien in der Ukraine 2, S.8.

¹⁵² Zitiert nach: NZZ: 3.11.1997, S. 5.

Jahr 2003 mehr als 97 Prozent der ukrainischen Medien in privatem Besitz.¹⁵³ Doch wie aus dem Fünf-Punkte-Programm des Parlamentskomitees für Presse- und Informationsfreiheit hervorgeht, waren die Medien unter Kutschma in der Praxis nicht wirklich „entstaatlicht“. ¹⁵⁴ Die Besitzer der wichtigsten Medien seien zumeist engste Vertraute oder sogar Verwandte des ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschmas gewesen, die zum Teil auch heute noch, trotz der politischen Umwälzungen von 2004, weiter ihre wirtschaftliche Macht ausüben.

Laut der Analyse der ukrainischen Helsinki-Gruppe für Menschenrechte über die Eigentumsverhältnisse der größten ukrainischen „Medienzaren“ verstößt die geballte Konzentration der Massenmedien in den Besitzverhältnissen von damals sechs Oligarchen gegen das ukrainische Medienrecht, das hier klare Beschränkungen vorsieht: Das Pressegesetz schreibt unter anderem vor, dass kein Unternehmer mehr als fünf Prozent des Marktes für Printmedien kontrollieren darf. Laut dem Rundfunkgesetz darf keine Gesellschaft mehr als zwei Fernsehkanäle und drei Radiokanäle betreiben. Dasselbe Gesetz besagt zudem, dass nicht mehr als 30 Prozent der Anteile von Rundfunkorganisationen in ausländischer Hand sein dürfen.¹⁵⁵ Trotz dieser Gesetze sieht die Realität der Eigentumskonzentration ganz anders aus, denn nach wie vor gibt es kein konkretes Gesetz, das die Besitzverhältnisse im Mediensektor reguliert. Die tatsächlichen Eigentümer der privaten Medienbetriebe sind zumeist nicht öffentlich bekannt, da im Lizenzierungsverfahren lediglich der Gründer des Mediums angegeben werden muss.¹⁵⁶

Ähnlich wie in Russland nutzen demnach auch hier finanzkräftige Unternehmer die Medien in erster Linie, um ihre politische Macht zu vermehren und dadurch ihren Einfluss auf politische Entwicklungen und Entscheidungen zu vergrößern. Doch genau diese Instrumentalisierung verändert sich seit den Ereignissen 2004 allmählich. Eine revolutionäre Ausnahme stellte hier bereits der *Kanal 5* dar, der zwar bereits vor der Revolution von einem Juschtschenko-Anhänger betrieben wurde, aber dennoch unabhängige Berichte sendete.

Tatsächlich hat die orangefarbene Revolution zumindest eines bewirkt: Die Politik ist transparenter geworden und damit auch das Privatleben der Politiker. Ein Beispiel liefern die Berichte über das mondäne Leben von Juschtschenkos Sohn Andrij, der angeblich einen 140.000 Euro teuren BMW-Sportwagen fährt. „Das war der erste ukrainische Skandal, der nach europäischem Muster abgelaufen ist“, sagt Sergij Leschtschenko, Redakteur der Internet-Zeitung *Ukrainska Prawda* in einem Interview mit der *n-ost*-Korrespondentin in Kiew: „Alle Medien haben darüber berichtet, und kein Journalist ist deswegen ermordet worden.“ Früher oder später werde die neue Pressefreiheit die Ukraine auf den Weg der Demokratie bringen, meint Sergij Leschtschenko deshalb.¹⁵⁷

Das Gesetz über den öffentlichen Rundfunk, welches im Jahr 1997 verabschiedet wurde, sieht als Ergebnis der Transformation des Mediensektors ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem vor. Die Verschleppung der praktischen Umsetzung dieser Gesetzesvorlagen zeugt jedoch davon, dass die

¹⁵³ Vgl. Varfolomeyew, Oleg: Muzzeled Media in Ukraine, in: *Russia and Eurasia Review* 2 (2003) 1, URL: http://www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=16&issue_id=613&article_id=4489, [Zugriff: 11.4.2007].

¹⁵⁴ Vgl. Bos (2004): *Das politische System der Ukraine*, S. 469-514.

¹⁵⁵ Vgl. Ukrainische Helsinki-Gruppe: URL: http://helsinki.org.ua/index.php?id=1154077400#_ftn1, [Zugriff: 10.4.2007].

¹⁵⁶ Vgl. Gumenyuk, Luidmyla: *Länderbericht Ukraine*, 2007, S. 15.

¹⁵⁷ Zitiert nach dem *n-ost*-Bericht: *Ein Jahr orange-farbene Revolution*, Florian Kellermann, 18.11.2005.

politischen Entscheidungsträger kein wirkliches Interesse haben, ihren Einfluss auf die Medien freiwillig aufzugeben, den sie über die finanzielle Abhängigkeit von ihren Finanzimperien ausüben können. Tatsächlich ist die finanzielle Unabhängigkeit eines öffentlich-rechtlichen Systems auch nur dann gegeben, wenn sich die Rundfunk- und Fernsehstationen über allgemeine Gebühren und Werbeeinnahmen selbst unterhalten können. Das niedrige Durchschnittseinkommen der ukrainischen Bevölkerung sowie der unterentwickelte Werbemarkt bieten dafür jedoch (noch) keine guten Ausgangsbedingungen.¹⁵⁸

In Folge der engen Verzahnung von Medien und Politik gehen auch die Veränderungsprozesse im Mediensektor in der Ukraine stets mit politischen Krisen einher, sind mitunter unmittelbar ineinander verwoben. Der prominenteste Fall ist in diesem Zusammenhang sicher der Mord an dem kritischen Journalisten Georgij Gongadze, Redakteur der oppositionellen Online-Zeitung *Ukrainska Prawda*: Im Jahr 2000 beschuldigte die ukrainische Opposition um Julia Timoschenko die Verwicklung des damaligen Präsidenten Kutschma in den Mord an Gongadze.¹⁵⁹ Durch die Veröffentlichung von Tonbandaufzeichnungen, die den persönlichen Mordauftrag Kutschmas beweisen sollten, wurde der Fall in der internationalen Öffentlichkeit bekannt und löste zugleich eine Staatskrise in der Ukraine aus. Schon damals gab es Massenproteste in Kiew, wo der Ruf nach Medienfreiheit laut wurde. So hat sich vor allem die Oppositionsbewegung von da an dieses Thema auf die Fahnen geschrieben: Juschtschenko versprach im Wahlkampf die Aufklärung des Mordfalls und machte sich damit die Journalisten zu Freunden und Unterstützern seiner politischen Linie in den revolutionären Ereignissen des Winters 2004. Doch war das alles nur reine Taktik eines cleveren Strategen? Journalisten zu Adressaten seiner Wahlversprechen zu machen, garantierte ihm immerhin deren Unterstützung und Aufmerksamkeit.

So spielten die Medien bei der Orangen Revolution eine, wenn nicht *die* entscheidende Rolle. Nachdem Juschtschenko das Präsidentenamt antrat, verpflichtete er sich grundsätzlich, eine freie und unabhängige Presse zu unterstützen und schwor politische Verbrechen aufzuklären.¹⁶⁰ Demzufolge wird die Etablierung einer unabhängigen und der Regierung gegenüber kritischen Berichterstattung in der ukrainischen Öffentlichkeit als die wesentlichste Errungenschaft der Ereignisse betrachtet. Tatsächlich wurde von der neuen Regierung eine umfassende Reform im Rundfunkbereich breit diskutiert. Doch die Veränderungen sind bis heute eher bescheiden. Juschtschenko proklamierte zwar die Umwandlung der Nationalen Rundfunkgesellschaft (*NTKU*), eines vom Staat kontrollierten Fernseh- und Radioveranstalters sowjetischen Typs, in einen öffentlich-rechtlichen Sender. Die praktische Umsetzung dieses Reformvorhabens erweist sich jedoch als schwierig. Trotz der personellen Neubesetzung der Regierungsämter nach der Orangen Revolution zeigt sich, wie

¹⁵⁸ Vgl: Lukyanowa (2006): Massenmedien in der Ukraine 2, S. 4.

¹⁵⁹ Prytulak, Lubomyr: Offizieller Brief an Kutschma mit Vorwürfen der Verstrickung in den Mord an mehreren Journalisten in der New York Times, 2000, URL: www.danskukrainisk.dk/kutjmatapes.html, [Zugriff: 10.4.2007].

¹⁶⁰ Vgl. Rede des ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko im Deutschen Bundestag, 09.03.2005, URL: http://www.bundestag.de/geschichte/gastredner/juschtschenko/rede_juschtschenko.html, [Zugriff: 10.4.2007].

einflussreich die „vorrevolutionären“ Strukturen sind und, dass sich die neue politische Elite gegen die alten Clans nur schwer durchsetzen kann.¹⁶¹

Medienlandschaft

Zu Beginn dieses Jahres waren laut offizieller Angaben über 1.000 Fernseh- und Rundfunkstationen in der Ukraine lizenziert. Von den 891 registrierten TV-Sendern befinden sich 500 in privatem und 28 in staatlichem Besitz. 15 davon sind landesweit zu empfangen, die übrigen verfügen nur über regionale Sendegebiete.¹⁶²

Die größte technische Reichweite haben *Perschij Kanal*, *Inter* sowie *Studio 1+1*, da sie die Infrastruktur der ehemaligen staatlichen Sender nutzen. Zu den acht landesweiten Radiosendern zählen *Nationalna Radiokompania Ukrainy (NRU)*, *Nasche Radio*, *Media Market*, *Klas*, *Onyx* und *Russkoe Radio-Ukraina*. Weiterhin existieren diverse regionale Radiosender.¹⁶³

Nach den Angaben des Nationalen Rundfunkrates arbeiten jedoch nur etwa 50 Prozent der registrierten Rundfunkorganisationen profitabel.¹⁶⁴

Dasselbe Problem betrifft auch die Zeitungen. Der Werbemarkt umfasst in der Ukraine nur ca. ein Zehntel des russischen oder des polnischen Werbemarktes.¹⁶⁵ Zum anderen werden ukrainische Zeitungen und Zeitschriften zu solchen Dumpingpreisen verkauft, dass die Einnahmen aus dem Verkauf mitunter nicht einmal die Produktionskosten decken können.¹⁶⁶

Dennoch boomte in den vergangenen Jahren der Publikationsmarkt. Nach Angaben des ukrainischen Alexander-Rasumkow-Zentrums für ökonomische und politische Forschung ist die Zahl der regelmäßigen Druckerzeugnisse stark gestiegen. Laut den Zahlen von 2004 gibt es in der Ukraine rund 3.500 Zeitungen und Zeitschriften. Gleichzeitig sank jedoch die Auflagenzahl um etwa ein Drittel, da sich die Zahl der Abonnements von 1995 bis 2000 auf die Hälfte reduzierte.¹⁶⁷ Diese Rahmenbedingungen führen dazu, dass die meisten Publikationen nach wenigen Ausgaben wieder eingestellt werden, da aufgrund der hohen Papier- und Druckkosten ihre Auflagenzahl zu gering ist, um sie rentabel zu machen.

Der überwiegende Teil der ukrainischen Presse konzentriert sich somit auf eine lokale Leserschaft und wird nicht landesweit vertrieben. Zu den oben genannten Gründen kommt hier der Sprachenstreit hinzu. Der Status der russischen Sprache im Verhältnis zur ukrainischen beschäftigt nicht nur die politischen Entscheidungsträger und Gerichte in der Ukraine, sondern ebenso sehr die Medien. Anfang 2000 warnte das Staatskomitee für Fragen der Informationspolitik und des Rundfunks die russischsprachigen Zeitungen davor, dass ihr Erscheinen eingestellt werden könnte. Die russischsprachige Presse musste sich einer neuen Registrierungsprozedur unterziehen.¹⁶⁸

¹⁶¹ Committee to Protect Journalists (Hg.): Die Mediensituation nach der Orangen Revolution, Länderbericht Ukraine 2005, URL: www.cpj.org, [Zugriff: 10.4.2007].

¹⁶² Vgl. Gumenyuk (2007): Länderbericht Ukraine, S. 5.

¹⁶³ Vgl. Iwanow, Walerij: Medien in der Ukraine, in: Hans-Bredow-Institut (Hg.): Internationales Handbuch Medien 2004/2005, S. 678-688.

¹⁶⁴ Vgl. Lukyanowa (2006): Massenmedien in der Ukraine 2, S. 3.

¹⁶⁵ Vgl. Iwanow (2004/2005): Medien in der Ukraine, S. 678-688.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Vgl. Iwanow (2004/2005): Medien in der Ukraine, S. 678-688.

Seit der Einführung der Domain „.ua“ 1992 ist das Internet ein bedeutender Faktor im ukrainischen Mediensektor. Laut den Daten von 2006 existieren in der Ukraine mehr als 280 Internet-Provider.¹⁶⁹ Nach Angaben des Kiewer Internationalen Soziologischen Instituts (*KIIS*) aus dem Jahr 2006 nutzten 20 Prozent der ukrainischen Bevölkerung das Internet.¹⁷⁰ Da noch keine rechtlichen Vorgaben und staatlichen Kontrollmechanismen eingeführt wurden, um die Arbeit der Online-Medien zu regulieren, führt dies einerseits zu einem enormen Wachstum der Online-Medien bzw. der Internetportale der Zeitungen. Andererseits sind diese durch die fehlenden juristischen Regelungen auch hier den Kontrollinstanzen des Staates ausgeliefert.

Der Journalistische Beruf in der Praxis

In der Ukraine gibt es heute verschiedene Wege in den Beruf des Journalisten einzutreten. Der populärste Ausbildungsweg ist nach wie vor das Masterstudium an den staatlichen Universitäten. Private Journalistenschulen können hinsichtlich der Zahl der Professoren und technischen Ausrüstung nur selten mit den Universitäten mithalten. Zudem werden diese Privatschulen in der Regel nicht von den Studenten mit der höchsten Begabung, sondern von denen mit finanzstarken Eltern besucht.¹⁷¹ Daneben können junge Journalisten die Trainingsprogramme und Workshops ausländischer NGOs wie *Internews-Ukraine* und *IREX* besuchen. Laut der Einschätzung von Lyudmyla Gumenyuk, Geschäftsführerin des Zentrums für Medienreformen in der Ukraine, sind diese kostenpflichtigen Workshops professionell organisiert und machen das Training mit Hilfe von interaktiven Methoden sehr effektiv.¹⁷² Organisatoren dieser Workshops sind unter anderem das Magazin *TVradiocourier*, der Ukrainische Verband für Wochenzeitungen und die US-amerikanische-NGO *Internews*. Die *Mohylyanska* Akademie bietet wiederum einen Masterstudiengang für Journalismus an, der international geprägt ist. Im Unterschied zu den Universitäten betrachtet die Journalistenschule den Studiengang nicht als Teilbereich der Philologie, sondern ordnet ihn in die Sozialwissenschaften mit ein. Die Zuschreibung des journalistischen Studiums zu philologischen Wissenschaft ist auch in der Ukraine ein Relikt aus der Sowjetzeit.

Unter besonders harten Bedingungen arbeiten in der Ukraine die freien Journalisten. Ihr freies Arbeitsverhältnis zu Redaktionen ist nach wie vor nur unzureichend geregelt und abgesichert. Eine Gruppe freier Journalisten hat sich im Jahr 2004 innerhalb der Gewerkschaft unabhängiger Medien zusammengeschlossen und ein Büro zur Unterstützung freischaffender Journalisten gegründet. Verbessern wollen sie in erster Linie die Arbeitsbedingungen für Freischaffende, indem sie unabhängige Journalistenausweise ausstellen oder Akkreditierungen für das Parlament bzw. Visa für die Auslandsberichterstattung beschaffen helfen.¹⁷³

¹⁶⁹ Vgl. Lukyanowa (2006): Massenmedien in der Ukraine 2, S. 4.

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Vgl. Gumenyuk (2007): Länderbericht Ukraine, S. 14.

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Vgl. Gumenyuk (2007): Länderbericht Ukraine, S. 15.

Bewertendes Zwischenfazit

Am Beispiel der Ukraine zeigt sich, dass die Privatisierung des Medienmarktes nicht zwangsläufig auch zu einer Pluralisierung und damit Demokratisierung des Mediensystems führt, wie es die einleitend beschriebenen Theorien im Idealfall vorhersagen. Vielmehr hatten sich bei der ersten Welle der Privatisierung in den 90er Jahren die ehemaligen Staatsfunktionäre um Kutschma auf dem Medienmarkt bedient. So sind in der Ukraine undurchsichtige, oligarchische Strukturen von Eigentumsverhältnissen entstanden, durch welche die Medien inhaltlich zum politischen Machtausbau instrumentalisiert wurden und wirtschaftlich nach wie vor von der damals herrschenden Machtelite abhängig waren.

Die engen Verflechtungen zwischen den ukrainischen Medien und wirtschaftlichen, politischen und kriminellen Netzwerken offenbarte sich im Jahre 2000 durch den bis heute ungeklärten Mord an dem regierungskritischen Journalisten Gongadze. Das Attentat auf den Kollegen erzeugte unter ukrainischen Journalisten eine gewisse Solidarität und mobilisierte gleichzeitig die Bevölkerung zu ersten regierungskritischen Demonstrationen.

Dass der gemeinsame Kampf um Unabhängigkeit der Medien eng mit den öffentlichen Massenprotesten der Bevölkerung einhergeht, zeigen auch die revolutionären Ereignisse des Jahres 2004. In einem Interview mit der *Deutschen Welle* berichtete die ukrainische Medienwissenschaftlerin Natalja Ligatschowa, dass die ersten politisch ausgewogenen Fernsehsendungen kurz vor der Wiederholung der Präsidentenwahl im Dezember 2004 gezeigt wurden. Zuvor waren nicht nur von TV-Sendern, sondern auch in Zeitungen Kampagnen gegen Oppositionsführer Juschtschenko lanciert worden. „Ich denke, die Situation ist jetzt besser. Dank des öffentlichen Protestes können die Journalisten jetzt mehr Einfluss auf die Redaktionspolitik der Sender nehmen. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass die Manipulationen weniger offensichtlich werden und sie jetzt an neuen Technologien arbeiten“, kommentiert Natalja Ligatschowa. Eine plötzlich objektive Berichterstattung könne es demnach nicht geben.¹⁷⁴

So öffnen sich die ukrainischen Massenmedien erst in jüngster Zeit hin zur Gesellschaft. Nach dem Amtsantritt Juschtschenkos wagten sie es, auf ihre Unabhängigkeit zu pochen und so den Schwung der Orangen Revolution zu nutzen. Doch auch hier macht sich inzwischen Ernüchterung breit. Bereits ein Jahr nach der Revolution wendeten sich ukrainische Journalisten in einem offenen Protestbriefes an Juschtschenko: „Wir sehen uns gezwungen festzustellen, dass sich das Land auf dem Weg von Pressefreiheit hin zu Zensur und Selbstzensur befindet“, mahnte der Brief, den die Internetzeitung *Ukrainska Prawda* im August 2005 veröffentlichte.¹⁷⁵ Weiter lautete der Vorwurf: „Gerade dieses machte während der Amtszeit Ihres Vorgängers die Aufrechterhaltung von journalistischer Unabhängigkeit unmöglich und war der Anfang vom Ende des undemokratischen

¹⁷⁴ Vgl. O. V.: Medienfreiheit auf Ukrainisch, in: Deutsche Welle, 15.12.2004, URL: http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1427862,00.html?maca=de-klipfolio_ml_german_multimedia-373-rdf, [Zugriff: 25.4.2007].

¹⁷⁵ Vgl. Oertel, Barbara: Die Grenzen der Freiheit, in: taz vom 1.8.2005, S. 18, URL: <http://www.taz.de/dx/2005/08/01/a0198.1/text>, [Zugriff: 23.4.2007].

Regimes."¹⁷⁶ Immerhin: Eine derartige Kritik am Präsidenten wäre unter Juschtschenkos Vorgängern undenkbar gewesen.

Derzeit steckt die Transformation des Regierungssystems, die durch die Verfassungsänderungen und den institutionellen Wandel zu einem parlamentarischen Regierungssystem eingeleitet wurde, in einer Pattsituation fest. Die Verzweiflungstat Juschtschenkos im April 2007, per Erlass das Parlament aufzulösen, beweist die Reformresistenz und die strukturellen Defizite des ukrainischen Systems. Der Machtkampf zwischen Juschtschenko und Janukowitsch ist auch zweieinhalb Jahre nach der Revolution noch nicht entschieden. Die politischen Akteure spielen mit – anstatt nach den Spielregeln. Manche Politikwissenschaftler sprechen sogar schon vom „Staatszerfall“.¹⁷⁷ Ein solch schleichender Prozess, in dem sich formelle Spielregeln nach und nach auflösen, wäre eine erneute Gefahr für die Unabhängigkeit der Medien. Der Kampf der ukrainischen Medien um mehr Freiheit wird also in eine weitere Runde gehen, doch im Vergleich zu Belarus und Russland sind die Ausgangsbedingungen nicht schlecht. Die Rolle, die Deutschland und die EU in diesem Zusammenhang spielen, ist eher kritisch zu sehen. Mit einer klaren EU-Perspektive hätte der Reformprozess in der Ukraine eine Zielsetzung und rechtliche Orientierung. Hier muss für die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) gegenüber der Ukraine ein konkretes Konzept erarbeitet werden, das für die ukrainischen Regierung Anreize schafft, die Demokratisierung voranzutreiben.

¹⁷⁶ Vgl. Oertel (2005): Die Grenzen der Freiheit, [Zugriff: 23.4.2007].

¹⁷⁷ Bredies, Ingmar: „Staatszerfall“ in der Ukraine? Ursachen und Konsequenzen der gegenwärtigen Krise, in: Ukraine-Analysen, Nr. 22, 24.04.2007, S. 2-3.

4. Georgien

“Freedom of speech – the biggest achievement of democracy in Georgia. I think that journalists really influence the formation of public opinion. With the new authority, the situation regarding freedom of speech, at least as it seems to me, will not change. On the contrary, the professional level will be raised.”¹⁷⁸

Dasselbe ernüchternde Revolutionsbild lässt sich auch in Georgien zeichnen. Ein Bericht der georgischen Menschenrechtsorganisation *Human Rights Information and Documentation Center (HRIDC)* warnt, dass sich der Zustand der Presse- und Meinungsfreiheit in Georgien seit der sogenannten Rosenrevolution 2004 drastisch verschlechtert habe.¹⁷⁹ Als Ursache nennt der Bericht den Faktor, dass sich die Journalisten in Georgien selbst als politische Akteure verstehen. Während der Revolution hätten sich sämtliche liberale Medien aktiv auf die Seite von Saakaschwili gestellt und eine regelrechte Kampagne gegen den damaligen Präsidenten Eduard Schewardnadse durchgeführt.¹⁸⁰

Nach der Wahl Saakaschwilis zum Präsidenten und Hoffnungsträger des krisengeschüttelten Landes haben sich diese Hoffnungen weitgehend zerschlagen. Der private Fernsehsender *Rustawi 2*, der von der Regierung Schewardnadse wegen seines scharfen Tons gefürchtet wurde, unterstützte die Opposition bis zur „Rosenrevolution“ im November 2003. Als Fernsehgigant sieht sich *Rustawi 2* heute mit dem Vorwurf konfrontiert, den kritischen Blick für den politisch korrekten eingetauscht zu haben.

Neben *Rustawi 2* hat auch der kritische Privatsender *Mze* im Jahr 2004 seine politischen Abendtalkshows abgesetzt, unabhängige Zeitungen wie *Mtavari Gazeti*, *Dilis Gazeti*, *Akhali Epoka* und *Tribuna* sind sogar komplett eingestellt worden. Gerichtsprozesse gegen Journalisten werden laut Bericht ebenso rigide fortgesetzt wie zuvor. Erschreckendes Fazit des Dokuments: Politische Kommentare oder kritische Berichterstattung seien im post-revolutionären Georgien weniger an der Tagesordnung als unter Schewardnadse. Von Revolution im eigentlichen Sinn des Wortes und demokratischem Aufbruch sei in Georgien hinsichtlich der Medienfreiheit nichts zu sehen.¹⁸¹

Doch warum gilt dann die Pressefreiheit als eine der zentralen Errungenschaften der Revolution? Es wird vermutet, dass es ähnlich wie später in der Ukraine auch in Georgien die Medien waren, die die Erwartungen und Hoffnungen kommunizierten. Meist sind es solche Emotionen, die durch journalistische Berichterstattung in Revolutionszeiten wie diesen bestätigt und gefestigt, aber von der Politik nur selten befriedigt werden.

¹⁷⁸ Zitat: Eka Khoperia, Moderator einer Informationssendung, *Rustawi 2*. Zitiert nach: Kokashwili (2005): *The Role of the Media in Georgia's Transition to Democracy*, S. 209-228.

¹⁷⁹ Vgl. Human Rights Information and Documentation Center (HRIDC): *One Step forward, two steps back. Human Rights in Georgia after the “Rose Revolution”*. Tbilissi, Georgia 2004. URL: <http://www.humanrights.ge/eng/files/REPORT.pdf>, [Zugriff: 7.4.2007], S. 25-32.

¹⁸⁰ Vgl. HRIDC (2004): *One Step forward, two steps back*, S. 25-32.

¹⁸¹ Ebd.

Umgekehrt transportieren Medien aber auch Gefühle wie Enttäuschung und Entrüstung und erzeugen dadurch negative soziale Wirklichkeiten, die über einseitige Berichterstattung in die Gesellschaft hineingetragen werden. Stimmungsbilder werden hier entworfen, die nicht unbedingt der Realität entsprechen und darauf auch nicht den Anspruch erheben. Diese emotional erzeugten Stimmungsbilder haben die Voraussetzungen für den Abgang Schewardnades geschaffen und zum Aufstieg des jungen Reformers Saakaschwili beigetragen. Auf der anderen Seite können solche medial erzeugten, negativen Stimmungsbilder dem Image und der Glaubwürdigkeit der neuen Regierung starken Schaden zufügen, indem sie allzu früh Ergebnisse verlangen und vorschnelle Veränderungen erwarten.¹⁸²

Mediengesetzgebung

Die georgische Verfassung von 1995 bekennt sich ausdrücklich zur Einhaltung der internationalen Menschenrechte sowie zur europäischen Menschenrechtscharta. Ausführliche Regeln finden sich im Gesetz über die Presse und andere Massenmedien von 1991.¹⁸³ Medienfreiheit ist somit auch in Georgien ein Grundrecht, das durch verschiedene Artikel der Verfassung garantiert wird. Die Formulierungen dieser Paragraphen sind mit fast gleichem Wortlaut aus den internationalen Konventionen wie der Europäischen Menschenrechtserklärung übernommen und verdeutlichen Bekenntnisse des post-sowjetischen Staates zu gemeinsamen *europäischen* Werten. Besonders Artikel 24 bricht mit der sowjetischen Vergangenheit und verbreitet die Monopolisierung der Medien sowohl durch den Staat als auch durch Individuen.¹⁸⁴

Das im Jahr 2004 novellierte Mediengesetz erschwert es Klägern, Journalisten wegen ihrer Berichterstattung zu belangen. Allerdings bleibt die Implementierung und Umsetzung dieses Gesetzes zum Schutz der Journalisten in Anbetracht der mangelnden Autonomie von Richtern und Gerichten auch nach der so genannten Rosenrevolution weiter fraglich. Sie erweisen sich auch unter der Regierung Saakaschwili mehr als politisches Instrument anstatt als unabhängige Jurisdiktion. Diese Konstellation ist problematisch, denn in Artikel 26 der Verfassung sind gewisse Szenarien formuliert, die die Einschränkungen der Medienfreiheit verfassungsrechtlich legitimieren. Diese gehen laut Einschätzungen der OSZE weit über die einschränkenden Klauseln anderer, europäischer Verfassungen hinaus.¹⁸⁵ So kann die Meinungs- und Pressefreiheit dann beschränkt werden, wenn Medien den Status Georgiens als unabhängige Republik und die territoriale Integrität des Landes in Frage stellen oder soziale, nationale, religiöse und lokale Feindseligkeiten formulieren. Auch wenn sich solch einschränkende Klauseln in ähnlicher Form in europäischen Verfassungen wieder finden, so müssen sie dennoch im Kontext der politischen wie gesellschaftlichen Wirklichkeit Georgiens betrachtet und interpretiert werden.

¹⁸² Vgl. Kokashwili, Marina: The Role of the Media in Georgia's Transition to Democracy, in: Fluri, Philipp H. / Cole, Eden (Hg.): From Revolution to Reform. Georgia's Struggle with Democratic Institution Building and Security Sector Reform. Wien 2005. S. 209-228.

¹⁸³ Vgl. Kokashwili (2005): The Role of the Media in Georgia's Transition to Democracy, S. 209-228.

¹⁸⁴ Vgl. OSZE- Representative on Freedom of the Media: Guide of the Law of Georgia on Freedom of Speech and Expression, April 2005, S. 24-28.

¹⁸⁵ Vgl. OSZE (2005): Guide of the Law of Georgia on Freedom of Speech and Expression, S. 17.

Nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 wurde die Transformation Georgiens durch mehrere gewaltsame Konflikte behindert. So hatten die Regionen Abchasien, Adscharien und Süd-Ossetien ihre Unabhängigkeit von Georgien erklärt und ihren Autonomiestatus zum Teil durch die Anerkennung Moskaus als unabhängige Republiken gestärkt. Die von Bergen zerklüftete Kaukasusrepublik drohte zu zerfallen. Der blutige Bürgerkrieg währte bis Mitte der 1990er Jahre. Bis heute ist die Autonomiefrage der beiden Teilrepubliken Abchasien und Südossetien trotz internationaler Vermittlung im Rahmen der Vereinten Nationen nicht endgültig gelöst und die territoriale Einheit der ohnehin kleinen Bergrepublik nach wie vor gefährdet. Unter diesen Umständen können die oben genannten Einschränkungs-Klauseln der Medienfreiheit in Artikel 26 als politische Instrumente betrachtet werden, die es der Zentralregierung in Tbilissi (Tiflis) erleichtern, ethnische Minderheitenpresse legal zu verbieten. Hier formuliert auch der OSZE-Vertreter für Medien und Pressefreiheit in seiner Studie ausdrücklich, dass eine solche Rechtspraxis nicht mit internationalem Recht konform geht.¹⁸⁶

Mediensystem

Im Mediensystem Georgiens spiegeln sich demnach die politischen und gesellschaftlichen Konfliktlinien des Landes wider und werden hier öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt. Hier spielt auch der Konflikt um die abtrünnigen Teilrepubliken eine entscheidende Rolle, denn auch in den öffentlich-rechtlichen Anstalten heizen sich die Konflikte entlang der ethnischen Linien auf. Dies wird am Beispiel von *Adjara TV* – Sender der autonomen Region Adscharien – deutlich, dessen Inventar Anfang 2004 willkürlich von georgischer Seite beschlagnahmt wurde.¹⁸⁷ Mittlerweile hat sich das Verhältnis zwischen Adscharien und Tbilissi zwar entspannt, doch auch die anderen lokalen Fernsehstationen und Radiosender dienen den Machthabern der selbst-deklarierten autonomen Republiken Abchasien, Süd-Ossetien als politisches Kommunikationsmittel. Sie adressieren in Interviews ihre Medienbotschaften an die Regierungen in Tbilissi oder Moskau, anstatt über direkte Gespräche am runden Tisch der UNO zu einer Lösung der Situation beizutragen.¹⁸⁸

Daneben verfügt das kleine Land über etwa sechs private Radiostationen mit regionaler Ausrichtung. Darunter sind nicht nur Spartensender, sondern auch Sender der verschiedenen Volksgruppen. In Tbilissi existieren mit den Stationen *Ewrika* und *Zeljonnaja* zwei russischsprachige Radiostationen. Zudem sendet der Erste Fernsehkanal täglich eine viertelstündige Nachrichtensendung in russischer Sprache, freitags eine halbe Stunde lang. Daneben geben die verschiedenen Volksgruppen Georgiens ihre eigenen Zeitungen heraus: *Swobodnaja Gruzija* und *Vetscherny Tbilissi* erscheinen beide auf Russisch, die Zeitung der azerischen Minderheit *Gjurdgistan* erscheint auf Azeri und *Wrastan* auf Armenisch.¹⁸⁹

Als größter Konkurrent des ehemals staatlichen Fernsehens etablierte sich in den 1990ern der private Sender *Rustawi 2*. Sein Sendegebiet erstreckte sich zwar nicht weit über die Hauptstadt hinaus, doch seine Nachrichtensendungen werden in Kooperation mit regionalen TV-Sendern auch in den

¹⁸⁶ Vgl. OSZE (2005): Guide of the Law of Georgia on Freedom of Speech and Expression, S. 17.

¹⁸⁷ Vgl. HRIDC (2004): One Step forward, two steps back, S. 25-32.

¹⁸⁸ Deutsche Welle Dokumentation: Die „Rosenrevolution“ in Georgien. Das Ende der Ära Schewardnadse, Bonn, Dezember 2003, S. 59.

¹⁸⁹ Vgl. Paitchadze, David: Länderbericht, 2007, S.2-3.

Regionen ausgestrahlt. Zwei neue Fernsehprogramme wurden kurz vor Beginn des Wahlkampfes im Jahr 2003 von finanzkräftigen georgischen Oligarchen eröffnet: *Imedi-TV* und *Mze*. Beide Sender erreichten innerhalb kurzer Zeit in der Phase des Wahlkampfes und der anschließenden Revolution gute Zuschauerzahlen, konnten *Rustawi 2* aber die führende Position nicht streitig machen.¹⁹⁰

Am 4. Januar 2006 erlebte auch die Funk- und Fernsehlandschaft Georgiens ihre kleine Revolution. *Rustawi 2* gab bekannt, auf Initiative des Abgeordneten und früheren Wirtschaftsministers Vano Tschchartischwili 78 Prozent der Aktien des 2003 entstandenen Privatsenders *Mze* gekauft zu haben. Mit dem Erwerb der Aktienmehrheit des Konkurrenten *Mze* hat der Monopolist *Rustawi 2*, dem bereits die Tageszeitung *24 Stunden* gehört, seine Führungsposition auf dem Medienmarkt der georgischen Hauptstadt gefestigt.

Damit ging ihm vor allem ein Sender ins Netz, dessen fünfzigprozentiger Aktienanteil bis dahin dem Abgeordneten und Geschäftsmann David Beschuaschwili gehörte, der niemand anderer ist als der Bruder des derzeitigen Außenministers – nur eines unter vielen Beispielen in Georgien für die Interaktionen zwischen den Zirkeln der Macht und den Fernsehmedien.

Gleichzeitig startete der Eigentümer von *Imedi-TV*, Badri Patarkatsishvili, eine Radiostation mit dem Namen *Imedi*, die zu Beginn nur in den Städten Tbilissi und Batumi empfangbar war. Heute decken die Sendestationen von *Imedi* fast drei Viertel des Landes ab. Es ist einer der wenigen, wenn nicht der einzige private Sender, der neben Musik und Werbung auch politische Informationssendungen ausstrahlt.¹⁹¹ Der Sender, der erst seit zweieinhalb Jahren sendet, wird derzeit als relativ moderat eingeschätzt. Wirtschaftlich steht er aber völlig unter der Kontrolle des Oligarchen Badri Patarkatsischwili, dem früheren rechten Arm des russischen Magnaten Boris Beresowskij.

Medienlandschaft

Neben schlechten Straßenverhältnissen und fehlenden Transportalternativen tragen die hohen Gebirgszüge und umstrittenen Grenzverläufe innerhalb Georgiens dazu bei, dass sich der Zeitungsmarkt auf die georgische Hauptstadt reduziert. Nur selten wagen sich Journalisten in die Provinzen vor oder erhalten Akkreditierungen zu militärisch kontrollierten Gebieten.¹⁹² Auch Tageszeitungen werden nur unregelmäßig jenseits von Tbilissi vertrieben. Der ehemals staatliche Pressevertrieb *Soyuzpechat* wurde 1993 zu einer unabhängigen Aktiengesellschaft reformiert.¹⁹³ Doch das Kommunikationsministerium gab nur wenigen unabhängigen Zeitungsverlegern den Zuschlag, Anteile an der Vertriebsgesellschaft zu erwerben. So gründeten einige unabhängige Zeitungsredaktionen 1995 den Verband der Freien Presse und etablierten ein Netzwerk unabhängiger Zeitungsstände um das staatlich kontrollierte Nadelöhr des Pressevertriebs zu umgehen.¹⁹⁴ Die damals neu verlegte Zeitung *Dilis Gazeti* installierte sogar ihren eigenen Zeitungsvertrieb, indem sie mit Privatfahrzeugen die Zeitungen in die Regionen auslieferten. Die *Dilis Gazeti* war bis 1997 die

¹⁹⁰ Vgl. Kokashwili (2005): *The Role of the Media in Georgia's Transition to Democracy*, S. 209-228.

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Vgl. Bokeria, Giga/ Targamadze, Givi/ Ramischwili, Levan: *Georgian Media in the 90s: A step to Liberty*, published by the United Nations Development Programme Country Office in Georgia. Tbilissi 1997, S. 10.

¹⁹³ Vgl. Bokeria/ Targamadze/ Ramischwili (1997): *Georgian Media in the 90s*, S. 9.

¹⁹⁴ Ebd.

einzigste Tageszeitung, die in der Provinzstadt Batumi noch am Erscheinungsdatum gelesen werden konnte.¹⁹⁵

Die für Tagespresse unzureichende Infrastruktur macht automatisch Rundfunk und Fernsehen zu den wichtigsten und meistkonsumierten Medien in Georgien.

Ende 2004 verabschiedete das Parlament ein neues Rundfunkgesetz, das die ehemals staatlichen, audiovisuellen Medien in öffentlich-rechtliche Anstalten reformierte. In der Abschlusserklärung der Zweiten OSZE-Medienkonferenz des Süd-Kaukasus, die im November 2005 in Tbilissi stattfand, haben sich die Vertreter der Länder dafür ausgesprochen, für das neu implementierte, öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ein wirksames Finanzierungskonzept auszuarbeiten. Finanzielle Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Sender von staatlichen Geldern wurde hier als langfristiges Ziel deklariert.¹⁹⁶ Wie weit die praktische Umsetzung dieses Beschlusses vorangeschritten ist, lässt sich im Detail nur unzureichend recherchieren.

Der Internet-Dienst *Civil Georgia* bietet Nachrichten auf Englisch, Georgisch und Russisch. Auch andere Nachrichtenagenturen versuchen, ihre Meldungen in mehreren Sprachen über das Internet zu verbreiten. Selbst Zeitungen bieten zunehmend mehr Online-Ausgaben an. So nimmt das Internet eine immer größer werdende Rolle in der Medienlandschaft ein. Mittlerweile sind auch jenseits der beiden großen Städte Tbilissi und Batumi immer mehr Internetcafés und DSL-Leitungen anzutreffen. Aufgrund der prekären ökonomischen Situation des Landes besitzt zwar nur ein kleiner Teil der Bevölkerung einen Computer, doch auch das kann sich in der nächsten Zeit schnell ändern.¹⁹⁷

Der Journalistische Beruf in der Praxis

Journalismus ist in Georgien ein frei zugängliches Berufsfeld. Doch auch wenn nach der georgischen Unabhängigkeit immer mehr Universitäten den Studiengang Journalistik anbieten, herrscht doch kein wirkliches Konzept vor, welche berufsethischen Vorstellungen vermittelt werden sollen. Im Lehrsaal der journalistischen Fakultät treffen nicht nur Generationen, sondern auch Weltbilder und Ideologien aufeinander, so der Direktor der Journalistischen Fakultät in Tbilissi.¹⁹⁸ Professoren und Dozenten, die ihre Ausbildung noch in der Sowjetzeit absolviert haben, sei es heute weitgehend freigestellt, auf die Bedürfnisse ihrer jungen Studenten einzugehen und eigene Lehrpläne zu entwickeln.¹⁹⁹ Dennoch klingt der Länderbericht über die journalistischen Ausbildungsmöglichkeiten in Georgien ernüchternd. Trotz der Reform der Lehrmethoden und -pläne sei erst in vier bis fünf Jahren damit zu rechnen, dass sich der Wandel der Ausbildung auch im beruflichen Selbstverständnis der nächsten Journalistengeneration niederschläge. Allzu oft gebe es heute noch das Problem, dass sich ein 20-jähriger Student vollkommen unreflektiert dem ideologisch eingefärbten Vokabular der Breschnew-Ära bediene, da der Professor nach wie vor mit diesen ideologischen Phrasen operiere.²⁰⁰

¹⁹⁵ Vgl. Bokeria/ Targamadze/ Ramischwili (1997): *Georgian Media in the 90s*, S. 10.

¹⁹⁶ Vgl. OSZE- Representative on Freedom of the Media: *Second South Caucasus Media Conference "Public Service Broadcasting and the Internet"*, Tbilisi 17-18 November 2005, S. 1-3.

¹⁹⁷ Vgl. Kokashwili (2005): *The Role of the Media in Georgia's Transition to Democracy*, S. 209-228.

¹⁹⁸ Vg.: Paitchadze (2007): *Länderbericht Georgien*, S. 2.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Ebd.

Hinzu kommt, dass die Universitäten und Journalistenschulen finanziell kaum Ressourcen haben, neue Lehrmaterialien anzuschaffen oder Studenten im Umgang mit audiovisuellen oder modernen Medien wie dem Internet zu schulen. Junge georgische Journalisten würden demnach erst nach ihrer Ausbildung mit der Realität des journalistischen Arbeitsalltags konfrontiert werden und seien auf die Umstände und Probleme nur unzureichend vorbereitet.²⁰¹

Insofern spielen vor allem die internationalen und nationalen NGOs in Georgien eine wesentliche Rolle, zur Verbesserung der Ausbildung junger Nachwuchsjournalisten beizutragen. Zu nennen ist hier beispielsweise das *Freiheitsinstitut* (georgisch: *Tavisuplebis Institut*) in Tbilissi. Diese Einrichtung ist eine gemeinnützige und überparteiliche Stiftung, die sich für eine freiheitliche Zivilgesellschaft einsetzt. Im Jahr 2003 setzte das Institut die ersten professionellen Standards für Medien in Georgien auf. Der Kodex wurde von allen wichtigen Print- und elektronischen Medien formal zumindest angenommen. Daneben hat das *Georgian Institute for Public Affairs (GIPA)* vor fünf Jahren die englischsprachige *Caucasus School of the Media and Media Management (CSJMM)* in Tbilissi eingerichtet, an der Studenten aus Georgien, Aserbaidschan und Armenien unterrichtet werden. Internationale Dozenten und Gastprofessoren werden eingeladen, hier zu unterrichten, und den Standard der Ausbildung zu erhöhen. Finanziert und ausgestattet wird die Journalistenschule vom State Department in Zusammenarbeit mit dem *Open Society Institute* der Soros-Stiftung.²⁰²

Die *Georgian Regional Media Association (GRMA)* wurde im Jahr 2003 gegründet und umfasst als Mitglieder derzeit 35 regionale Zeitungen, die sich gemeinsam dafür einsetzen, ihre spezifischen Probleme zu lösen. Trainingsseminare und Workshops stehen auf dem Programm, ebenso wie Rechtsberatungen und die Entwicklung von journalistischen Standards.²⁰³

Bewertendes Zwischenfazit

Ob nun in Orange oder Rosarot – die langfristigen Ergebnisse der Revolutionen in der Ukraine und in Georgien sind ernüchternd. Auch mit der neuen georgischen Machtelite um Präsident Saakaschwili müssen die Medien des Landes um Unabhängigkeit und Einfluss ringen. Diese Auseinandersetzung wird von innen- und außenpolitischen Konflikten überlagert. Ob es nun um die Status-Frage der abtrünnigen Teilrepubliken Abchasien und Süd-Ossetien, um die wirtschaftliche (Un)Abhängigkeit von Russland oder um den Sprachenstreit mit Minderheiten in Georgien geht – in all diesen Konflikten versucht die Regierung in Tbilissi die Medien des Landes zu instrumentalisieren und diese lassen dies auch meist bereitwillig zu.

Auch wenn die georgischen Gesetzestexte sich dem Inhalt nach an europäischen Standards orientieren und die Unabhängigkeit der Medien explizit festlegen, sind sie doch mehr Schein als Sein. Solange die gerichtlichen Instanzen als Instrumente genutzt werden, politische Gegenstimmen und Kritik abzustrafen, ist es zur dauerhaften Selbstzensur von Redakteuren nur ein kleiner Schritt. Zudem eröffnen die einschränkenden Klauseln der Meinungs- und Pressefreiheit der Regierung in Tbilissi die

²⁰¹ Vgl. Paitchadze (2007): Länderbericht Georgien, S. 2-3.

²⁰² Vgl. Internetauftritt: http://www.gipa.ge/csimm/partners_en.php [Zugriff: 7.4.2006].

²⁰³ Vgl. Internetauftritt: <http://www.grma.ge/main-e.htm> [Zugriff: 7.4.2006].

Möglichkeit, lokale Medien, die sich für die Unabhängigkeit der abtrünnigen Regionen aussprechen, zu verbieten, und davon wird auch Gebrauch gemacht.

Die wirtschaftlichen Abhängigkeiten der georgischen Medien sind nur schwer zu analysieren. Zu undurchsichtig sind die Eigentumsverhältnisse. Doch gerade diese mangelnde Transparenz lässt vermuten, dass die Medien entsprechend politischer Machtpositionen privatisiert wurden. Auch unter Saakaschwili gilt die Riege der Medienmogule als eng verzahnt mit der politischen Machtelite. So assoziiert etwa jeder Georgier den populärsten privaten Fernsehsender *Rustawi 2* mit der Rosenrevolution, denn er war seinerzeit die politische Waffe von Saakaschwili, um Druck auf Schewardnadse auszuüben.

Neben dem schwach entwickelten Werbemarkt führt die fehlende Kaufkraft der Bevölkerung dazu, dass die Ausgangssituation für eine wirtschaftliche Unabhängigkeit der Medien denkbar schlecht ist. Die Nachfrage nach Zeitungen ist auch in den Städten nur gering. Fraglich bleibt in diesem Zusammenhang auch, wie sich die so genannten öffentlich-rechtlichen Sender langfristig über allgemeine Gebühren finanzieren können. Vermutlich werden sie noch lange auf staatliche Finanzspritzen angewiesen sein und somit genauso von Interessengruppen abhängig bleiben wie die Privatsender.

Die dauernden Konflikte der Zentralverwaltung in Tbilissi mit den regionalen Machthabern in Abchasien und Süd-Ossetien haben zudem zu einer starken Zersplitterung der Medienlandschaft geführt. Für den Vertrieb von Zeitungen bilden die umstrittenen Grenzverläufe unüberwindbare Hindernisse, die neben der schlechten Infrastruktur und der zerklüfteten Gebirgslandschaft die Zeitungsverlage vor schier unüberwindbare Herausforderungen stellen.

Um aus eigener Kraft aus den vielfältigen Abhängigkeiten herauszukommen, müssten sich die Journalisten in Georgien zudem verstärkt zivilgesellschaftlich organisieren. Ansätze dazu gibt es, diese sind aber meist aus dem westlichen Ausland initiiert, wodurch neue Abhängigkeiten entstehen. Die Medienfreiheit nach der Rosenrevolution ist und bleibt also ein Trugschluss – so wie auch viele Georgier den Erfolg der gesamten Revolution in Zweifel ziehen.

5. Serbien

„Der Fall der Berliner Mauer 1989 markiert für Jugoslawien nicht nur den Ausgangspunkt der Transformation, sondern vielmehr einen Rückschritt.“²⁰⁴

Serbien war bis 2006 Teilrepublik der Staatlichen Union Serbien und Montenegro, die wiederum aus dem Zerfall der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien hervorgegangen war. Die Phase der Demokratisierung setzte im Transformationsprozess demnach erst im September 2000 ein, als Slobodan Milosevic von der Mehrheit der Bevölkerung als Präsident abgewählt wurde. Deswegen gilt Serbien als der Nachzügler schlechthin unter den südosteuropäischen Transformationsländern. Allerdings war im Vergleich zu anderen kommunistischen Staaten der Grad der Liberalisierung in Titos Jugoslawien schon vor der sowjetischen Perestrojka ziemlich fortgeschritten. Unter Tito genossen Jugoslawen im Vergleich zu anderen sozialistischen Staaten relative Freiheiten, da schon zu Zeiten des Sozialismus bestimmte kollektive und individuelle Eigentumsrechte eingeführt worden waren. Bereits 1989 hatten auch Journalisten in Jugoslawien die Forderung aufgestellt, die Printmedien zu privatisieren: Von assoziierten Produzenten wurden sie so zu Miteigentümern.²⁰⁵

Die Liberalisierung des Mediensystems erfolgte somit bereits in Titos Jugoslawien und ging mit der schleichenden Dezentralisierung der politischen Macht einher. In der auf Josip Titos Tod folgenden politischen und wirtschaftlichen Krise der 1980er Jahre spielte jede Republik, jede autonome Region und jede nationale Minderheit ihr eigenes Spiel – auch Serbien. In dieser Phase setzten auch die Veränderungen im Mediensektor ein, die als Folge der gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Mobilisierung betrachtet werden können. Milosevic setzte im Machtkampf 1991 alles auf die nationalistische Karte: Er verkündete lauthals das Ende des Einparteiensystems, die Privatisierung von Eigentum sowie die Religions- und Meinungsfreiheit der Bundesbürger – und ganz leise die Pressefreiheit der Medien.²⁰⁶

Mediengesetzgebung

Die post-kommunistische Privatisierungsphase der audiovisuellen Medien wurde in Serbien 1991 durch das Rundfunkgesetz eingeleitet. Maximal 49 Prozent der Anteile durften auch von ausländischen Investoren in Joint-Venture-Form übernommen werden. Das offizielle Ende der Privatisierung wurde in den vergangenen Jahren mehrfach verschoben, soll aber im Jahr 2007 endgültig erreicht sein.²⁰⁷

Das staatliche Kontrollinstrument, das Lizenzierungsverfahren der Sender, war durch das Rundfunkgesetz zwar abgeschafft, doch gleichzeitig erließ die Regierung in Belgrad neue

²⁰⁴ Gordey, Serge: Medien und demokratische Transformation in Jugoslawien, in: Tzankoff, Michaela/ Thomaß, Barbara: (Hg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden 2001, S. 121-144.

²⁰⁵ Vgl. Gordey (2001): Medien und demokratische Transformation in Jugoslawien, S. 121-144.

²⁰⁶ Vgl. Relic, Dusan: Das politische System von Serbien-Montenegro, in: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2004/2005. S. 727-738.

²⁰⁷ Vgl. Skroza Tamara: Länderbericht Serbien, 2007, S. 1.

Regelungen, die die staatliche Kontrolle über Radio und Fernsehen garantierten: Die audiovisuellen Medieninstanzen sind seitdem der Regierung direkt unterstellt. Sie ernennt die gesamte Geschäftsleitung, das Direktorium und die Repräsentanten von *Radio Televizija Srbije (RTS)*.²⁰⁸ Das Informationsgesetz sowie das Rundfunkgesetz schreiben rechtlich vor, dass es politischen Parteien und Personen in politischen Ämtern ausdrücklich verboten ist, Einfluss auf Medien jeglicher Art auszuüben. In der Praxis erhielten während der Privatisierungsphase jedoch vor allem lokal einflussreiche Politiker, Unternehmer und Netzwerke die Zuschläge im Privatisierungsverfahren. Ein Beispiel ist die Mediengruppe *Politika*, die zahlreiche Tageszeitungen, eine TV-Station und die größte serbische Druckerei unterhält.²⁰⁹

Aufgrund der Dezentralisierung des Mediensektors waren in den 1990er Jahre die Kompetenzen zwischen föderalen Behörden und lokalen Instanzen nicht eindeutig geregelt: Auf allen Ebenen wurden unterschiedliche Regelungen, Steuervorschriften, Lizenzkriterien und Geschäftspraktiken verabschiedet. Durch diese Kompetenzstreitigkeiten befanden sich die gerade privatisierten Medienbetriebe in einem dauernden Unsicherheitszustand, der den staatlichen Einfluss begünstigte. Die Koalitionsregierung unter Milosevic setzte im Jahr 2000 mehr als hundert Sender auf eine Liste, die angeblich ohne rechtliche Genehmigung ausstrahlen würden.²¹⁰

Mediensystem

Das durch die unklare Kompetenzverteilung installierte Willkürsystem und die politische Instabilität schufen für in- wie ausländische Investoren und Unternehmer ungünstige Bedingungen für einen Einstieg in den serbischen Medienmarkt. Auch die drohende Konfliktsituation in der Kosovo-Krise sowie die daraus resultierende internationale Isolation Serbiens boten dafür eine denkbar schlechte Voraussetzung. Die Folge war, dass die Privatisierung nur zögerlich verlief und sich vor allem die serbischen Oligarchen aus dem Regierungsapparat auf dem Medienmarkt die Anteile sicherten.²¹¹

Die föderale Struktur der Bundesrepublik Jugoslawien spiegelte sich schon vor deren Zusammenbruch im jugoslawischen Mediensystem wieder. Jede der sechs Teilrepubliken sowie die beiden autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo hatten ihre eigene Rundfunkanstalt, die nach den jeweiligen Hauptstädten benannt war. Auch wenn die zentrale Anstalt in Belgrad teilweise das zentrale Programm koordiniert hatte, machte es die dezentrale Struktur möglich, dass nach der Gründung der einzelnen Staaten die nun unabhängigen Sendeanstalten sofort mit ihrer Produktions- und Sendetechnik weiterarbeiten konnten. Die Abschaffung der beiden autonomen Provinzen hatte in Serbien wiederum zur Folge, dass die neu gegründete, staatseigene Anstalt *RTS* deren Sendeanstalten übernahm.²¹²

Diese strukturellen Voraussetzungen boten die Grundlagen, dass die jeweiligen nationalen Medien – allen voran das serbische Fernsehen – im Zuge der Konfliktsituation auf dem Balkan eine folgenreiche Funktion einnahmen: Bei Autonomiebestrebungen oder Unabhängigkeitsbewegungen,

²⁰⁸ Vgl. Skroza (2007): Länderbericht Serbien, S. 1-2.

²⁰⁹ Vgl. Thomson, Mark: Forging War. Luton 1999, S. 116.

²¹⁰ Vgl. Gordey (2001): Medien und demokratische Transformation in Jugoslawien, S. 121-144.

²¹¹ Vgl. Skroza (2007): Länderbericht Serbien, S. 3.

²¹² Ebd.

die wie auf dem Balkan ethnisch oder religiös aufgeladen werden, übernehmen Medien die Funktion, Menschen eine kollektive Identität zu verleihen und sie dazu zu bewegen, sich zu einer Gruppe zugehörig zu fühlen. *Ihr* und *wir* – das sind die beiden Begriffe, über die soziale Identitäten und die damit verbundenen Abgrenzungen funktionieren. In der Regel sind ihre Berichte, Artikel und Überschriften ausschließlich an die eigene *Wir*-Gruppe adressiert. Diesen mobilisierenden Faktor hat sich auch die Milosevic-Regierung in den Konflikten der 1990er Jahre zu Nutzen gemacht. Politisch instrumentalisierte Medien wie der staatliche Sender *RTS* ethnifizieren nicht selten die sozial oder wirtschaftlich motivierten Konflikte, indem sie die eigene *Wir*-Gruppe verbal gegen eine andere aufhetzen oder ihren Lesern und Zuschauern das Gefühl der sozialen Ungleichstellung vermitteln. Sie werden so zu strategischen Kampfmitteln einer medialen Kriegsführung, die subjektive Wahrnehmungen von Deprivation der eigenen Bevölkerungsgruppe gegenüber „den anderen“ schaffen helfen.²¹³ Ob in Ruanda oder auf dem Balkan; Völkermorde und ethnisch instrumentalisierte Kriege beginnen verbal in den Medien – lange bevor der Konflikt sich gewaltsam entlädt. Das ist der Grundtenor der aktuellen Debatte in der Gewaltforschung.²¹⁴ Welche Konsequenzen diese Erkenntnisse nach sich ziehen, das ist eine Frage, über die sich nicht nur die Medien- und Kommunikationswissenschaft, sondern auch Journalisten Gedanken machen sollten.

Eine Erkenntnis steht in diesem Zusammenhang jedoch im Vordergrund: Jeglicher Krieg ist und bleibt die schlechteste Voraussetzung für die Medien, sich Unabhängigkeit in politischer, rechtlicher wie wirtschaftlicher Form zu erkämpfen. So erfuhr die Phase der Liberalisierung des Mediensektors letztlich mit der militärischen Intervention der NATO am 24. März 1999 einen vorläufigen Tiefpunkt. Auch wenn viele unabhängige Sender weiterhin ihr Programm ausstrahlten, erleichterte ein Dekret auf der Basis eines Verfassungsartikels der serbischen Regierung, im Kriegsfall die Meinungsfreiheit legal abzuschaffen und die Zensur wieder einzuführen. Von diesem Moment an mussten Radio- und Fernsehsender rund um die Uhr mit der Regierung Kontakt halten, um Anweisungen befolgen zu können, und waren strikten Sprachregelungen und Verboten unterlegen, militärische Verluste und empfindliche Informationen zu melden.²¹⁵ Auch den NATO-Strategen war die Bedeutung der zentralen serbischen Rundfunkanstalt *RTS* in Belgrad nicht entgangen. Während der NATO-Luftangriffe wurde sie zu einem der strategischen Ziele der Luftangriffe erklärt.²¹⁶

Medienlandschaft

Die unabhängigen Zeitungen entwickelten sich in der Phase zwischen den Protestbewegungen 1996/97 und dem Kosovo-Konflikt 1999. Die Auflagen privater Zeitungen überstiegen jene der staatlichen Presse.²¹⁷ Während dieser Phase sind jedoch zahlreiche junge Zeitungen verboten oder eingestellt worden, da einige Journalisten und Redakteure angeblich Verbindungen zu kriminellen Kreisen unterhielten. Die staatlichen Medien nutzten so nach dem Attentat auf Ministerpräsident Zoran

²¹³ Offe (1994): Ethnische Politik im osteuropäischen Transformationsprozess, in ders., S. 135-187.

²¹⁴ Vgl. Short, Jan F. Jr.: Ethnische Segregation und Gewalt, in: Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch des Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 104-123.

²¹⁵ Vgl. Gordey (2001): Medien und demokratische Transformation in Jugoslawien, S. 121-144.

²¹⁶ Vgl. Skroza (2007): Länderbericht Serbien, S. 2.

²¹⁷ Vgl. Gordey (2001): Medien und demokratische Transformation in Jugoslawien, S. 121-144.

Djindjic die Gelegenheit, um die populäre Tageszeitung *Nacional*, das Wochenblatt *Identitet* und den Sender *RTV Mars* zu verbieten.²¹⁸

Zur Pluralisierung der Medienlandschaft im heutigen Serbien haben nicht zuletzt die ausländischen Medienunternehmen beigetragen. Im Gegensatz zum Rundfunk gibt es in den Pressegesetzen keinerlei Beschränkungen über Investitionen ausländischer Verlage. So hält heute in Serbien die Mediengruppe *WAZ* mittlerweile eine starke Stellung auf dem Pressemarkt. Sie konkurriert mit der schweizerischen Firma *Ringier*, der *Attica Media* aus Italien, der niederländischen *Sanoma Magazines* sowie dem Medienmogul Robert Murdoch um die besten Marktanteile. Die älteste und bekannteste Tageszeitung Serbiens, *Politika*, befindet sich zu gleichen Anteilen in der Hand der *WAZ* und des privaten serbischen Verlags *Politika*, der zudem auch mehrere Wochenzeitschriften mit hoher Auflagenzahl herausgibt.²¹⁹

Die Mehrheit der Printmedien wird heute in privaten Druckereien gedruckt, um dem staatlichen Preisdiktat zu entgehen. Die großen Zeitungsunternehmen wie *Kurir* und *Glas Javnosti* verfügen mittlerweile über eigene Druckereien oder haben diese, wie *Politika* und *Večernje Novosti* im Zuge ihrer Privatisierung vom Staat übernommen. Die UNESCO hat im Rahmen ihres Wiederaufbauprogramms mit finanzieller Unterstützung Frankreichs, Deutschlands und Dänemarks eine Druckerei für den Verband der Privaten-Medienausgaben errichtet, in welcher unter anderem seit 2003 die Tageszeitungen *Blic*, *Press* und *24sata* gedruckt werden.²²⁰

Eine starke Dynamik zeigt der serbische Medienmarkt in der Verflechtung von Medien und dem Ausbau multimedialer Redaktionen. Ein prominentes Beispiel ist die Redaktion der Boulevardzeitung *Večernje Novosti*, die eine eigene Radiostation unterhält und eine Reihe von Fachzeitschriften verlegt. Die jüngste Erfolgsgeschichte ist die der Redaktion von *B92*. 1989 ursprünglich als Jugendlad in Belgrad ins Leben gerufen hat sie sich bis heute zu einem erfolgreichen Medienunternehmen entwickelt: Neben dem Radioprogramm betreibt *B92* ein Netzwerk aus regionalen Radio- und landesweiten Fernsehprogrammen, eine Internetplattform, einen Buchverlag und ein CD-Label.²²¹

Der Journalistische Beruf in der Praxis

Auch in Serbien ist es weniger die offizielle Medienunfreiheit, die Journalisten ihre tägliche Arbeit erschwert und sie an der Ausübung ihrer Funktion hindert, sondern die Strafgesetzgebung. Die rechtlichen Hürden der Medienfreiheit sind im selben Paragraphen festgeschrieben wie die Informationsfreiheit: Das Oberste Gericht ist befugt, im Eilverfahren über mögliche Gesetzesverstöße zu entscheiden und die Berichtersteller persönlich mit hohen Geldstrafen zur Rechenschaft zu ziehen. Ihr gesamter persönlicher Besitz kann beschlagnahmt werden, wenn sie die festgesetzte Geldstrafe nicht innerhalb von 48 Stunden tilgen.²²²

²¹⁸ Vgl. Skroza (2007): Länderbericht Serbien, S. 2.

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Ebd.

²²¹ Vgl. Internetauftritt von B92: <http://www.b92.net/eng/> [Zugriff: 11.4.2007].

²²² Vgl. Gordey (2001): Medien und demokratische Transformation in Jugoslawien, S. 121-144.

Dieser Paragraph bereitete die juristische Grundlage dafür, dass selbst nach Beendigung des Kosovo-Konfliktes die Medien mit Nachwirkungen zu kämpfen hatten. Anklagen wegen Spionage und Landesverrat, Untersuchungen wegen finanziellen Angelegenheiten waren die Folgen, mit denen sich Journalisten und Redaktionen konfrontiert sahen. Außerdem sind zahlreiche Journalisten in den letzten 15 Jahren in Serbien umgebracht worden. Bis heute ist kein einziger Fall aufgeklärt.

In der Regel sind Journalisten diesen Attacken der Strafgewalt als Einzelkämpfer ausgesetzt. Doch auch in Serbien erobern sich allmählich Journalisten-Verbände und Journalistenvereinigungen ihren Platz in der Gesellschaft und verbessern Strukturen des kollektiven Handelns: Die größte und älteste unabhängige Journalistenvereinigung Serbiens, die *Nezavizno Udruzenje Novinara Srbije (NUNS)*, wurde bereits 1994 gegründet. Sie entwickelte in den vergangenen Jahren eine Datenbank zu sämtlichen Medienerzeugnissen und Auflagenzahlen Serbiens sowie eine Kontaktdatenbank über die mehr als 8.000 serbischen Journalisten.²²³

Ähnlich verhält es sich mit der Aus- und Fortbildung der serbischen Journalisten sowie der Diskussion um eine gewisse Medienethik, die nun von außen durch internationale Unterstützung der Journalisten-Assoziationen auf die Agenda der Medienverbände gestellt wird.²²⁴

Bewertendes Zwischenfazit

Die von Milosevic in den 1990er Jahren gewährte „Pressefreiheit“ stellte alles andere als ein Zugeständnis an Demokratie und Meinungsfreiheit dar. Milosevic versuchte vielmehr, die Medien bei seinem politisch-nationalistischen Feldzug gegen Konkurrenten auf seine Seite zu ziehen. Auf diese Weise verschmolzen die Staatsbildung Serbiens und der spätere Konflikt mit der NATO mit dem Kampf um mehr Medienfreiheit. Milosevic schaffte es, die Medien des jungen Landes in den Dienst der „groß-serbischen Sache“ zu stellen und zu Wegbereitern seiner Eroberungsfeldzüge zu machen. Diese unglückselige Verbindung löste sich erst nach der Regierungszeit Milosevics allmählich wieder auf.

Der Wandel der serbischen Medienlandschaft erfolgte seit 1990 in zwei Schüben, die durch die Kriege auf dem Balkan unterbrochen bzw. deren Ergebnisse in Zeiten des Krieges zurückgenommen wurden. So erfuhren im Kosovo-Konflikt in erster Linie die elektronischen Medien durch den staatlich verhängten Ausnahmezustand eine Zensur, die es unter Tito in dieser Form nicht gab. Im Kampf gegen „die Anderen“ setzte das Milosevic-Regime den staatlichen Sender *RTS* dabei aktiv zur medialen Hetze und psychologischen Kriegsführung ein. Nicht zuletzt deshalb müssen auch die serbischen Medien Verantwortung für die während des Krieges erfolgten ethnischen Säuberungen und Gräueltaten übernehmen und sich der Konsequenzen ihrer Instrumentalisierung durch das Regime bewusst werden. Hier ist noch einiges an Aufarbeitung zu leisten.

Wirtschaftlich befindet sich die serbische Medienlandschaft derzeit in einer erneuten Phase der Pluralisierung. Die Privatisierung war in den 1990er Jahren unkontrolliert und nahezu willkürlich

²²³ Vgl. Skroza (2007): Länderbericht Serbien, S. 5-6.

²²⁴ Ebd.

vonstatten gegangen sowie von Korruption, Kompetenzgerangel und finanzieller Unsicherheit gekennzeichnet. In dieser Schlacht am Medienbuffet hat in Serbien, wie in vielen anderen Transformationsländern auch, die Dreistigkeit der neuen Unternehmerschicht gesiegt. Da es rechtlich keinerlei Beschränkungen der Medienkonzentration in Serbien gibt, entstanden regelrechte Multimediagiganten, deren Besitzer sich zumeist aus der lokalen Machtelite rekrutierten. Erst nachdem in den vergangenen Jahren ausländische Unternehmer Zugang zum serbischen Markt gefunden haben, erhöht sich die Zahl der Spieler im serbischen Medien-Monopoly. Als Konsequenz vermittelt auch die politische Berichterstattung ein zunehmend vielfältigeres Meinungsbild.

Es besteht allerdings das Risiko, dass diese positive Entwicklung indirekt von denjenigen rückgängig gemacht wird, die sie erwirkt haben: durch die ausländischen Verlage. Animiert durch die dominante Stellung der *WAZ* auf dem serbischen Markt werden auch die anderen Medienunternehmer durch den strategischen Ausbau ihrer Unternehmensanteile versuchen, ihre Position zu verbessern. Damit besteht das Risiko, dass die Phase der erneuten Medienkonzentration beginnt, noch bevor die Pluralisierung richtig in Gang gekommen ist.

Wie sich am Beispiel Serbien zeigt, schaffen gewaltsame Konflikte stets die denkbar schlechtesten Voraussetzungen für die Transformation im Allgemeinen und die Unabhängigkeit der Medien im Besonderen. Die Medienfreiheit ist und bleibt das erste Opfer des Krieges. Bis heute haben die Medien in Serbien mit diesen Lasten auf allen Ebenen zu kämpfen: rechtlich, wirtschaftlich, politisch und auch strukturell.

Eine zentrale Herausforderung für serbische Journalisten ist die Aufarbeitung ihrer eigenen Rolle in den Konflikten der 1990er Jahre, um in Zukunft zu einem friedlichen Wandel der Gesellschaft beizutragen. Die Sensibilisierung für Vorurteile gegenüber den Nachbarrepubliken, die Einleitung eines Dialogs etwa mit Journalisten aus dem Kosovo sowie die Entwicklung einer Berichterstattung, die nicht alles durch die nationale Brille betrachtet – dies sind die Herausforderungen für die Zukunft.

Dass es Hoffnung gibt, zeigt ein erstes Treffen serbischer und kosovo-albanischer Journalisten im April 2007. Das Treffen kam ohne internationale Vermittlung auf Eigeninitiative der Journalisten zustande. Es ging darum, die Zusammenarbeit der Journalisten aus Serbien und dem Kosovo zu verbessern und journalistische Standards gemeinsam zu diskutieren. „Ich glaube, die meisten Medien in Serbien wie im Kosovo haben sich praktisch in den Dienst der Interessen ihres Landes gestellt“, sagt Zeljka Jeftic, Journalistin der Belgrader Zeitung *Blic*, der *Deutschen Welle*.²²⁵ Bei der Analyse der Medien in Serbien und im Kosovo hätte die Gruppe festgestellt, dass sich Journalisten häufig von Mythen, tagespolitischen Ereignissen, Hasstiraden und Rassismus leiten ließen. Daher sei es erforderlich, „vordringlich neue Verbindungen zu schaffen und einen neuen Standard zu etablieren: Ein Journalist ist ein Journalist. Seine ethnische Zugehörigkeit, Religion, sexuelle Orientierung oder was auch immer sind seine Privatsache“²²⁶, fordert Andrej Nosow, Vorsitzender der Initiative der

²²⁵ Vgl. O.V.: Serbisch-kosovarischer Dialog ohne internationale Vermittler, in: Deutsche Welle Fokus Südost-Europa, 19.04.2007, URL: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2448644,00.html>, [Zugriff: 25.4.1007].

²²⁶ Ebd.

Jugend für Menschenrechte aus Belgrad, die das Treffen veranstaltete. An diesem Beispiel zeigt sich, wie wichtig es ist, dass Journalisten in der Gesellschaft Verantwortung übernehmen und sich mit ihrer Rolle aktiv auseinandersetzen.

Buchinformation



■ Berthold Lange (Hrsg.)

Kant, das Prinzip ‚Vorsorge‘ und die Wiederentdeckung der ‚Allmende‘
Zum Verhältnis von Wissenschaft, Umwelt und Rechtsstaat
vor dem Hintergrund der Agro-Gentechnik-Debatte

(= Spektrum Politikwissenschaft; Bd. 37)
Würzburg, Ergon-Verlag, 1. Auflage 2007
198 Seiten – 155 x 225 mm. Kartoniert

€ 29,00

ISBN 978-3-89913-555-8

Kurztext

Die Verleihung des Kant-Weltbürger-Preises 2006 am 7. Mai in Freiburg gibt den äußeren Anlass zu dieser Publikation, die am Beispiel der aktuellen Debatte um die zunehmende Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der Landwirtschaft das Verhältnis von Wissenschaft, Umwelt und Rechtsstaat untersucht. Im Focus der Beiträge steht dabei die Frage nach einer rechtsstaatlich nachhaltigen Technikfolgenabschätzung und d.h. nach einem vorsorglichen Umgang mit der Allmende, mit dem Gemeinschaftsbesitz der Menschheit an der Natur und den Wissenschaften.

Neben den Laudationes von **Klaus Töpfer** und den Reden der beiden Preisträger, **Christine von Weizsäcker** und **Michael Meacher**, enthält der Band zusätzliche Beiträge von **Erhard Eppler**, **Dietmar Mieth**, **Beatrix Tappeser**, **Hermann Scheer** u.a.m. sowie Auszüge aus dem Cartagena-Protokoll.

6. Kroatien

„There is only one way to help the protection of human rights – an open political solidarity, apolitical engagement. "Free media" can never do the job which has to be done by politics. Thus, the overestimation of their role is only a replacement for the failure of an appropriate political engagement.“²²⁷

Mediengesetzgebung

Die seit 1991 unabhängige Republik Kroatien durchläuft seit einigen Jahren einen politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess und strebt als Ziel den EU-Beitritt an. Ihre europäischen Leitbilder werden vor allem in den Regelungen deutlich, die die rechtlichen Grundlagen der Mediengesetzgebung bilden. Mit Hilfe von Experten aus der EU und unter Beteiligung des kroatischen Journalistenverbandes entstand 1992 das „Gesetz über die Öffentliche Information“, das die Grundprinzipien der öffentlichen und freien Meinungsäußerung formuliert. In diesem Gesetz sind elementare Bausteine als juristische Grundlage der Medienfreiheit gelegt worden: Medienethik, Pluralismus, Grenzen der Privatsphäre sowie Objektivität der Informationsaufbereitung. Den engeren medienrechtlichen Rahmen bilden neben der Verfassung das Gesetz über die kroatische Radio- und Fernsehanstalt sowie das Telekommunikationsgesetz.²²⁸

Das Gesetz über die kroatische Radio- und Fernsehanstalt, das 1998 im Parlament verabschiedet wurde, schuf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk *Hrvatska Radio Televizija (HRT)* nach dem Vorbild der *BBC*. Der *HRT* besteht aus der nationalen Fernsehanstalt, die landesweit drei Programme ausstrahlt, sowie aus der Kroatischen Radioanstalt, die ebenfalls über drei Programme verfügt, darunter die Regionalprogramme in Zagreb und den weiteren kroatischen Regionen.²²⁹

Als dessen Leitgremium wurde laut Gesetz der Nationale Rat für Radio und Fernsehen (*Vijeće HRT*) eingerichtet, der ein möglichst breites Spektrum der kroatischen Gesellschaft repräsentieren soll und vom Parlament gewählt wird. Der *Vijeće HRT* dient laut Gesetz als Aufsichts- und Kontrollorgan der öffentlich-rechtlichen Rundfunkprogramme. Dessen Zusammensetzung und Wahl wurde in den vergangenen Jahren jedoch mehrfach geändert, was auf den Einfluss verschiedener machtpolitischer Konstellationen schließen lässt. Seit der Gesetzesnovellierung von 2003 wird das elfköpfige Gremium nach einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren durch das Parlament gewählt, wobei die von der Zivilgesellschaft vorgeschlagenen Vertreter durch den parlamentarischen Medienausschuss bestätigt werden.²³⁰

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ebenfalls klar in diesem Gesetz definiert: Pro Haushalt muss monatlich eine feste Gebühr entrichtet werden, gleichzeitig darf die Ausstrahlung von

²²⁷ Vgl. Buden, Boris: Country Reports on Media: Croatia, URL:

http://www.gewi.kfunigraz.ac.at/csbsc/country_reports/Media_Croatia.htm, [Zugriff: 6.4.2007].

²²⁸ Vgl. Plenkovic, Mario/ Kucis, Vlasta: Das Mediensystem Kroatiens, in: Hans-Bredow-Institut (Hg.): Internationales Handbuch Medien 2004/2005, S. 383-398.

²²⁹ Vgl. Plenkovic/ Kucis (2004/2005): Das Mediensystem Kroatiens, S. 383-398.

²³⁰ Vgl. Zasosek, Nenad: Das politische System Kroatiens, in: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2004/2005, S. 677-726.

Werbung nicht mehr als neun Prozent der Sendezeit betragen. Eine staatliche Finanzierung ist darin nicht vorgesehen.²³¹ Der *HRT* ist demnach auch wirtschaftlich fast vollständig vom Staat losgelöst und zählt unter den Öffentlich-Rechtlichen inzwischen zu den „unabhängigsten“ in Südost-, Mittelost- und Osteuropa.

Das Telekommunikationsgesetz, das 2003 zum Gesetz über elektronische Medien umformuliert wurde, sieht ebenfalls einen Rat vor, der für die Lizenzierung der privaten und kommerziellen Rundfunksender zuständig ist. Auch er soll sich laut Gesetz aus Vertretern verschiedener Gesellschaftsgruppen zusammensetzen und über die Pluralisierung des Medienmarktes wachen, um Monopolbildungen zu verhindern. In dieser Hinsicht schreiben die rechtlichen Grundlagen in Kroatien klare, gesetzlich verankerte Spielregeln vor: Lizenzen erhalten nur diejenigen Aktiengesellschaften, in denen kein Anteilseigner mehr als 25 Prozent der Aktien hält. Politische Parteien sind nicht befugt, Lizenzen für Radio- oder Fernsehprogramme zu beantragen. Die Lizenzgebühren werden jeweils nach der Einwohnerzahl des Sendegebiets errechnet. Der Anteil der Werbesendungen darf hingegen bis zu 20 Prozent betragen.²³² Diese Gesetzesgrundlagen bilden auf rechtlicher Ebene wichtige Bausteine, die Unabhängigkeit der Medien zu festigen, doch die praktische Umsetzung dieser Vorschriften von Seiten der kroatischen Behörden ist damit noch nicht gewährleistet.

Mediensystem

Obwohl auf dem Papier als öffentlich-rechtliches Rundfunksystem konzipiert und von staatlichem Kapital weitestgehend unabhängig, lockerte sich in den vergangenen Jahren nur schrittweise der personelle Einfluss der „alten Garde“. Im Jahr 2003 verschob das kroatische Parlament die Umstrukturierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkrates auf einen Zeitpunkt nach den anstehenden Parlamentswahlen, da der Direktor des *HRT* vom Parlament gewählt wird und dieser wiederum über das Vorschlagsrecht des Intendanten verfügt.²³³ Hier zeigt sich, wie schwierig es dem noch jungen öffentlich-rechtlichen Rundfunk fällt, sich den Klammern der Politik zu entziehen, dessen erste Programme immer noch stark auf dem offiziellen Regierungskurs fahren.

Neben den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gibt es zudem etwa 160 private oder kommerzielle Radiosender, von denen 5 eine nationale Konzession haben, während die übrigen kleinere Gebiete abdecken, sowie 19 Fernsehstationen, von denen 4 landesweit senden.²³⁴ Trotz der deutlichen Regelungen sind die Besitzverhältnisse innerhalb des privaten Mediensektors aufgrund mangelnder Transparenz im Privatisierungsverfahren nicht durchschaubar. Es ist zu vermuten, dass infolge der starken Machtkonzentration der Regierung die personellen Netzwerke bis in die Wirtschaft und dadurch auch bis in den Medienmarkt hineinreichen.

Nova TV ist der größte landesweite private Fernsehsender, der eine starke Konkurrenz für die öffentlich-rechtlichen Programme darstellt, denn von allen Privatsendern hat *Nova TV* den größten

²³¹ Vgl. Plenkovic/ Kucis (2004/2005): Das Mediensystem Kroatiens, S. 383-398.

²³² Ebd.

²³³ Ebd.

²³⁴ Vgl: Santic, Neven: Länderbericht Kroatien, 2007, S. 4.

Anteil politischer Sendungen. Den höchsten Zuschaueranteil unter den landesweiten Privatfernsehsendern verzeichnet jedoch inzwischen *RTL Hrvatska*.

Daneben sind in den verschiedenen Regionen eine Reihe lokaler Privatsender lizenziert. Doch es herrschen in der kroatischen Medienlandschaft keine wesentlichen Unterschiede zwischen den landesweiten Medien mit Sitz in der Hauptstadt und den regionalen Medien vor. Die nationalen Medien können es sich auf dem relativ kleinen kroatischen Markt nicht erlauben, lokale Themen zu meiden. Umgekehrt können die regionalen und lokalen Medien im Wettbewerb um den engen Anzeigenraum nicht vernachlässigen, was sich außerhalb der lokalen Ebene abspielt.²³⁵

Seit Ende der 1990er Jahre haben auch ausländische Investoren Zugang zum Eigentum der kroatischen Medien. Für sie bestehen außer der Verhinderung der Medienmonopolbildung keine wesentlichen Beschränkungen. Die auflagenstärksten Tageszeitungen sind in der Hand ausländischer Verlage: Der *WAZ*-Konzern ist mehrheitlich an der *Jutarnij List* beteiligt und zudem Miteigentümer des mächtigsten kroatischen Herausgebers, der *Europa Press Holding (EPH)*. Die *Vecernji List* gehört wiederum zu dem österreichischen Verlagshaus *Styria*, gleichwohl ihr Grundtenor nationalistisch angehaucht ist. Die *Central European Media Enterprise (CME)* hat den nationalen TV-Sender *Nova TV* gekauft und *RTL* hat mit seinem kroatischen Unternehmen *RTL Hrvatska* die nationale FernsehkonzeSSION bekommen. Der letzte Zufluss von ausländischem Kapital in kroatische Medien vollzog sich 2005, als die schwedische *Bonnier Business Press* das Wochenmagazin *business.hr* auf den Markt brachte.²³⁶

Über die Zahl der Zeitungen und Zeitschriften kroatischer Investoren lassen sich nur wenig zuverlässige Angaben finden. Der Undurchschaubarkeit der Besitzverhältnisse scheint ein System zugrunde zu liegen: So wurden zum Teil Privatisierungen annulliert und Publikationen re-verstaatlicht.²³⁷ Außerdem hebt die enge personelle Vernetzung von Unternehmern und Regierungsmitgliedern die Trennung zwischen „privat“ und „staatlich“ fast vollkommen auf.

Medienlandschaft

Durch den Krieg wurde zu Beginn der 1990er Jahre die Infrastruktur des kleinen Landes stark in Mitleidenschaft gezogen. Vor allem die audiovisuellen Medien hatten noch viele Jahre nach Beendigung des Konfliktes finanziell und technisch mit dem Wiederaufbau der zerstörten Sendetechnik zu kämpfen. So waren weit mehr als 80 Prozent des *HRT*-Sendebetriebs durch den Krieg zerstört worden. Zu einem Totalausfall des Programms ist es aber nie wirklich gekommen.²³⁸

Der wirtschaftliche Aufschwung Kroatiens vollzieht sich nur langsam. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen haben immer noch mit den Folgen des Krieges zu kämpfen. Demzufolge sind die größten Anzeigenschalter multinationale Konzerne. Die Telekommunikationsunternehmen nehmen dabei die Führungsposition bei der Höhe der Anzeigenausgaben ein, gefolgt von der Nahrungsmittelindustrie, den Banken, der chemischen und

²³⁵ Vgl. Santic (2007): Länderbericht Kroatien, S. 4.

²³⁶ Vgl. Santic (2007): Länderbericht Kroatien, S. 2.

²³⁷ Vgl. Zasosek (2004/2005): Das politische System Kroatiens, S. 677-726.

²³⁸ Vgl. Plenkovici/ Kucis (2004/2005): Das Mediensystem Kroatiens, S. 383-398.

Pharma-Industrie sowie der Automobilindustrie.²³⁹ Der Anteil des Staates am Anzeigenmarkt ist unwesentlich im Vergleich zum Beginn der neunziger Jahre und beschränkt sich auf die Veröffentlichung von verschiedenen Ausschreibungen. Feststellbar ist jedoch, dass der Staat seine Anzeigen bei denjenigen lokalen Medien veröffentlicht, die sich in der Hand von regierungsnahen Personen befinden.²⁴⁰

In den vergangenen Jahren hat sich der Einfluss des Internets auf die kroatischen Medien verstärkt. So sind nun auch Internetportale entstanden wie *Index.hr*, die einige hunderttausend Besuche täglich verzeichnen und die Informations-Medien-Konkurrenz verstärken.²⁴¹ Die Zahl der Internet-Nutzer und privaten Computer steigt rasant: Während laut der Studie „Kroatische Medien an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“ von 2002 nur 18,5 Prozent der kroatischen Bürger einen Computer besaßen, sind es heute schon schätzungsweise mehr als 80 Prozent.²⁴²

Im Jahr 2003 ging in der Hauptstadt ein neuer internationaler Sender – *The Voice of Croatia* – auf Sendung, der sein Programm einem internationalen Publikum zugänglich macht. Auch hier erkennt man deutlich die europäische Ausrichtung der kroatischen Medienpolitik.²⁴³

Der Journalistische Beruf in der Praxis

Die Zahl der Journalisten, die das Studienfach Journalismus studiert haben, steigt in Kroatien stetig an. Dieser Studiengang wird jedoch nur von der Fakultät für Politische Wissenschaften in Zagreb mit der Möglichkeit eines Aufbaustudiums zum Journalisten angeboten, er ist jedoch sehr theoretisch und beinhaltet wenig Praxis. Das Angebot an privaten Weiterbildungs- und Fortbildungsinitiativen für Journalisten sowie Stipendienprogrammen nimmt schrittweise zu.²⁴⁴

Mit der jüngeren und zunehmend professionell ausgebildeten Journalisten-Generation verändert sich auch das Selbstverständnis der Medienberufe. Die Journalisten sehen sich zunehmend mehr als im Dienst der Bürgerrechte stehende Akteure, die relevante Informationen zusammentragen, damit auf dieser Grundlage Entscheidungen getroffen werden können. Eine solche Beziehung wird auch durch den Journalisten-Kodex, der noch im Jahre 1990 herausgebracht wurde, bekräftigt. Dieser Kodex verwehrt den Journalisten unter anderem, gleichzeitig Marketing und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Die Mehrheit der kroatischen Journalisten ist im *Hrvatsko Novinarsko Drustvo*, dem Kroatischen Journalistenverband organisiert, der mittlerweile über 3.000 Mitglieder zählt.²⁴⁵

Das Gesetz über das Informationszugangsrecht regelt zwar den Informationszugang von Journalisten zu Daten der Behörden und Institutionen, in der Praxis stoßen Journalisten jedoch auf zahlreiche Hindernisse, insbesondere bezüglich Informationen der Regierung und ihrer Behörden. Wenn in diesem Jahr zudem im Parlament das Gesetz über das Staatsgeheimnis verabschiedet werden sollte, besteht zudem die Gefahr, dass der Zugang zu Informationen zusätzlich erschwert wird.²⁴⁶

²³⁹ Vgl. Santic (2007): Länderbericht Kroatien, S. 3-4.

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ Vgl. Santic (2007): Länderbericht Kroatien, S. 4-5.

²⁴² Vgl. Plenkovic, Mario: Kroatische Medien an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Zagreb 2002. S. 4.

²⁴³ Vgl. Plenkovic/ Kucis (2004/2005): Das Mediensystem Kroatiens, S. 383-398.

²⁴⁴ Vgl. Santic (2007): Länderbericht Kroatien, S. 7-8.

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ Vgl. Santic (2007): Länderbericht Kroatien, S. 3-4.

Laut dem Länderbericht von Neven Santic, Journalist der *Novi List*, ist zudem die Autorisierung von Interviews in Kroatien immer noch an der Tagesordnung, was in der Praxis jedoch zunehmend flexibel gehandhabt wird. Dennoch ist es hinsichtlich der gesetzlichen Lage besorgniserregend, dass es gesetzliche Strafbestimmungen gibt, wonach sich der Journalist oder das Medium auch dann zu verantworten haben, wenn sie Worte genau übertragen. Des Weiteren gibt es problematische Bestimmungen über den Schutz von Informationsquellen, die Journalisten sowie deren Quellen schaden und somit die Recherche erschweren.²⁴⁷

Die Journalisten in den größeren Medien verfügen über ein monatliches Durchschnittsgehalt von etwa 1.000 Euro und liegen damit etwa 400 Euro über dem Durchschnittsgehalt im Lande. Problematischer scheint jedoch die Lage junger, auf Honorarbasis arbeitender Journalisten zu sein, die in den lokalen Medien beschäftigt sind. Sie erhalten monatelang keine oder nur niedrige Bezahlung. Auch gibt es immer noch Medien, in denen die Eigentümer ihre Journalisten über so genannte Doppel-Verträge bezahlen, so dass sie einen Teil ihres Gehalts legal (über ihr Konto) und den zweiten Teil illegal (auf die Hand) ausgezahlt bekommen.²⁴⁸

Bewertendes Zwischenfazit

Auch in Kroatien setzte ähnlich wie in Serbien die Liberalisierung der Medien spät ein. Dennoch hat die Transformation im Adriastaat eine andere Qualität erreicht, denn die kroatische Regierung orientiert sich seit einigen Jahren am Leitbild der EU und entwirft klare Gesetze, die die Spielregeln des Transformationsprozesses vorgeben. Die Schaffung des relativ unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems mit klaren Finanzierungskonzepten über allgemeine Gebühren nach dem Vorbild der *BBC* ist ein zentrales Beispiel. Die EU leistet in Kroatien demnach wesentlich mehr als nur reine Nachbarschaftspolitik: Sie gibt Orientierungshilfe im Chaos der Transformation. Daraus sollte die EU Lehren ziehen: Jegliche Beitrittsperspektiven von vorneherein auszuschlagen – wie im Falle der Ukraine – kann den Verlauf der Transformation beeinflussen und trägt langfristig weder zur Demokratisierung noch zur Medienfreiheit in den betreffenden Ländern bei.

Über die wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit der privaten Sendeanstalten in Kroatien lassen sich nur unzureichende Aussagen machen. In der Undurchschaubarkeit der Besitzverhältnisse auf dem kommerziellen Medienmarkt liegt das zentrale Problem. Hier kommt die Schaufensterfunktion der Mediengesetze deutlich zum Vorschein: Sie sind das Aushängeschild des kroatischen Mediensystems, hinter dessen demokratischer Fassade entlang klientelistischer Seilschaften Einfluss ausgeübt wird. Tatsächliche Unabhängigkeit können die Medien in solchen korrupten Netzwerkstrukturen nicht erlangen.

Zentrale Aufgabe der kroatischen Regierung ist es nun, auch für die Umsetzung der ambitionierten Mediengesetze zu sorgen. Die Regelungen zur Verhinderung von Monopolbildungen im Mediensektor, die allgemeine Gebührenfinanzierung des Rundfunks *HRT* sowie die

²⁴⁷ Vgl. Santic (2007): Länderbericht Kroatien, S. 2.

²⁴⁸ Ebd.

Zusammensetzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkrates aus Vertretern der Zivilgesellschaft sind die wichtigsten Aufgaben, um die Unabhängigkeit der Medien zu sichern. Dazu müssen formalrechtliche Hindernisse, die Journalisten in der Praxis den Zugang zu Informationen verwehren, oder gesetzliche Regelungen, die das Zitieren aus Interviews zu einem strafrechtlichen Risiko machen, abgebaut werden. Die EU muss ihrerseits in den Beitrittsverhandlungen ein umfassendes Konzept der Korruptionsbekämpfung ausformulieren und dessen Umsetzung genauestens überwachen.

Hier sind auch die kroatischen Journalisten selbst gefordert, korrupte Machenschaften – gerade im Bereich der Medien und deren Eigentumsverhältnisse sowie auf dem Werbemarkt – aufzudecken. Dazu müssen in Kroatien sowohl die Qualität der Recherche als auch die Selbstorganisation der Journalisten ausgebaut werden. Hebel verdeckter Einflussnahme über die Strafgesetzgebung werden in einem Land in der Regel nur abgeschafft, wenn der gesellschaftspolitische Druck auf die Entscheidungsträger groß genug ist. Hier benötigen Journalisten schlagkräftige Verbände – auch in Kroatien.

7. Rumänien

„Meinungsfreiheit, freie Presse, faire Wahlen – darauf hofften auch die Rumänen nach dem Sturz der Diktatur Ceausescu. Doch mit der Pressefreiheit übernahmen westeuropäische Medienkonzerne wie die WAZ die wichtigsten Zeitungsverlage, rumänische Journalisten beklagen inhaltliche Einmischung und sprechen von Zensur. Der WAZ-Konzern weist solche Vorwürfe als "unbegründet" zurück.“²⁴⁹

Mediengesetzgebung

Das neue Mediengesetz hat in Rumänien viele Anläufe genommen, die letzte Hürde allerdings bislang nicht geschafft: Im Zeitraum von 1990 bis 2003 wurden 16 verschiedene Vorschläge für ein neues Mediengesetz ins Parlament eingebracht. Fünf davon waren von journalistischen Berufsverbänden initiiert worden, drei von der Regierung, die übrigen von den verschiedenen Parteien. Allerdings ist bis heute noch immer keiner der eingereichten Vorschläge verabschiedet worden.²⁵⁰

Presserechtliche Fragen werden in Rumänien also lediglich durch die Verfassungsbestimmungen geregelt. Diese geben kurz und knapp vor: Die Pressefreiheit beinhaltet das Recht, Publikationen zu gründen. Die Zensur ist verboten.²⁵¹ Daneben sind die rechtlichen Bestimmungen im Gesetz über Urheberrechte und ähnliche Rechte von 1996 sowie im Gesetz über den freien Zugang zu Informationen von 2001 festgehalten.²⁵²

Im Vergleich zu dieser Unterregulierung der Medienlandschaft waren bislang im rumänischen Strafgesetzbuch die Sanktionen gegen Journalisten im Falle von Verleumdung und Beleidigung mit Strafen und Freiheitsentzug umfassend festgelegt. Um diese drastischen Maßnahmen gegen Journalisten dreht sich derzeit die medienrechtliche Debatte in Rumänien. Nach langjähriger Lobbyarbeit verschiedener NGOs und Journalistenvereinigungen hat nun der Justizminister die besagten strafrechtlichen Artikel in das Bürgerliche Recht übertragen, und das Verfassungsgericht diesen Schritt bestätigt.²⁵³ Gleichzeitig schwebt jedoch das Recht über die Nationale Sicherheit weiterhin über der Medien- und Meinungsfreiheit in Rumänien. Die Interessen der Nationalen Sicherheit sind hier so vage formuliert, dass im vergangenen Jahr zwei Journalisten auf Grundlage dessen verurteilt wurden, nachdem sie in Besitz eines Militärdokuments gelangt waren.²⁵⁴

Lediglich die audiovisuellen Medien unterliegen seit 1992 gesetzlich formulierten Spielregeln: Das Gesetz über die elektronischen Medien hat als wichtigste Maßnahmen die Schaffung eines Nationalen Rates (*Consiliul National al Audiovizualului, CNA*) vorgesehen, der der Kontrolle des Parlaments untersteht: Zwei der elf Mitglieder werden vom Präsidenten ernannt, drei von der Regierung und sechs

²⁴⁹ Vgl. Lorscheid, Helmut: Keine Pressefreiheit in Rumänien dank deutschem Verlag, in: Telepolis, 19.11.2004, URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18809/1.html>, [Zugriff: 25.7.2007].

²⁵⁰ Vgl. Marinescu, Valentina: Das Mediensystem Rumäniens, in: Hans-Bredow-Institut (Hg.): Internationales Handbuch Medien 2004/2005, S. 553-565.

²⁵¹ Constitutia Roamaniei: Monitorul Oficial. Bucuresti 1992.

²⁵² Vgl. Marinescu (2004/2005): Das Mediensystem Rumäniens, S. 553-565.

²⁵³ Vgl. Toma, Mircea: Länderbericht Rumänien, 2007, S. 8.

²⁵⁴ Vgl. Toma (2007): Länderbericht Rumänien, S. 8.

von Abgeordnetenhaus und Senat.²⁵⁵ Durch das „Gesetz über die Organisation und Arbeit der Rumänischen Radio- und Fernsehgesellschaft“ vollzog sich 1994 die Aufspaltung des ehemals staatlichen Rundfunks in zwei unabhängige öffentlich-rechtliche Gesellschaften: die Rumänische Radiogesellschaft (*SRR*) sowie die Rumänische Fernsehgesellschaft (*SR.TV*). Beide Gesetze wurden im Jahr 2002 umfassend novelliert.

Die Gesetze definieren den Staat als Haupteigentümer der rumänischen Rundfunkanstalten. Der Rundfunkrat *CNA* ist als autonome, staatliche Behörde organisiert, der wiederum sämtliche Sendefrequenzen Rumäniens als Treuhänder des Staates verwaltet. So müssen private und kommerzielle Sender die öffentlichen Sendefrequenzen beim *CNA* anmieten.²⁵⁶

Mediensystem

Die Umplatzierung des audiovisuellen Mediensystems vollzog sich in Rumänien weniger von der staatlichen auf die gesellschaftliche Ebene, sondern vielmehr in Hinsicht einer Ausdifferenzierung in die Regionen. Nachdem im Zeitraum zwischen 1993 und 1996 in erster Linie die Sender in den größeren Städten Rumäniens terrestrische Sendelizenzen erhielten, vollzog sich nach 1996 zunehmend eine Regionalisierung und Dezentralisierung der Lizenzen. Die Kabelprogramme durchliefen hier ähnliche Perioden.²⁵⁷

Diese Regionalisierung des dezentralen Mediensystems hat zur Folge, dass sich die Medienlandschaft von Region zu Region stark unterscheidet und deren Rahmenbedingungen in erster Linie von regionalen und lokalen, wirtschaftlichen und gesellschafts-politischen Faktoren geprägt sind. So liegen auf der Lizenz-Rangliste für Radio und Fernsehen die Regionen Transsilvanien und Muntenia weit vor der Hauptstadt Bukarest. Als Konsequenz dessen vollzieht sich die Medienkonzentration in Rumänien nicht wie anderswo in der Hauptstadt. Vorreiter sind hier vielmehr die Netzwerke lokaler und regionaler Sender, die gemeinsam eine Zentrale in Bukarest unterhalten und deren Programme weit in die Regionen hinein ausstrahlen.²⁵⁸

Als landesweite Programme sind in Rumänien nach wie vor die drei TV-Programme des *SR.TV* führend, wobei das zweite Programm etwas mehr als die Hälfte des Landes abdeckt und das dritte Programm *TVR International* über Satellit ausgestrahlt wird. Die Rumänische Radiogesellschaft (*SRR*) verfügt über sechs regionale Anstalten, die jeweils fünf verschiedene Programme ausstrahlen, sowie eine Zentrale in Bukarest, die drei nationale Programme sendet.

Die öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalten finanzieren sich durch gesetzlich vorgeschriebene Rundfunkgebühren, deren Anteil am Gesamtbudget der Stationen ca. ein Drittel ausmacht und von Region zu Region stark unterschiedlich ist. Der Rest des Kapitalbedarfs wird über Werbung und staatliche Subventionen abgedeckt.²⁵⁹

Neben den formal öffentlich-rechtlichen Anstalten gibt es in Rumänien private oder kommerzielle Radio- und Fernsehstationen, die landesweit Programme aussenden – darunter *Pro –TV* und

²⁵⁵ Vgl. Gabanyi, Anneli Ute: Das politische System Rumäniens, in: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2004/2005, S. 553-592.

²⁵⁶ Vgl. Marinescu (2004/2005): Das Mediensystem Rumäniens, S. 553-565.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Ebd.

Antena 1, die von rumänischen Unternehmern übernommen wurden. Allerdings stammt mehr als die Hälfte des Programminhalts dieser Sender aus US-Produktionen. Neben Werbung senden sie hauptsächlich Serien, Talk- und Unterhaltungsshow. Dem Eigentümer von *Antena 1*, Dan Voiculescu, lässt sich diesbezüglich unterstellen, dass er an Medien in erster Linie in kommerzieller Hinsicht interessiert ist und durch den Einkauf billiger US-Soaps das schnelle Geld machen will. Aber auch politisch instrumentalisiert er hier seinen Fernsehsender, indem er über ihn sowohl den Einfluss seiner konservativen Partei als auch den Druck auf die Regierung vermehrt.²⁶⁰

Auf lokaler Ebene wird in Rumänien ein ähnliches Spiel gespielt. Auch hier sind wichtige Unternehmer, Lokalpolitiker und Medienbesitzer oftmals ein- und dieselbe Person: Beispielsweise besitzt der Bürgermeister von Constanta – der Hafenregion am Schwarzen Meer – nicht nur die größten Firmen und Medien der Region, sondern außerdem auch die private Vertriebsgesellschaft für Printerzeugnisse.²⁶¹

Diese, zumeist lokalen Tendenzen der Monopolisierung sind Ergebnisse des Privatisierungsprozesses, der in Rumänien unter rechtlich unterregulierten Bedingungen stattgefunden hat. Informelle Spielregeln wie Korruption und Bestechung haben hier in den ersten Jahren der Transformation das institutionelle Vakuum ausgefüllt und im privaten Mediensektor einige wenige, politisch einflussreiche Medienmogule als Gewinner hervorgehen lassen.

Derselbe Graubereich zwischen staatlichem und privatwirtschaftlichem Eigentum zeigt sich noch drastischer auf dem rumänischen Pressemarkt. Politiker und Regierungsvertreter der ehemals kommunistischen Parteilite teilten als Privatakteure unverfroren den Pressemarkt unter sich auf: Zahlreiche Vertreter der ehemals kommunistischen Medieninstitutionen haben sich in den frühen 1990er Jahren als Eigentümer ehemaliger Partei- und Staatszeitungen eintragen lassen und die Infrastruktur dieser Pressebetriebe gleich mit in ihren Besitz überführt. Die ehemalige Tageszeitung der Kommunistischen Gewerkschaft behielt sogar ihren Namen: *Romania Libera*.²⁶² Sie avancierte nach der Revolution zum Sprachrohr der demokratischen Reformer und zählt heute, nachdem die WAZ Anteile erworben hat, zu den „unabhängigeren“ Zeitungen in Rumänien.

Die in den 1990er Jahren führende Tageszeitung und Sprachrohr der ehemals Kommunistischen Partei, die *Scinteia*, wurde zur *Adevarul* umgetauft. Die Zeitung greift auf ein Publikum aus Vorwendezeiten zurück. Besitzer ist u.a. Dinu Patriciu – ein rumänischer Ölmagnat. Im Jahr 2004 hat sich ein Teil der *Adevarul*-Redaktion samt dem Chefredakteur Cristian Tudor Popescu selbstständig gemacht und die Tageszeitung *Gandul* gegründet. Nach wie vor gilt, dass es in Rumänien bisher de facto keine lesenswerte gute Tageszeitung in der Kategorie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung oder Süddeutschen Zeitung etc. gibt. *Gandul* ist eventuell ein kleiner Anfang. Die meistverkaufte überregionale Tageszeitung ist hingegen die Boulevardzeitung *Libertatea*.²⁶³

²⁶⁰ Vgl. Marinescu (2004/2005): Das Mediensystem Rumäniens, S. 553-565.

²⁶¹ Vgl. Toma (2007): Länderbericht Rumänien, S. 2.

²⁶² Vgl. Toma (2007): Länderbericht Rumänien, S. 1.

²⁶³ Vgl. Toma (2007): Länderbericht Rumänien, S. 3.

Da die Medienkonzentration in Rumänien bislang nicht rechtlich eingeschränkt ist, entstanden regelrechte Mediengiganten, die sämtliche Bereiche des Medienmarktes in ihren Holdings bündeln. So besitzt die Gesellschaft *Grupul Intact* von Dan Voiculescu nicht nur ein landesweit verzweigtes Netzwerk von Tageszeitungen, sondern auch eine eigene Druckerei, einen nationalen TV- bzw. Radiosender, sowie einen Verlag.²⁶⁴

Ein weiteres Medienimperium formiert sich derzeit bei *Petrom*, dem größten Erdölkonzern Rumäniens und zugleich einem der größten Erdöl- und Erdgasproduzenten Osteuropas. Diese neue Mediengruppe besitzt mittlerweile Anteile an vielen Rundfunk- und Printmedien: der Tageszeitung *Ziua*, *Prima TV*, *Realitatea TV*, der lokalen Tageszeitung *Telegraf* sowie dem neuen Fernsehkanal *Alpha TV*. *Petrom* selbst wurde von der Regierung an die österreichische Erdölgesellschaft *OMV* verkauft.²⁶⁵

Die mangelnde Transparenz der Besitzverhältnisse und die rechtliche Unterregulierung hat in Rumänien die Zunahme des zivilgesellschaftlichen Engagements gestärkt. Da, wo der Staat keine Transparenz schafft, bemühen sich nun NGOs darum, Licht in den Graubereich des Medienmarktes zu bringen. In einer virtuellen Datenbank werden seit einigen Jahren die recherchierten Eigentumsanteile von Unternehmern und Institutionen katalogisiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Aus dieser Datenbank wird schnell ersichtlich, dass ausländische Investoren im Vergleich zu rumänischen Akteuren in der Schlacht um den kommerziellen Medienmarkt relativ schwach abgeschnitten haben.²⁶⁶

Die US-amerikanische *Central European Media Enterprises (CME)* ist bereits in den frühen 1990er Jahren als Anteilseigner bei *Pro-TV* eingestiegen, was sich, wie oben erwähnt, stark auf dessen Programminhalt auswirkte. Daneben sind zahlreiche europäische Medienunternehmen auf dem rumänischen Markt vertreten. Ein entscheidender Akteur ist die schweizerische Verlagsgesellschaft *Ringier*, die die Boulevardzeitung *Libertatea* – die auflagenstärkste Zeitung des Landes – sowie die Tageszeitung *Evenimentul Zilei* herausgibt. In diesem Jahr kaufte der Verlag zudem 25 Prozent eines neuen Fernsehsenders auf, der vom türkischen Medienunternehmen *Dogan* eröffnet wurde. Die französische *Lagardere*-Gruppe ist der Hauptanteilseigner eines privaten Radiosenders, der über eine landesweite Konzession verfügt. Seit 2001 ist auch die *WAZ*-Medien Gruppe mit einer 50-prozentigen Beteiligung an der *S.C. Medien-Holding SRL* vertreten und gibt die oben bereits erwähnte Tageszeitung *Romania Libera* heraus, die aktuell eine durchschnittliche Auflage von ca. 72.000 Exemplaren erreicht.²⁶⁷ Doch ausländische Beteiligungen an nationalen Tageszeitungen gestalten sich nicht immer reibungslos, wie der Konflikt zwischen dem Essener Konzern und der rumänischen Redaktion im Jahr 2004 beweist. Dem Zeitungsrundgeber und Verwaltungsratsvorsitzenden des Verlags „R“ SA, in dem *Romania Libera* erscheint, Petre Mihai Bacanau, war aufgrund von angeblich schwerwiegenden, rechtlichen Vergehen durch den *WAZ*-Konzern das Vertrauen entzogen worden. Er

²⁶⁴ Vgl. Toma (2007): Länderbericht Rumänien, S. 2.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ Siehe Internetauftritt: URL: www.mediaindex.ro [Zugriff: 23.4.2007].

²⁶⁷ Diese Angabe ist vom *WAZ*-Medienkonzern veröffentlicht, vgl. URL: <http://www.waz-mediengruppe.de/Rumaenien.25.0.html> [Zugriff: 5.4.2007]. Das rumänische Büro zur Ermittlung von Auflagenzahlen *Biroul Roman de Audit al Tirajelor (BRAT)* gibt die durchschnittliche Auflage für *Romania Libera* ein bisschen geringer an.

soll gegenüber dem zuständigen Registergericht den tatsächlichen Kapitalanteil der *WAZ* verschleiert und die Auflagenhöhe der *Romania Libera* falsch gemeldet haben. Die Journalisten der Zeitung hatten sich in diesem Konflikt eindeutig hinter ihren ehemaligen Chef gestellt. Bacanu und die ihm verbundenen Journalisten vermuteten hinter dieser Personalentscheidung des deutschen Konzerns die Strategie, die Zeitung personell und inhaltlich umgestalten zu wollen.²⁶⁸ Doch geht es hier tatsächlich um Inhalte? Die wirtschaftlichen Komponenten dieses Konflikts werfen ein ganz anderes Bild auf die Rolle der *WAZ* in Rumänien, denn der Mehrheitseigentümer der *Romania Libera* hält ein deutlich anderes Verhältnis zur rumänischen Regierung als das Blatt. Bodo Hombach, Generaldirektor des *WAZ*-Konzerns, beispielsweise gehört laut einem Bericht der *taz* der Rumänischen Agentur für Auslandsinvestitionen (*ARIS*) an, einer Organisation der rumänischen Regierung. Auftrag der Agentur sei es, das Image des Landes zu verbessern. Werbung von Staatsfirmen stelle jedoch die wichtigste Einnahmequelle für Zeitungen, Radiostationen und Fernsehsendern dar – und die würde in großem Maße von der Regierung vergeben. Laut der *taz* rufen Minister bei kritischer Berichterstattung bisweilen persönlich in der Redaktion an und drohen mit der Streichung von Werbeaufträgen.²⁶⁹

Medienlandschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens leidet stark an der schlechten Infrastruktur des Landes. Das wirkt sich auch auf den Medienmarkt aus, wo der Transport und Vertrieb von Zeitungen und Zeitschriften extrem kostspielig ist und es aufgrund der miserablen Straßenverhältnisse in dem großen Land häufig zu Verspätungen kommt. Um diese Missstände zu umgehen, konzentrieren sich die Herausgeber in erster Linie auf den Vertrieb ihrer Publikationen auf lokaler und regionaler Ebene. Dies hat, ähnlich wie bei den Radio- und Fernsehangeboten eine starke Regionalisierung zur Folge.

Die staatseigene Vertriebsgesellschaft *Rodipet* wurde vor fünf Jahren privatisiert. Damit keimte die Hoffnung auf, dass der Staat nun in Zukunft ein Instrument weniger zur Verfügung hat, die Distribution von kritischen Zeitungen zu verhindern oder die Vertriebspreise willkürlich in die Höhe zu schrauben. Doch so leicht lassen sich solche Spielregeln nicht ändern: Im vergangenen Jahr blockierte die Druckerei eine Zeitungs-Ausgabe, da in ihr ein kritischer Artikel über Unregelmäßigkeiten bei der Privatisierung von *Rodipet* abgedruckt war.²⁷⁰

Konflikte zwischen Herausgebern und Druckereien drehen sich nicht selten um die Anzahl der gedruckten Exemplare und den Anteil, der nicht ausgeliefert, verkauft oder von Kioskbesitzern zurückgegeben wird. Auch die Situation auf dem Werbe- und Anzeigemarkt trägt einen beachtlichen Teil dazu bei, dass Herausgeber versuchen, ihre Auflagenzahlen künstlich in die Höhe zu treiben, ohne den Vertrieb zu verteuern. Um auf dem heiß umkämpften Anzeigenmarkt bestehen zu können, haben die rumänischen Zeitungen in den vergangenen Jahren ihre Auflagenzahlen stark nach oben hin korrigiert. Daraufhin forderten Anzeigenkunden von den Zeitungen, sich mit dem Rumänischen Büro zur Ermittlung von Auflagenzahlen *Biroul Roman de Audit al Tirajelor (BRAT)* abzustimmen, das

²⁶⁸ Vgl. O.V.: *WAZ* setzt Verwaltungsratschef von "Romania Libera" ab", in: epd medien, Nr. 86, 3. November 2004, URL: http://www.epd.de/medien/medien_index_31270.html, [Zugriff: 8.4.2007].

²⁶⁹ Vgl. Verseck, Keno: Der allzu gute Draht, in: *taz* vom 4.11.2004, S. 22.

²⁷⁰ Vgl. Toma (2007): Länderbericht Rumänien, S. 4.

eine nationale Kampagne zur Ermittlung der Leserschaft gestartet hat.²⁷¹ Die online zugängliche und übersichtlich gestaltete Datenbank von *BRAT* schlüsselt die Auflagenzahlen nach Monaten und Kategorien auf. Hier zeigt sich deutlich, dass die Zahl der Retour-Zeitungen fast ein Viertel der Gesamtauflage betragen kann. Insofern sind also die Zahlen, die von der Zeitung oder dem Verlag veröffentlicht werden, mit Vorsicht zu genießen.

Im Jahresvergleich zeigen sich zudem die extremen Schwankungen der Auflagenzahlen. Dies lässt sich in erster Linie auf politische Entwicklungen zurückführen, da Wahlen meist zum Auflagenboom beitragen. In Anbetracht der schwierigen, ökonomischen Probleme, mit denen das Land immer wieder zu kämpfen hat, sowie dem niedrigen Durchschnittseinkommen bei der ländlichen Bevölkerung und den gleichzeitig hohen Vertriebskosten, ist es fraglich, wie sich die Zeitungen finanziell aus Werbeeinnahmen und Verkauf unterhalten können.

Das so genannte Gesetz über die elektronische Signatur, das die rechtlichen Rahmenbedingungen für Internetdienste regelt, wurde im Jahr 2002 verabschiedet. Seitdem nimmt die Zahl der Online-Ausgaben der Zeitungen und Zeitschriften stark zu. Auch die größten nationalen Sender – öffentlich-rechtliche wie private – bauen zunehmend ihr Internet-Angebot aus. Allerdings ist der Anteil rumänischer Internet-Nutzer im europäischen Vergleich noch immer sehr gering. Hier macht sich deutlich der Unterschied zwischen Stadt und Land bemerkbar: Der Hauptanteil der Internetuser wohnt, arbeitet oder studiert in Bukarest oder den anderen Provinzstädten.²⁷²

Der Journalistische Beruf in der Praxis

Es ist immer noch nicht einfach in Rumänien, journalistisch zu arbeiten, da von allen Seiten versucht wird, auf die Redaktionen Einfluss zu nehmen. Gleichzeitig verfügen die Zeitungen über wenig finanziellen Spielraum, sich diesen Einflüssen zu widersetzen. Unabhängige, rumänische Journalistenorganisationen berichteten in den vergangenen Jahren immer wieder von finanziellen Erpressungsversuchen, durch die die Regierung kritische Berichterstattung unterbinden will. Vor allem dubiose Erlasse von Schulden durch den Staat oder Regierungs-Werbekampagnen, die in den Medien geschaltet werden, sind indirekte Instrumente, mit welchen sich die Medien in ihrer kritischen Haltung „bestechen“ lassen.²⁷³

Vor solchen Methoden indirekter Einflussnahme sind auch Redaktionen nicht gefeit, die von ausländischen Investoren unterhalten werden. In die Kritik geraten ist beispielsweise auch der Sender *Europa FM* der französischen Firmengruppe *Lagardère*. Drei Journalisten haben wegen interner Korrekturen an ihrer Regierungsberichterstattung gekündigt und dem Eigner *Lagardère* unterstellt, aufgrund wirtschaftlicher Investitionsabsicht in Rumänien eine kritische Berichterstattung in seinen Blättern unterbinden zu wollen.²⁷⁴

²⁷¹ Vgl. *BRAT*, URL: <http://www.brat.ro/>, [Zugriff: 8.4.2007].

²⁷² Vgl. Marinescu (2004/2005): *Das Mediensystem Rumäniens*, S. 553-565.

²⁷³ Vgl. Toma (2007): *Länderbericht Rumänien*, S. 3-5.

²⁷⁴ Vgl. Report der International Federation for Journalists: *IFJ Supports Romanian Journalists in Protest over Editorial Interference by Multinational Bosses*, 17-09-2004, URL: <http://www.ifj.org/default.asp?index=2700&Language=EN>, [Zugriff: 5.4.2007].

Ein allgemein anerkannter, ethischer Kodex für Journalisten steht in Rumänien immer noch aus. Als erster erfolgreicher Schritt in diese Richtung wurde Ende 2005 ein nationaler Presserat gegründet. Der Nationale Presseklub hat zwar gewisse moralische Standards angenommen, diese werden von den Journalisten jedoch weitestgehend ignoriert. Auch die anderen Medienorganisationen arbeiten an einem Verhaltenskodex, und bei den audiovisuellen Medien ist der Nationale Rundfunkrat verantwortlich, die Verletzung ethischer und professioneller Standards mit negativen Sanktionen zu belegen.²⁷⁵

Die strafrechtliche Verfolgung aufgrund regierungskritischer Berichterstattung gehört in Rumänien nach wie vor zum täglichen Berufsrisiko. Auch hier ist es das drakonische Strafrecht, das Journalisten indirekt zur Selbstzensur zwingt. Das rumänische Verfassungsgericht hat zu Beginn dieses Jahres Beleidigung und Rufmord erneut kriminalisiert. Bei angeblicher Beleidigung von Autoritären müssen Journalisten nach wie vor mit einer Geldstrafe rechnen. Nach den im vorigen Jahr angenommenen Änderungen ist lediglich die üble Nachrede und Landesbeleidigung entkriminalisiert worden.²⁷⁶

Gleichzeitig haben diese Maßnahmen Journalisten und andere Medienberufe zu mehr Selbstorganisation und kollektivem Handeln veranlasst. So gibt es derzeit über 40 Medienorganisationen in Rumänien, aber nur die wenigsten können als gewichtige Journalistenvertretungen angesehen werden. Die Assoziation rumänischer Journalisten (*AZR*) und die Gesellschaft rumänischer Journalisten (*SZR*) gehören zu den Bekanntesten. 2002 haben sich 30 NGOs im Medienbereich in der Konvention der Medienorganisationen zusammengeschlossen. Die einflussreichste Medienorganisation ist jedoch der Rumänische Presseklub, eine Arbeitgeberorganisation, die eher die Wirtschaftsinteressen einiger zentraler Medienorganisationen und weniger die Interessen der dort arbeitenden Journalisten vertritt. Die wichtigsten Organisationen, die die Rechte der Journalisten vertreten, sind das Zentrum für unabhängigen Journalismus (*CIJ*) sowie die *Medien Monitoring Agentur (MMA)*.²⁷⁷

NGOs wie *MMA* setzen sich zudem verstärkt dafür ein, die Ausbildung und das Selbstverständnis und -bewusstsein von Journalisten zu verbessern. In einer Umfrage der *MMA* aus dem Jahr 2004 hat sich gezeigt, dass die meisten Journalisten in Rumänien über eine Hochschulausbildung verfügen. 17 Prozent der Befragten haben Journalistik an der Universität studiert. Zudem gibt es Aufbaustudiengänge und Bildungs-Programme, die von Journalistenverbänden organisiert und von Stiftungen und internationalen Organisationen gefördert werden.

Ein besonderes Augenmerk sollte in diesem Zusammenhang auf die Verbesserung des Bildungsstandards bei der ethnischen Minderheitenpresse gelegt werden, betont eine Studie über die ethnischen Zeitungen der Roma in Rumänien.²⁷⁸

²⁷⁵ Vgl. Toma (2007): Länderbericht Rumänien, S.4.

²⁷⁶ Vgl. Presseerklärung der Journalistenvereinigung der Media Monitoring Agency in Bukarest URL: www.mma.ro, 4. Februar 2007. [Zugriff: 5.4.2007].

²⁷⁷ Vgl. Toma (2007): Länderbericht Rumänien, S. 5.

²⁷⁸ Vgl. Gros, Peter: A Prolegomena to the Study of the Romani Media in Eastern Europe, in: *European Journal of Communication*, 21 (2006), S. 477-497.

Bewertendes Zwischenfazit

In Rumänien sind mehrere Anläufe zur Verabschiedung eines Mediengesetzes gescheitert. Es gelten daher gleichzeitig die Spielregeln der neuen Marktwirtschaft, die willkürlich auslegbaren Strafgesetze der alten und neuen Regierung sowie die ungeschriebenen Regeln persönlicher Gefälligkeiten. Von der daraus entstehenden Willkür im rumänischen Mediensystem profitieren zahlreiche Akteure: Politiker, Unternehmer, Patrone krimineller Netzwerke, Werbeagenturen, Anzeigenkunden – nur nicht die Journalisten. Macht, Markt und Medien gehen in Rumänien eine enge Verbindung ein und werden gewinnbringend zu Vermehrung der eigenen Interessen instrumentalisiert.

Auch die ausländischen Medienkonzerne beherrschen dieses Spiel und mischen in Rumänien kräftig mit, wie es das Beispiel der *WAZ* zeigt. Im rumänischen Monopoly um die profitabelsten Medien wird die unabhängige Berichterstattung bereitwillig für die Steigerung gewinnbringender Werbeanzeigen verkauft. So zeigt sich am Beispiel Rumänien: Aus einem funktionierenden Medienmarkt erwächst noch lange keine Mediendemokratie. Von der Unabhängigkeit der Medien nach westeuropäischen Vorstellungen ist Rumänien noch weit entfernt.

Umso mehr muss die EU nach dem jüngst vollzogenen Beitritt Rumäniens die rumänischen Akteure zu einer gesetzlichen Neu-Regulierung des Medienmarktes zwingen. Die Verabschiedung von Gesetzen, welche die inhaltliche Unabhängigkeit sowie die Rechte und Freiheiten der Redaktionen und Journalisten gesetzlich garantieren, und deren Umsetzung, ist unerlässlich. Unter anderem fehlt eine Vorschrift, welche die Monopolbildung auf dem Medienmarkt verbietet und die Eigentümer zur Offenlegung ihrer Besitzverhältnisse zwingt.

Umso mehr liegt es in der Verantwortung der rumänischen Journalisten, sich aktiv in den Prozess der Mediengesetzgebung einzuschalten, wie es einige journalistische Berufsverbände in den vergangenen Jahren verstärkt getan haben. Ein verstärkter Lobbyismus, der sich für die Interessen der eigenen Berufsgruppe einsetzt, über die Unrechtmäßigkeit der drakonischen Strafgesetzgebung informiert und politischen Druck ausübt, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Hier unterscheidet sich Rumänien positiv von vielen anderen Transformationsländern.

8. Bulgarien

„Die totale Überwachung der Medien während der kommunistischen Diktatur gibt es nicht mehr, aber es herrschen Manipulation und das Bedienen von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Ich glaube nicht, dass es sich um eine Konspiration gegen die Demokratie handelt. Das bedeutet jedoch, dass diese Medien keine Ahnung haben, welche neue Mission sie in der neuen demokratischen Gesellschaft haben.“²⁷⁹

Mediengesetzgebung

Die erste post-kommunistische Verfassung wurde in Bulgarien im Juli 1991 unter der Übergangsregierung von Ditmar Popow verabschiedet. Die Rede- und Meinungsfreiheit erhielt in Artikel 39 einen besonderen Stellenwert und wurde in Artikel 40 die Medienfreiheit garantiert. Artikel 6 der Übergangsbestimmungen sah vor, dass bis zur Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen das staatliche Fernsehen und Radio sowie die Bulgarische Nachrichtenagentur dem parlamentarischen Rundfunkausschuss unterstellt bleiben.²⁸⁰ Bis heute gibt es noch immer kein geltendes Presserecht in Bulgarien, was nach der Liberalisierung des Marktes weit reichende Konsequenzen nach sich zog: So sind beispielsweise die Veröffentlichungsregeln für Zeitungen und Zeitschriften nicht festgelegt und werden damit völlig willkürlich gehandhabt. Diese Unterregulierung macht es nicht nur schwierig, genaue Zahlen über gedruckte Veröffentlichungen festzustellen, sondern auch einheitliche Marktstandards für Werbung und Anzeigen zu etablieren.

Als weitere Folge sind die Medien überwiegend als Handelsgesellschaften registriert worden, da es nach wie vor kein Gesetz gibt, welches die Eigentumsverhältnisse und Verwaltungsmodelle in der Medienlandschaft spezifisch regelt. So sind weder die Beteiligungsverhältnisse von Politikern und Unternehmern im Mediensektor bekannt, noch der direkte, finanzielle Einfluss von Parteien und anderen Institutionen rechtlich geregelt.²⁸¹

Das bulgarische Rundfunk- und Fernsehgesetz wurde im November 1998 erlassen. Es bildet zusammen mit dem, im selben Jahr verabschiedeten Telekommunikationsgesetz den einzigen Rechtsrahmen für den Bereich der Telekommunikation und den audiovisuellen Sektor. 1999 ratifizierte Bulgarien das Europäische Übereinkommen des Europarates zum grenzüberschreitenden Fernsehen. Der Nationale Rat für Rundfunk und Fernsehen, verantwortlich für die Umsetzung der Rechtsvorschriften, wurde kurz darauf eingerichtet. Weil dieser jedoch nicht mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist, bestehen derzeit Zweifel an dessen Fähigkeit, die Einhaltung der gemeinschaftlichen EU-Normen wirksam zu überwachen.²⁸²

²⁷⁹ Zitat: Kalin Manolow, Journalist und Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation *Bulgarische Gesellschaft für individuelle Rechte*, in: Deutsche Welle: Medienlandschaft in Bulgarien, mehr Möglichkeiten, neue Probleme, Fokus Ost-Südost, 22.03.2007, URL: www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2414618,00.html+bulgarien+medienfreiheit&hl=de&ct=clnk&cd=2&gl=de, [Zugriff: 1.4.2007].

²⁸⁰ Vgl. Tzankoff, Michaela: Transformationsprozess in Bulgarien und die Entwicklung der postsozialistischen Medienlandschaft, in: Tzankoff, Michaela/ Thomaß, Barbara: (Hg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden 2001, S. 65-120.

²⁸¹ Vgl. Vladkova, Vessela: Länderbericht Bulgarien, 2007, S. 2-3.

²⁸² Vgl. Tzankoff (2001): Transformationsprozess in Bulgarien, S. 65-120.

Bereits im Jahr 2000 erfuhr das Rundfunkgesetz von 1998 eine erste Novellierung. Vordergründiges Ziel war es, die Regulierungsbehörde zu stärken und deren Genehmigungsverfahren zu straffen. Dies führte im November 2001 zur Schaffung des Rates für elektronische Medien, der den Nationalen Rundfunk- und Fernsehrat als Bulgariens Regulierungsbehörde ablöste. Der direkte politische Einfluss auf Personalentscheidungen blieb jedoch bestehen. Dementsprechend rasant drehte sich in den 1990er Jahren das Personalkarussell: Der Posten des Generaldirektors wurde fast jährlich je nach parteipolitischem Opportunismus neu besetzt.²⁸³ Hier zeigt sich, dass die informellen Netzwerke in Bulgarien fleißig im Hintergrund die Fäden ziehen und die politische Einflussnahme auf die öffentlich-rechtlichen Medien über persönliche Seilschaften gewährleistet wird. Deswegen entbrennen um die Zusammensetzung solcher Schlüsselgremien wie dem Rat für elektronische Medien immer wieder neue Verhandlungen. Seit der letzten Gesetzesänderung besteht der neue Rat nunmehr aus neun Mitgliedern: Fünf davon werden vom Parlament direkt gewählt, die übrigen vier vom Staatspräsidenten persönlich ernannt. Aufgabe des Rates ist es, die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Sender zu ernennen und gegebenenfalls abzusetzen, sowie die Ernennung der Verwaltungsräte beider Anstalten durch die jeweiligen Intendanten zu bestätigen. Im Zuge dieser Gesetzesänderung wurden zudem der Haushalt und das Personal des Rates für elektronische Medien deutlich aufgestockt. Das Problem bleibt jedoch nach wie vor, dass diese Institution nicht über eine ausreichende Unabhängigkeit von politischen Einflüssen verfügt. Die Erfahrung zeigt, dass bis jetzt die Behörde eher selektiv Lizenzen entzieht und bewilligt.²⁸⁴

Mediensystem

Die ehemaligen Propagandainstrumente des kommunistischen Staates, die elektronischen Medien – namentlich der Bulgarische Nationale Rundfunk (*BN.R*) und das Bulgarische Nationale Fernsehen (*BN.T*) – sind durch das Rundfunkgesetz von 1996 allzu voreilig zu öffentlich-rechtlichen Sendern umbenannt worden – ohne de facto öffentlich-rechtlich strukturiert zu sein. Gesetzlich sind sie verpflichtet, ein Informationsangebot für die gesamte Gesellschaft zu liefern. Der springende Punkt dabei bleibt jedoch die Finanzierung. Da es immer noch keine allgemeinen Rundfunkgebühren gibt, erfolgt die Budgetierung hauptsächlich über den Staatshaushalt. Zudem stellt die Werbung eine weitere bedeutende Einnahmequelle für die Öffentlich-Rechtlichen dar.²⁸⁵

Der erste Konkurrent für *BN.T* war der Privatsender *BTV*. Der Sender gehörte zu Rupert Murdochs *Balkan News Corporation*, sendete auf der Frequenz des zweiten Staatlichen Kanals – und erreichte bereits 2003 einen Marktanteil von 44 Prozent. Bis heute hat *BTV* seine führende Position behauptet. 2003 startete der dritte landesweite Sender *Nova TV* aus der *Antena* Gruppe des griechischen Medienunternehmers Minos Kyriakou und erreichte noch im gleichen Jahr neun Prozent Marktanteil.²⁸⁶

²⁸³ Vgl. Tzankoff (2001): Transformationsprozess in Bulgarien, S. 65-120.

²⁸⁴ Vgl. Vladkova (2007): Länderbericht Bulgarien, S. 2.

²⁸⁵ Vgl. Vladkova (2007): Länderbericht Bulgarien, S. 4-5.

²⁸⁶ Vgl. Vladkova (2007): Länderbericht Bulgarien, S. 4.

Für private Fernseh- und Radiobetreiber ist Werbung die Haupteinnahmequelle, was sie in Anbetracht des langsamen Wirtschaftswachstums stark von den wenigen großen Werbekunden abhängig macht. Obwohl die Werbeagenturen äußerst professionell arbeiten und der Werbemarkt strikt nach den Regeln der Marktwirtschaft funktioniert ist das Hauptproblem jedoch die Monopolstellung einiger weniger Werbeagenturen. Die Konsequenz daraus ist, dass in Bulgarien Werbung als starkes Einfluss-Instrument dient, denn ein weiteres Problem ist die enge Verflechtung zwischen Werbeagenturen, Medien und Meinungsforschungsinstituten. Mehr noch – finanzstarke Verbände der Anzeigenkunden und Werbeagenturen haben inzwischen sogar eigene Medien gegründet, um die von ihnen anvisierte Zielgruppe möglichst flächendeckend zu erreichen.²⁸⁷

Der Einfluss ausländischer Investoren auf dem bulgarischen Medienmarkt wirkt sich besonders stark im Printbereich aus. So sind die zwei auflagenstärksten bulgarischen Tageszeitungen – *Trud* und *24 Tschassa* – im Mehrheitsbesitz der WAZ-Medien-Gruppe, ebenso das Boulevardblatt *168 Tschassa* und weitere sieben Zeitungen. Die starke Stellung der WAZ auf dem bulgarischen Pressemarkt hat Bulgariens Ultranationalisten der Gruppe *Ataka* zu einem Feldzug gegen den Essener Konzern veranlasst: *Ataka*-Sympathisanten, angeführt von Parteichef Volen Siderow, demonstrierten vor dem Redaktionsgebäude und beschimpften die Journalisten mit „Mafia“ oder „Ausverkäufer“. Seitdem sind laut einem Bericht des *Spiegels* mehrfach Mitarbeiter des Konzerns bedroht und eingeschüchtert worden. *Ataka* habe sogar die Chefredakteure wegen Verleumdung angeklagt. Zuletzt habe der der *Ataka*-Partei nahe stehende Fernsehsender Namen und Adresse von Journalisten veröffentlicht und angegeben, für ihre Sicherheit keine Gewährleistung zu übernehmen.²⁸⁸ Auslöser dieses Protests gegen die Redaktionen der WAZ war ein Artikel in der *168 Tschassa*, der von umstrittenen Geldtransfers zwischen der Partei der türkischen Minderheit und *Ataka* berichtete.²⁸⁹ WAZ-Sprecher Andreas Rudas erklärte laut *Spiegel* in Wien, die Verlagsleitung mische sich nicht in redaktionelle Inhalte und innenpolitische Auseinandersetzungen ein, solidarisiere sich aber uneingeschränkt mit den Redakteuren: „Für uns steht fest: Dies ist keine Art, wie man mit freien Medien umgeht. Dies ist massiv abzulehnen, egal aus welchem Grunde eine solche Intervention geschieht.“²⁹⁰

Doch geht es bei diesen Auseinandersetzungen tatsächlich um Inhalte oder nicht doch eher um Marktpositionen, Wahrnehmungen von Benachteiligung oder wirtschaftlicher Deprivation?

Auch wenn diese Frage in der hier vorliegenden Studie nicht näher untersucht werden kann, soll hier dennoch angemerkt werden, dass die öffentliche Mobilisierung extremistischer Parteien – vor allem wie hier aus dem ultranationalistischen Lager – historisch betrachtet meist mit einer *subjektiven* Wahrnehmung wirtschaftlicher Benachteiligung einhergeht. Auch hier werden wieder Kategorien wie „Wir und die Anderen“ bemüht und erfolgreich die einen gegen die anderen aufgehetzt. Dass sich die Aggression der bulgarischen Rechten gegen Mitarbeiter der WAZ richtet, lässt sich mit der dominanten Marktposition des deutschen Konzerns erklären, der aufgrund der deutschen Vergangenheit von *Ataka* als Bedrohung inszeniert wird. Objektiv mag dieses Bedrohungsszenario

²⁸⁷ Vgl. Tzankoff (2001): Transformationsprozess in Bulgarien, S. 65-120.

²⁸⁸ Vgl. Rechtsradikale bedrohen Journalisten von deutschem Verlag, in: Spiegel-Online, 15. März 2007, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,472004,00.html>, [Zugriff: 20.4.2007].

²⁸⁹ Vgl. n-ost Bericht: Nationalisten bedrohen WAZ-Konzern, Jutta Sommerbauer, Sofia, 7. März 2007.

²⁹⁰ Vgl. Rechtsradikale bedrohen Journalisten von deutschem Verlag, in: Spiegel-Online, 15. März 2007.

weit hergeholt sein, wer weiß. Doch die subjektive Wahrnehmung, die sich hier am Beispiel der *Ataka*-Proteste manifestiert, gilt es ernst zu nehmen und dafür sensibel zu sein.

Neben der *WAZ* sind zudem andere deutsche bzw. westeuropäische Verlagsgruppen auf dem bulgarischen Medienmarkt vertreten. Die Verlagsgruppe *Handelsblatt* hält 50 Prozent der Anteile am zweitgrößten Zeitungsherausgeber *Economedia*, der die wirtschaftsorientierte Tageszeitung *Dnevnik* und die Wochenzeitung *Kapital* herausbringt. Der führende Verlag für Wirtschafts- und IT-Fachzeitschriften *IDG Bulgaria* war früher in der Hand des amerikanischen Herausgebers *International Data Group*, wurde jedoch von *Economedia* aufgekauft.²⁹¹

Auch auf dem bulgarischen Fernsehmarkt sind ausländische Unternehmer stark vertreten. Die *Modern Times Group Broadcasting (MTG)* mit Sitz in Schweden besitzt jeweils 50 Prozent von zwei privaten Fernsehanstalten und kündigte damit ihren Einstieg in den Medienmarkt Südost- und Osteuropas an. Auch *Apace Media* und *SBS* aus Luxemburg verfolgen derartige Expansionsstrategien. Die wohl bedeutendste ausländische Beteiligung des bulgarischen TV-Marktes ist jedoch die des australisch-amerikanischen Medienunternehmers Rupert Murdoch. Seine *News Corporation* ist Inhaber des ersten landesweiten privaten Fernsehsenders in Bulgarien *BTV*. Der größte TV-Produzent Griechenlands hingegen, die *Antenna Group*, betreibt in Bulgarien die zweite landesweite Fernsehanstalt *Nova TV*.²⁹²

Der offizielle Rechtsnachfolger von *Radio Free Europe* in Bulgarien ist der Sender *Nova Evropa*. Nach der Einstellung des bulgarischen Programms des amerikanischen Senders hat dessen neuer ausländischer Eigentümer auf diesem Programmplatz ein rein musikalisches Programm unter dem Namen *Z-Rock Radio* gestartet. Jedoch wird vermutet, dass der Kauf von ausländischen Investoren eher ein Scheingeschäft war. Die realen Eigentümer seien Bulgaren, die mit *BTV* und dementsprechenden Werbeagenturen verbunden sind. Als indirekter Beweis dient die laufende Werbung von *Z-Rock* im *BTV* und *Fox Life*.

Medienlandschaft

Beide öffentlich-rechtlichen Sender konnten trotz der starken Konkurrenz auf dem bulgarischen Medienmarkt und des akuten Geldmangels ihre führende Position im Bereich der Einschaltquoten behaupten. *Horizont*, das Landesprogramm des *BN.T*, und das landesweit zu empfangende Fernsehprogramm von *Kanal 1* verzeichnen nach wie vor die höchsten Zuschauer- und Zuhörerzahlen, dicht gefolgt von den Programmangeboten der privaten Sender.²⁹³ Der Objektivitätsgehalt der Berichte, der einzigen in Bulgarien tätigen Nachrichtenagentur *TNS* muss angesichts ihrer verschiedenen Beteiligungen an Medien und Werbeagenturen durchaus kritisch hinterfragt werden. Abhilfe könnte in Zukunft hier der Neuling auf dem bulgarischen Markt, das

²⁹¹ Vgl. Lilow, Emiliyan: Viele Zeitungen bedienen die Regierenden oder die Wirtschaft. Die Medienlandschaft in Bulgarien 17 Jahre nach der Wende, Deutschlandfunk 10.03.2007, URL: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/marktundmedien/603190/>, [Zugriff: 11.4.2007].

²⁹² Vgl. Tzankoff (2001): Transformationsprozess in Bulgarien, S. 65-120.

²⁹³ Vgl. Vladkova (2007): Länderbericht Bulgarien, S. 3-4.

österreichische Markt- und Meinungsforschungsunternehmen *GfK* schaffen, das beabsichtigt, Marktstudien in den mittelost- und südost-europäischen Medienlandschaften durchzuführen.²⁹⁴

Das bulgarische Parlament verabschiedete im September 2005 eine Strategie, die es dem Rat für elektronische Medien ermöglicht, neue Rundfunk- und Fernsehizenzen öffentlich auszuschreiben. Allerdings führten diese gesetzlichen Neuerungen bislang nicht zu mehr Wettbewerb, wie beabsichtigt, sondern zu einem Aussterben der kleinen Radio- und Fernsehanstalten, die den veränderten Anforderungen nicht länger gewachsen sind. Problematisch erscheint es zudem, dass in den letzten fünf Jahren keine neuen Sendefrequenzen mehr vergeben wurden. Im Endeffekt war der Rat für elektronische Medien damit fünf Jahre lang nicht wie vorgesehen imstande seine Grundfunktionen zu erfüllen.²⁹⁵

Angesichts der geringen Bevölkerungszahl von knapp acht Millionen Einwohnern, erscheinen die Auflagen der Presseerzeugnisse niedrig und der Konkurrenzdruck dementsprechend hoch. So hat sich der zu Beginn der 1990er Jahre explodierende Pressemarkt in Bulgarien stark ausgedünnt: Von den ursprünglich mehr als 1.000 Zeitungen und Zeitschriften, die zwischen 1989 und 1995 verlegt wurden, existierten bereits 1995 nur noch die Hälfte.²⁹⁶

In den vergangenen Jahren hat der Zeitungsmarkt in Bulgarien eine große Dynamik bewiesen. Neue Tages- und Wochenzeitungen sind auf den Markt gekommen – *Express* und *Pogled*. Gleichzeitig haben die Zeitungen ihren Internetauftritt ausgebaut, und es gibt Pläne für einen neuen TV-Kanal mit Wirtschaftsschwerpunkt. Auch hier zeichnet sich die Tendenz ab, große Mediengruppen aufzubauen: Der Eigentümer von *Express* hat beispielsweise den Fernsehkanal *TV7* und die Nachrichtenagentur *Express.bg* unter sich vereint.

Die meisten Tageszeitungen in Bulgarien wenden sich heute an ein breites Publikum, das sich jedoch wenig für Politik, dafür umso mehr für Unterhaltung interessiert. Seit 1989 sind auf dem Zeitungsmarkt überwiegend Tages- und Wochen-Boulevardzeitungen vorherrschend.

Eine weitere Besonderheit des Zeitungsmarkts ist, dass die, für die Liberalisierungsphase so typische, parteinahe Presse langsam verschwunden ist. 2002 hat die Zeitung der Union der Demokratischen Kräfte (*UDK*), die *Demokracija*, ihre Arbeit eingestellt und damit das Ende der parteipolitischen Presse eingeleitet. Die *Duma*, die Zeitung der Bulgarischen Sozialistischen Partei (*BSP*), hat ihr Erscheinen ebenfalls zweimal eingestellt, in beiden Fällen haben *BSP*-nahe Geschäftsleute die Zeitung wieder auf den Markt gebracht. Die *Duma* existiert zwar noch, hat jedoch eine äußerst geringe Auflage und nur einen schwachen Anzeigen- und Werbeteil.²⁹⁷

Die *Trud* ist nach wie vor die Tageszeitung mit der höchsten Auflage. Die traditionsreiche Zeitung ist bereits 1936 zum ersten Mal erschienen und bis 1992 das Presseorgan der Gewerkschaften gewesen. Danach wurde sie privat übernommen. Die *24 Tschassa* ist Teil der *168 Tschassa*-

²⁹⁴ Vgl. Pressemitteilung der GfK Austria GmbH: Consumer Confidence Barometer in Bulgaria, Czech Republic, Poland and Romania. March 2007, 5.4.2007, URL: <http://www.gfk.at/de/default.aspx>, [Zugriff: 10.4.2007].

²⁹⁵ Vgl. Vladkova (2007): Länderbericht Bulgarien, S. 3.

²⁹⁶ Vgl. Riedel, Sabine: Das politische System Bulgariens, in: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2004, S. 593-636.

²⁹⁷ Vgl. Vladkova (2007): Länderbericht Bulgarien, S. 4.

Pressegruppe und ist 1990 gegründet worden. Gekennzeichnet durch eine vergleichsweise hohe Bezahlung und einen relativ neutralen Sprachstil ist die Gruppe in der Lage, zahlreiche talentierte Journalisten zu beschäftigen, auch viele Intellektuelle und Politiker veröffentlichen in der Zeitung, was sie durchaus zu einem Qualitätsblatt macht.²⁹⁸ Eine weitere Tageszeitung, die als Qualitätspresse bezeichnet werden kann, ist *Dnevnik*.

Der Journalistische Beruf in der Praxis

Die Mehrheit der heutigen Journalisten Bulgariens ist erst nach 1989 in den Beruf eingestiegen. Ihre berufliche Laufbahn sowie ihr Selbstverständnis sind somit von den verschiedenen Phasen der Transformation geprägt. Das Durchschnittsalter der Journalisten liegt bei 25 bis 35 Jahren und ist im Vergleich zum Westen erstaunlich niedrig. Wer in der Gründerzeit des post-kommunistischen Bulgariens zum Journalismus kam, gehört dort heute schon zu den „alten Hasen“.

Demnach hat der Beruf des Journalisten nach 1990 eine doppelte Wandlung erfahren: Nicht nur die politischen, wirtschaftlichen und vor allem rechtlichen Rahmenbedingungen haben sich deutlich geändert, sondern es ist auch eine junge Generation mit neuem Selbstverständnis an die Stelle der Alten getreten. Besonders an Emotionalität und Kampfgeist mangelte es dieser Generation von Journalisten zu Beginn der 1990er Jahre nicht.²⁹⁹

Gewerkschaften sind im Mediensektor Bulgariens in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Durch das Fehlen von Tariflöhnen leben Journalisten nicht selten am Existenzminimum. Anstellungen in der Medienbranche fußen überwiegend auf unsicheren Honorarverträgen. Durchschnittslöhne von wenigen hundert Euro pro Monat sind keine Seltenheit. Zu Beginn des Jahres 2000 wurden zudem empfindliche Änderungen im Strafgesetzbuch vorgenommen: Für Beleidigungen und Verleumdungen von Politikern und anderen Personen können nun hohe Strafgebühren verhängt werden, die mehrere Jahreseinkünfte der Journalisten übersteigen. Auf diese Strafpraxis, die in erster Linie bei Journalisten Anwendung findet, lässt sich die präventive Selbstzensur in Bulgarien zurückführen, die klar den prekären ökonomischen Verhältnissen der Journalisten geschuldet ist.³⁰⁰

Bewertendes Zwischenfazit

Obwohl sich in Bulgarien seit Anfang der 90er Jahre eine vielfältige Medienlandschaft entwickelt hat und das Land 2007 der EU beitrug, ist die Unabhängigkeit der Medien in Bulgarien bislang gesetzlich nicht geregelt. Ein Indiz für versuchte politische Einflussnahme auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist die ständige Neubesetzung des Rates für elektronische Medien. Wenn derartige Schlüsselgremien je nach politischer Großwetterlage jährlich aufgelöst und neu besetzt werden können, ist es mit ihrer Unabhängigkeit nicht weit her. Die EU hat hier viel zu lange zugesehen und müsste nicht nur eine Neuregelung der Ratsbesetzung, sondern auch eine Reform der formal öffentlich-rechtlichen Anstalten einfordern. Deren Finanzierung durch allgemeine Gebühren wurde bislang nicht eingeführt.

²⁹⁸ Vgl. Riedel (2004): Das politische System Bulgariens, S. 593-636.

²⁹⁹ Vgl. Vladkova (2007): Länderbericht Bulgarien, S. 4-5.

³⁰⁰ Ebd.

Welchem Druck durch Parteien Medien in Bulgarien ausgesetzt sein können, zeigt die Kampagne der ultranationalistischen Partei *Ataka* gegen „unbulgarische“ Medien. Immerhin hat diese massive Bedrohung der Pressefreiheit zu einer Solidarisierung bulgarischer Journalisten und Verleger geführt, die sonst noch viel zu selten in Südost-, Mittel- und Osteuropa zu beobachten ist. Eine Stellungnahme der „Vereinigung der Verleger“, die 65 Medien unterzeichneten, forderte die Staatsanwaltschaft zu Schritten auf.

Die Schwäche des bulgarischen Medienrechts hängt nicht zuletzt auch mit der Schwäche der bulgarischen Journalistenvertretungen zusammen. Bisher gibt es hier kein Gremium, das Forderungen der Journalisten artikuliert und ein politisches Gegengewicht darstellt. Nur auf einen wohltuenden Einfluss der EU oder ausländischer Verlage zu hoffen, ist zu wenig.

9. Tschechien

„Viele deutsche Verlage haben in tschechische Tageszeitungen investiert und so wird immer wieder das Menetekel der tschechischen Presse in deutscher Hand an die Wand gemalt. Wird die tschechische Presse zum Sprachrohr der sudetendeutschen Landsmannschaft? (...) Es ist bislang kein Fall verlegerischer Einflussnahme auf redaktionelle Inhalte gegen den Willen der Redaktionen bekannt.“³⁰¹

Mediengesetzgebung

Tschechien durchlief nach 1989 einen doppelten Transformationsprozess. Der gesellschaftliche und politische Wandel ging mit der Staatsbildung einer eigenen Republik einher, die sich 1993 aus dem tschechoslowakischen Staatenbund herauslöste. Seit 2004 ist Tschechien Mitglied der EU, und der tschechische Staat delegiert freiwillig wieder einige seiner Hoheitsrechte ab, um sich europäischen Rechtsnormen anzupassen. So wurde das tschechische Medienrecht relativ rasch an europäische Gesetzesnormen angeglichen. Das Parlament hat im Jahr 2000 das neue Pressegesetz, ein Jahr später das Rundfunkgesetz verabschiedet und damit sämtliche restriktive Bestimmungen sowie freiheitlichen Einschränkungen endgültig abgeschafft.

Gleichzeitig wurden hier einige präventive Regelungen zur Verhinderung der Konzentration der audiovisuellen Medien getroffen: Eigentümer dürfen nur ein einziges landesweites TV-Programm oder eine einzige Radiostation erwerben. Nicht geregelt sind hingegen die wirtschaftlichen Verflechtungen von Radio- und Fernsehprogrammen sowie Printmedien in einem Konzern oder der maximale Beteiligungsanteil ausländischer Investoren.³⁰² Diese Bedingungen prägten die tschechische Medienlandschaft tiefgreifend.

Neben dem Rundfunk- und Fernsehrat wurden in Tschechien weitere Medienkontrollbehörden geschaffen, darunter die Abteilung Massenmedien des Kulturministeriums, die Ständige Kommission für Medien des Parlaments sowie der Hörfunk- und Fernsehrat. So ist in Tschechien die enge Verflechtung von Medien und Politik in den 1990er Jahren immer wieder in die Kritik geraten. Doch eine genau formulierte Beschreibung der Tätigkeit der Ständigen Kommission im tschechischen Abgeordnetenhaus liegt nicht vor. Auch besitzt diese Kommission keinerlei Befugnisse eines Parlamentsausschusses. Sie erörtert lediglich Gesetze, die im Parlament behandelt werden und sich auf den Medienbereich auswirken. Außerdem soll sie mit den jeweiligen im Abgeordnetenhaus gewählten Räten zusammenarbeiten.³⁰³

Im Jahr 1990 wurde ein Gesetz erlassen, demzufolge der Tschechoslowakische Rundfunk zu einer öffentlichen Institution umzustrukturieren ist, die für ihr Budget nicht mehr vom Staat abhängt, sondern

³⁰¹ Imhof, Werner: Die tschechische Medienlandschaft, URL: <http://www.tschechien-portal.info/modules.php?op=modload&name=Sections&file=index&req=viewarticle&artid=37&page=1>, [Zugriff: 5.4.2007].

³⁰² Vgl. Smid, Milan: Medien in der tschechischen Republik, in: Hans-Bredow-Institut (Hg.): Internationales Handbuch Medien 2004/2005, S. 661-670.

³⁰³ Vgl. Sonka, Jaroslav: Länderbericht Tschechien, 2007, S. 3.

sich durch Konzessionsgebühren finanziert. Der Generaldirektor wird vom Rat für Rundfunk und Fernsehen (*Rada pro Rozhlasove a Televizni Vysilani, RRTV*) ernannt, der wiederum vom Parlament gewählt wird.³⁰⁴ Die laufende Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wird wiederum durch den Rat des Tschechischen Fernsehens (*Rada Ceske Televize*) und den Rat des Tschechischen Rundfunks (*Rada Ceskeho Rozhlasu*) gewährleistet. Der Rat wählt den Generaldirektor, überwacht das Wirtschaften des Fernsehsenders und entscheidet über dessen Status. Wie der Rat für Rundfunk und Fernsehen werden diese Aufsichtsorgane durch das Abgeordnetenhaus einberufen.³⁰⁵ Laut Gesetz ist der Rat für Rundfunk und Fernsehen für die Vergabe von Lizenzen an private Rundfunk- und Fernsehsender zuständig – was ihn zum Schlüsselorgan der politischen Einflussnahme macht.³⁰⁶

Im Jahr 2000 nahm der Vorwurf der Verflechtung von Politik und Medien mit der Ernennung eines neuen Generaldirektors seinen Höhepunkt. Rund 2.000 Angestellte des öffentlich-rechtlichen Fernsehens rebellierten gegen die Wahl des neuen Generaldirektors durch den *RCT*. Als daraufhin die ehemalige Beraterin des Parlamentspräsidenten zur neuen Nachrichtendirektorin ernannt und gleichzeitig mehr als 20 Nachrichtenredakteure entlassen wurden, strahlten die Redakteure, die mit der Entscheidung nicht einverstanden waren, die Inschrift „Streik“ in ihrem Programm aus und setzten sich so öffentlichkeitswirksam zur Wehr. In mehreren, darauf folgenden Massendemonstrationen, von denen die im Januar 2001 zu der größten Protestveranstaltung in Osteuropa seit 1989 zählt, solidarisierte sich die Öffentlichkeit mit den Streikenden und demonstrierte gegen den zunehmenden Einfluss der beiden Parteien auf die Medien.³⁰⁷ Nach 51 Tagen und einer Petition von 210.000 Bürgern und Bürgerinnen, die die Unabhängigkeit des Fernsehens forderte, kam das Parlament den Forderungen nach und berief einen neuen Intendanten. Das neue Mediengesetz von 2001 beendete schließlich die Krise.³⁰⁸ Seitdem sind in den jeweiligen Räten laut Gesetz Repräsentanten von verschiedenen regionalen, politischen, sozialen oder kulturellen Strömungen des Landes vertreten. Dennoch wird nach wie vor von unterschiedlichen Seiten immer wieder kritisiert, dass die Räte zu politisch sind, da ihre Zusammensetzung vom Abgeordnetenhaus bestimmt wird. Hier wird oft als positives Beispiel der Rundfunkrat in Deutschland herangezogen, wo es nach Meinung mancher Beobachter eine stärkere Ausgewogenheit zwischen politischen und gesellschaftlichen Repräsentanten gibt.

Mediensystem

Nach der Spaltung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in zwei eigenständige Staaten im Januar 1993 wurde aus dem Tschechoslowakischen der Tschechische Rundfunk (*Cesky Rozhlas, CRO*). Er umfasste vier landesweite Sender und ein Netz von acht regionalen Studios. Zu

³⁰⁴ Vgl. Sonka (2007): Länderbericht Tschechien, S. 5.

³⁰⁵ Vgl. Vodicka, Karel: das politische System Tschechiens, in: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2005, S. 247-284.

³⁰⁶ Ebd.

³⁰⁷ Vgl. Segert, Dieter: Das Politische System nach 1989. Politik und Massenmedien, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Information zur politischen Bildung, Heft 226, 2002: Tschechien. URL: http://www.bpb.de/publikationen/GG2QVL,4,0,Politisches_System_nach_1989.html#art4, [Zugriff: 24.4.2007].

³⁰⁸ Vgl. Segert, Dieter: Das Politische System nach 1989. Politik und Massenmedien. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2002: Information zur politischen Bildung, Heft 226: Tschechien. URL: http://www.bpb.de/publikationen/GG2QVL,4,0,Politisches_System_nach_1989.html#art4, [Zugriff: 24.4.2007].

den landesweiten Sendern gehört unter anderem das *Radiojournal* (Musik- und Nachrichtensender), der Sender *Praha* (Familiensender mit Informations- und Unterhaltungsprogrammen) und *Vltava* (Klassische Musik und Literatur). Im Jahr 1995 entstand der neue landesweite Sender *Tschechischer Rundfunk 6/ Radio Free Europe*, dessen Programm auf politische Berichterstattung, Analysen und Kommentare ausgerichtet ist.

Zu Beginn setzte sich das Programm des Senders aus Beiträgen des Tschechischen Rundfunks, aus Sendungen von *Radio Free Europe* in tschechischer Sprache, der *BBC*, der *Deutschen Welle* und des Senders *Voice of America* zusammen. Die Partnersender lösten nach und nach die Zusammenarbeit auf, so dass der Sender seit 2002 als *CRo6* funktioniert und das Programm gänzlich mit eigenen Beiträgen abdeckt.

Die öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt *Ceska Televize (CT)* verfügt heute über zwei landesweite Programme: *CT1* ist als Vollprogramm für ein breites Publikum konzipiert, während *CT2* eine ergänzende Alternative für anspruchsvollere Zuschauer darstellt. Daneben strahlt *CT* zwei Digitalprogramme aus: Im Mai 2005 ging der Nachrichtensender *CT24* ans Netz, im Februar 2007 folgte der Sportkanal *CT4*. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen finanziert sich hauptsächlich aus den Fernsehgebühren sowie aus einer begrenzten unternehmerischen Tätigkeit wie Werbung und Sponsoring. Laut dem neuen Rundfunkgesetz darf *CT* ab dem Jahr 2008 keine Werbung mehr ausstrahlen. Im Gegenzug ist eine Erhöhung der Rundfunkgebühren vorgesehen.

Die Tschechische Republik war der erste südost- mittelost- und osteuropäische Staat, der privaten Fernsehsendern landesweite Lizenzen erteilte. Im Jahre 1994 wurde das damalige erste Föderale Fernsehen *CT* auf der Grundlage eines Auswahlverfahrens an das kommerzielle Fernsehen *TV Nova* abgetreten. 1997 startete der zweite kommerzielle Privatsender Tschechiens, das heutige *TV Prima*. Auch *TV Prima* hat inzwischen einen ausländischen Investor, die schwedische *Modern Times Group*, die 2005 eine 50prozentige Beteiligung an der *GES Media Holding* gekauft hat, die *TV Prima* betreibt. In der Vergangenheit erreichte *TV Prima* Einschaltquoten auf der Höhe von *CT1* und lag damit auf Platz zwei der Fernsehsender in Tschechien.

Die privaten Sender finanzieren sich ausschließlich über Werbung und andere kommerzielle Tätigkeiten. Der Werbeanteil an der täglichen Sendezeit ist bei den privaten Fernsehsendern auf 15 Prozent begrenzt.

Die Eigentumsverhältnisse auf dem privaten Fernseh- und Rundfunkmarkt sind auch in Tschechien relativ intransparent. Der Skandal um den größten Privatsender *TV Nova* veranschaulicht dies beispielhaft, dessen Mehrheits-Eigentümer das Unternehmen *Central European Media Enterprises (CME)* des amerikanischen Investors Ronald Lauder ist.³⁰⁹ Im Jahr 2003 sah sich das Parlament gezwungen, den Rat für Rundfunk und Fernsehen abuberufen, nachdem bekannt wurde, dass dieser dem Sender trotz umstrittener Eigentumsverhältnisse die Sendelizenz verlängert hatte.

Hintergrund des Medienpolitikums war eine Auseinandersetzung zwischen der amerikanischen Gesellschaft *CME*, die als Investor auch für die Programmgestaltung des TV-Senders verantwortlich

³⁰⁹ Vgl. Sonka (2007): Länderbericht Tschechien, S. 4.

ist, und der tschechischen Gesellschaft *CET 21*, die nach Vladimir Zelezny's Machenschaften alleinig über die Sendelizenz verfügte. Die *CME legte* bei europäischen Schiedsgerichten in London und Stockholm Beschwerde gegen den tschechischen Staat ein, da dieser ihrer Meinung nach nicht den vorher vereinbarten Schutz ihrer Investitionen sichergestellt habe.

Das Schiedsgericht in Stockholm entschied, dass Tschechien das Investitions-Schutzabkommen verletzt und *CME damit* Anspruch auf Schadensersatz hat. Die genaue Höhe wurde von dem Schiedsgericht in London 2003 mit ca. 335 Mio. US-Dollar festgelegt. Seit 2005 ist *CME* wieder Mehrheitsaktionär bei *TV Nova*. Sie kaufte die Beteiligung an dem Sender und dem Lizenzinhaber *CET 21* für insgesamt fast 900 Mio. US-Dollar. Zwischenzeitlich waren die zuvor verworrenen Eigentumsverhältnisse bei *TV Nova* durch die tschechische Investmentgruppe *PPF* bereinigt worden.³¹⁰

Die Eigentumsverhältnisse der Printmedien sind aus einem leichten Grund besser zu durchschauen: Die wesentlichen Tageszeitungen befinden sie sich in der Hand ausländischer Verlagsgesellschaften. Das Boulevard-Blatt *Blesk* des schweizerischen Medienunternehmens *Ringier* ist die landesweit auflagenstärkste Tageszeitung. Daneben werden an den tschechischen Kiosken drei weitere Zeitungen mit ausländischen Eigentums-Beteiligungen verkauft: *MF Dnes* und *Lidové noviny* gehören zur Verlagsgruppe *MAFRA* der *Rheinisch Bergischen Verlagsgesellschaft* aus Düsseldorf. Die *Hospodaiske Noviny* wird vom Unternehmen *Economia* der *Holtzbrinck* Gruppe und die *Sport* wiederum vom schweizerischen Unternehmens *Ringier* gehalten. Die einzigen Zeitungen, die sich durch Mehrheitsbeteiligungen in der Hand eines privaten, tschechischen Unternehmers befinden, sind die ehemaligen Sprachrohre der Kommunistischen Partei: Die Tageszeitung *Pravo* gehört dem *Borgis*-Verlag: Sie ist die inoffizielle Nachfolgerin der Tageszeitung *Rude Pravo*, das frühere Parteiorgan der Kommunistischen Partei *KSC*. Der *Bauer*-Verlag gibt genauso wie *Axel Springer*, *Handelsblatt* und *Bertelsmann* über Tochterfirmen in Tschechien Magazine und Zeitschriften heraus. Die Regionalzeitungen Tschechiens gehören jedoch überwiegend zum bayerischen Verlag *Passauer Neue Presse*.³¹¹

Die Redaktion der *Pravo* behielt durch Privatisierungen und unter der Beteiligung des Vor-Wende-Managements ihre eigene Struktur und agiert nach wie vor ohne zusätzliche Kapitalspritzen aus dem Ausland. Der Mehrheitseigentümer Zdenek Porybny ist in diesem Prozess zu einem landeseigenen Medienmogul avanciert. Die Zeitung *Halo noviny* ist wie die *Pravo* bis heute de facto das Sprachrohr der kommunistischen Nachfolgepartei *KSCM*, welche über die herausgebende Aktiengesellschaft *Futura* gehalten wird.

Unter dem Kritikpunkt Qualitäts-Presse sticht vor allem die Wochenzeitung *Respekt* hervor. Sie erschien als erste politische Zeitung in Tschechien nach 1989 und ist das Nachfolgeblatt der Samisdat-Zeitschrift *Informacnj Servis*. Bis heute wird die Zeitschrift im Schwarz-Weiß-Druck

³¹⁰ Vgl. Martin, Lothar: Zelezny als TV-Nova-Generaldirektor abberufen - Tschechien muss zahlen, 15.05.2003, URL: <http://www.radio.cz/de/artikel/40720>, [Zugriff: 5.4.2007].

³¹¹ Vgl. Vodicka, Karel: das politische System Tschechiens, in: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2005, S. 247-284.

vornehmlich von Intellektuellen gelesen, da ihre ausgewogene Berichterstattung auf einer fundierten Recherche beruht. Der Hauptanteilseigner der Verlagsgesellschaft *R-Press s.r.o.*, die *Respekt* verlegt, ist mit 93 Prozent Fürst Karl Schwarzenberg, ein Berater und Freund des ehemaligen Staatspräsidenten Vaclav Havel. Schwarzenberg möchte mit der Investition in das wenig profitable Magazin ein unabhängiges Blatt unterstützen, das sich der Idee der Zivilgesellschaft verschrieben hat.³¹²

Ein neues Phänomen auf dem Markt sind Gratiszeitungen im handlichen Format. Ende November 2005 begann der *Ringier*-Verlag mit der Herausgabe der kostenlosen Tageszeitung *24hodin*, mit dem er die Vorherrschaft des Gratisblattes *Metro* der *Modern Times Group* zu brechen versucht. Zu diesen beiden kostenlosen Zeitungen kamen in jüngster Zeit noch zwei weitere hinzu: Der von der Mediengruppe *Mafra* herausgegebene *Metropolitní expres* und die Tageszeitung *Kuryr*, hinter der der *Iditara*-Verlag steht.

Die Diskussion um die möglichen Einflüsse deutscher Investoren auf die inhaltliche Ausrichtung der tschechischen Zeitungen ist ein Dauerbrenner in den tschechischen Medien. In seinem Buch „Konec Ceskeho Tisku“ (Das Ende der tschechischen Presse) hat der Historiker Borivoj Celovsky die These aufgestellt, dass gerade die deutschen Medienbeteiligungen einer historisch bedeutenden Manipulation Tür und Tor öffnen könnten.³¹³ Doch bislang zeigt sich, dass die deutschen Verlagshäuser in erster Linie an den wirtschaftlichen Aspekten des tschechischen Medienmarktes interessiert sind und weniger auf die politisch ausgerichteten Inhalte der Zeitungen Einfluss zu nehmen versuchen.

Medienlandschaft

Der ehemals zentralistisch organisierte Zeitungsvertrieb musste nach der Auflösung der Tschechoslowakei grundlegend reformiert werden. Heute gibt es mehrere privatwirtschaftliche Firmen, die unter sich den Vertrieb von Presseerzeugnissen nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgeteilt haben. Hier spielen die ausländischen Investoren die entscheidende Rolle: Das Verlagshaus *Vltava-Labe-Press (VLP)*, eine Tochter der Verlagsgruppe *Passau* (80 Prozent) und der *Rheinisch-Bergischen Druckerei- und Verlags GmbH* (20 Prozent), gibt in Tschechien flächendeckend die gesamte regionale Tagespresse heraus. Das sind 73 regionale Tageszeitungen, und seit Herbst 2005 das Boulevardblatt „*©íp*“. Bei dem kleineren Blatt *Mediaprint Kapa* sind *Hachette*, *Axel Springer* und *Burda* mit Minderheitsanteilen beteiligt. Immer wieder gibt es Spekulationen, dass hier auch die *WAZ* über die österreichische *Kronenzeitung* mitmischt. Eine staatliche Beeinflussung ist dadurch jedoch ausgeschlossen und entsprechende Diskussionen gehören in Tschechien der Vergangenheit an.³¹⁴

Der tschechische Werbemarkt ist aufgrund der relativ geringen Größe und der dadurch begrenzten Einwohnerzahl des Landes ein hart umkämpftes Terrain. Vor allem der große Boom kommerzieller

³¹² Vgl. Segert: 2003, S.155.

³¹³ Celovsky, Borivoj: *Konec Ceskeho Tisku* (deutscher Titel: *Das Ende der tschechischen Presse*). Prag 2001.

³¹⁴ Vgl. Sonka (2007): *Länderbericht Tschechien*, S. 2.

Radiosender sowie deren schnelles Aus aufgrund finanzieller Schwierigkeiten zeigten, dass ein beschränkter Werbe- und Anzeigenmarkt Pluralität und Wettbewerb im Mediensektor Schranken aufweist. Dies wurde besonders in der Diskussion um die allgemeinen Rundfunkgebühren deutlich. Die gesetzliche Regelung, dass die öffentlich-rechtlichen Sender ab dem Jahr 2008 keine Werbung mehr schalten dürfen und sich komplett über Gebühren finanzieren müssen, wird die Akteure auf dem Werbemarkt erneut um ein Vielfaches reduzieren.

Ähnlich wie auf dem Zeitungsmarkt dominieren auch auf dem tschechischen Markt für Kabelfernsehen zwei ausländische Unternehmen. Die in den Niederlanden ansässige US-Firma *United Pan-European Communications (UPC)* erwarb 1999 den damals größten tschechischen Kabelbetreiber und übernahm zwei weitere der Telekommunikationsbranche. Der zweitgrößte Kabelbetreiber *Karneval*, der im vergangenen Jahr von *UPC (Liberty Global)* übernommen wurde, ist aus der Fusion der vormals zweit- und drittgrößten Anbieter hervorgegangen. Beide Gesellschaften setzen in ihrer Marktstrategie zunehmend auf neue Multimedia-Übertragungsformen: Über die Breitbandtechnologien sollen gleichzeitig Internetangebote vertrieben und das Spektrum des Digitalfernsehens ausgebaut werden.³¹⁵

Der tschechische Internetmarkt wächst rasant und zeichnet sich durch ein Höchstmaß an Dynamik aus. Ende Sommer 2006 kündigte *Google* an, seine Tätigkeiten für Mittel- und Osteuropa, beginnend im Januar 2007, von Prag aus zu koordinieren. Dazu soll ein neues Portal unter dem Namen *google.cz* gegründet werden. Das Suchportal *Lycos* hat hingegen erst kürzlich seine Beteiligung an dem tschechischen Portalanbieter *Seznam.cz* an die in Luxemburg registrierten *Tiger Holding Four* und *Miura International* verkauft. Hingegen hat sie Süddeutsche Zeitung bereits Überlegungen angestellt, die Redaktion ihres Online-Portals nach Prag zu verlegen.³¹⁶

1994 war das Internetportal von *Radio Prag/ CRo7* das erste Nachrichtenmedium Tschechiens, das sich mehrsprachig im World Wide Web präsentierte. Heute sind fast alle tschechischen Medien mit eigenen Online-Angeboten vertreten. Dabei erweisen sich die Foren und Chats dieser Internetausgaben als ein wichtiges Ventil für das Publikum. Die vielfach reflektierte „Politikverdrossenheit“ findet hier in Beiträgen ihren Ausdruck, die oft jene ethischen Grenzen überschreiten, die von den Redaktionen gesetzt werden.³¹⁷

³¹⁵ Vgl. Smid (2004/2005): Medien in der tschechischen Republik, S. 661-670.

³¹⁶ Vgl. Mrazek, Thomas: Vielleicht waren wir zu zögerlich, in: *Sueddeutsche.de*, 18. April 2007, URL: <http://www.onlinejournalismus.de/2007/04/18/sueddeutsche-vielleicht-waren-wir-zu-zoegerlich/>, [Zugriff: 5.5.2007].

³¹⁷ Vgl. Sonka (2007): Länderbericht Tschechien, S. 8.

Der Journalistische Beruf in der Praxis

Mit dem gesellschaftlichen Wandel und der Unabhängigkeit von 1993 vollzog sich in den Medienberufen ein radikaler Generationswechsel. Die Generation von Journalisten, die um 1980 ihren Berufsweg begannen, wurde regelrecht verdrängt. Diese Entwicklung scheint bemerkenswert aber nachvollziehbar: Eine ganze Welle junger Journalisten, ohne viel Erfahrung, drängte mit jugendlichen Schwung und Elan in die Medienberufe und prägte damit das Aussehen der tschechischen Medienlandschaft nachhaltig. Teilweise handelte es sich hier um Quereinsteiger, oft jedoch um Anfänger. Anstatt zu berichten, übernahmen sie vereinzelt die Position von politischen Kommentatoren. Die Online-Ausgabe des renommierten Radiosenders *CRo7* veröffentlichte unlängst einen Artikel, der der eigenen Berufsgruppe mit dem berühmten erhobenen Zeigefinger begegnet: „Schnitzeljagd für Journalisten. Zur Anatomie politischer Affären“³¹⁸ lautet die Selbstreflexion und pointiert das Kernproblem des tschechischen Journalismus mit folgenden Worten: „Im Dickicht der politischen Affären können die Bürgerinnen und Bürger schon mal den Überblick verlieren. Das gilt selbst für eifrige Medienkonsumenten – oder vielleicht gerade für diese. Denn auch in Tschechien sind Affären längst Teil des politischen Tagesgeschäfts geworden. Und wenn kaum ein Tag vergeht, ohne dass irgendeine Causa irgendeine Wendung nimmt, dann verschwimmen die Grenzen zwischen künstlichen und echten Skandalen, zwischen kleinen und großen.“³¹⁹

Heutzutage wird stellenweise versucht, diese Entwicklung zu korrigieren und die beruflichen Standards zu verbessern. Die Universitäten haben versucht, die Journalistenausbildung zu reformieren und führten neue Konzepte der Medienwissenschaften und der Journalistik in die Studiengänge ein. Dennoch genießt der universitäre Ausbildungsweg der Journalisten nach wie vor keinen wirklich guten Ruf in Tschechien. Obwohl viele Absolventen von privaten Journalistenschulen bereits während ihrer Ausbildung in den Medien tätig sind und so frühzeitig praktische Erfahrungen sammeln ist die fehlende Berufs- und Lebenserfahrung der meisten tschechischen Journalisten nach wie vor ein großes Problem für die hiesigen Medien.³²⁰

Bewertendes Zwischenfazit

Tschechien ist in der Rangliste der Pressefreiheit 2006 von Reporter ohne Grenzen (*ROG*) auf Rang fünf platziert – noch vor Norwegen, der Schweiz und 18 Plätze vor Deutschland. Die *ROG*-Bewertung dieser Spitzenposition lautet: „Die Medien können frei und ungehindert berichten, Journalistinnen und Journalisten sind keinen Repressionen ausgesetzt. Auch der Quellenschutz ist weitgehend gewährleistet.“³²¹ Nun lässt sich – wie eingangs erläutert – über den Sinn solcher Tabellen und die Vergleichbarkeit von Ländern streiten. Unbestritten aber ist, dass Tschechien unter den Ländern Südost-, Mittelost- und Osteuropas zu den Vorreitern in Punkto Medienfreiheit zählt. Die tschechische Gesetzgebung garantiert umfassend die Unabhängigkeit der Medien: Der öffentlich-rechtliche

³¹⁸ Schubert Gerald: Schnitzeljagd für Journalisten. Zur Anatomie politischer Affären, 18-12-2006. URL: <http://www.radio.cz/de/artikel/86426>, [Zugriff: 7.4.2007].

³¹⁹ Ebd.

³²⁰ Vgl. Sonka (2007): Länderbericht Tschechien, S. 7.

³²¹ Vgl. Rangliste der Pressefreiheit 2006, Reporter ohne Grenzen: URL: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste-2006.html> [Zugriff: 7.4.2007].

Rundfunk wird durch allgemeine Gebühren finanziert, und der politische Einfluss auf die Kontrollgremien ist vor einigen Jahren abgeschafft worden.

Ihre Unabhängigkeit haben sich die Journalisten selbst erkämpft: In den Jahren 2000/2001 hat in Tschechien eine Medienrevolution stattgefunden. Eine Streikbewegung von Redakteuren der öffentlich-rechtlichen Anstalten hatte sich damals innerhalb weniger Monate zu einer Massenbewegung entwickelt, die den nötigen politischen Druck aufbaute. Die Regierung verlor ihren Einfluss auf die öffentlich-rechtlichen Sender, das zentrale Aufsichtsgremium der öffentlich-rechtlichen Anstalten setzt sich heute aus Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen.

Abgesehen von der kommunistischen Tageszeitung *Halo Noviny* wird die tschechische Tagespresse weder von politischen Parteien noch von anderen Machteliten gelenkt. Dennoch bergen auch in Tschechien die wenig transparenten Besitzverhältnisse auf dem kommerziellen Medienmarkt Möglichkeiten versteckter Einflussnahme. Ambivalent wird in Tschechien die Dominanz ausländischer Anteilseignern auf dem Zeitungsmarkt gesehen. Besonders die starke Dominanz der deutschen Verlagsgruppen verursacht Ängste. Eine Studie des Medienzentrums der Karls-Universität ergab allerdings, dass die von deutschen Verlagen dominierten Blätter kontroverse Themen zur deutsch-tschechischen Vergangenheit zwar meiden, aber keine deutliche, inhaltliche Einflussnahme festzustellen ist.³²²

Ähnlich wie in allen jungen Demokratien des östlichen Europa sind es nicht zuletzt wirtschaftliche Zwänge, die den Journalisten das Leben schwer machen. Bei der Berichterstattung wird immer wieder ein unkritisches Verhalten gegenüber großen Anzeigenkunden beobachtet, vor allem bei der Tageszeitung *Pravo*. Zudem sind aus Kostengründen die Voraussetzungen für investigativen Journalismus im Print- und Hörfunksektor nicht optimal, öffentlich-rechtliche Sender und einige Wochenzeitschriften wie *Respekt* ausgenommen.

Auch die tschechischen Journalisten tun sich noch schwer, eigene Regeln und Qualitätsstandards für Recherche und Berichterstattung einzuführen. Als Lobby-Verband fungiert das tschechische Journalistensyndikat, der in seiner Schlagkraft aber von den eigenen Mitgliedern gebremst wird. „Wir haben jetzt kürzlich eine Umfrage unter unseren Mitgliedern gemacht und sie gefragt, ob sie das Syndikat gerne als Gewerkschaft sehen würden. Dafür sprach sich lediglich ein Prozent der Mitglieder aus, der Rest war dagegen. Insofern beschränkt sich unsere Funktion darauf, eine Interessenvertretung für Journalisten zu sein“³²³, erklärte der Syndikats-Vorsitzende Miroslav Jelinek in einem Gespräch mit *n-ost*-Korrespondentin Silja Schultheis. Trotz der erfolgreichen Streikbewegung 2001 fehlt es also in Tschechien an einem geschlossenen Vorgehen der Journalisten, um die erreichte Unabhängigkeit noch weiter auszubauen.

³²² Vgl.: Smid, Milan: Czech Republik, in: Media ownership and its Impact on Media Independence and Pluralism. SEENPM/Peace Institut Ljubljana 2004, S. 153, URL: http://www.mirovni-institut.si/media_ownership/pdf/czech%20republic.pdf, [Zugriff: 20.4.1007].

³²³ Vgl.: Schultheis, Silja: Journalistensyndikat will Rolle der Medien bei Wahlen neu diskutieren, in: Im Spiegel der Medien – CRO, 16-06-2006, URL: <http://www.radio.cz/de/ausgabe/80153>, [Zugriff: 7.4.2007].

10. Polen

„Aus der Ära sind wir zwar mit der Überzeugung herausgekommen, dass die Vermittlung von Information wahrheitsgetreu sein sollte, aber auch mit dem Gefühl, dass die Medien ein Werkzeug im politischen Kampf sind und sich jeder Journalist (...) an einer Seite des großen und das Land spaltenden Konfliktes zwischen Kommunismus und Demokratie befindet.“³²⁴

Der Transformationsprozess in Polen wird im Vergleich stets als Sonderfall betrachtet: Von „ausgehandeltem Systemwechsel“ ist hier zumeist die Rede.³²⁵ Anhand des polnischen Beispiels sind zahlreiche idealtypische Transformationstheorien dieses Prozesses entwickelt worden. Das relativ frühe Einsetzen der Liberalisierungsphase 1989 verbunden mit der einzigartigen Rolle der Solidarnosc-Bewegung sowie der Kompromissbereitschaft der herrschenden Kommunistischen Partei am Runden Tisch setzte in Polen bereits im Frühjahr 1989 eine Dynamik in Gang. Der am Runden Tisch ausgehandelte Wandel beschleunigte sich zu einem raschen Systemwechsel, den weder Machthaber noch Oppositionsbewegung erwartet hatten.³²⁶ Im Dezember 1989 wurde bereits erstmals die Verfassung geändert, im Januar 1990 löste sich die Polnische Vereinigte Arbeiter Partei (PZPR) von selbst auf, nachdem sie 40 Jahre an der Macht gewesen war. Fünf Jahre früher als am Runden Tisch vereinbart, fanden 1990 die ersten demokratischen Wahlen statt. So hat der Begriff „Schocktherapie“ Einzug in die Transformationsforschung gehalten.

Diese Rahmenbedingungen sind wesentlich, um auch die Rolle der Medien im Transformationsprozess Polens unter besonderen Gesichtspunkten zu betrachten. Da die Initiative zu Reformen und Veränderungen aus der Gesellschaft heraus auf die politische Ebene getragen wurde, waren die Untergrund-Medien – in erster Linie die Presse – das alle Gesellschaftsschichten mobilisierende Sprachrohr der Solidarnosc-Bewegung. So haben die Medien beim Aufbau der Demokratie in Polen eine entscheidende Rolle gespielt, da es ihnen in den 1980er Jahren gelang, durch nicht-zensierte Untergrund-Literatur das Informationsmonopol der Partei zu durchbrechen.³²⁷ Bereits bei den Verhandlungen am Runden Tisch war die Funktion der Medien in der Transformationsgesellschaft zentrales Thema: „Das Ziel der neu entworfenen Informationsordnung soll die freie Beteiligung aller politischer Gruppen und einzelnen Personen in allen Bereichen der gesellschaftlichen Kommunikation sein“,³²⁸ lautete das Vorhaben. Auch die Rolle der Medien, die gesellschaftliche Reformen anregen und erklären sollten, wurde am Verhandlungstisch übereinstimmend definiert. Als Konsequenz wurde die präventive Zensur in Polen abgeschafft, die

³²⁴ Vgl. Merkel (1999): Systemtransformation, S. 410; Zakowski, Jacek: Journalistische Ethik in der polnischen Medien – eine persönliche Betrachtung. 1999, S. 260.

³²⁵ Vgl. Ziemer, Klaus/ Matthes, Claudia-Yvette: Das politische System Polen, in: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2004, S. 189-246.

³²⁶ Vgl. Hadamik, Katharina: Medien in Polen, in: Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden 2001, S.145-166.

³²⁷ Vgl. Ziemer/ Matthes (2004): Das politische System Polen, S. 189-246.

³²⁸ Okragly: Okragly Stol. Czesc I. Ziszyty Dokumentacyjne. Polska Agencja Prasowa (Hg.). Warschau 1989, S. 64.

verbotene Zeitung *Tygodnik Solidarnosc* wieder in Betrieb genommen und die Produktionsbedingungen für die Untergrundpresse verbessert.³²⁹

Mediengesetzgebung

In den folgenden Jahren verabschiedete die neue Regierung eine Reihe von Gesetzen, die die Grundlage für die frühe Entwicklung eines freien und unabhängigen Medienmarktes bildeten. Das staatliche Kontrollinstrument der Lizenzierung wurde abgeschafft und ein gerichtliches Registrierungsverfahren eingeführt. Im Jahr 1994 erfuhr das Pressegesetz umfassende Änderungen und die Pressefreiheit wurde in der neuen und endgültigen Verfassung von 1997 verankert.³³⁰ So bestehen seit 1997 praktisch keinerlei rechtliche Einschränkungen für die Entwicklung des Pressemarktes, was zwar einerseits als positiv zu betrachten ist. Andererseits aber zur Folge hatte, dass keine präventiven Maßnahmen zur Medienkonzentrierung bzw. zur Dominanz ausländischer Investoren getroffen wurden.

Im Rundfunk sieht diese Situation jedoch anders aus. Hier setzte die rechtliche Transformation später ein, auch wenn ab 1989 die ersten Piratensender das Monopol des staatlichen Rundfunks durchbrachen. Die politischen Verhandlungen zwischen der *Solidarnosc*-Bewegung und Vertretern der Regierung dauerten hier von 1990 bis Dezember 1992. Während die Opposition auf ein Konzept eines Drei-Säulen-Modells aus öffentlichen, privaten und nicht-kommerziellen Sendern bestand, bemühte sich die Reformregierung, den staatlichen Einfluss auf Fernsehen und Radio sowohl personell als auch strukturell zu bewahren. Das Ergebnis war ein Kompromiss, den beide Seiten als Erfolg verbuchen konnten und die Entstehung eines komplexen Rundfunksystems zur Folge hatte. Für dessen praktische Umsetzung war die Kommission zur Reform des Rundfunksystems zuständig, die dem staatlichen Rundfunkkomitee unterstellt war.³³¹ Dieses Komitee war das Schlüsselorgan im Transformationsprozess. Dementsprechend versuchten hier die Fraktionen der im Sejm vertretenen Parteien ihren Einfluss geltend zu machen. Personelle Neubesetzungen waren an der Tagesordnung, je nachdem welche Regierungskonstellation an der Macht war.³³²

Das Rundfunkkomitee gründete 1992 den Medienfunkrat *Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji (KRRiT)*.³³³ Er ist als Regulierungsbehörde für den elektronischen Medienmarkt ein staatliches Verfassungsorgan. Seit der Gesetzesänderung von 2005, die unmittelbar nach dem Amtsantritt von Lech Kaczyński erfolgte, setzt sich der *KRRiT* nun nur noch aus fünf Mitgliedern zusammen. Zuvor waren es neun, die von der Regierung regelmäßig ausgetauscht wurden. Zwei von ihnen bestimmt heute der Staatspräsident, zwei der Sejm und eines der Senat. Sie werden auf eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt. Eine entscheidende Neuerung besteht darin, dass der Vorsitzende des Rats nun durch den polnischen Präsidenten ernannt wird. Der personelle Einfluss der Regierung auf die Entscheidungsinstanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird unter der derzeitigen Regierung

³²⁹ Vgl. Hadamik (2001): Medien in Polen, S. 145-166.

³³⁰ Vgl. Maliszewski, Michall: Mediale Machtspiele. Fernsehen und Rundfunk in Polen, in: Osteuropa 11-12 (2006), S. 271-281.

³³¹ Vgl. Maliszewski (2006): Mediale Machtspiele, S. 271-281.

³³² Vgl. Milczarek, Thomasz: Miedzy monopolem a pluralismem. Kielce Okwaglu 1996, S. 67.

³³³ Vgl. Maliszewski (2006): Mediale Machtspiele, S. 271-281.

also systematisch ausgebaut.³³⁴ Die Idee, ein öffentlich-rechtliches Mediensystem zu schaffen, das durch die Einrichtung eines Rates unabhängig und selbstständig agieren kann, wurde in Polen ad absurdum geführt. Dieses Thema hat den öffentlichen Diskurs in Polen während des gesamten Zeitraums seit der demokratischen Wende im Jahre 1989 begleitet und ist heute wieder aktueller und brisanter denn je.

„Der Staatsrat für Rundfunk und Fernsehen sollte die Freiheit des Wortes verteidigen, stattdessen wird er zu einer Organisation, die das freie Wort unterdrückt“, kritisiert der Medienexperte Wieslaw Godzic das unter der neuen Regierung umformatierte Gremium. „Mit Angst beobachte ich, wie wir zu einer Situation zurückkehren, in der die Führungsmacht weiß, was gut ist und versucht, dies dem Bürger aufzuzwingen. Einige Publizisten sagen, dies sei nur die Wahrnehmung einiger Intellektueller, doch ich sehe eine ernste und reale Bedrohung“.³³⁵

In dieser Debatte stoßen offensichtlich zwei Lager aufeinander, die eine gegensätzliche Vorstellung davon haben, welche Rolle die Medien gegenüber der Politik einnehmen sollen. So erklärte der gegenwärtige Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski: „Wenn eine Regierung keine Macht über das Fernsehen hat, das seit jeher als superstrategische Institution gilt, so hat sie keine Chance. Und wenn der Ministerpräsident keine Gewalt über das Fernsehen hat und sich von ihm auf dem Kopf herumtrampeln lässt, ist sein politisches Ende nah.“³³⁶

Mediensystem

Der ehemals staatliche Rundfunk wurde in Folge des Rundfunkgesetzes 1993 in 18 verschiedene Aktiengesellschaften zerschlagen: Darunter sind mehrere regionale Studios, die Zentrale des Polnischen Radios (*Polskie Radio*) in Warschau als landesweites Programm sowie das Polnische Fernsehen (*Telewizja Polska TVP*), das mit seinen 13 Regionalstudios eine eigene Aktiengesellschaft bildete. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft suggeriert zwar auf den ersten Blick die Entstehung eines öffentlichen Rundfunksystems, doch mit den deutschen öffentlich-rechtlichen Anstalten ist dies nicht zu vergleichen. Faktisch ist der polnische Rundfunk nach wie vor in staatlichem Besitz, da das Finanzministerium 100 Prozent der Aktien hält. Lediglich das Rundfunkgesetz gibt hier Beschränkungen vor, die den Einfluss des Finanzministers streng limitieren. So werden die Gesellschaften von gewählten Aufsichts- und Programmräten verwaltet. Rechtlich verfügt die Regierung über keinerlei Befugnisse, die Programmpolitik und -inhalte zu beeinflussen oder Gewinne einzubehalten, auch wenn dies in der Praxis anders aussieht. Demnach ist die polnische Version des öffentlichen Rundfunksystems eine dezentrale Konstruktion, die die Funktion des Eigentümers, des Betreibers und der Programmaufsicht verschiedenen Institutionen zuteilte, aber in der der Staat nach wie vor alleiniger Eigentümer ist. Die Anstalten finanzieren sich laut Gesetz über ein duales System, nämlich über Rundfunkgebühren und Werbung bzw. Sponsoring.

³³⁴ Ebd.

³³⁵ Zitiert nach: Sprycha, Anna: Zensur mit dem Teppichmesser. In Polen verstärkt die konservative Regierung den Druck auf die Medien, in: *Polen und Wir - Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung* 4 (2006) 79, URL: <http://www.polen-news.de/puw/puw78-08.html>, [Zugriff: 8.4.2007].

³³⁶ Zitiert nach: Ansprache des Staatspräsidenten Lech Kaczynski anlässlich der Berufung der neuen Vorsitzenden des Landesrundfunk- und Fernsehrats, in: *Polenanalysen* 06 (2007), S. 2-7.

Daneben öffnete das Rundfunkgesetz den Radio- und Fernsehmarkt für private Sender mit kommerziellem und nicht-kommerziellem Charakter. Die Sendelizenzen werden über Ausschreibungen vergeben, auf welche sich polnische Unternehmen sowie solche mit maximal 33 Prozent ausländischer Beteiligung bewerben dürfen.³³⁷

Populär auf dem privaten Fernsehmarkt ist *tvn*, der neben Unterhaltungsprogrammen auch auf Information setzt. Der Sender gehört – ebenso wie der reine Nachrichtensender *tvn24* und weitere Sender – zur Medienholding *ITI*, die einen Anteil von 52,7 Prozent an *tvn* hält.³³⁸ *tvn24* bildet somit einen wichtigen Gegenpol zu den öffentlichen-rechtlichen Kanälen.

Marktführer unter den privaten Fernsehanbietern ist mit Abstand *POLSAT*, der 1992 auf Sendung ging. Eigentlich als klassischer Unterhaltungssender konzipiert setzt er seit einigen Jahren zunehmend auf Informationswert und Nachrichtensendungen. Die unternehmerische Kontrolle über den Sender übt dessen Gründer Zygmunt Solorz-Zak aus, der ebenfalls Anteile am Unternehmen *Polsat Media B.V.* hält. Das Unternehmen hat im vergangenen Jahr den Börsengang gewagt und *Axel Springer* eine Minderheitsbeteiligung von 25,1 Prozent bei *POLSAT* überlassen, nachdem sich zuvor bereits die Bertelsmann-Tochter *RTL* um eine solche Beteiligung bemüht hatte.³³⁹ Zum ersten Mal in der Privatisierungsgeschichte polnischer Fernsehsender hat in diesem Fall die polnische Monopolbehörde den Antrag des deutschen Konzerns kommentarlos auf Eis gelegt – ohne ihn gänzlich abzulehnen.

„Ich halte durch, ich harre aus“ nennt sich übersetzt der Sender *TV Trwam*, der seit 2003 über Satellit und Kabel zu empfangen ist. *TV Trwam* ist ein Missionierungsinstrument des bekannten Paters Tadeusz Rydzyk, der auch über *Radio Maryja* seine erzkonservativen Predigten verbreitet. Der ultrakonservative Sender *TV Trwam* ist nicht nur ein wichtiger Spieler auf dem Fernsehmarkt, sondern auch ein entscheidender politischer Akteur, der zunehmend mehr Einfluss in der Gesellschaft gewinnt.³⁴⁰ Publikum dieser religiösen Programme ist vor allem die Landbevölkerung Ostpolens, wodurch er für die regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (*PiS*) ein wichtiges Einflussinstrument ist.³⁴¹

Dagegen zeigt die katholische Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* aus Krakau ein völlig anderes Gesicht: das des intellektuellen katholischen Polens. Die Zeitung setzt sich unter anderem für die deutsch-polnische Aussöhnung ein.

Wie im Rundfunksystem so begann 1990 auch auf dem Pressemarkt die strukturelle Umgestaltung mit der Zerschlagung des staatlichen Monopolisten: der Arbeiterverlagsgenossenschaft (*RSW*), die 90.000 Mitarbeiter hatte. In einem beschleunigten Verfahren wechselten die ehemals staatlichen Zeitungen und Zeitschriften innerhalb von einem halben Jahr durch öffentliche Versteigerung die

³³⁷ Vgl. Hadamik (2001): Medien in Polen, S. 145-166.

³³⁸ Vgl. Maliszewski, Michal: Fernsehen und Rundfunk in Polen. Marktentwicklung und politische Einbettung, in: Polen-Analysen Nr. 6 (2007) Februar, S. 2-7.

³³⁹ Vgl. Axel Springer AG steigt bei polnischem TV-Sender ein, in: Heise online, 04.12.2006 11:30, URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/81940>, [Zugriff: 22.4.2007].

³⁴⁰ Vgl. Maliszewski (2007): Fernsehen und Rundfunk in Polen. S. 2-7.

³⁴¹ Vgl. Vetter, Reinhold: Polen total umkrepeln, in: Handelsblatt, 06.02.2006, URL: <http://blog.handelsblatt.de/warschau-vetter/index.php?tag=06&monat=2&jahr=2006>, [Zugriff: 22.4.2007].

Besitzer: 72 Publikationen wurden Mitarbeiter-Genossenschaften übertragen, 87 Zeitungen über öffentliche Ausschreibungsverfahren verkauft, 14 Blätter fanden keine neuen Eigentümer. Lediglich drei verblieben in staatlichem Besitz.³⁴² Das staatliche Monopol war somit vollkommen zerschlagen. Gewinner dieser gesteuerten Umstrukturierung der polnischen Presse war die Gewerkschaft *Solidarnosc*, die an rund einem Dutzend privatisierter Zeitungen beteiligt war. Unter den ausländischen Mitbieter war damals lediglich der französische Konzern *Hersant* erfolgreich, der sechs Tageszeitungen erwarb. Politisch betrachtet kam die Umstrukturierung der Verteilung eines großen Kuchens gleich: Alle Parteien, Organisationen und politischen Gruppierungen erhielten mindestens drei Publikationen. Die Kräfte der freien Marktwirtschaft wirkten in der Transformation des polnischen Mediensystems erst in der zweiten Phase, beeinflussten die Entwicklung jedoch maßgeblich. Das allgemeine Wirtschaftswachstum und das damit verbundene rasche Anwachsen der Werbeindustrie schufen in den 1990er Jahren noch denkbar gute Voraussetzungen, die frisch privatisierten Zeitungen und Zeitschriften wirtschaftlich abzusichern. Heute sieht die Situation in Polen jedoch anders aus. Die Auflagenzahlen der Tageszeitungen gehen seit Jahren zurück, besonders hart trifft es auch hier die Zeitungen mit politischen Schwerpunkten und Informationswerten. Trotzdem ist der Tageszeitungsmarkt ökonomisch noch attraktiv und deswegen für westliche Verlage interessant. Die wohl bekannteste Tageszeitung ist die *Gazeta Wyborcza*, die 1989 als erste unabhängige Tageszeitung in Polen auf den Markt kam und aus der *Solidarnosc*-Bewegung hervorgegangen ist. Sie war in den 1990er Jahren die auflagenstärkste Tageszeitung. Ihr Herausgeber, *Agora*, ist ein börsennotierter Multimediakonzern, zu dem neben der größten polnischen Tageszeitung ein Internetportal, zahlreiche Radiosender und die größte Firma für Innenwerbung sowie zehn Illustrierte zählen. Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts machte ihr die *Fakt* die Spitzenstellung streitig, der polnische Ableger der deutschen *Bild*-Zeitung und die billigste Tageszeitung am polnischen Kiosk. Weitere führende Zeitungen und Zeitschriften auf dem polnischen Pressemarkt sind neben den anderen beiden *Springer*-Blättern *Newsweek Polska* und *Dziennik* unter anderem die gesellschaftlich-politische Wochenzeitschrift *Polityka*. Die *Rzeczpospolita* versprach einmal eine Qualitätszeitung nach west-europäischem Maßstäben zu werden, seitdem jedoch der polnische Staat mit 49 Prozent an der eher liberalen Tageszeitungen eingestiegen ist, tendieren ihre Schlagzeilen zunehmend mehr in die, nach westlichem Verständnis konservative Richtung. Ähnlich verhält es sich bei der rechts-konservativen Wochenzeitschrift *Wprost*, die mitunter sogar rechtspopulistische Töne anschlägt.³⁴³

Da es bis heute keine rechtliche Beschränkung gibt, die die Beteiligung ausländischer Investoren auf dem Pressemarkt reguliert, stiegen besonders deutsche Verlage in den jungen, dynamischen Medienmarkt Polens ein. Vor allem durch die Landesgröße und Einwohnerzahl ist der polnische Markt für europäische Verlage der lukrativste in Südost-, Mittelost- und Osteuropa. Zudem bietet die relativ gut entwickelte Rechtssicherheit durch den frühen EU-Beitritt gute Bedingungen für ausländische Investitionen.³⁴⁴

³⁴² Vgl. Hadamik (2001): Medien in Polen, S. 145-166.

³⁴³ Vgl. Maliszewski, Michal: Länderbericht Polen, 2007, S. 3.

³⁴⁴ Vgl. Röper, Horst: Expansion in Osteuropa, in: Menschen Machen Medien, 7/8 (2006), S. 1-5, URL: http://mmm.verdi.de/archiv/2006/07-08/titelthema_marktaufteilung/expansion_in_osteuropa, [Zugriff: 10.03.2007].

Vor allem bei den Zeitschriften entdeckten deutsche Verlage (*Burda, Gruner + Jahr* und *Axel Springer*) lukrative Marktlücken und die starke Nachfrage nach westlich geprägten Hochglanzmagazinen wie Jugend- und Frauenzeitschriften oder bunten Illustrierten. Unter den landesweiten Zeitungen ist die Präsenz ausländischer Investoren bei weitem nicht so gravierend. Hier sind vor allem die regionalen Tageszeitungen gänzlich oder teilweise im Besitz ausländischer Verleger wie der *Passauer Neuen Presse*.³⁴⁵

Medienlandschaft

Die öffentlichen Sender des Polnischen Fernsehens *TVP* dominieren mit mehr als 50 Prozent eindeutig den polnischen Markt. Die zentrale Fernsehstation in Warschau strahlt zwei landesweite Programme (*TVP 1* und *2*) aus. Die Regionalstudios produzieren gemeinsam das dritte Programm *TVP 3*. Das Satellitenprogramm *TV Polonia* ist ein Programm für Polen im Ausland.

Der größte Privatsender Polens ist *POLSAT*, mit den Programmen *POLSAT 1* und *2*. Daneben gibt es in Polen TV-Sender, die nicht im Land lizenziert sind, sondern via Satellit polnische Programme mit Themen-Schwerpunkten aus dem Ausland ausstrahlen: u.a. *Siedem, MTV Polska* oder Sportkanäle wie *Eurosport*.³⁴⁶

Neben dem Ausbau der Satellitentechnik bietet vor allem die Expansion des Kabelnetzes in Polen den Zuschauern die Gelegenheit, sich jenseits der gebührenpflichtigen, öffentlichen Programme umzusehen. Gleichzeitig wird hier der Trend zu mehr Unterhaltung und weniger Nachrichten und Information sichtbar.³⁴⁷

Im Bereich Radio ist der Rückgang der öffentlichen Programme von *Polskie Radio* in der Konkurrenzsituation mit den privaten Programmen bereits deutlich verzeichnet. Das erste Programm, das landesweit vom Hauptfunkhaus in Warschau ausgestrahlt wird, konnte seine Stellung auf dem Radiomarkt nicht länger halten. Es wurde durch die ehemaligen Piratensender, die seit den 1990er Jahren über eine landesweite Sendelizenz verfügen, verdrängt. Am beliebtesten ist heute der Privatsender *RMF FM* und *Radio Zet* sowie vor allem im ländlichen Raum das katholische, nichtkommerzielle und konservative *Radio Maryja*.³⁴⁸ Der Sender überträgt Gottesdienste und religiöse Feierlichkeiten und beschäftigt sich mit dem kirchlichen Leben und Glaubensproblemen oder übt sich in der politischen Einflussnahme. Die Station gilt als Bollwerk des Konservativismus. *Radio Maryja* ist somit also entschieden mehr als ein bloßer Radiosender.

In den Bestimmungen der Lizenzierungsverfahren von 2001 bis 2003 gibt der *KRRiT* eine detaillierte Programmstruktur vor, wonach der Anteil der Wortbeiträge tagsüber mindestens 20 Prozent betragen muss. Diese Regelung bringt vor allem kommerzielle Sender in finanzielle Schwierigkeiten, die sich fast ausschließlich über Werbeeinnahmen finanzieren und dementsprechend viel Werbung senden müssen.³⁴⁹ Im zweiten Lizenzverfahren 2003 wurden die Lizenzen der Sender im Besitz von

³⁴⁵ Vgl. Hadamik (2001): Medien in Polen, S. 145-166.

³⁴⁶ Vgl. Hadamik (2001): Medien in Polen, S. 145-166.

³⁴⁷ Vgl. Filas, Ryszard/ Planeta, Pawel: Das Mediensystem Polens, in: Hans-Bredow-Institut (Hg.): Internationales Handbuch Medien 2004/2005, S. 520-540.

³⁴⁸ Vgl. Hadamik (2001): Medien in Polen, S. 145-166.

³⁴⁹ Vgl. Filas/ Planeta (2004/2005): Das Mediensystem Polens, S. 520-540.

Lokalregierungen nicht verlängert. Die Sender, die sich bis dahin in Besitz von Gemeinderäten oder anderen politischen Institutionen befunden haben, wurden in Folge dessen von Privatunternehmern übernommen. Zudem entstand eine neue Kategorie der „kirchlichen“ Rundfunkveranstalter wie *Radio Maryja*. Abgesehen von den Lizenzgebühren agieren sie wie Privatsender.³⁵⁰ Nicht nur in diesem Zusammenhang, sondern auch bei der Betrachtung der Lokalprogramme Polens zeigt sich, dass die katholischen Sender, die in Besitz von Diözesen, Gemeinden und Klöstern sind und mehrheitlich zu dem Netzwerk von *Radio Plus* gehören, ein wichtiger Akteur in der polnischen und vor allem ländlichen Medienlandschaft sind.

Zahlen und Fakten zu den Verkaufs- und Auflagezahlen des polnischen Pressemarktes zu analysieren, gestaltet sich in Anbetracht der beschleunigten Dynamik des Mediensektors schwierig. Obwohl das Büro zur Prüfung von Presseauflagen (*ZKDP – Zwiazek Kontroli Dystrybucij Prasy*) seit 2001/2002 sämtliche vertriebenen Pressetitel kontrolliert und statistisch verzeichnet, lassen sich aufgrund von starken Abweichungen nur schwer korrekte Angaben finden. Im Allgemeinen leidet der Zeitungsmarkt in Polen seit Jahren an einem starken Auflagenrückgang. Es wird geschätzt, dass in Polen 40 bis 50 Prozent der jeweiligen Auflage nicht verkauft, also zurückgegeben wird.³⁵¹

Schwer betroffen vom Auflagenrückgang sind in erster Linie die nationalen Tageszeitungen mit viel Informationswert sowie die täglichen Sportzeitungen. Sogar die Nummer Eins auf dem Zeitungsmarkt, die *Gazeta Wyborcza*, hat seit 2002 mit sinkenden Auflagen zu kämpfen.³⁵² Zur allgemeinen wirtschaftlichen Krisen reiht sich die preiswerte Konkurrenz durch ausländische Investoren in die Reihe der Probleme ein, mit welchen die nationalen Zeitungen zu kämpfen haben. Im Jahr 2003 brachte *Axel Springer* eine neue Boulevardzeitung *Fakt* heraus, deren Verkaufszahlen schon nach der ersten Woche die der Konkurrenz und Nummer Zwei auf dem polnischen Markt überrundeten, von *Super Express*.³⁵³ *Dziennik*, die zweite *Springer*-Neugründung, die eher in Richtung der deutschen Zeitung *Welt* geht, hat zudem zusammen mit *Fakt* seit 2006 ein Internetchrichtenportal eingerichtet, das in der Aufmachung *Spiegel-Online* nachempfunden wurde. Damit expandiert *Axel Springer* auch im Online-Medienbereich. Hier zeigt sich eine Tendenz, die auf dem Zeitschriftenmarkt Polens bereits deutlich zu erkennen ist: Die ausländischen Verlage haben finanziell deutlich mehr Spielraum. Ihre Marktstrategien haben sie bereits auf den westeuropäischen Märkten ausprobiert und ausfeilen können. Ihnen fällt es um ein vielfaches einfacher, mittels risikofreudiger Strategien den polnischen Pressemarkt zu erobern.

Dennoch zeigt sich in Polen, dass die starke Konkurrenz aus dem Ausland die Presselandschaft belebt. Vor allem der *Dziennik* und die *Gazeta Wyborcza* liefern sich inhaltlich wie preislich einen harten Konkurrenzkampf: Bei der *Gazeta Wyborcza* gab es zum ersten Mal seit Jahren wieder eine Gehaltserhöhung, um Mitarbeiter zu halten, und der Preis der Zeitung wurde fast halbiert. Eine Erweiterung des Sport- und TV-Teils zeigte ebenfalls den Wettbewerb beider Kontrahenten.

³⁵⁰ Vgl. Filas/ Planeta (2004/2005): Das Mediensystem Polens, S. 520-540.

³⁵¹ Vgl. Maliszewski (2007): Länderbericht Polen, S. 4.

³⁵² Vgl. Maliszewski (2007): Länderbericht Polen, S. 4-5.

³⁵³ Vgl. Filas/ Planeta (2004/2005): Das Mediensystem Polens, S. 520-540.

Der Journalistische Beruf in der Praxis

Wie aus dem Zitat zu Beginn der Studie über Polen herauszulesen ist, verstehen sich polnische Journalisten selbst nicht nur als unabhängige Berichterstatter bzw. Aufklärer im Transformationsprozess. Vielmehr sahen sie sich zu Beginn der 1990er Jahre als Kämpfer für Demokratie und Freiheit. Doch auch dieses neue Selbstverständnis hat sich im Verlauf der Transformation mehrfach verändert. Im Verlauf der 1990er Jahre setzte ein Lernprozess ein und die Journalisten erkannten, dass ihre Aufgabe in einer neuen Gesellschaftsordnung Professionalität und Unparteilichkeit erfordert. Die Redaktion der *Gazeta Wyborcza* beispielsweise hatte sich im Jahr 1990 für den Präsidentschaftskandidaten Mazowiecki eingesetzt. Kurz darauf fassten die Journalisten der führenden Tageszeitung Polens den Entschluss, in einem Wahlkampf nie wieder Partei ergreifen zu wollen.³⁵⁴ Doch diese Selbstregulierung ist noch nicht Standard: Während die *Gazeta Wyborcza* heute eher eine regierungskritische Haltung einnimmt, ist die *Rzeczpospolita* dagegen politisch sehr in Regierungsnähe gerückt. *Dziennik* ist ebenfalls auf konservativen Kurs und politisch nah an den Kaczynskis, ebenso wie die *Wprost*. Die politische Spaltung des Landes setzt sich demnach in der Zeitungslandschaft fort.

Die Vereinigung polnischer Journalisten (*Stowarzyszenie Dziennikarzy Polskich, SDP*) hat Mitte der 1990er Jahre eine Initiative ins Leben gerufen, um die ethischen Grundsätze des Journalismus zu diskutieren. Die in Zusammenarbeit mit dem Bund der Polnischen Medien (*Konfederacja Mediow Polskich*) ausgearbeitete Medien-Charta (*Karta Etyki Mediow*) wurde von fast allen polnischen Journalistenorganisationen, Redaktionen, Verlagen und Medienbetreibern angenommen. Zudem wurde 1996 der Ethische Medienrat (*Rada Etyki Mediow*) gegründet, in dem sieben Personen des öffentlichen Lebens vertreten sind. Der Rat entwickelt den ethischen Kodex weiter, indem er die aktuelle Entwicklung im Journalismus beobachtet und dazu Stellung nimmt.³⁵⁵

Seit 1996 ist im Rahmen des *SDP* das Zentrum zur Überwachung der Pressefreiheit (*Centrum Monitoringu Wolnosci Prasy*) tätig, das für die Informationsfreiheit in den Medien eintritt, Schulungen für Journalisten und wissenschaftliche Konferenzen organisiert, Gutachten und Rechtsexpertisen veröffentlicht sowie Vorschläge zur rechtlichen Regelung des Rechts auf freie Meinungsäußerung vorbereitet.³⁵⁶

Auch in Polen ruft also die zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit die Zivilgesellschaft auf den Plan. Die Journalistenverbände und NGOs machen sich vor allem in der aktuellen Debatte um die Geheimdienstvergangenheit für die Rechte ihrer Berufsgruppe stark. Die aktuelle, politische Strategie benutzt ein Instrument, das Journalisten selbst etabliert haben: die *Lustracja* – „Durchleuchtung“ der Biografien von Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Damit vollziehen die *PiS* und die Kaczynskis ihre politische Abrechnung mit der kommunistischen Elite, wozu sie auch Journalisten zählen. Die Regierung hat eine Vorschrift erlassen, nach der sich die Journalisten Polens nun selbst „durchleuchten“ und über mögliche Kontakte zum kommunistischen Sicherheitsdienst Rechenschaft

³⁵⁴ Vgl. Hadamik (2001): Medien in Polen, S. 145-166.

³⁵⁵ Vgl. Maliszewski (2007): Länderbericht Polen S. 14.

³⁵⁶ Ebd.

ablegen müssen. Die Gegner der Vergangenheits-Aufarbeitung in den Medien befürchten, dass das neue Gesetz zur „Säuberung“ von politisch unerwünschten Journalisten dienen soll.³⁵⁷

Die Rolle der Medien im geschichtspolitischen Diskurs ist seit dem vergangenen Jahr zentraler Streitpunkt im deutsch-polnischen Verhältnis. Gleichzeitig wird dieses Thema auch noch gewinnbringend verkauft: Da es kaum Abonnements-Zeitungen gibt, tobt an Polens Kiosken eine harte Schlacht um Auflagenzahlen, bei der die Wahrheit gelegentlich auf der Strecke bleibt. Als das Magazin *Wprost* im September 2003 auf dem Titelbild die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, in SS-Uniform reitend auf dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder abbildete, sorgte dies auch in Deutschland für Stirnrunzeln.³⁵⁸ Eine Reihe weiterer deutschfeindlicher Schlagzeilen folgte. Dabei tat sich auch das Springer-Blatt *Fakt* hervor. Eine Riesenaffäre löste im Januar 2005 der Journalist Bronislaw Wildstein aus, als er unerlaubt eine Liste mit 160.000 Personen im Internet veröffentlichte, die er einer Datei des „Instituts des Nationalen Gedenkens“ – der polnischen Variante der Birthler-Behörde – entnommen hatte. Auf „Wildsteins Liste“ stehen Menschen, über die der polnische Geheimdienst eine Akte angelegt hatte. Täter genauso wie Opfer. Unschuldige sahen sich Verdächtigungen ausgesetzt.³⁵⁹

Wildstein wurde mit seiner umstrittenen Aktion, die eine heftige Debatte über die kommunistische Vergangenheit des Landes auslöste, auch zum Wegbereiter der Regierung der Kaczynski-Zwillinge Jaroslaw und Lech, die ihn nach ihrem Wahlsieg zeitweise zum Intendanten des polnischen Staatsfernsehens ernannten. Unter dem konservativ-katholischen Brüderpaar haben die Versuche des Staates, kritische Medien zu gängeln, massiv zugenommen. Einen Höhepunkt markierte dabei die Selbstzensur des Monatsmagazins *Sukces*.³⁶⁰ Ende März 2006 trommelte der Verleger Zbigniew Jakubas Journalisten und Verlagsmitarbeiter zusammen und befahl ihnen, einen Kaczynski-kritischen Beitrag der Autorin Manuela Gretkowska aus der bereits gedruckten April-Ausgabe zu entfernen. Aus 90.000 Exemplaren wurde mit Teppichmessern eine Seite fein säuberlich herausgeschnitten und vernichtet. „Wenn der Artikel erschienen wäre, wäre eine Strafe durch den Staatsrat für Rundfunk und Fernsehen die Folge gewesen“, rechtfertigte sich der Verleger. Dieser ominöse Staatsrat hat sich zu einer Waffe der rechtskonservativen Regierung entwickelt.³⁶¹

Welches Verständnis die Kaczynski-Zwillinge von der Unabhängigkeit der Medien haben, machte nicht zuletzt die so genannte deutsch-polnische Kartoffelaffäre deutlich. Im Juli 2006 nahm die *taz* in ihrer Rubrik „Schurken, die die Welt beherrschen wollen“ Staatspräsident Lech Kaczynski aufs Korn und ernannte ihn zu „Polens neuer Kartoffel“. Der Artikel entwickelte sich zur ernststen Staatsaffäre, Kaczynski sagte tief beleidigt ein Treffen des Weimarer Dreiecks ab. Außenministerin Anna Fotyga und die Präsidialkanzlei forderten, dass deutsche Politiker sich von der Satire distanzieren sollten.

³⁵⁷ Vgl. Schuller, Konrad: Die Gesellschaft radikal durchleuchtet, in: FAZ, 15. März 2007, URL: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E82D96C47F04E418FAE1DD984899E44DA~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, [Zugriff: 10.4.2007].

³⁵⁸ Vgl. Urban, Thomas: Es hitlert sehr. Das Deutschlandbild der polnischen Medien, in: Osteuropa 2 (2007), S. 57-71.

³⁵⁹ Vgl. n-ost Bericht: Der lange Marsch in die IV. Republik, Andreas Metz/ Olaf Sundermeyer, 25.10.2005.

³⁶⁰ Vgl. n-ost Bericht: Zensur in den polnischen Medien, Anna Sprycha, 10.4.2006.

³⁶¹ Ebd.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sah sich allen ernstes dazu genötigt, auf die Unabhängigkeit der Presse hinzuweisen.³⁶²

Zeitweise war in Warschau sogar von einem regelrechten deutsch-polnischen Pressekrieg die Rede. Dabei machten die Warschauer Regierung und auch eine Reihe von regierungsnahen Medien deutsche Korrespondenten in Warschau für das schlechte Image der Kaczynski-Regierung im Westen verantwortlich und bezeichneten sie als Handlanger der deutschen Außenpolitik. „Polen beleidigt man nicht ungestraft“, drohte die regierungsnaher katholische Tageszeitung *Nasz Dziennik* und veröffentlichte die Namen von 16 deutschen Journalisten in Warschau, die gleichsam an den Pranger gestellt wurden, was etwa Drohanrufe gegen die *taz*-Korrespondentin Gabriele Lesser und den *Süddeutsche Zeitung*-Korrespondenten Thomas Urban nach sich zog.³⁶³ Sicherlich kann man nicht alle Aktionen der Regierung Kaczynski anlasten, es ist aber ein Klima entstanden, in dem Journalismus immer mehr mit politischer Agitation und dem Kampf um Meinungsführerschaft und weniger mit analytischer Distanz und Unabhängigkeit zu tun hat.³⁶⁴

Betrachtet man in diesen Zusammenhang zudem die Rolle der deutschen Verlage, wie beispielsweise *Axel Springer*, der den *Dziennik* herausgibt, wird die Ambivalenz dieser Rolle ersichtlich: *Springer* geht es hier also vor allem um eins: um Gewinn. Und Gewinn wird unter anderem durch Auflage gemacht – warum sollte die antideutsche Haltung also begrenzt werden?

Bewertendes Zwischenfazit

Die so genannte Kartoffel-Affäre hat das seltsame Verständnis der gegenwärtigen polnischen Staatsführung von Medienfreiheit ans Licht gebracht: So appellierte Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski in einem Interview mit der polnischen Wochenzeitung *Wprost* im Juli 2006 allen Ernstes an die Bundesregierung, die *taz* wegen Beleidigung des polnischen Staatsoberhauptes zur Rechenschaft zu ziehen, als ob Kanzlerin Merkel nach Gutdünken über Sinn und Unsinn von Artikeln zu Gericht sitzen und Medien nach Gusto gängeln könnte, geschweige denn wollte.

Offenbar versteht die derzeitige polnische Regierung die Medien – allen voran das Fernsehen und den Rundfunk – als staatsnahe Instrumente, um die Meinung der Mächtigen unters Volk zu bringen. Ein Hebel der Kaczynski-Zwillinge ist dabei der Landesrundfunk- und Fernsehrat (*KRRiT*). Den Vorsitz des Rates bestimmt der Staatspräsident persönlich. Damit ist ein Zugriff der derzeit herrschenden klerikal-konservativen Koalition auf die elektronischen Medien garantiert. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk fehlt es zudem an einer funktionierenden Finanzierungsgrundlage über allgemeine Rundfunkgebühren, auch dies schafft Abhängigkeiten.

Zu einem weiteren Hebel könnte sich das im März 2007 verabschiedete Lustrationsgesetz (*Lustracja* = „Durchleuchtung“) entwickeln. Es verlangt von Beamten, Juristen aber auch Journalisten eine Erklärung darüber abzugeben, ob sie im Kommunismus Mitarbeiter eines Geheimdienstes waren. Andersfalls droht ihnen der Verlust des Arbeitsplatzes. Dieses Gesetz wird von der Mehrheit der Bevölkerung durchaus positiv gesehen, es könnte aber nicht zuletzt gerade missliebige Journalisten zur Zielscheibe machen. Gleich nach dem Regierungswechsel in Warschau Ende 2005 wurden –

³⁶² Vgl. n-ost Bericht: *taz*-Satire wird zur Staatsaffäre, Oliver Hinz, 5.7.2006.

³⁶³ Vgl. n-ost Bericht: Deutscher Korrespondent beschuldigt, Olaf Sundermeyer, 21.9.2006.

³⁶⁴ Vgl. Urban (2007): *Es hitlert sehr*, S. 57-71.

unter dem Deckmantel, alt-kommunistische Seilschaften zu zerschlagen – im ganzen Land linientreue Chefredakteure bei Radio- und Fernsehsendern installiert. Ein Kuriosum war die Schaffung eines „Beauftragen für das Polenbild im Ausland“, der das negative Image der Regierung Kaczynski in den anderen EU-Ländern positiv beeinflussen soll.

Eine Besonderheit in Polen ist das Vorhandensein eines klerikalen Medienkonglomerates rund um den Redemptoristen-Pater Tadeusz Rydzyk. Der Pater bereitete mit seiner Medienmacht den Boden für die Wahlsiege der Kaczynski-Zwillinge. Diese bevorzugten in der Folge Medienvertreter des Konzerns eindeutig gegenüber anderen Medien. Doch in diesem Falle funktioniert die Kontrolle eher andersherum, nicht die Kaczynskis können die Berichterstattung des Rydzyk-Imperiums beeinflussen, Rydzyk treibt sie mit seinen erzkatholisch bis rechtsextremen Ansichten eher vor sich her und bisweilen zur Verzweiflung.

Trotz der genannten Probleme: Die Medienlandschaft in Polen zählt immer noch zu den vielfältigsten im ganzen ehemaligen Ostblock. Der staatliche Einfluss auf die Presse ist im Vergleich zu den audiovisuellen Medien noch gering, da der Zeitungsmarkt fast vollständig privatisiert und zum Teil in der Hand ausländischer Investoren ist. An Polens Kiosken tobt eine regelrechte Schlacht um Leser. Abonnementszeitungen wie in Deutschland, sind eine Seltenheit, wodurch den Schlagzeilen eine große Bedeutung zukommt und Journalisten in neue Zwänge geraten. Um die Auflage zu steigern, wird von Chefredakteuren gerne auch einmal zu Halbwahrheiten gegriffen. „In der Tat sind Vorverurteilungen und Beleidigungen Alltag in den Medien geworden, in einem Ausmaß, das in den demokratischen Staaten Europas wohl einmalig sein dürfte“, schreibt der Warschau-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, Thomas Urban, der selbst mehrfach ins Minenfeld deutsch-polnischer Streitigkeiten geriet.³⁶⁵ Gerade die Patriotismus-Karte wird von Magazinen gerne ausgespielt, um am Kiosk zu punkten, was – befördert etwa durch Machenschaften deutscher Vertriebenen-Gruppierungen – immer wieder auch zu deutsch-feindlichen Schlagzeilen führt. Besonders ambivalent ist die Haltung des *Axel Springer-Verlages*, dessen polnische Blätter *Dziennik und Fakt* hier unangenehm aufgefallen sind. Fragen der Moral, der Ethik, Gesinnung und Verantwortung spielen aus unternehmerischer Sicht untergeordnete Rollen. Scheinbar auch bei *Springer* in Polen nicht.

Selbstkritik ist nicht gerade die Stärke der meisten polnischen Journalisten. Viele sehen sich eher als Kämpfer im Dienste einer Sache, denn als unabhängige Berichterstatter. Das schnelle Anwachsen des Blätterwaldes hat zudem zu einem Mangel an vernünftig ausgebildeten Printjournalisten geführt, was die qualitativen Mängel in der Berichterstattung und die Bereitwilligkeit von Journalisten, sich in Abhängigkeiten zu begeben, zum Teil erklärt. Es fehlt an klar definierten Ausbildungsstandards. Zudem kann es eine tatsächliche Medienfreiheit auch in Polen nur dann geben, wenn sich Journalisten, Redaktionen, Verlage und Sender einen gemeinsam erarbeiteten und auf Prinzipien der Moral, Ethik und Verantwortung basierenden Kodex geben, der auch eingehalten wird.

³⁶⁵ Vgl. O.V.: Alte Helden, junge Wölfe, SZ vom 4.4.2007.

III. Fazit

Die Medien in den zehn untersuchten Ländern Südost-, Mittelost- und Osteuropas sind nicht frei, aber in der Regel weit unabhängiger, als sie es vor 1990 waren. Generell gilt: Das Glas der Medien-Unabhängigkeit ist nicht halb leer. Es ist halb voll. Politisch unabhängig waren die Medien in Südost-, Mittelost- und Osteuropa noch nie. Insofern ist seit Anfang der 90er Jahre viel passiert. Es sind aber vielfach neue Abhängigkeiten entstanden, die man auch aus Deutschland kennt. Der Einfluss des Kapitals hat den Einfluss des Staates ersetzt. In vielen osteuropäischen Ländern gibt es nun Wirtschaftsimperien, die „ihre“ Medien als PR-Abteilung unterhalten oder bedingungslos auf Auflage setzen. Viel zu oft wird die journalistische Sorgfalt der Gier nach Schlagzeilen geopfert. Und dort, wo der Staat noch mit Aktien-Anteilen beteiligt ist oder wo politische und wirtschaftliche Seilschaften Hand in Hand arbeiten, stecken die Journalisten gar in einer Zwickmühle zwischen populistischer Meinungsmache und Profit. Hier hat das russische Sprichwort Recht: „Ein freier Journalist, ist ein arbeitsloser Journalist.“ Die völlige Unabhängigkeit der Medien im Spannungsfeld aus Propaganda und Kommerz kann sich nur selten einstellen, denn: Unabhängiger Journalismus ist keine Auftragsarbeit, egal für wen.

So schrecklich der Mord an Anna Politkowskaja war: Generell kann die Bewertung des Grades der Medien(un)freiheit nicht anhand einzelner Ereignisse vorgenommen werden. Die Abhängigkeit der Medien ist im System und oft genug in der Denkweise der Gesellschaft verankert. So lässt sich Medien(un)freiheit nicht in Zahlen ausdrücken oder an Meßplatten ablesen. Die Weltranglisten der Pressefreiheit internationaler NGOs und Stiftungen wie *Bertelsmann* und *Reporter ohne Grenzen* oder *Freedom House* sagen nur wenig über die tatsächliche Unabhängigkeit der Medien aus und analysieren mitunter sogar an der Sache vorbei.

Medienunfreiheit hinter Potemkinschen Mediengesetzen und drakonischen Strafgesetzen

Die meisten Transformationsländer haben im vergangenen Jahrzehnt sehr liberale Mediengesetze erlassen. Oft geschah dies mit der Absicht, sich europäischen Institutionen wie der EU oder dem Europarat zu öffnen. Doch die Regierungen in Südost-, Mittelost- und Osteuropa sind Meister darin, Potemkinsche Dörfer zu bauen – auch in Sachen Medienfreiheit. Und dies gilt nicht allein für Russland, sondern etwa auch für Kroatien und Georgien. Es ist hier vor allem Aufgabe der EU und der deutschen Regierung, hinter die Fassaden der liberalen Gesetzestexte zu blicken. Dann würde schnell sichtbar: Die Spielregeln sind in Wirklichkeit andere, und neben den Regierungen profitieren auch nationale und internationale Konzerne davon. Dass die Unabhängigkeit der Medien nicht einklagbar ist, entspricht ganz ihren marktorientierten und machtpolitischen Interessen.

Wie einfach man ein im Grunde liberales Medienrecht aushebeln kann, zeigen Beispiele aus Russland. So stempeln politisch abhängige Richter bei Bedarf Journalisten mit Verweis auf das „Extremismus-Gesetz“ nach bewährter sowjetischer Manier als „Verbrecher“ und „Landesverräter“ ab.

Die Liste vermeintlicher Vergehen ist lang und vor allem willkürlich auslegbar. Im Prinzip kann schlichtweg jede Kritik, Aufdeckung von Korruption oder kriminellen Machenschaften – jede investigative Recherche darunter gefasst werden. Solche Methoden führen verständlicherweise zur Selbstzensur von Journalisten, die nicht alles riskieren wollen.

Wird uns hier nicht vor Augen geführt, was auch in westlichen Mediendemokratien im Zuge des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus vor sich geht? Selbst die Bundesregierung ist beständig dabei, der nationalen Sicherheit wegen die Medienfreiheit – spätestens seit der Sicherheitshysterie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 – einzuschränken, wie jüngst die Debatte um die heimliche Durchsuchung von privaten Computerfestplatten zeigt. Hier müssen wir erst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Die präventiven Sicherheitsgesetze in den Transformations-Ländern halten uns nur einen Spiegel vor.

Wenn der Ruf nach Medienfreiheit zur Propaganda wird

Medienfreiheit ist ein Gut, das nur ungern von den Mächtigen gewährt wird – seien sie auch noch so „lupenreine“ Demokraten. Medienfreiheit kann auch kaum per Gesetz verordnet oder aus dem Ausland importiert werden. Journalisten müssen Medienfreiheit einfordern und leben. Die Gesellschaft muss sie nachfragen. Ein positives Beispiel hierfür ist die Streikbewegung der Jahre 2000/2001 in Tschechien. Journalisten haben sich organisiert, Proteste in die Wege geleitet und gezielte Forderungen aufgestellt. Durch den Druck der Bevölkerung hat die tschechische Regierung schließlich ihren personellen Einfluss auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten aufgegeben. So bekamen die Journalisten der öffentlich-rechtlichen Sender zum ersten Mal überhaupt eine Chance, ihre gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe erfüllen: nämlich den Interessen der Bevölkerung zu dienen.

Ernüchternd fallen dagegen die Ergebnisse der so genannten bunten Revolutionen in der Ukraine und Georgien aus. Im Nachhinein drängt sich der Verdacht auf, dass hier viele westliche Journalisten auf das von US-amerikanischen Beratern geprägte PR-Management der Revolutions-Macher hereingefallen sind. Weder Juschtschenko noch Saakaschwili sind die Musterdemokraten, als die sie zeitweise im Westen gehandelt wurden. Doch die Verhältnisse in den Ländern sind zu kompliziert für einfache Schlagzeilen.

Die Medienfreiheit galt in der deutschen Berichterstattung lange Zeit als *die* zentrale Errungenschaft der Massenproteste in Kiew und Tbilissi. An der strukturellen Abhängigkeit der Medien hat sich seit den „bunten Revolutionen“ jedoch nur wenig geändert. In Südost-, Mittelost- und Osteuropa ist nicht überall Freiheit drin, wo „Freiheit“ drauf steht, im Gegenteil.

Eine unbeabsichtigte Nebenwirkung hat diese wenig reflektierte „Freiheitseuphorie“ für die Medien in Russland und Belarus erzeugt. Hier haben die Präsidentialadministrationen die Massen-Medien als mögliches Sprachrohr der Oppositionsbewegung identifiziert und sogleich noch härter an die Kandare genommen. Zudem malen die staatseigenen Medien Schreckgespenster der Revolutionen: Chaos,

Anarchie und Unsicherheit würden angeblich in Georgien und der Ukraine regieren. So stabilisieren diese vermeintlichen Revolutionen Putins Autokratie und Lukaschenkos Diktatur und machen dort die Hoffnung auf Medienfreiheit vorerst zunichte.

Markt und Medien – Wenn Journalisten für Profite schreiben

Unabhängiger Journalismus ist aufwändig, teuer und unbequem. Eine tiefgehende Recherche und ausgewogene Berichterstattung setzt eine vernünftige Bezahlung der Journalisten voraus. Viel billiger und bequemer füllen Redaktionen ihre Zeitungen mit schnell umgetexteten Pressemitteilungen, mit PR-Material oder mit nicht verifizierten Sensationsmeldungen. Das ist im östlichen Europa nicht anders als im Westen. Und nicht nur in Russland ist die „schwarze“, also verdeckte PR ein gängiges Mittel, um Schleichwerbung für Anzeigenkunden zu machen. Da in den meisten Transformationsländern eine kaufkräftige und politisch interessierte Mittelschicht fehlt und Abonnements weggefallen sind, drohen selbst gut gemachte Medien in einen Teufelskreis zu geraten: Um sich finanzieren zu können, weichen sie ihre journalistischen Standards auf. So vergraulen sie noch die wenigen Leser mit Anspruch, bei denen sich dadurch Enttäuschung über die vermeintliche Medienfreiheit breit macht.

Ausländische Verlage wie die *WAZ-Gruppe*, *Axel Springer*, *Bauer* oder die *Passauer Neue Presse* galten unter diesen Bedingungen lange Zeit als Hoffnungsträger für ambitionierte Journalisten in Südost-, Mittelost- und Osteuropa. Deutsche Journalisten verkündeten schon: Wir exportieren nun endlich den kritischen Qualitätsjournalismus in den Osten. Dass derartige Hoffnungen begründet sein können, zeigt das Beispiel von *Newsweek Russia*, einem von *Springer* herausgegebenen Nachrichtenmagazin. Dieses nutzt immerhin den früheren, auf staatlichen Druck hin entfernten Fernsehkommentator Parfjonow als journalistisches Aushängeschild. Auch tschechische Journalisten loben durchaus das Engagement deutscher Verlage, die ihnen eine größere Unabhängigkeit ermöglichen würden als einheimische Medienunternehmer. Doch die Liste der Gegenbeispiele ist lang und reicht von Revolverblättern wie „24 Stunden“ in Bulgarien (*WAZ-Gruppe*) über die vom *WAZ*-Konzern zwangsboulevardisierte *Romania Libera* (Rumänien) bis hin zum Bild-Imitat *Fakt* (*Springer*) in Polen. Während *Fakt* in den ersten Monaten seiner Gründung 2004 gerne auf anti-deutsche Schlagzeilen setzte, hielt die *Bild*-Zeitung auf deutscher Seite mit anti-polnischen Tönen dagegen – ein perfektes Ping-Pong-Spiel, das wenig mit seriösem Journalismus aber viel mit Rendite zu tun hat.

Konfliktlage für Demokratieentwicklung

Das Interesse von Parteien und von der Wirtschaft an unabhängigem Journalismus ist gering. Beide profitieren von Abhängigkeitsverhältnissen. Ein Interesse an freien Medien müssten dagegen die Bürger eines Landes entwickeln und einfordern. Das führt zu der Frage, inwieweit die Gesellschaften im östlichen Europa unabhängigen Journalismus überhaupt honorieren. Die entscheidende Stütze und ein Schutz für unabhängige Journalisten vom Schlage eines Grigorij Pasko, der für seine Recherchen über die Verklappung russischer atomarer Abfälle mehrere Jahre in Arbeitslager saß, oder eines Georgi Gongadze, der 2000 in der Ukraine ermordet wurde, könnten die einheimischen Leser sein.

Doch kritische Journalisten werden vor allem in Russland und Belarus als Störenfriede und Unruhestifter angesehen und alleine gelassen. Das zeigt: Es gibt keine Debattenkultur, dafür jedoch eine tiefe Sehnsucht nach Harmonie und Einigkeit. Hier spielen die chaotischen Erfahrungen der 90er Jahre eine Rolle, als die Demokratisierungsversuche unter Gorbatschow und Jelzin für viele Bürger existenzbedrohlich wurden. Viele Menschen misstrauen der Demokratie, von der sie nicht wissen, was sie bringen wird, und oftmals misstrauen sie auch den Journalisten, denn: Früher verbreiteten diese Propaganda, heute fragen sie sich, ob diese etwa für ihre Beiträge bezahlt werden.

Wenn, wie in Russland und Belarus, freie Berichterstattung nicht nachgefragt wird, weil ohnehin niemand an die Unabhängigkeit der Medien und ihre Bedeutung für die Entwicklung des Landes glaubt, kann auch der Journalismus keinen positiven Beitrag zur Demokratie leisten, denn: Was bringt es Journalisten etwa in Russland, wenn sie unabhängig arbeiten möchten? – vor allem Nachteile. Die Entscheidung zwischen einer gut bezahlten Redakteursstelle bei großen Medienkonzernen oder schwierigen Recherchen als unabhängiger Einzelkämpfer fällt daher meist zugunsten von PR und Propaganda aus.

Daran lässt sich auch durch gut gemeinte politische Appelle westlicher Organisationen und Politiker nichts ändern. Wenn der *Deutsche Journalisten-Verband (DJV)* Briefe an Putin schreibt wie jüngst nach den Übergriffen russischer Behörden auf Journalisten in St. Petersburg und Moskau, um Medienfreiheit einzufordern, bekommt er allenfalls eine gute Presse in den westlichen Medien. Selbst wenn sich Angela Merkel auf den Roten Platz stellen und nach Medienfreiheit rufen würde, wird sie in Russland derzeit niemand erhören, weil man Medienfreiheit hier völlig anders definiert. Damit sich unabhängiger Journalismus in Ländern wie der Ukraine, Russland, Belarus, Serbien oder Georgien überhaupt entwickeln und in Ländern wie Bulgarien, Rumänien und Kroatien weiterentwickeln kann, muss es eine wachsende Bewegung von unten geben. Bürger müssen sich einmischen, sich informieren und kritischen Journalismus nachfragen. Sie müssen dafür zuerst das Gefühl bekommen, dass ihnen kritischer Journalismus etwas nutzt, dass er die Gesellschaft voranbringt, nur so kann sich eine demokratische Kultur entwickeln. Hier müsste der Westen mit positiven Beispielen vorangehen, etwa durch das Engagement westlicher Verlage oder eben durch gut-recherchierten Journalismus.

Journalisten als Kämpfer für die Medienfreiheit

Die Journalisten sind also nicht selbst schuld an ihrer Gefangenschaft zwischen Propaganda und Kommerz. Sie könnten daran aber etwas ändern – wenn sie wollten. Gewissenhaft Recherche zu betreiben, das ist eine Frage von Eigenverantwortung, und die gehört zur Medienfreiheit unweigerlich dazu. Nicht überall im östlichen Europa werden Journalisten dieser Verantwortung gerecht – womöglich auch, weil die positiven Beispiele fehlen.

Hier stellt sich die Frage nach der Qualität der journalistischen Ausbildung. Die noch an vielen östlichen Universitäten lehrende alte Professorgeneration wird nur langsam durch post-sozialistischen Nachwuchs ersetzt. Durch viele Redaktionen weht noch der alte Geist. Man kann nicht von der alten Garde, die Propaganda gelernt hat, erwarten, dass sie dem Nachwuchs unabhängigen

Journalismus beibringt. Umgekehrt gibt es aus diesen Gründen Redaktionen, in denen der Chefredakteur 26 Jahre alt ist und in denen die junge Generation komplett auf sich alleine gestellt ist. Internationale Fakultäts-Kooperationen und Stipendienprogramme für junge Journalisten aus Südost-, Mittelost- und Osteuropa sind da entscheidende Schritte. Einrichtungen wie das Freie Russisch-Deutsche Institut für Publizistik in Rostow am Don und Moskau ermöglichen erste Schritte, um die Köpfe der Medienmacher von morgen zu sensibilisieren. Was sie dann daraus machen, bleibt abzuwarten.

Nur durch eine fundierte Ausbildung kann sich das Selbstverständnis von Journalisten und damit der Stellenwert der Journalisten in der Gesellschaft wandeln. Damit könnte dann auch das Vertrauen der Leser und Zuschauer in die journalistische Arbeit langsam wachsen und die Nachfrage nach unabhängiger Berichterstattung gesteigert werden.

Nicht zuletzt müssen sich die Journalisten selbst einen Platz in ihren Gesellschaften erkämpfen. Hier steht die aus sozialistischen Zeiten ererbte Skepsis gegenüber Partei- und Massenorganisationen einer Demokratieentwicklung im Wege. Starke Berufsverbände fehlen noch in praktisch allen untersuchten Transformationsländern. Sie sind nicht nur nötig, um Forderungen an die Politik zu stellen, sondern auch, um eine Debatte über journalistische Ethik in Gang zu setzen. Gerade weil in einigen Ländern Journalisten nicht in der Lage sind, Leitlinien zu formulieren und durchzusetzen. Hier fühlen sich dann Regierungen wieder dazu eingeladen, Kontrolle auszuüben.

Die Einbindung von Kollegen aus Transformationsländern in internationale Journalistenvereinigungen, Tandem- und Austausch-Programme, Konferenzen, Dialoge und Diskurse – das sind aus westlicher Perspektive machbare Ansätze, die Journalisten in Südost-, Mittelost- und Osteuropa zu unterstützen. Die Politik sollte diese Begegnungen fördern – finanziell oder schlicht durch die unbürokratische Ausgabe von erschwinglichen Visa. Damit wäre schon mehr getan, als wohlfeile Appelle in Parlamenten zu halten, denn die Vergabe der Einreise-Erlaubnisse ist oftmals noch langatmig und teilweise rigide. Sie ist vor allem nach der so genannten Visa-Affäre in der Ukraine von Misstrauen geprägt: Eine nach Deutschland reisende allein stehende Journalistin könnte ja anderen Geschäften nachgehen wollen.

Die größte Wirkung entfalten Gesellschaftsmodelle nicht dadurch, dass man andere dazu auffordert, ihnen gefälligst nachzueifern, sondern weil sie schlicht durch ihren Erfolg attraktiv werden. Die positive Sogwirkung der EU als Zusammenschluss freier Demokratien und wohlhabender Marktwirtschaften ist das beste Beispiel. Sie ist ein Trumpf, der im Falle der Ukraine nach der Orangen Revolution hätte stechen können und der eine größere Wirkung auf die russische Bevölkerung hat, als viele denken. Angenommen, Serben, Kroaten, Ukrainer, Belarussen, Georgier und Russen könnten problemlos in den Westen reisen, würde dies mehr bringen als viele Milliarden Euro Wirtschaftshilfe. Warum nutzt die EU diese positive Ausstrahlung nicht konsequenter?

Der Westen kann Vorbild, aber auch abschreckendes Beispiel zugleich sein. Viele der in dieser Studie aufgezeigten Missstände sind bei näherer Betrachtung deutschen Journalisten gar nicht so

unbekannt. Es lohnt sich, darüber einen Dialog mit den Kollegen jenseits der Oder zu beginnen. Medienfreiheit muss gelebt und verteidigt werden, sonst verkümmert sie. Das ist die Botschaft, die der Westen vom Osten lernen kann, und das ist das Erbe von Anna Politkowskaja, das bleibt.

Zur Autorin:

Simone Schlindwein, geb. 1980, arbeitet nach ihrem Magisterstudium als freie Journalistin in Berlin und Moskau. Ihr Studium in Osteuropastudien, Geschichte Osteuropas und Politikwissenschaft schloss sie im Jahr 2006 an der Humboldt Universität und an der Freien Universität in Berlin ab. Sie ist Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad Adenauer Stiftung. Kontakt: simone.schlindwein@gmail.com

IV. Bibliographisches Verzeichnis

- BAHLCKE, Joachim: Ostmitteleuropa, in: Harald Roth (Hg.): Studienhandbuch Östliches Europa, Bd. 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Köln u. a. 1999, S. 59-72.
- BECKER, Lee B./ Vlad, Tudor/ Nusser, Nancy: An Evaluation of Press Freedom Indicators, in: The International Communication Gazette, 69 (2007) 1, S. 5-28.
- BEHMER, Markus: Pressefreiheit in der Dritten Welt, in: Michael Haller (Hg.): Das freie Wort und seine Feinde. Zur Pressefreiheit in den Zeiten der Globalisierung. Konstanz 2003, S. 147-162.
- BENETT, W. Lance: The Media and Democratic Development: The Social Basis of Political Communication, in: O'Neil, Patrick (Hg.): Communicating Democracy: The Media and Political Transitions. Colorado/London 1998b.
- BOKERIA, Giga/ TARGAMADZE, Givi/ RAMISHVILI, Levan: Georgian Media in the 90s: A step to Liberty. (United Nations Development Programme Country Office in Georgia). Tbilissi 1997.
- BÖSCH, Frank/ FREI, Norbert (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006.
- BREDIES, Ingmar: „Staatszerfall“ in der Ukraine? Ursachen und Konsequenzen der gegenwärtigen Krise, in: Ukraine-Analysen, Nr. 22, 24.04.2007, S. 2-3.
- BREUNIG, Christian.: Kommunikationsfreiheiten. Ein internationaler Vergleich. Konstanz 1994.
- BREUNIG, Christian: Kommunikationsfreiheiten in Osteuropa. Ein aktueller Verfassungsvergleich, in: Osteuropa-Recht, 40 (1994) 2, S. 123-137.
- BRÖSSLER, Daniel: Moskauer Fenstersturz, in: Süddeutsche Zeitung vom 07.03.2007.
- BUDEN, Boris: Country Reports on Media: Croatia, URL: http://www.gewi.kfunigraz.ac.at/csbsc/country_reports/Media_Croatia.htm [Zugriff: 6.4.2007].
- BEYME, Klaus von: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder, in: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformation. Opladen 1995, S.141-173.
- CASMIR, Fred L. (Hg.): Communication in Eastern Europe: The Role of History, Culture, and Media in Contemporary Conflicts. New Jersey 1995.
- CELOVSKY, Borivoj: Konec Ceskeho Tisku (deutscher Titel: Das Ende der tschechischen Presse). Prag 2001.
- D'INKA, Werner: Mit Bruchkanten. Russisch-Deutsche Institute in Moskau und Rostow, in: aviso – Informationsdienst der deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, 43 (2006), S. 4-6.
- DEPPE, Jens: ders: Über Pressefreiheit und Zensurverbot in der Russländischen Föderation. Eine Untersuchung über die gesetzliche und tatsächliche Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Freiheitsgarantie. Hamburg 2000.
- DEUTSCHE WELLE DOKUMENTATION: Die „Rosenrevolution“ in Georgien. Das Ende der Ära Schewardnadse. Bonn 2003, S. 59.
- DEUTSCHE WELLE FOKUS SÜDOST-EUROPA: Serbisch-kosovarischer Dialog ohne internationale Vermittler, 19.04.2007, URL: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2448644,00.html>, [Zugriff: 25.4.1007].

- DOWNING, John D. H.: Internationalizing Media Theory. Transition, Power, Culture. Reflections on Media in Russia, Poland and Hungary 1980-95. London 1996.
- DOWNING, John D.H.: Internationalizing Media Theory. Transition, Power, Culture. London 1996.
Druck auf die Medien, in: Polen und Wir - Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung 4 (2006) 79, URL: <http://www.polen-news.de/puw/puw78-08.html>, [Zugriff: 8.4.2007].
- EASTERN EUROPEAN JOURNALISM: before, during and after communism. New Jersey 1999.
- EATON, Katherine Bliss (Hg.): Enemies of the people: The Destruction of Soviet Literary, Theatre, and Film arts in the 30s. Evanston 2002.
- FEDOTOW, Michail (Hg.): Zakonodatel'stvo Rossijskoj Federacii o sredstvah massovoj Informacii. Nautcno-prakticeskij Kommentarij. Moskva 1999.
- GALTUNG, Johan: Peace-Journalism – A Challenge, in: Kemp, Wilhelm/ Luostarinen, Heikki (Hg.): Journalism and the New World Order. Studying War and the Media. Vol.II.. Göteborg 2002, S. 259-271.
- GARTON ASH, Timothy (Hg.): Freedom for publishing, publishing for freedom: The Central and East European Publishing Project. Budapest 1995.
- GENOV, Nikolai (Hg.): Ethnicity and mass media in South Eastern Europe. Münster 2006.
- GIORGI, Liana/POHORYLES, Ronald J.: The Post-Socialist Media: What Power the West? The Changing Media Landscape in Poland, Hungary, and the Czech Republic. Brookfield 1995.
- GIORGI, Liana: The Post-Soviet Media: What Power the West? The Changing Media Landscape in Poland, Hungary and the Czech Republic. Aldershot 1995.
- GROS, Peter: A Prolegomena to the Study of the Romani Media in Eastern Europe, in: European Journal of Communication, 21 (2006), S. 477-497
- GUDKOW, Lew: Russlands Systemkrise. Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Osteuropa, 1 (2007), S. 3-13.
- HADLER, Frank: Mitteleuropa – „Zwischeneuropa“ – Ostmitteleuropa. Reflexionen über eine europäische Geschichtsregion im 19. und 20. Jahrhundert, in: GWZO, Berichte und Beiträge, 1 (1996), S. 34-41.
- HAFEZ, Kai: International vergleichende Medienforschung. Eine unterentwickelte Forschungsdimension, in: Hafez, Kai (Hg.): Die Zukunft der internationalen Kommunikationswissenschaft in Deutschland. Hamburg 2002a, S. 59-94.
- HANS-BREDOW-INSITUT (Hg.): Internationales Handbuch Medien 2004/2005. Baden-Baden 2004.
- HOSP, Gerald: Medienökonomik: Medienkonzentration, Zensur und soziale Kosten des Journalismus. Konstanz 2005.
http://www.bpb.de/publikationen/GG2QVL,4,0,Politisches_System_nach_1989.html#art4, [Zugriff: 24.4.2007].
- HÜLBUSCH, Nikolas: Im Spiegelkabinett des Diktators. Stalin als Filmheld im sowjetischen Spielfilm (1937-1953). Alfeld 2001.
- HUMAN RIGHTS INFORMATION AND DOCUMENTATION CENTER (HRIDC): One Step forward, two steps back. Human Rights in Georgia after the "Rose Revolution". Tbilissi 2004. URL: <http://www.humanrights.ge/eng/files/REPORT.pdf>, [Zugriff: 7.4.2007]. S. 25-32.

- IMHOF, Werner: Die tschechische Medienlandschaft, URL: <http://www.tschechien-portal.info/modules.php?op=modload&name=Sections&file=index&req=viewarticle&artid=37&page=1>, [Zugriff: 5.4.2007].
- INTERNATIONAL FEDERATION OF JOURNALISTS: IFJ Supports Romanian Journalists in Protest over Editorial Interference by Multinational Bosses, 17/09/2004, URL: <http://www.ifj.org/default.asp?index=2700&Language=EN>, [Zugriff: 5.4.2007].
- ISKANDARYAN, N./ CHETERIAN, V. (Hg): Post soviet Media: From Propaganda to Journalism. Yerevan 2006.
- ISMAYER, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2004.
- JAWORSKI, Rudolf: Ostmitteleuropa. Zur Tauglichkeit und Akzeptanz eines historischen Hilfsbegriffs, in: Winfried Eberhard u. a. (Hg.): Westmitteleuropa, Ostmitteleuropa. Vergleiche und Beziehungen. München 1992, S. 37-45
- KAID, Lynda Lee: Television and Politics in evolving European Democracies. New York 1999.
- KEPPLINGER, Hans Mathias: Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft. München 2000.
- KITOWA, Olga: Demokratie ohne Demokraten, in: Berliner Journalisten, 3 (2001) 4, S. 48-49.
- KOKASHWILI, Marina: The Role of the Media in Georgia's Transition to Democracy, in: Fluri, Philipp H./ Cole, Eden (Hg.): From Revolution to Reform. Georgia's Struggle with Democratic Institution Building and Security Sector Reform. Wien 2005. S. 209-228.
- KOLTSOWA, Olessia: News media and power in Russia. London 2006.
- KRÜGER, Uwe: Gekaufte Presse in Russland. Politische und wirtschaftliche Schleichwerbung am Beispiel der Medien in Rostov-na-Donu. Münster (u.a.) 2006.
- KÜNZEL, Tino: Nachrichten als Dauerwerbung. Russlands staatliche Fernsehkanäle sind nach einer Studie massiv parteiisch, in: Moskauer Deutsche Zeitung, 2006-05-19.
- LILLOW, Emiliyan: Viele Zeitungen bedienen die Regierenden oder die Wirtschaft. Die Medienlandschaft in Bulgarien 17 Jahre nach der Wende, Deutschlandfunk 10.03.2007, URL: <http://www.dradio.de/df/sendungen/marktundmedien/603190/>, [Zugriff: 11.4.2007].
- LÖFFELHOLZ, Martin: Von der Simplifikation zur Interpenetration. Einfluss- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit in der Politik, in: Volker J. Kreyher (Hg.): Handbuch Politisches Marketing Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden 2004, S. 365-376.
- LORSCHIED, Helmut: Keine Pressefreiheit in Rumänien dank deutschem Verlag, in: Telepolis, 19.11.2004, URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18809/1.html>, [Zugriff: 25.7.2007].
- LUKYANOWA, Maria: Massenmedien in der Ukraine 2, in: Forschungsstelle Osteuropa (Hg.): Ukraine-Analysen. Bremen, Nr. 17, 12.12.2006, S. 7-8.
- MALISZEWSKI, Michal: Fernsehen und Rundfunk in Polen. Marktentwicklung und politische Einbettung, in: Polen-Analysen, 6 (2007) Februar. S. 2-8.
- MALISZEWSKI, Michal: Mediale Machtspiele. Fernsehen und Rundfunk in Polen, in: Osteuropa, 11-12 (2006), S.271-281.
- MARGARETE, Wiest: Beschränkter Pluralismus. Postkommunistische autoritäre Systeme, in: Osteuropa 7 (2006), S. 65-78.
- MARKUS, Ustina: Belarussian Media Struggle under Authoritarian Control, in: Transition 2, Nr. 21, S. 57-59.

- MARTIN, Lothar: Zelezny als TV-Nova-Generaldirektor abberufen - Tschechien muss zahlen, 15.05.2003, URL: <http://www.radio.cz/de/artikel/40720>, [Zugriff: 5.4.2007].
- MATISCHOK, Jana/ PLEINES, Heiko: Politikbezogene Länderratings im Überblick 5, in: Russland-Analysen Nr. 131, 24.03.2007, S. 5-18.
- McCONNEL, Patrick J./ BECKER, Lee B.: The Role of Media in Democratization. Conference paper 2002.
- MERKEL, Wolfgang/ SANDSCHNEIDER, Eberhardt/ SEGERT, Dieter (Hg.): Systemwechsel II. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen 1996.
- MERKEL, Wolfgang: Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Frankfurt 1999.
- MICKIEWICZ, Ellen: Changing Channels: Television and the Struggle for Power in Russia. Durham, N.C. 1999.
- MILCZAREK, Thomasz: Miedzy monopolem a pluraliymem. Kielce Okvaglu 1996.
- MILTON, Andrew K.: The Rational Politician: Exploiting the Media in New Democracies. Brookfield 2000.
- MOORES, Shaun: Media/Theory: thinking about media and communications. London 2005.
- MULLER, J.: Seizing Transmitters: National Identity in Bosnia in Memory and Power. Cambridge 2000.
- MÜNKLER, Herfried: Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion. Weilerswist 2002.
- NEMBACH, Eberhard: Stalins Filmpolitik: Der Umbau der sowjetischen Filmindustrie 1929 bis 1938. St. Augustin 2001.
- NORTH, Douglass C.: Big-Bang Transformation of Economic Systems. An Introductory Note, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, 156 (2000) 1, S. 3-8.
- NORTH, Douglass C.: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen 1992.
- N-OST BERICHT: Der lange Marsch in die IV. Republik, Andreas Metz/ Olaf Sundermeyer, 25.10.2005.
- N-OST BERICHT: Seit 1993 starben in Russland 219 Journalisten, Alexander Schrepfer-Prosurjakow, 11.10.2006.
- N-OST BERICHT: taz-Satire wird zur Staatsaffäre, Oliver Hinz, 5.7.2006.
- N-OST BERICHT: Zensur in den polnischen Medien, Anna Sprycha, 10.4.2006.
- N-OST-BERICHT: Internet-Boom in Putins Reich von Alexander Schrepfer-Proskurjakow, 20.10.2006.
- N-OST BERICHT: Nationalisten bedrohen WAZ-Konzern, Jutta Sommerbauer, 7.3.2007.
- O'NEIL, Patrick H. (Hg.): Post-Communism and the Media in Eastern Europe. London 1997.
- O'NEILL, Patrick: Communicating Democracy: The Media and Political Transitions. Boulder 1998.
- OERTEL, Barbara: Die Grenzen der Freiheit, in: taz vom 1.8.2005, S. 18, URL: <http://www.taz.de/dx/2005/08/01/a0198.1/text>, [Zugriff: 23.4.2007].

Bibliographisches Verzeichnis

- OERTEL, Barbara: Viel Presse – wenig Freiheit. Medien und Macht in Russland, der Ukraine und Belarus, in: Osteuropa 1 (2003), S.19-34.
- OFFE, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, in: ders., Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/M. 1994.
- ORTTUNG, Robert: Die Lage der Massenmedien in Russland, in: Russland-Analysen, 118 (2006), S. 3.
- OSCE-Representative of Freedom of the Media: Current Media Situation in Ukraine, in: Freedom and Responsibility. Jahrbuch, Wien 1999/2000, S. 249-274.
- OSZE- Representative on Freedom of the Media: Guide of the Law of Georgia on Freedom of Speech and Expression. April 2005, S. 24-28.
- OSZE, Haraszti, Miklos: Visit to Belarus, Observations and Recommendations. 10 March 2005.
- OSZE-MEMORANDUM: The draft Law of the Republic of Belarus “On the introduction of Amendments and Additions to the Law ‘On Press and other Mass Media’” by ARTICLE 19 Global Campaign for Free Expression London. November 2003.
- OSZE-Report: Haraszti, Miklos: Report on Russian media coverage of the Beslan tragedy: Access to information and journalists’ working conditions. September 2004.
- O. V.: Medienfreiheit auf Ukrainisch, in: Deutsche Welle, 15.12.2004, URL: http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1427862,00.html?maca=de-klipfolio_ml_german_multimedia-373-rdf, [Zugriff: 25.4.2007].
- O. V.: Medien in Osteuropa: Wenig Vielfalt und neue Wege, in: Belarusnews, 08-09-2006, URL: <http://www.belarusnews.de/print.php?id=1979&archiv=>, [Zugriff: 25.4.2007].
- O. V.: Axel Springer AG steigt bei polnischem TV-Sender ein, in: Heise online, 04.12.2006 11:30, URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/81940>, [Zugriff: 22.4.2007].
- O. V.: Pressemitteilung der GfK Austria GmbH: Consumer Confidence Barometer in Bulgaria, Czech Republic, Poland and Romania March 2007, 5.4.2007, URL: <http://www.gfk.at/de/default.aspx>, [Zugriff: 10.4.2007].
- O. V.: Rechtsradikale bedrohen Journalisten von deutschem Verlag, in: Spiegel-Online, 15. März 2007, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,472004,00.html>, [Zugriff: 20.4.2007].
- O. V.: Presseerklärung der Journalistenvereinigung der Media Monitoring Agency in Bukarest URL: www.mma.ro, 4. Februar 2007. [Zugriff: 5.4.2007].
- O. V.: Report, International Federation for Journalists: IFJ Supports Romanian Journalists in Protest over Editorial Interference by Multinational Bosses, 17/09/2004, URL: <http://www.ifj.org/default.asp?index=2700&Language=EN>, [Zugriff: 5.4.2007].
- O. V.: Russische Polizei prügelt Demonstranten nieder, in: ARD/Tagesschau, 16.04.2007, URL: <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6621434,00.html>, [Zugriff: 10.4.2007].
- O. V.: Russland-Aktuell: Es sah aus wie Pressefreiheit, war aber Auftragsarbeit, Freitag, 14.04.2006. URL:http://www.aktuell.ru/russland/kommentar/es_sah_aus_wie_pressefreiheit_war_aber_auftragsarbeit_278print.html, [Zugriff: 08.03.2007].
- O. V.: Western Companies fight for Press Freedom in Moscow, in: SPIEGEL-ONLINE, 14.12.2006, URL: <http://www.spiegel.de/international/spiegel/0,1518,454459,00.html>, [Zugriff: 30.3.2007].

- PALETZ, David L.: Glasnost and After: Media and Change in Central and Eastern Europe. Hampton 1995.
- PASTI, Svetlana: Two Generations of Contemporary Russian Journalists, in: European Journal of Communication, 20 (2005) 1, S. 89-115.
- PETZ, Ingo: Aufbruch durch Musik. Kulturelle Gegenelite in Belarus, in: Osteuropa, 1 (2007), S. 49-56.
- PLEINES, Heiko: Informelle Einflussnahme und Demokratie. Wirtschaftsakteure in Russland und der Ukraine, in: Osteuropa, 10 (2005), S. 99-108.
- PLEINES, Heiko: Russland in politikbezogenen Länderratings. Demokratie, Rechtsstaat und Bürgerrechte im internationalen Vergleich 2, in: Russland-Analysen, 131(2007), S. 2-21.
- PLENKOVIC, Mario: Kroatische Medien an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Zagreb 2002.
- PRICE, Monroe E./ RICHTER, Andrei/ YU, Peter (Hg.): Russian Media Law and Policy in the Yeltsin Decade: Essays and Documents. Kluwer 2002.
- PRICE, Monroe E./ ROZUMILOWICZ, Beata/ VERHULST, Stefan G. (Hg.): Media Reform: Democratizing Media, Democratizing the State. New York 2002.
- PROSKURJAKOW, Alexandr: Mediatisierung im Tschetschenien-Krieg. Eskalation im Asymmetrischen Krieg, in: Osteuropa, 8 (2004), S. 50-61.
- PROSKURJAKOW, Alexandr: Tschetschenien: Krieg ohne Ende? Strategien des asymmetrischer Kampfes, in: Osteuropa, 53 (2003) 4, S. 454-455.
- PRZEWORSKI, Adam: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge 1991.
- RAKHLEI, Maryna: Länderbericht Belarus, 2007.
- RANDALL, Vicky (Hg.): Democratization and the Media. London 1998.
- RICHTER, Regina/ Schäfer, Kai: Geld für Öl. Deutsche Banken und Russlands Ölförderung, in: Osteuropa, 1 (2007), S. 14-33.
- RITZMANN, Dana: Scharf auch in der Übersetzung. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zeigt neuerdings in Russland „Profil“, in: Moskauer Deutsche Zeitung, 2006-02-08, URL: <http://62.5.183.114/index.php?date=1139400252&gid=0>, [Zugriff: 25.4.2007].
- ROCK, Stella: Nationalist myth-making in the post-Soviet Russian media: an overview. Brighton 2006.
- ROG-Rapport: ROMANIA - Caught between Old Habits and Democratic Strides: Romanian Press at a Crossroad, April 2004.
- RÖPER, Horst: Expansion in Osteuropa, in: Menschen Machen Medien, 7/8 (2006), S. 1-5, URL: http://mmm.verdi.de/archiv/2006/07-08/titelthema_marktaufteilung/expansion_in_osteuropa, [Zugriff: 10.03.2007].
- RÖPER, Horst: Formationen deutscher Medienmultis Teil 1: ProSiebenSat.1 Media AG und Axel Springer AG, in: Media Perspektiven 3 (2006), 114-124. URL: http://www.ard-werbung.de/showfile.phtml/03-2006_roeper.pdf?foid=16698, [Zugriff: 22.4.2007].
- SCHLÖGEL, Karl: Die Mitte liegt Ostwärts. Bonn 2002.
- SCHMIDT, Henrike/ TEUBENER, Katy: Monumentalisierung und Metaphorik der Angst. Der offizielle Diskurs über das Internet in Russland, in: Osteuropa 11 (2005), S.79-94.

Bibliographisches Verzeichnis

- SCHMIDT, Siegmund: Demokratien mit Adjektiven. Die Entwicklungschancen defekter Demokratien, in: E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit, 7/8 (2001), S. 219-223.
- SCHUBERT, Gerald : Schnitzeljagd für Journalisten. Zur Anatomie politischer Affären, 18-12-2006. URL: <http://www.radio.cz/de/artikel/86426>, [Zugriff: 7.4.2007].
- SCHULLER, Konrad: Die Gesellschaft radikal durchleuchtet, in: FAZ, 15. März 2007, URL: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E82D96C47F04E418FAE1DD984899E44DA~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, [Zugriff: 10.4.2007].
- SCHULTHEIS, Silja: Journalistensyndikat will Rolle der Medien bei Wahlen neu diskutieren, in: Im Spiegel der Medien – CRo, 16-06-2006, URL: <http://www.radio.cz/de/ausgabe/80153>, [Zugriff: 7.4.2007].
- SEGBERS, Klaus: Sowjetsystem, Perestrojka und Systemwechsel: Eine Krise und ihre Existenzformen. Die Postsowjetische Transformation in Rußland. Ebenhausen 1992.
- SEGERT, Dieter: Das Politische System nach 1989. Politik und Massenmedien, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Information zur politischen Bildung, 226 (2002), Tschechien.
- SHORT, Jan F. Jr.: Ethnische Segregation und Gewalt, in: Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch des Gewaltforschung. Wiesbaden 2002, S. 104-123.
- SIEGERT, Jens: Angriff auf die Pressefreiheit, in: Hassel, Florian. Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt a.M. 2003, S. 153-172.
- SIMONS, Greg/ STROWSKY, Dmitry: Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War against Terrorism. A Historical Perspective, in: European Journal of Communication, 21(2006) 2, S. 189-211.
- SMID, Milan: Czech Republik, in: Media ownership and its Impact on Media Independence and Pluralism. SEENPM/ Peace Institut Ljubljana 2004, S. 153. URL: http://www.mirovni-institut.si/media_ownership/pdf/czech%20republic.pdf, [Zugriff: 20.4.1007].
- SPARKS, Colin/ READING, Anna: Communism, Capitalism and the Mass Media. London 1998.
- SPRYCHA, Anna: Zensur mit dem Teppichmesser. In Polen verstärkt die konservative Regierung den Druck auf die Medien, in: Polen und Wir - Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung, 4 (2006) 79, URL: <http://www.polen-news.de/puw/puw78-08.html>, [Zugriff: 8.4.2007].
- SUNDERMAYER, Olaf: Zwischen Markt und Macht. Deutsche Medienkonzerne in Polen, in: Osteuropa, 11-12 (2006), S. 261-270.
- SZÜCS, Jenö: Die drei historischen Regionen Europas, Frankfurt/Main 1990.
- THOMASS, Barbara/ TZANKOFF, Michaela (Hg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden 2001.
- THOMASS, Barbara/ TZANKOFF, Michaela: Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel in Osteuropa, in: Behmer, Markus/ Krotz, Friedrich/ Stöber, Rudolf/ Winter, Carsten (Hg.): Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel. Wiesbaden 2003, S. 183- 197.
- THOMPSON, Mark, (Hg.): Forging War: The Media in Serbia, Croatia and Bosnia Hercegovina. Luton 1999.
- TRAUTMANN, Ljuba: Die Medien im russischen Transformationsprozess. Akteur oder Institution der staatlichen Politik. Frankfurt a.M. 2002.
- URBAN, Thomas: „Es hitlert sehr“. Das Deutschlandbild der polnischen Medien, in: Osteuropa, 2 (2007), S. 57-71.

- VETTER, Reinhold: Polen total umkrepeln, in: Handelsblatt, 06.02.2006, URL: <http://blog.handelsblatt.de/warschau-vetter/index.php?tag=06&monat=2&jahr=2006>, [Zugriff: 22.4.2007].
- VOGEL, Heinrich: Umweg oder Rückfall? Rußlands Politik ist kein Vermittlungsproblem, in: Osteuropa 54 (2004) 8, S. 42-49.
- VOLTMER, Katrin: Massenmedien und demokratische Transformation in Osteuropa. Strukturen und Dynamik öffentlicher Kommunikation im Prozess des Regimewechsels, in: Klingemann, Heinz-Dieter/ Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin 2000, S.123-151.
- WIECK, Hans-Georg: Demokratieförderung in der Sackgasse, Europa versagt in Belarus, in: Osteuropa, 9 (2006), S. 57-71.
- WINOGRADOW, Dmitry: Das russische Internet: Insel der Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft, in: Russland-Analysen, 118 (2006), S. 17-21.
- WOLFF, Larry: Die Erfindung Osteuropas. Von Voltaire zu Voldemort, in: Kaser, Karl u.a. (Hg.): Europa und die Grenzen im Kopf. Klagenfurt 2003.
- WUNDEN, Wolfgang (Hg.): Freiheit und Medien. Münster 2005.
- ZAKOWSKI, Jacek: Journalistische Ethik in der polnischen Medien – eine persönliche Betrachtung. 1999, S. 260.
- ZERNACK, Klaus: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977.

Länderberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung:

- BASTUNETS, Andreij: Länderbericht Belarus, 2007.
- GUMENYUK, Lyudmyla: Länderbericht Ukraine, 2007.
- KLIMOW, Dmitrij: Länderbericht Russland, 2007.
- MALISZEWSKI, Michal: Länderbericht Polen. 2007.
- PAITCHADZE, David: Länderbericht Georgien, 2007.
- SANTIC, Neven: Länderbericht Kroatien, 2007.
- SKROZA Tamara: Länderbericht Serbien, 2007.
- SONKA, Jaroslav: Länderbericht Tschechien, 2007.
- TOMA, Mircea: Länderbericht Rumänien, 2007.
- VLADKOVA, Vessela: Länderbericht Bulgarien, 2007.

Impressum

Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa

Autorin: Simone Schlindwein, n-ost e.V.

Konzeption: Dr. Thomas Leif, netzwerk recherche e.V. / Christian Mihr, n-ost e.V.

Herausgeber: netzwerk recherche

c/o Dr. Thomas Leif

Marcobrunnerstr. 6

65197 Wiesbaden

info@netzwerkrecherche.de

www.netzwerkrecherche.de

V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Leif, Wiesbaden

Redaktion: Oliver Bilger, Matthias Echterhagen, Christina Hebel, Ulrich Heyden,

Anna Litwinenko, Drago Pilsel, Andreas Metz, Christian Mihr, Tatjana Montik,

Annett Müller, Steffen Neumann, Maryna Rakhlei, Norbert Rütsche,

Silja Schultheis, Hendrik Sittig, Jutta Sommerbauer,

Timo Vogt, Veronika Wengert, Jan Zappner – alle n-ost e.V.

Titelfoto: Andreas Metz, n-ost e.V.

Titelgestaltung: nina faber de.sign, Wiesbaden

Druck: ColorDruck Leimen

Erscheinungs-Datum: Mai 2007

- Die Veröffentlichung der Studie wurde von der Freiburger Kantstiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt.
- Diese Studie und andere Ausgaben der nr-Werkstatt können nach Zusendung eines adressierten und frankierten (1,45 Euro) Umschlags (Adresse s.o.) kostenfrei angefordert werden.



Freiburger Kantstiftung

„Europas Erbe als Auftrag. Freiburger Stiftung zur Förderung eines kantischen Weltbürger-Ethos“

Die Förderung unabhängiger, kritisch-aufklärender Öffentlichkeitsarbeit und Erziehung zum Schutz von Frieden, Demokratie und Umwelt und die Einhaltung demokratisch-rechtsstaatlicher Prinzipien in der nationalen und internationalen Politik sind die primären Anliegen der im Februar 2004 gegründeten Freiburger Kantstiftung. Ihr Motto ist Kants *Sapere aude!* ("Wage es zu wissen, klug bzw. weise zu handeln!"), das der Verstärkung durch ein emanzipatorisch gestimmtes Publikum, also demokratisch-organisierter, unabhängiger, kritisch-aufklärender Öffentlichkeits- bzw. Medienarbeit bedarf. In Bezug auf das gemeinsame europäische Erbe wird das Werk Kants als ein wichtiger Kristallisationspunkt gewertet, der zugleich ein weltbürgerfähiges Vermächtnis der europäischen Aufklärung darstellt.

Die Zielsetzung der Stiftung findet ihren wichtigsten Ausdruck in der zwei- bis dreijährigen Verleihung des Kant-Weltbürger-Preises in Höhe von 15000 Euro an Persönlichkeiten, die sich im Sinne Kants um die Umsetzung universaler politisch-ethischer Prinzipien verdient gemacht haben. (s. Publikationsanzeige) Dabei geht es auch um die Zukunftsfähigkeit unseres europäischen Erbes, um eine Wertegemeinschaft und politische Kultur, die sich aus positiven, aber auch leidvollen Erfahrungen speist.

Weitere Hinweise unter www.kantstiftung.de

Schützt die Allmende!

„Unterstützung der Freiburger Kantstiftung zur Verteidigung der Natur- und Wissenschafts-Allmende und zur Förderung nachhaltiger ökologischer Maßnahmen“

Vor dem Hintergrund von Kants prinzipiellen Überlegungen zum "*Recht (an) der Oberfläche der Erde*" (und ihrer Ressourcen), "*welches der Menschengattung gemeinschaftlich zukommt*" und zur Freiheit und Öffentlichkeit des Aufklärungsprozesses der Menschheit gilt es ihre "Natur- und Wissenschafts-Allmende" zu verteidigen und die natürlichen und kulturellen Lebensgrundlagen durch nachhaltige ökologische Maßnahmen und subsidiarische Strukturen politischer Integration auch für kommende Generationen zu erhalten.

Auf der Folie einer zu schaffenden Ressourcengerechtigkeit ist das Dogma privatwirtschaftlicher Organisation der Weltwirtschaft über anonyme Teilhabe an transnationalen Konzernen kritisch zu hinterfragen.

Am Ende muß eine Weltinnenpolitik (C. F. von Weizsäcker) auf der Grundlage eines erneuerten Gesellschaftsvertrages für das 21. Jh. stehen. In ihr kommt einer vernetzten Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu.

Weitere Hinweise unter www.schuetzt-die-allmende.de

Kontakt: freiburger@kantstiftung.de